

Monika Alisch, Stephanie Hagspihl,
Claudia Kreipl, Martina Ritter (Hrsg.)

Center of Research for Society and Sustainability

Soziale Innovationen: Alter(n) in ländlichen Räumen

Perspektiven von Selbstorganisation,
Teilhabe und Versorgung



Gesellschaft und Nachhaltigkeit

Band 6 / Vol.6

CeSSt – Herausgegeben vom
Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit
der Hochschule Fulda

Edited by
Center of Research for Society and Sustainability
Fulda university of applied sciences

Monika Alisch, Stephanie Hagspiel,
Claudia Kreipl, Martina Ritter (Hrsg.)

Soziale Innovationen: Alter(n) in ländlichen Räumen

Perspektiven von Selbstorganisation, Teilhabe
und Versorgung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-7376-0718-6 (print)

ISBN: 978-3-7376-0719-3 (e-book)

DOI: <http://dx.medra.org/10.19211/KUP9783737607193>

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-407197>

© 2019, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Cover design: Grafik Design Jörg Batschi, Tübingen
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Monika Alisch, Stephanie Hagspibl, Claudia Kreipl, Martina Ritter

Selbstorganisation, Teilhabe und Versorgung: Soziale Innovationen
zum Alter(n) in ländlichen Räume 7

Claudia Kreipl

Soziale Innovationen: Ausdruck der Wahrnehmung gesellschaftlicher
Verantwortung 19

Annett Steinführer

Vom Altwerden in ländlichen Räumen: Strukturelle Rahmenbedingungen
und individuelle Ressourcen der Alltagsbewältigung..... 47

Formen und Herausforderungen von Selbstorganisation

Jens A. Forkel

Kollektivsingular: Teilhabe und Teil der Geschichte..... 63

Monika Alisch, Martina Ritter

„Es braucht ein ganzes Dorf...“ Selbstorganisation und Mitverant-
wortung älterer Menschen in ländlichen Räumen..... 83

Barbara Solf-Leipold

Bürgerhilfen im lokalen Versorgungsmix – Kooperations- und Kopro-
duktionsmöglichkeiten in unterschiedlichen Assoziationsformen.....105

Engagement und Teilhabe älterer Menschen

Yvonne Rubin, Roger Glaser

Benachteiligte ältere Menschen erreichen: Diskussion von Zugängen und
Methoden 123

Christina Kühnemund, Susanne Kümpers

Kommunale Partizipationsmöglichkeiten benachteiligter älterer Menschen im ländlichen Raum – das Beispiel des Forschungsprojektes „Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere“ 141

Marlene Jänsch

Engagiert im ländlichen Raum – Akteursperspektiven im Spannungsfeld von Gemeinwohlorientierung und Eigeninteressen..... 171

Versorgung und Verpflegung älterer Menschen mit Unterstützungsbedarf

Catherina Jansen, Stephanie Hagspiel

Regional versorgen, genussvoll essen – Transparenz und (digitale) Vernetzung als Chance für den ländlichen Raum?! 193

Barbara Pfindel, Nicolas Pappert, Claudia Kreipl, Stephanie Hagspiel

Vom innovativen Versorgungsprojekt zum erfolgsträchtigen Geschäftsmodell..... 213

Autorinnen und Autoren 239

Selbstorganisation, Teilhabe und Versorgung: Soziale Innovationen zum Alter(n) in ländlichen Räumen

Monika Alisch, Stephanie Hagspiel, Claudia Kreipl, Martina Ritter

Der Zusammenhang zwischen Selbstorganisation, Teilhabe und Versorgung mit den Herausforderungen des Älterwerdens in ländlichen Räumen ist ein komplexes Thema sozialer Nachhaltigkeit. Von Blind und Quitzow (2018: 18) erst vor kurzem als (immer noch) „die am wenigsten entwickelte Dimension“ von Nachhaltigkeit bezeichnet, hat sich der Fokus der Nachhaltigkeitsdebatten dennoch inzwischen zu sozialen Aspekten von Nachhaltigkeit verschoben: Soziale Nachhaltigkeit – so man diese Dimension überhaupt singular nennen sollte – befasst sich längst nicht mehr nur mit der Befriedigung von Grundbedürfnissen zur Reduzierung von (globaler) Armut, sondern mit der „Entwicklung von Humankapital durch den Zugang zu Bildung oder eine umfassende Gesundheitsversorgung, sodass dadurch die Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert werden und die Einkommensverteilung sich ausgeglichener gestaltet“ (Blind/Quitzow 2018: 19) und adressiert neben diesen auf materielle Ressourcen gerichteten Herausforderungen ethische Aspekte, Gender- und Generationengerechtigkeit und die Operationalisierung von Menschenrechten durch Prozesse von Teilhabe.

Aus dieser Diskussion lassen sich die drei konzeptionellen Dimensionen von Nachhaltigkeit – Ökologie, Soziales und Ökonomie – komplementär aufeinander beziehen. Deren jeweils zu erreichenden Ziele wurden lange als „sich widersprechende Ziele (Zielantinomien), Tradeoffs zwischen und innerhalb der drei Dimensionen“ interpretiert (vgl. Blind/Quitzow 2018; UNEP 2011; Rückert-John 2013). Rodriguez et al. (2002) hatten hingegen intergenerationale Gerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit und das Phänomen von Flucht aufgrund von Umweltschäden bzw. -Katastrophen als *sozial-ökologische* Aspekte von Nachhaltigkeit zusammengefasst und fairen Handel, Unternehmensethik (CSR) und Menschenrechte als *ökonomisch-sozial* verortet, während Bildung und Lebensstandard interessanterweise als rein

soziale Nachhaltigkeitsaspekte einsortiert wurden, Umweltmanagement und die Vermeidung von Umweltverschmutzung als rein *ökologisch* und Gewinn sowie Forschung und Entwicklung als *ökonomische* Aspekte von Nachhaltigkeit. Diese Analyse ließe sich vertiefen mit dem voraussichtlichen Ergebnis, dass sich das Soziale aus keiner der anderen Dimensionen wirklich herausdefinieren ließe.

Vielleicht wird deshalb soziale Nachhaltigkeit längst auch unter anderen Begriffen verhandelt: So wird in der Diskussion zur *Corporate Social Responsibility (CSR)* die Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen gegenüber der Gesellschaft fokussiert und als der aktuellere Begriff für soziale Nachhaltigkeit verwendet. Betont wird, dass „der ökonomische Sachverstand dafür eingesetzt werden [sollte], die Interessen der Unternehmen (betriebswirtschaftlichen Mehrwert zu generieren) mit den berechtigten Interessen der Gesellschaft (sozialen bzw. gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren) in Einklang zu bringen“ (Schmidpeter et al. 2017: V). Mit der Verantwortung für Gesellschaft wird nicht nur das ‚Was‘ zu tun ist, normativ beschrieben, sondern die Herausforderung des ‚Wie‘ diese Verantwortung umgesetzt werden kann, formuliert: „CSR bedeutet die Umsetzung von Programmen, Verhaltenskodexen, freiwilligen Vereinbarungen und Verpflichtungen, die dazu führen, dass Organisationen mehr tun als das, woran sie gesetzlich gebunden sind“ (Schally 2017: VII). Daran knüpft ein weiterer Begriff an, den wir auch für den Titel des hier vorliegenden Bandes gewählt haben: *Soziale Innovationen*. Den Zusammenhang zur Nachhaltigkeit skizzieren Gordon und Nelke (2017) im Untertitel ihres CSR-Bandes als „Zukunftsfähigkeit durch soziale, ökonomische und ökologische Innovationen.“

Der von dem Soziologen Wolfgang Zapf im Jahr 1989 veröffentlichte Artikel „Über Soziale Innovationen“, ist auch heute noch eine gute Quelle, sich dem Begriff zu nähern und herauszuarbeiten, worauf sich das Neue eigentlich bezieht: Zapf hatte in seinen sieben Typen sozialer Innovationen zum einen auf Organisationsveränderungen innerhalb von Unternehmen, neue Dienstleistungen und Sozialtechnologien verwiesen und zum anderen „selbsterzeugte soziale Erfindungen [...] durch Beteiligung der Betroffenen, politische Innovationen, neue Muster der Bedürfnisbefriedigung sowie neue Lebensstile“ (Zapf 1989: 175f) als soziale Innovationen gefasst. Damit wird deutlich, dass nicht alles, was neu ist, auch schon eine

Innovation ist – erst wenn das Neue eine Wirksamkeit entfaltet, wird eine Innovation daraus (Franz/Kaletka 2018: 2) oder anders ausgedrückt: Soziale Innovationen brauchen Zeit und „nicht aus allen guten Ideen und Ansätzen“ (ebd.) werden neue Kombinationen und Figurationen von sozialen Praktiken (Howaldt et al. 2014: 9). Das lässt sich auch für die Themen der beiden Forschungsprojekte, um deren Ergebnisse sich die Beiträge dieses Bandes gruppieren, noch nicht entscheiden: Die Praxisforschungsprojekte *„Bürgerhilfevereine und Seniorengenossenschaften als Partner der Daseinsvorsorge – Modellentwicklung zur ergänzenden Hilfeleistung für ältere Menschen in ländlichen Räumen (BUSLAR)“* und *„Culinaryand Health@Home – Genuss, Gesundheit, Arbeit und Märkte in der Alterskultur (GGAMA)“* setzten sich in unterschiedlicher Weise mit den Herausforderungen der Versorgung und der Teilhabe älterer Menschen in ländlichen Räumen am sozialen Leben durch Soziale Innovationen zum Erhalt und zur Steigerung von Lebensqualität auseinander.

In beiden Forschungsprojekten verstehen wir soziale Innovationen insbesondere als „neue Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen und lokale Bedarfe und Problemlagen“ (Schröder 2018: 24). In einem weltweiten Mapping von 1005 Initiativen sozialer Innovationen stellten die Autoren fest, dass in fast zwei Drittel der bilanzierten Fälle „Treiber und Focus sozialer Innovationen in erster Linie Antworten auf (lokale) soziale Bedarfslagen (71 %) und gesellschaftliche Herausforderungen (60 %)“ sind (ebd.: 24). Gezeigt werden konnte außerdem, dass soziale Innovationen im Wesentlichen lokal initiiert und mehrdimensional ausgerichtet [sind] und verschiedene Ansätze, Sektoren und Politikfelder integrieren (ebd.). In dieser Weise ist das Projekt „CulinaryandHealth@Home“ auf regionale Versorgungsangebote mobilitätseingeschränkter Menschen gerichtet und fragt gleichzeitig danach, wie das Wettbewerbspotenzial und die Zukunftsfähigkeit lokaler Anbieter*innen der Nahversorgung durch geschickte lokale Vernetzung gestärkt werden können, ohne die grundlegenden Bedürfnisse älterer Menschen an die eigene Ernährung zu einer Zielgröße zu machen. Im Projekt „Bürgerhilfevereine und Sozialgenossenschaften als Partner der Daseinsvorsorge“ sind diese Formen der Selbstorganisation von Unterstützungsleistungen für ältere Menschen selbst eine soziale Innovation. Ob sie auch nachhaltige Innovationen sein werden, wie Gordon und Nelke (2017) zukunftsfähige Innovationen nennen, war der eigentliche Gegenstand der Praxisforschung. In den Blick

genommen wurden die Potenziale und Grenzen von Engagement und Mitverantwortung bei der Gestaltung der Lebenssituation im kommunalen Kontext. In beiden Projekten waren dabei auch jene Fragen zur Klärung aufgerufen, die Franz und Kaletka (2018: 1) für die Untersuchung sozialer Innovationen aufgeführt haben: „Welche Bedingungen, welche Prozesse führen dazu, dass bestimmte soziale Innovationen aufgegriffen werden, andere nicht? Welche Akteurskonstellationen eignen sich am ehesten? Welche Kooperationen werden eingegangen, um innovative Projekte zu starten und zum Erfolg zu führen?“

Die Ergebnisse der beiden Forschungsprojekte wurden im November 2017 in einer bundesweiten Fachtagung der wissenschaftlichen Zentren „Gesellschaft und Nachhaltigkeit (CeSSt)“ sowie dem „Wissenschaftlichen Zentrum für Ernährung, Lebensmittel und nachhaltige Versorgungssysteme (ELVe)“ (vormals „Zentrum für Catering, Management und Kulinaristik“ (ZCMK)) der Hochschule Fulda vorgestellt und mit einer Reihe weiterer aktueller Forschungsprojekte zu sozialen Innovationen für Lebensqualität im Alter in den wissenschaftlichen Austausch gebracht. Nach der Fachtagung „Forschen für die alternde Gesellschaft“ war dies unter dem Titel „Soziale Innovationen: Alter(n) in ländlichen Räumen“ die zweite gemeinsame Tagung der beiden Forschungseinrichtungen der Hochschule Fulda.

Claudia Krejpl eröffnet den Band mit dem Thema „*Soziale Innovationen: Ausdruck der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung*“. Dabei geht sie der Frage nach, wie mit Hilfe sozialer Innovationen einer sich verändernden Gesellschaft gerecht werden kann und wie ebendiese konzeptualisiert werden können. Dazu befasst sie sich zunächst mit dem Begriff der sozialen Innovationen und skizziert anschließend die (dauerhaft stattfindenden) gesellschaftlichen Veränderungen mit verschiedenen Megatrends als Treibern, wie z.B. Digitalisierung, Globalisierung, Wertewandel und demographischer Wandel. In diesem Kontext analysiert sie die Einbindung von Ebenen und Akteuren gesellschaftlicher Verantwortung und damit wie eine verantwortungsvolle Diffusion und nachhaltig erfolgreiche Existenz von sozialen Innovationen möglich wird. Dies gelingt im Besonderen, wenn gesellschaftlich relevante Ziele identifiziert, die Interessenlagen der beteiligten Akteure und deren Machtgefüge analysiert und je

nach Übereinstimmung der Interessen ein systematisches Verantwortungsmanagement oder Anreize (z.B. Innovationsförderung) geschaffen werden. Aus der von der Autorin entwickelten Innovationsdiffusions-Matrix können generische Handlungsstrategien zur Innovationsdiffusion bei den beteiligten Akteuren abgeleitet werden.

Einen Überblick über die aktuelle Situation für Ältere im ländlichen Raum gibt *Annett Steinführer* unter dem Titel „*Vom Altwerden in ländlichen Räumen: Strukturelle Rahmenbedingungen und individuelle Ressourcen der Alltagsbewältigung*“. Sie diskutiert die Alltagsbewältigung und das Altwerden (mit Fokus auf das Rentenalter) in ländlichen Räumen, insbesondere bei ausgedünnter Infrastruktur, und stellt die Bedeutung von ökonomischen Ressourcen, der Automobilität und sozialen Unterstützungsnetzwerken dar. Dabei zeigt sich einerseits, dass eine pauschale Behauptung einer fehlenden Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen nichtzutreffend und Altwerden in ländlichen Räumen nicht generell mit einer strukturellen Benachteiligung gleichzusetzen ist. Dennoch ist zu beobachten, dass zahlreiche Einrichtungen der Alltagsvorsorge sich zunehmend in den Kernstädten kleinerer ländlicher Zentren konzentrieren. Im Umgang damit benennt Steinführer vier Strategien der Alltagsbewältigung bei Ausdünnung von Versorgungseinrichtungen im Wohnumfeld und resümiert, dass die Teilhabe an (Auto-)Mobilität neben Gesundheit die wichtigste Bedingung eines erfolgreichen Alterns sei.

Formen und Herausforderungen von Selbstorganisation

Der Beitrag „*Kollektivsingular: Teilhabe und Teil der Geschichte*“ von *Jens A. Forkel* geht der These nach, dass „eine Steigerung der Lebensqualität im Sinne einer soziokulturellen Aufwertung im ‚setting‘ über eine (Wieder-)Aktivierung nicht-ökonomischer Anerkennungsleistungen möglich [ge]macht [wird]“. Mit dem Ziel Faktoren der Altersbedingungen in kleineren Dörfern, die mehr als die Defizite der Versorgung und der Infrastruktur beinhalten, zu untersuchen, entwickelte das *Forschungsprojekt LE-THE* ein Interventionsmodell zum soziokulturellen Empowerment. Vor dem Hintergrund einer ausführlichen Darstellung des Bezugs zur Theorie des Habitus und zu Habitus-Feld-Konzepten zeigt Forkel auf, warum Gesundheitshandeln auch und gerade in ländlichen Gemeinschaften anhand

der kulturell und sozial verfügbaren (Gesundheits-)Lebensstile zu ermitteln ist – und nimmt damit weniger eine ressourcen- als vielmehr eine kommunikationsorientierte Forschungsperspektive ein. Im Ergebnis sei eindeutig, dass es zum Ausgleich der Ungleichbehandlung in der Versorgung, die sich durch die Zentralisierung der Institutionen der Daseinsvorsorge ergibt, für Menschen in ländlich-peripheren Gemeinden (in Mecklenburg-Vorpommern) keine Alternative zu einer dezentralen Wiederanbindung gebe. Durch die im Modell LETHE durchgeführten Geschichtswerkstätten gelang es beispielsweise Netzwerkverbindungen so anzuregen, dass definitive Verbindlichkeiten und sogar konkrete Aktionen der gemeinschaftlichen Sorge (wieder-)belebt wurden (z.B. Wiedereinrichtung oder Gründung von regelmäßigen gemeinschaftlichen Treffen zur Unterstützung bei Problemen im Alltag).

„*Selbstorganisation und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen*“ ist der Fokus des Beitrages von *Monika Alisch* und *Martina Ritter*. Dieser stellt Ergebnisse aus dem *Praxisforschungsprojekt BUSLAR* vor, welches sich mit den Bedingungen des freiwilligen Engagements mit und für Ältere sowie der Projektentwicklung und Kooperation mit Träger*innen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen befasst. Um die Möglichkeiten, Strukturen und Grenzen selbstorganisierter Unterstützungsformen in ländlichen Bürgerhilfevereinen zu untersuchen, wurden ‚Critical Incidents‘ im Hilfeverhältnis und im Verhältnis von Selbstorganisation und Politik untersucht. Anhand der ermittelten Strukturmomente skizzieren die beiden Autorinnen in der Folge drei idealtypische Entwicklungsmodelle und formulieren im Ergebnis fünf Bedingungsfaktoren der Nachhaltigkeit selbstorganisierter Unterstützungsleistungen für ältere Menschen: die Abhängigkeit der Bürgerhilfevereine von den Interessen, Bedürfnissen und Belastbarkeiten der engagierten Personen in den Bürgerhilfevereinen; die (berufs-)biografischen Erfahrungen, Kenntnisse und Ressourcen der Gründer*innen, die die Ziele und Arbeitsweisen im Verein prägen; die Strukturen ziel- und themengerichteter regionaler institutioneller Netzwerke; die ökonomische Struktur der ländlichen Räume und die politischen Konstellationen und Personen in den Kommunen.

Der Beitrag „*Bürgerhilfen im lokalen Versorgungsmix – Kooperations- und Koproduktionsmöglichkeiten in unterschiedlichen Assoziationsformen*“ von Barbara Solf-Leipold wirft eine zweite Perspektive auf die Ergebnisse des *Praxisforschungsprojektes BUSLAR*, indem die Autorin die Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerhilfeassoziationen als Partner*innen auf Augenhöhe in lokalen Versorgungsgemeinschaften betrachtet. Um in strukturschwächeren, ländlichen Regionen die Daseinsvorsorge zu gewährleisten, fällt dem Wohlfahrtspluralismus und den darin beinhalteten kooperativen und koproduktiven Versorgungsangeboten eine immer größere Bedeutung zu. Die Herausforderungen für die Beteiligten liegen darin, über die bisherigen etablierten Verantwortlichkeiten bzw. Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie über gewohnte Verantwortungsbeziehungen hinauszuwirken, und die grundlegend unterschiedlichen Kulturen miteinander in Einklang zu bringen. Dabei gilt es, eine Überformung bzw. Indienstnahme insbesondere des bürgerschaftlichen Engagements, das von der Freiwilligkeit der Selbstorganisation getragen wird, zu vermeiden – woraus sich auch ein gewisses Spannungsfeld zwischen internen und externen Anforderungen an die Bürgerhilfeassoziationen ergebe. Aus der Vielfalt der Erscheinungsformen von Bürgerhilfeassoziationen werden sechs idealtypische Formen systematisiert, die in unterschiedlichem Maße eine Versorgungssicherheit gewährleisten können – dabei gilt: je höher der Organisationsgrad der Assoziation und je stärker deren Ausrichtung an Geschäftsmodellen, desto eher ist sie in der Lage, den Anforderungen an eine verlässliche Partnerschaft gerecht zu werden. Bürgerhilfeassoziationen seien daher nur begrenzt in der Lage, Versorgungslücken im Sinne daseinsvorsorge- und leistungsrechtlicher Anforderungen zu schließen. Soll dieses gelingen, bedarf es neben zahlreichen assoziationsinternen auch insbesondere der Schaffung assoziationsexterner Voraussetzungen.

Engagement und Teilhabe älterer Menschen

Yvonne Rubin und Roger Glaser widmen sich unter dem Titel „*Benachteiligte ältere Menschen erreichen: Diskussion von Zugängen und Methoden*“ der Frage, wie die Bedürfnisse von älteren Menschen rekonstruiert werden können. Eben diese Bedürfnisse schaffen dann die Grundlage, auf der Unterstützungsleistungen nachhaltig weiterentwickelt werden können. Rubin und Glaser erläutern zunächst kurz ihren Fokus auf soziale Benachteiligung und ihr Verständnis von Partizipation. Dann reflektieren sie Zugänge und

methodische Herangehensweisen und stellen die von ihnen im *Praxisforschungsprojekt BUSLAR* zur Bedürfnisanalyse genutzte und angepasste Methode des Zukunftscafés in dessen konkreter Umsetzung vor. Die drei durchgeführten Zukunftscafés erwiesen sich als geeignet, die Bedürfnisse von bestimmten sozial benachteiligten Personen (hochbetagt und weiblich) zu ermitteln und deren privatisierten und verdeckten Themen eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Allerdings konnten damit nicht alle Formen sozialer Benachteiligung abgebildet werden.

Die Partizipation Älterer im ländlichen Raum, insbesondere auch in schwierigen Lebenslagen, greifen *Christina Kühnemund* und *Susanne Kümpers* in ihrem Beitrag „*Kommunale Partizipationsmöglichkeiten benachteiligter älterer Menschen im ländlichen Raum – das Beispiel des Forschungsprojektes „Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere“*“ auf und fragen, wie die Entwicklung von inklusiven und gesundheitsförderlichen Nachbarschaften gelingen kann. Anhand der Fallstudie des *Forschungsprojektes „Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere“* zur Stadt Witzenhausen wird exemplarisch dargestellt, wie kommunale Partizipationsmöglichkeiten und -prozesse für und mit älteren Menschen gefördert, begleitet und (mit-)gestaltet werden können. Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Alter(n) im ländlichen Raum im Allgemeinen und sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit im Alter im Besonderen, liegt der Fokus des Beitrags auf den Partizipativen Methoden (in der Gesundheitsforschung im Allgemeinen und im Projektkontext im Konkreten). Hier werden die verschiedenen Elemente der partizipativen Forschungs- und Handlungsprozesse des Projektes (z.B. Runder Tisch, Peer Research, Photovoice) dargestellt und resümiert, aber auch hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit und Voraussetzungen bewertet. Im Ergebnis kommen die Autorinnen zu dem Schluss, dass die lokalen Netzwerke („communities“) vor Ort nicht per se für alle älteren Menschen inklusiv waren. Dennoch konnten neue Partizipationsmöglichkeiten geschaffen, vorhandene Spielräume besser genutzt sowie kommunale Kooperations- und Handlungszusammenhänge intensiviert und erweitert sowie gemeinsame Lernprozesse und Projektinitiativen vor Ort angestoßen und umgesetzt werden.

Marlene Jänsch zeigt in ihrem Beitrag zum Thema „*Engagiert im ländlichen Raum – Akteursperspektiven im Spannungsfeld von Gemeinwohlorientierung und Eigeninteressen*“, wie Engagement für ein gutes Leben im Alter in den Kontext

bestehender Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse eingebettet ist. Dabei betrachtet sie im Besonderen das (Spannungs-)Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen und (kommunal-)politischen Akteuren. Am Beispiel der bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Prozesse und der Entwicklung (Zukunftswerkstatt, Koordinierungsgruppe, Vereinsgründung) der *Initiative „So gut leben im Alter“* der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim/Rheinland-Pfalz analysiert sie zunächst die Interessen der an der Aktion Beteiligten und stellt anschließend die Auswirkungen auf eine gemeinsame und nachhaltige Zusammenarbeit dar. Die Eigeninteressen der Beteiligten mit ihren eigenen Vorstellungen und den Bedarfen zum Aufbau von Hilfesystemen stellen demnach Ressourcen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik dar. Deutlich wird aber auch, dass die indirekt partizipativen Möglichkeiten der Mitsprache in der Kommunalpolitik eher als Hindernis für zivilgesellschaftliches Engagement gesehen werden, vor allem wenn Parteiinteressen und Fraktionszwänge im Vordergrund stehen, da das zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Fall durch die kommunalpolitische Handlungslogik ausgebremst wird. Für eine nachhaltige Etablierung sei daher ein zu entwickelndes Management zur Mobilisierung der Kommunalpolitik (und kommunalen Verwaltung) nötig, um Engagierten Raum für die Entfaltung ihrer gemeinwohlorientierten Interessen zu geben.

Versorgung und Verpflegung älterer Menschen mit Unterstützungsbedarf

Der wachsende Bedarf und gleichzeitige Mangel an Verpflegungskonzepten für ältere Menschen im ländlichen Raum stellt den Ausgangspunkt für den Beitrag von *Catharina Jansen* und *Stephanie Hagsphil* mit dem Titel „*Regional versorgen, genussvoll essen – Transparenz und (digitale) Vernetzung als Chance für den ländlichen Raum?!*“ dar. Sie stellen den im Projekt *Culinaryand-Health@Home* entwickelten digitale Einkaufs- und Ernährungsassistenten (seine Entwicklung-, Test- und Pilotphase) vor und analysieren, welche Chancen die digitale Vernetzung von Versorgungsangeboten bieten, aber auch welche Herausforderungen und Hürden bestehen. Onlinevermarktungsangebote sind oftmals nicht an die Bedürfnisse älterer, unterstützungsbedürftiger Menschen angepasst – im Projekt wurde daher die Fragen der Akzeptanz und Usability (und einer zielgruppenadäquaten, nutzungsfreundlichen Bedienoberfläche) des entwickelten Online-Tools be-

sonders adressiert. Im Ergebnis zeigte sich, dass auch eine ländliche, strukturschwache Region über wertvolle Ressourcen verfügt, um eine umfassende und qualitativ hochwertige Ernährungsversorgung unterstützungsbedürftiger Älterer sicherzustellen. Allerdings sei die Entwicklung geeigneter technischer Lösungen allein nicht ausreichend, den Strukturwandel in der Versorgung abzuwenden, sondern die Angebote müssten sowohl von Kund*innen wie Anbieter*innen auch genutzt werden. Diese Nutzungsbereitschaft zu generieren, stelle für beide Zielgruppen immer noch eine Herausforderung dar.

Im gleichen Kontext analysiert das Autorenteam *Barbara Pfindel, Nicolas Pappert, Claudia Kreipl* und *Stephanie Hagspibl* unter dem Titel „*Vom innovativen Versorgungsprojekt zum erfolgssträchtigen Geschäftsmodell*“ die Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit des im *Forschungsprojekt CulinaryandHealth@Home* weiterentwickelten Konzeptes eines zentralen Servicedienstleisters und dessen Übertragbarkeit auf andere ländliche Regionen. Der Beitrag zeichnet detailliert nach, welche Schritte und Überlegungen von der Geschäftsidee über den Businessplan bis zur konkreten Umsetzung zu gehen sind. Damit sich das Konzept trotz der erschwerten Bedingungen im ländlichen, strukturschwachen Raum erfolgreich in die Praxis umsetzen und verstetigen kann, bedarf es günstiger Rahmenbedingungen und der Akzeptanz seitens der Kund*innen und Lieferant*innen. Dann kann das Geschäftsmodell seine Funktionsfähigkeit zeigen und sein Nutzenpotenzial entfalten.

Literatur

- Blind, Knut/ Quitzow, Rainer (2017): Nachhaltige Innovationen. - In: Gordon, G., Nelke, A. (Eds.), *CSR und Nachhaltige Innovation: Management-Reihe Corporate Social Responsibility*, (Management-Reihe Corporate Social Responsibility), Berlin, Heidelberg: Springer. S. 13-24.
- Franz, Hans-Werner/ Kaletka, Christoph (2018): Einleitung. In: Franz, H.-W./ Kaletka, C. (Hrsg.): *Soziale Innovationen lokal gestalten, Sozialwissenschaften und Berufspraxis*. Wiesbaden: Springer VS. S. 1-20.
- Gordon, Gesa/ Nelke, Astrid (2017) (Hrsg.): *CSR und Nachhaltige Innovation. Zukunftsfähigkeit durch soziale, ökonomische und ökologische Innovationen*. Management-Reihe Corporate Social Responsibility. Berlin: Springer Gabler.

- Rodriguez, S.I./Roman, M.S./Sturhahn, S.C./Terry, E.H. (2002): Sustainability assessment and reporting for the University of Michigan's Ann Arbor Campus, Center for Sustainable Systems, Report Nr. CSS02-04. University of Michigan.
- Rückert-John, Jana (Hrsg.) (2013): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Perspektiven sozialen Wandels. Wiesbaden: Springer VS.
- Schally, Hugo-Maria (2017): Vorwort des Head of Unit „Eco-innovation and circular economy“. European Commission, DG Environment. In: Gordon, G./ Nelke, A. (2017) (Hrsg.): CSR und Nachhaltige Innovation. Zukunftsfähigkeit durch soziale, ökonomische und ökologische Innovationen. Management-Reihe Corporate Social Responsibility. Berlin: Springer Gabler. S. VII-IX.
- Schmidpeter, René: Vorwort des Reihenherausgebers: Verantwortung und Innovation – zwei Seiten einer Medaille?! In: Gordon, G./ Nelke, A. (2017) (Hrsg.): CSR und Nachhaltige Innovation. Zukunftsfähigkeit durch soziale, ökonomische und ökologische Innovationen. Management-Reihe Corporate Social Responsibility. Berlin: Springer Gabler. S. V-VI.
- Schröder, Antonius (2018): Soziale Innovation Weltweit: Ergebnisse des Global Mapping im Projekt SI-DRIVE. In: Franz, H.-W./ Kaletka, C. (Hrsg.): Soziale Innovationen lokal gestalten, Sozialwissenschaften und Berufspraxis. Wiesbaden: Springer VS. S. 21-42.

Soziale Innovationen: Ausdruck der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung

Claudia Kreipl

1. Einleitung

Gesellschaftliche Veränderungen begleiten die Menschen von Anbeginn an. Gründe für Veränderungen sind vielfältig: Sie können durch technologischen Wandel initiiert sein, so wie beispielsweise die Erfindung der Dampfmaschine und später die Automatisierung eine industrielle Fertigung ermöglicht und vorangetragen haben. Die daraus resultierende Industrialisierung veränderte die Gesellschaft und deren Bedürfnisse. Technologische und soziale Innovationen stehen in Wechselwirkung miteinander. Technologische Möglichkeiten erlauben und fordern soziale Innovationen vice versa und können als immerwährender Kreislauf verstanden werden.

Das breite Spektrum an Innovationsarten und Innovationsursachen verweist bereits darauf, dass dieses Themenfeld eine multidisziplinäre Auseinandersetzung verdient. Technologische Facetten treffen auf soziologische, psychologische und ökonomische Elemente. Ein grundlegendes Verständnis des Begriffs „sozialer Innovation“ muss also ein Ausgangspunkt für weitere Überlegungen sein.

Die Megatrends unserer Zeit als aktuelle Treiber von Veränderungen sind gemäß diesem Kreislauf-Ansatz einerseits Ursachen, aber zudem auch Potenzial gegenwärtiger und zukünftiger sozialer Innovationen. Die Kenntnis dieser Trends ist somit zukunftsweisend. Die Veränderungen durch soziale Innovationen sollen den Bedürfnissen einer veränderten Gesellschaft gerecht werden. Diese Veränderungen können zunächst autonom verlaufen. Um gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und gesellschaftlich hoch bewertete Ziele zu erreichen, beispielsweise

schwächere Glieder der Gesellschaft oder auch die Natur zu schützen, können Entwicklung und Diffusion sozialer Innovation gezielt gesteuert werden. Auf diese Weise kann gesellschaftliche Verantwortung von verschiedenen Anspruchsgruppen wahrgenommen werden. Ansatzpunkte dazu sollen an dieser Stelle erarbeitet werden.

2. Wachsende Bedeutung sozialer Innovationen

Der Thematik sozialer Innovationen wird in den letzten 20 Jahren ein deutlicher Aufschwung bescheinigt. Soziale Innovationen werden als Konglomerat verschiedenster Sachverhalte, Gegenstandsbereiche, Problemdimensionen und -lösungserwartungen sowohl konzeptionell als auch inhaltlich als unscharf und diffus bewertet (Howaldt/ Schwarz 2010: 87). Der aus wissenschaftlicher Sicht hohe Bedarf an Strukturierung und Konzeptionalisierung soll nach einer Skizzierung von gesellschaftlicher Veränderung in Kapitel 3 über die Einbindung von Ebenen und Akteuren gesellschaftlicher Verantwortung in Kapitel 4 vorangetrieben werden. In diesem Abschnitt soll zunächst der Begriff der sozialen Innovation erörtert werden.

Soziale Innovationen zeichnen sich durch ihre immaterielle und intangible Struktur aus. Sie können als von „bestimmten Akteuren bzw. Akteurskonstellationen ausgehende intentionale, zielgerichtete Neukonfiguration sozialer Praktiken in bestimmten Handlungsfeldern bzw. sozialen Kontexten“ verstanden werden (Howaldt/ Schwarz 2010: 89). Soziale Innovationen verfolgen das „Ziel, Probleme oder Bedürfnisse besser zu lösen bzw. zu befriedigen als dies auf der Grundlage etablierter Praktiken möglich ist“ (Howaldt/ Schwarz 2010: 89, aber auch Zapf 1994: 33 sowie Zapf 1989: 177).

Schwarz et al. arbeiten folgende Kennzeichen sozialer Innovationen heraus, die um Ansatzpunkte von Gillwald ergänzt werden (Schwarz et al. 2010: 174f.; Gillwald 2000 sowie weiterhin Merrit/ Merrit 1985 und Ellwein 1985):

- Sie bilden Neukonfigurationen sozialer Praktiken.

- Sie haben zum Ziel, Probleme anders zu lösen und Bedürfnisse anders zu befriedigen.
- Sie sind intentional und zielgerichtet.
- Sie haben meist eine ambivalente, keineswegs zwangsläufig eine positive Wirkung.
- Sie entstehen an den Schnittstellen unterschiedlicher sozialer Kontexte.
- Sie können in allen gesellschaftlichen Bereichen, verschiedensten Lokalisationen und Größenordnungen entstehen.
- Sie gehen von bestimmten Akteuren und Konstellationen zwischen den Akteuren aus.
- Sie können interne und externe Adressaten haben.
- Sie können sich in Form organisatorischer, struktureller, institutioneller oder prozessualer Muster zeigen.

Aus dem Problemlösungsbeitrag sozialer Innovationen lässt sich deren Wertebezogenheit als ein besonderes Charakteristikum ableiten. Die Bewertung als „gut“ muss dabei allerdings kontrovers diskutiert werden, da neue Ansätze vielfältige Effekte haben können. Vielmehr muss die Wertbezogenheit daran ausgerichtet sein, dass soziale Innovationen an gesellschaftlich hochbewerteten Zielen ausgerichtet sind (Gillwald 2000: 7). Wertrationalität im Sinne gesellschaftlich erwünschter Ziele wird geschwächt durch die individuelle Entscheidung einzelner Nutzender über den Umgang mit sozialen Innovationen. Deren Entscheidungen werden sich an individuellen Wünschen und Bedürfnissen orientieren und nicht zwangsläufig mit gesellschaftlichen Zielen konform sein (Jacobsen/ Jostmeier 2010: 231; Gershuny 1981).

Bei den Motiven zur Entwicklung und Umsetzung sozialer Innovationen kann auf die allgemeine Handlungstheorie zurückgegriffen werden. Hierbei kann zunächst zwischen intrinsischer und extrinsischer Motivation unterschieden werden. Erstere baut auf eine Motivation von innen heraus auf, bei der die Tätigkeit selbst die Handelnden motiviert. Dies kann als autonome Innovation bezeichnet werden. Extrinsische Motivation wird als Mittel zum Zweck eingestuft. Dies kann als umfeldbedingte Innovation bezeichnet werden (Gillwald 2000: 28, Heckhausen 1989, Müller/ Schienstock 1978). Rogers entwickelt konkret fünf Motivgrup-

pen sozialer Innovationen, die in Tabelle 1 dargestellt werden (Rogers 1983).

Tabelle 1: Motive der Innovationsentwicklenden und -anwendenden

Innovationsmotiv	Beschreibung des Motivs
Relative Advantage	Vorteile gegenüber vorherigen Lösungen, z.B. finanzielle Vorteile, Prestigevorteile, höherer Komfort, geringerer Arbeits- oder Zeitaufwand
Compatibility	Vereinbarkeit mit bestehenden bzw. neuen Werten, Erfahrungen und Bedürfnissen
Complexity	Aufwand im Rahmen von Entwicklung und Umsetzung, Praktikabilität
Trialability	Möglichkeit einer (zeitlich begrenzten) Testmöglichkeit
Observability	Erkennbarkeit und Erklärbarkeit der Innovation und ihres Nutzens

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Gillwald 2000 und Rogers 1983.

Bei sozialen Innovationen handelt es sich oftmals um Dienstleistungen. Unter dem Begriff der Dienstleistung werden Leistungen erfasst, welche „durch eine Kombination interner und externer Produktionsfaktoren am externen Faktor erbracht werden, wobei die Leistung aufgrund der zeitlichen (und räumlichen) Synchronität von Produktion und Absatz ex ante immateriell ist“ (Ahlert/ Evanschitzky 2003: 28). Soziale Innovationen zeichnen sich durch Verhaltensänderungen in Form der Nutzung neuer Dienstleistungen aus. Soziale Systeme müssen die neue Dienstleistung integrieren, damit sie als soziale Innovation diffundieren und sich etablieren kann (Jacobsen/ Jostmeier 2010; Howaldt et al. 2008).

Der Begriff der Innovation weist eine große Nähe zum Begriff der Nachhaltigkeit auf. Nachhaltigkeit erfordert und begleitet gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Sie bedarf dabei neuer sozialer Praktiken. Damit geht der Bedarf über reine Investitionen in Technik und Ökonomie hinaus. Nach Schneidewind et al. kann eine zukunftsfähige Gesellschaft Nachhaltigkeit nur über soziale und institutionelle Innovationen sicherstellen (Schwarz et al. 2010; Schneidewind et al. 2002; zu einer vertieften Diskussion siehe Rückert-John 2013 sowie Schwarz/ Howaldt 2013).

Soziale Innovationen können gleichermaßen Voraussetzungen, aber auch Bestandteile oder Ergebnisse gesellschaftlicher Wandlungsprozesse sein (Howaldt/ Schwarz 2010). Sozialer Wandel als strukturelle Veränderung eines sozialen Systems und damit der Sozialstruktur einer Gesellschaft muss von sozialen Innovationen abgegrenzt werden. Soziale Innovation sind als geplante und koordinierte Aktivitäten zu verstehen. Mit der aktiven Gestaltung reagieren sie auf sozialen Wandel oder lösen ihn aus (Howaldt/ Schwarz 2010: 92; Ebrecht 2002). Innovationen entstehen im Kontext von Institutionen. Sie benötigen Institutionen zur Diffusion oder führen zum Entstehen von (neuen oder veränderten) Institutionen (Schwarz et al. 2010: 172).

In der Relation zu technischen Innovationen können soziale Innovationen gleichermaßen technischen Innovationen nachfolgen, sie aber auch bedingen. Das heißt, sie können Voraussetzungen, Begleitumstände oder Folgen technischer Innovationen bilden (Jacobsen/ Jostmeier 2010: 227; Zapf 1989).

Soziale Innovationen erfordern einen gewissen Grad der Verbreitung. Dies kann über eine Vermarktungsfähigkeit in Form neuer Dienstleistungen und Dienstleistungskonzepte geschehen. Ein hoher Grad an Verbreitung zeichnet sich dadurch aus, dass die Innovation eine breite Anwendung findet, praktisch umgesetzt und möglicherweise institutionalisiert wird. Hohe Diffusionschancen werden sozialen Innovationen insbesondere dort zugerechnet, wo etablierte Institutionen keinen ausreichenden Problemlösungsbeitrag liefern (Howaldt/ Schwarz 2010: 93).

Die Wege eines Etablierens sozialer Innovationen können dabei vielfältig sein und in Form von Kombinationen mehrerer Ansätze erfolgen. Hierbei kann zunächst eine Diffusion über marktbezogene Angebote benannt werden, welche sich über Dienstleistungen, Geschäftsmodelle, Versorgungs- und Nutzungsstrukturen ebenso wie über technologische (Infra-)Strukturen zeigen kann. Weiterhin können soziale Bewegungen entstehen, die sich in der aktuellen Zeit beispielsweise über soziale Netzwerke zeigen können. Zudem sind staatliche Regelungen, Fördermittel und Subventionen Ansätze, die eine Diffusion zeigen und fördern. Unterstützt werden kann eine Diffusion durch Förderende in Form von

bekannten und/oder charismatischen Persönlichkeiten (Howaldt/Schwarz 2010: 93f.).

Diffusion ist als Prozess zu verstehen. In dessen verschiedenen Phasen setzen sich unterschiedliche Gruppen (Nutzende, Kund*innen, Klient*innen, etc.) mit der Innovation auseinander und nehmen sie an. In einer frühen Phase treten lediglich die ersten Innovatoren als Nutzende auf. In der Marktwachstumsphase kommen die *Early Adopters* hinzu. Die Mehrzahl an Anwendenden der Innovation sind in der Reifephase zu verzeichnen (Wentz 2008: 155f.).

Die Entwicklung neuer Lösungen bis hin zu sozialen Innovationen erfordert oftmals Kompetenzen und Beiträge mehrerer Akteure auf den verschiedensten Ebenen. Der Schaffensprozess kann auch jene einbinden, die die Innovationen benötigen und nutzen möchten. Dies wird unter den Begriffen der *Co-Creation* und *open innovation* gefasst (Jacobsen/Jostmeier 2010: 223ff.). Ein hinreichendes, umfassendes Konzept zur Systematisierung einer erfolgsträchtigen Entwicklung derartiger Innovationen steht bis 2010 aus und ist bis dato nicht erkennbar (Howells 2010).

Als Erfolgsfaktoren und Gütekriterien für eine nachhaltige Entwicklung werden „die Reflexivität der Akteure und Verfahren, ihre Fähigkeit und Befähigung zu Partizipation und Selbstorganisation, ihre institutionalisierten Regeln, Normen und Ressourcen der Interessen- und Konfliktmoderation sowie ihr Entwicklungspotenzial für technische, ökonomische, organisatorische und soziale Innovationen“ verstanden (Schwarz et al. 2010: 175). Die Entstehung von Innovationen erfordert folglich Handlungskompetenz von Akteuren. Diese zeigt sich in der Fähigkeit, Bereitschaft und Möglichkeit, Handlungen zu vollführen und auszulösen (Schwarz et al. 2010: 172). Nach Jacobsen/ Jostmeier (2010: 227) bleibt offen, wer die treibenden Akteure sozialer Innovationen sind. Handlungen und Struktur bedingen sich gegenseitig. Handlungen schaffen Strukturen sozialer Systeme oder verändern diese. Gleichermäßen benötigen Handlungen gewisse Strukturen innerhalb sozialer Systeme (Schwarz et al. 2010: 173).

Zur Förderung des erfolgsträchtigen Entstehens neuer sozialer Techniken, welche dem gesellschaftlichen Wandel dienen, müssen analytische Ansätze überwunden und durch Befähigungsmodelle ersetzt werden. Dies muss durch geeignete innovationsfördernde Governance-Strukturen unterstützt werden (Schwarz et al. 2010: 176f.). Grundlagen eines derartigen Befähigungsmodells sollen nachfolgend entwickelt werden. Dazu werden in Abschnitt 3 die aktuell herausstechenden gesellschaftlichen Trends betrachtet und ein Bezug zu sozialen Innovationen hergestellt. Anschließend werden die Ebenen und Akteure gesellschaftlicher Verantwortung herausgearbeitet. Aus dieser Systematik lassen sich Implikationen für eine erfolgsträchtige und verantwortungsvolle Diffusion sozialer Innovationen ableiten.

3. Gesellschaftliche Veränderungen als immerwährender Prozess

Gesellschaften und ihre Mitglieder*innen befinden sich von jeher in Umweltsituationen, welche von einem permanenten Wandel und dynamischen Entwicklungsprozessen gekennzeichnet sind. Sie müssen sich fortwährend an die Veränderungen anpassen, um ihren Lebensraum zu erhalten, zu stabilisieren oder gar zu stärken. Diese Dynamik und daraus resultierende Herausforderungen werden im Wirtschaftssektor aktuell unter den Begriffen *Industrie 4.0* bzw. *Wirtschaft 4.0* diskutiert.

Mit *Industrie 4.0* werden dynamische Umweltentwicklungen anhand von vier Meilensteinen dargelegt. Diese nahmen nachhaltige Auswirkungen auf die industrielle Fertigung. Die Einführung mechanischer Produktionsanlagen am Ende des 18. Jahrhunderts gilt als Ausgangspunkt. Ein Wendepunkt in der Weiterentwicklung bildet die Einführung elektrischer Energie in der Produktion zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ein dritter Meilenstein beschreibt der Einzug von Informationstechnologien in die Fertigung. In dieser Stufe erfolgt die Automatisierung durch das Zusammenspiel von Elektronik und Informationstechnologie. Dies mündet letztlich in die vierte Phase der Industrie 4.0, welche durch eine Vernetzung der Produktion beziehungsweise der Wertschöpfungsketten mit der digitalen Welt gekennzeichnet ist. *Cyber-Physical*-Systeme entstehen als Zusammenspiel intelligenter, vernetzter Systeme aus u.a. Maschinen,

Sensoren und Computern, welche miteinander kommunizieren und agieren können. Industrie 4.0 ist in diesem Zusammenhang gekennzeichnet durch maschinengelenkte, dezentralisierte und individualisierte Echtzeitproduktion (Wolter et al. 2015: 9ff.; BITKOM 2014; Jasperneite 2012).

Einer Forderung nach Ganzheitlichkeit kommt der Begriff *Wirtschaft 4.0* nach. Das Konzept einer industriellen Vernetzung analoger Produktion mit einer digitalen Welt wird um den Dienstleistungssektor erweitert und damit letztlich auf alle Wirtschafts- und Lebensbereiche ausgeweitet (Wolter et al. 2015: 8). Dies trägt dem prognostizierten Strukturwandel hin zu einem steigenden Anteil an Dienstleistungen Rechnung (Wolter et al. 2015: 6; BITKOM 2014).

Industrie 4.0 und auch ausgewählte der folgenden Megatrends haben zunächst einen starken technologischen Fokus. Die Fähigkeiten im Umgang mit neuen Technologien bilden dabei zunächst eine erfolgskritische Kompetenz von Unternehmen. Letztlich sind es aber die Menschen, welche technologische Möglichkeiten unter Einsatz von Fach- und Erfahrungswissen in Marktchancen überführen können (Kreipl/ Greco 2019).

Veränderungen in der Wirtschaft beeinflussen die Rahmenbedingungen der Lebens- und Arbeitswelt und umgekehrt. Veränderungen und Kenntnis um deren Treiber ermöglichen das Erkennen von Handlungsoptionen und das Ableiten von Gestaltungschancen. Der Umgang mit diesen Trends, insbesondere das Überführen von Trends in Wettbewerbsvorteile und damit in wirtschaftliche Potenziale, beschreibt eine erfolgsträchtige Aufgabe für die Unternehmen. Wenn sie den Umgang mit diesen Trends beherrschen, können sie ihre Existenz sichern und ihren Aufgaben der Versorgung der Menschen mit Produkten und Dienstleistungen, aber auch mit Arbeitsplätzen und Steuerabgaben an die öffentliche Hand gerecht werden (Kreipl/ Greco 2019). Umgekehrt werden diese Aktivitäten unsere Gesellschaft prägen und es entsteht Bedarf an der Entwicklung neuer sozialer Praktiken.

Rump/ Eilers identifizieren ausgewählte Megatrends als Treiber. Die technisch-ökonomischen Entwicklungen beinhalten im Kern Digitalisierung einschließlich Wissensökonomie. Weiterhin wird hier die Globali-

sierung inkludiert. Die demografische Entwicklung betrachtet insbesondere Veränderungen, welche die Alterung der Gesellschaft mit sich bringt. Die gesellschaftlichen Entwicklungen setzen sich letztlich mit Wertewandel, einhergehend mit Diversität und Individualisierung auseinander (Rump/ Eilers 2017:5; sowie BMAS 2015).

Digitalisierung

Das Internet und damit verbundene neue Informations- und Kommunikations-Technologien nehmen einen bedeutsamen Einfluss auf die Innovationsfähigkeit von Unternehmen, Institutionen und weiteren Gruppierungen (Rump/ Eilers 2017: 5). Digitale und mobile Kommunikationsformen bieten neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit durch ein Überwinden von räumlichen und zeitlichen Unterschieden. Der Zugang zu global verteiltem Wissen, Kompetenzen und Ressourcen wird erleichtert. Die informations-technologischen Potenziale ermöglichen den Umgang mit großen Datenmengen (*Big Data*) in kürzester Zeit. Dadurch entstehen neue Steuerungsmodelle, aber auch mögliche neue Arbeits- und Projektformen, wie zum Beispiel *Crowdworking*. Digitale und physische Grenzen werden weiter verschwimmen. Dies führt zu einem Wandel der klassischen Organisationsgrenzen und den klassischen (Kommunikations-)Beziehungen zwischen den Menschen. Wertschöpfungsketten werden sich verändern und bieten Raum für neue Geschäftsmodelle.

Der Trend zur Wissensgesellschaft wird verstärkt vorangetrieben, was einerseits den Dienstleistungsbereich weiter fördern wird. Andererseits wird es den Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften und den Anspruch an ein lebenslanges Lernen verstärken (Rump/ Eilers 2017: 5ff.; BMAS 2015: 14ff.; sowie 28f., BMWi 2015; Accenture 2014; Münchner Kreis 2013). Über Digitalisierung wird der Bedarf an sozialen Innovationen steigen, z.B. nach neuen Gestaltungsformen sozialer Kontakte. Im Gegenzug eröffnet Digitalisierung allerdings neue Möglichkeiten im sozialen Umfeld, beispielsweise über den Einsatz in der Überwachung und Begleitung von Senior*innen in ihrem Wohnumfeld oder bei der Organisation des Alltags.

Leben und arbeiten in einer globalisierten Welt

Die bereits stark vorhandene globale Verflechtung von Wirtschafts- und Lebensräumen wird weiter ansteigen. Digitalisierung mit einer Vernetzung der Wertschöpfungsketten treibt diesen Prozess der globalen Arbeitsteilung voran. Hierbei stellt sich die Frage von Verantwortung der Akteure innerhalb der globalen Wertschöpfungsketten im Hinblick auf die globalen Lebensbedingungen. Wohlstand und Chancengleichheit müssen global diskutiert werden (BMAS 2015: 28; Gebhardt et al. 2015). Eine Abkehr von sogenannten Normalarbeitsverhältnissen, welche als dauerhaft und unbefristete, sozialversicherungspflichtige Vollzeitstätigkeiten mit geregelten Arbeitszeiten verstanden werden, ist zu beobachten. Diese werden zunehmend durch atypische Arbeitsverhältnisse ergänzt. Dadurch entsteht eine Dualisierung des Arbeitsmarktes, bei denen einerseits unsichere, prekäre Beschäftigungsverhältnisse bestehen. Andererseits verbleibt der zwar gesunkene, aber dennoch stark vorhandenen Anteil an normalen Arbeitsverhältnissen (BMAS 2015: 22 ff.). Dies zeigt bereits beispielhaft den Bedarf an sozialen Innovationen, um diesen Veränderungen Rechnung zu tragen und sie verantwortungsvoll zu begleiten.

Wertewandel

Gesellschaften werden durch ein gemeinsames, geteiltes System von sozialen Normen charakterisiert. Dadurch wird das Zusammenspiel der Menschen geregelt (Civai/ Ma 2017: 26). Diese sozialen Normen können als „Grammatik“ der sozialen Interaktion verstanden werden. Sie sind oftmals implizit und definieren akzeptable Verhaltensweisen in spezifischen Situationen. Es bestehen individuelle Unterschiede in der Gewichtung und Interpretation sozialer Normen, was wiederum zu unterschiedlichen Entscheidungen und unterschiedlichem Verhalten führt (Bicchieri 2006). Sie basieren auf gemeinsamen Werten (Schein 1985).

Gemeinsam geteilte Werte und Denkhaltungen verweisen auf die Kultur einer Einheit (Gesellschaft, Organisation, Familie). Sie bilden die Basis zur Ausgestaltung externer Beziehungen, dem internen Zusammenhalt sowie der Vermittlung von Sinn, Identität und Verhaltensregeln für die Mitglieder einer Gemeinschaft. Gemeinsame Werte verstärken im unter-

nehmerischen Sinne die Stabilität einer Gruppe (Hillmann 2001: 15; Kreipl 2004: 81f.).

Wertewandel wird in der Literatur seit Dekaden vielfältig beschrieben und konträr diskutiert. Einerseits wird Wertewandel als notwendige Besinnung und Umkehr unserer Gesellschaft angesehen. Andererseits wird er als Bedrohung von Wirtschaft und Gesellschaft betrachtet (Nerdinger/ Spieß 1992). So steht beispielsweise Inglehart für einen sozioökonomischen Modernisierungsprozess, welcher einen Trend von materialistischen Werten zu postmaterialistischen Werten vollzieht. Hierbei wird das Streben nach Wohlstand mit wirtschaftlicher und physischer Sicherheit durch den Wunsch nach Selbstverwirklichung und Lebensqualität abgelöst (Inglehart 1977 und 1997; Scheuer 2016). Polarisierend vertritt Noelle-Neumann die These eines fortschreitenden Werteverfalls, der auf Kosten traditioneller bürgerlicher Pflichten verläuft (Voß 1990; Noelle-Neumann 1978). Diese Pole werden über eine Wertesynthese vereint und können damit die Vielfalt von Wertetypen abbilden (Klages/ Gensicke 2006).

Die Vielfalt der Lebensentwürfe zeigt den vollzogenen und weitergehenden Wandel an Werten und Ansprüchen der Menschen. Diese konkretisieren sich beispielsweise in dem Wunsch nach einer ausgewogenen Work-Life-Balance als ausbalanciertem Lebenskonzept (BMAS 2015: 18 f.). Individualisierung als Lebenstrend entsteht aus der Freiheit, aus einer Vielzahl an Wahlmöglichkeiten in verschiedenen Lebensbereichen entscheiden zu können. Eine große Diversität in Lebens- und Erwerbsbiografien entsteht. Es besteht – individuell unterschiedlich ausgeprägter – Raum für Selbstverwirklichung innerhalb und außerhalb des Berufsweges. Werte, welche diese Lebensentwürfe begleiten, können ebenso vielfältig sein (Rump/ Eilers 2017: 17 ff., Schuldt/ Ehret 2015: 13 ff.). Die Kenntnis um die Wertestrukturen und deren Veränderung kann aktuelle und zukünftige Bedarfe an sozialen Innovationen aufzeigen helfen.

Demografischer Wandel

Umfang und Struktur der Bevölkerung in Deutschland werden sich in den nächsten Jahren weiter verändern. Eine kaum wachsende Geburtenrate steht einer steigenden Lebenserwartung gegenüber. Bei einem Sin-

ken der Gesamtbevölkerung wird der Anteil der Älteren steigen. Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird von 61,5 Prozent in 2013 auf circa 50,7 Prozent in 2060 sinken (Statistisches Bundesamt 2018; BMAS 2015: 26 ff.).

Hieraus erwächst einerseits eine rückläufige Anzahl an Arbeitskräften. Deren Berufsleben muss über technische und soziale Innovationen derart gestaltet werden, dass ihre *Work-Life-Balance* den bestehenden Werten entspricht und zudem die nötigen Leistungen für die Gesellschaft erbracht werden. Gleichmaßen geht der demografische Wandel mit steigenden Anteilen an jüngeren und älteren Menschen einher. Diese bedürfen unterschiedlicher Form an Unterstützung. Auch hier gilt es, innovative Konzepte zu entwickeln, um deren Bedürfnisse zu decken.

Die Gesellschaft benötigt Akteure und Strukturen, die die beschriebenen Herausforderungen aufgreifen und soziale Innovationen schaffen. Unter Berücksichtigung demografischer Entwicklungen müssen die Instrumente der Digitalisierung in erfolgssträchtige Prozesse, Modelle und Organisationsformen in einer globalisierten Welt transformiert werden. Dabei müssen die Werte der Gesellschaft, ihrer Gruppierungen und der Individuen berücksichtigt werden, um den aktuellen sozialen Strukturen gerecht zu werden und nachhaltigen sozialen Wandel auslösen zu können. Eine verantwortungsvolle Vorgehensweise bildet dabei einen grundlegenden Anspruch.

4. Ausgestaltung gesellschaftlicher Verantwortung

Verantwortung wird als *Maxime* verstanden, für die Folgen des eigenen Handelns aufzukommen (Weber 1919). Verantwortungsvolles Handeln kann dabei als Qualität der Beziehung zwischen Individuen bzw. einer Organisation einerseits und der Gesellschaft bzw. deren zugrundeliegenden ethischen Prinzipien andererseits bewertet werden. Diese Beziehung und ihre Ausgestaltung soll eine positive Wirkung auf die soziale und ökologische Umwelt ermöglichen (Becker/ Ray 2017: 43). Eine systematische Auseinandersetzung mit Verantwortung im Kontext sozialer Innovationen sollte dabei aufzeigen, auf welchen Ebenen gesellschaftlicher Verantwortung in der Beziehung der Organisation und ihrer Mitglieder

zur Gesellschaft gestaltet werden kann. Weiterhin gilt es, mögliche relevante Akteure zu systematisieren. Letztlich können aus diesen methodisch entwickelten Ansatzpunkten gezielte Anregungen für eine verantwortungsvolle Diffusion sozialer Innovationen stringent abgeleitet werden.

4.1 Ebenen gesellschaftlicher Verantwortung

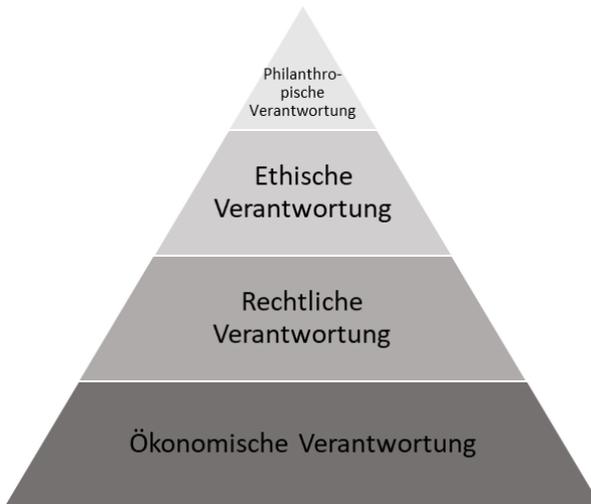
Menschen treffen Entscheidungen individuell und in Organisationen, wie z.B. in Wirtschaftsunternehmen oder gemeinnützigen Institutionen. Durch diese Entscheidungen vertreten sie die eigenen Interessen und jene der Organisation nach innen und außen. Auf diese Weise übernehmen sie Verantwortung. Diese zeigt sich in der Verantwortung als Individuen, umfasst aber auch die Verantwortung einer Organisation als rechtliche Einheit.

Betrachtet man soziale Innovationen, so greift eine rein ökonomische Betrachtung zu kurz. Soziale Innovationen entstehen zum einen als Reaktion auf gesellschaftlichen Wandel. Zum anderen haben sie mit ihren Leistungen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Damit muss die Betrachtung über die ökonomische Seite von Entscheidungen hinausgehen und auch soziale Aspekte berücksichtigen (Howaldt/ Schwarz 2010: 102). Verantwortung gegenüber der Gesellschaft erstreckt sich auf mehrere Bereiche. Carroll hat in seiner Verantwortungspyramide vier Ebenen herausgearbeitet (Carroll 1991; Carroll 1999: 289):

Stufe 1 drückt ökonomische Verantwortung aus: Langfristige Profitabilität bildet eine Voraussetzung für die Existenz und Existenzsicherung von Organisationen. Über die Funktion als Steuerzahler*in, und sei es nur Umsatzsteuer oder die Einkommensbesteuerung der Mitarbeitenden, aber auch über die Funktion als Arbeitgeber über die Gehälter und Sozialabgaben der Mitarbeitenden besteht zudem eine ökonomische Verantwortung. Damit liegt die ökonomische Verantwortung durchaus im gemeinschaftlichen Interesse. Explizit benennt Carroll (1991: 40) die Maximierung von Aktienwerten, Profitabilität, eine starke Wettbewerbsposition, ein hohes Maß an operativer Effizienz und Konsistenz. Dies mündet in die Forderung: „Sei profitabel“.

Stufe 2 thematisiert die rechtliche Verantwortung. Die Aktivitäten der Organisation und ihrer Mitglieder unterliegen der Forderung nach einer Einhaltung von Gesetzen. Gesetze spiegeln die Normen einer Gesellschaft wieder. Sie können als Kodifizierung einer Gesellschaft, was falsch und richtig ist, verstanden werden. Damit beinhalten sie bereits eine ethische Verantwortung. Explizit erwähnt Carroll (1991: 40) die Konsistenz mit Erwartungen von Regierung und Gesetz, eine Compliance mit Regulierungen von nationaler bis kommunaler Ebene, das Erfüllen rechtlicher Verpflichtungen insbesondere unter Einhaltung der rechtlichen Mindestbedingungen von Produkten, Dienstleistungen und deren Erstellungsprozess. Im Kern gilt die Forderung: „Beachte das Gesetz“. Abbildung 1 stellt das Gesamtmodell der Verantwortungsstufen dar.

Abbildung 1: Verantwortungsstufen



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Carroll 1977

Stufe 3 betrachtet die ethische Verantwortung. Diese Ebene spiegelt die Ansprüche und Erwartungen einer Gesellschaft über moralisch falsches und richtiges Verhalten wieder. Sie geht über gesetzliche Sanktionierungen hinaus, was sich z.B. in Verbraucher-Boykotten zeigen kann. Carroll (1991: 41) fordert die Konsistenz mit bestehender und sich neu entwi-

ckelnder Moral und Ethik einer Gesellschaft. Die ethische Verantwortung führt mit der Verpflichtung zu tun, was richtig, gerecht und fair ist, zu der Forderung: „Handle nach ethischen Gesichtspunkten“.

Stufe 4 der philanthropischen Verantwortung geht über gesetzliche und ethische Verantwortung hinaus. Sie basiert auf Freiwilligkeit und steigert die gesellschaftliche Wohlfahrt, z.B. durch ein Bereitstellen von Ressourcen für die Gesellschaft oder die Verbesserung von Lebensqualität. Nach Carroll (1991: 41) umfasst dies beispielsweise die Unterstützung von Wohltätigkeit, auch eine Unterstützung von Künsten und Bildungseinrichtungen, die Förderung von freiwilligem wohltätigem Engagement einer Organisation und deren Mitgliedern. Philanthropische Verantwortung lebt über die Forderung: „Sei ein guter *Corporate Citizen*“.

Die vier Ebenen gemeinsam bilden das Verantwortungsgerüst von Organisationen. Wenngleich sie separat beschrieben werden, müssen sie dennoch als miteinander verzahnt bewertet werden. Wenn soziale Innovationen nachhaltig in stabile organisationale Strukturen überführt werden sollen, so muss diesen Verantwortungsebenen Rechnung getragen werden. Soziale Innovationen werden sich etablieren, wenn sie ein Mindestmaß an ökonomischem Nutzen, zumindest Kostendeckung aufweisen, sich innerhalb der gesetzlichen Regelungen bewegen und moralischen Vorsätzen entsprechen.

4.2 Anspruchsgruppen der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung

Organisationen werden im Sinne der Koalitionstheorie als Zusammenschluss bzw. Koalition von Individuen und Gruppierungen angesehen, welche eine Beziehung zur Organisation eingehen. Diese Beziehung stiftet einen Nutzen und erlaubt den Individuen, ihre Ziele möglicherweise besser zu erreichen und ihre Bedürfnisse besser zu befriedigen. So lange ihre Beziehung zur Organisation einen persönlichen Nutzen stiftet, besteht ein Anreiz für die Teilnehmenden, sich weiter in der Organisation zu engagieren und die Koalition fortzusetzen. Das Erreichen des Nutzens ist mit bestimmten Beiträgen der Individuen verknüpft. Nach der Art der Anreize und Beiträge lassen sich Individuen, die Beziehungen zu einem Unternehmen unterhalten, zu unterschiedlichen Gruppen (Bezugsgruppen, Interessengruppen, Anspruchsgruppen, im englischen

Sprachraum: *Stakeholder*) zusammenfassen (Hungenberg 2014: 27ff.; Cyert/ March 1963).

Wenn die Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen übereinstimmen, sich komplementär oder indifferent darstellen, dann können sie gemeinsam als Ziele von Organisationen, Institutionen oder Unternehmen gestaltet werden. Sobald jedoch Zielkonflikte auftreten, müssen die Prioritäten der widerstrebenden Interessen bei der Zielbildung geregelt werden. Eine derartige Klärung von Prioritäten geschieht gemäß dem Stakeholder-Ansatz in der Regel durch Verhandlungsprozesse unter Berücksichtigung von Machtpositionen der Anspruchsgruppen. Dieser Ansatz baut auf der Prämisse auf, dass alle Gruppen für die Existenz und das Handeln von Organisationen erforderlich sind und sie daher auch legitimiert sind, die Ziele einer Organisation zu beeinflussen (Hungenberg 2014: 29; Janisch 1993).

Anspruchsgruppen nehmen gesellschaftliche Verantwortung wahr oder fordern sie ein. Sie sind Motoren zum Entstehen sozialer Innovationen, die derartiger Verantwortung gerecht werden, sie sehen Bedarfe und decken sie oder sie werden aufgrund z.B. gesetzlicher Veränderungen dazu aufgefordert. Daher gilt es, die Nutzenerwartungen, Anreizstrukturen und Machtpositionen der *Stakeholder* im Hinblick auf die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch die Diffusion sozialer Innovationen zu betrachten.

Ein Strukturierungskriterium dafür stellt Hiß (2006) bereit. Hier wird zwischen einem inneren, mittleren und äußeren Verantwortungsbereich unterschieden. Der innere Verantwortungsbereich wird über die Erfüllung von Markt und Gesetz gestaltet. Dieser Bereich umfasst im Sinne Caroll's im Kern die ökonomische und legale Ebene gesellschaftlicher Verantwortung (Caroll 1991). Dies baut auf Milton Friedmans Ansatz auf, der hier bereits die Grenzen unternehmerischer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft sieht (Friedman 1970). Ein derartiger Ansatz ohne Berücksichtigung von ethischer und philanthropischer Verantwortung erscheint als nicht umfassend und nicht ausreichend. Der mittlere Verantwortungsbereich betrachtet freiwillige Aktivitäten entlang der Wertschöpfungskette. Für den mittleren Verantwortungsbereich werden marktbezogenen Stakeholder benannt. Die freiwilligen Aktivitäten ver-

weisen auf die Einbindung einer über Gesetze hinausgehenden ethischen Verantwortungsebene. Dies wird um den äußeren Verantwortungsbereich freiwilliger Aktivitäten außerhalb der Wertschöpfungskette ergänzt. Der äußere Verantwortungsbereich fokussiert die philanthropische Verantwortung (Hiß 2006). Dieser stakeholder-orientierte Ansatz soll an dieser Stelle aufgegriffen und weiterentwickelt werden.

Anspruchsgruppen setzen sich aus Individuen zusammen. Diese zeichnen sich durch gemeinsame Ziele und Erwartungen an die Organisation aus, gruppenbezogenen Nutzen zu realisieren. Die Individual-Ebene soll somit der Stakeholder-Perspektive vorgeschaltet werden. Eine grafische Darstellung des Modells kann Abbildung 2 entnommen werden.

Der innere Verantwortungsbereich wird auf Stakeholder bezogen, welche auf der Mikroebene innerhalb der Organisation vorzufinden sind. Diese sind im Kern über den Stakeholder-Ansatz einbezogen. Hierzu zählen insbesondere die Mitarbeitenden, die Führungskräfte, aber auch die Eigentümer*innen einer Organisation.

Abbildung 2: Verantwortungsträger



Quelle: Eigene Darstellung

Der mittlere Verantwortungsbereich soll auf der Meso-Ebene die Wertkettenorientierung beibehalten. Hier werden alle Stakeholder subsumiert, welche einen direkten Beitrag zur Wertschöpfung der Organisation leisten. Darunter fallen die Lieferanten*innen von benötigten Ressourcen, die Kund*innen (welche auch Gäste, Patient*innen oder Klient*innen sein können), direkte oder substituierende Wettbewerber sowie jegliche Organisationen mit unterstützender Aufgabe (z.B. Logistikdienstleister oder Beratungsunternehmen).

Der äußere Verantwortungsbereich umfasst Stakeholder auf der Makroebene, die ein Interesse am Fortbestand des Unternehmens haben, ohne direkt als Partner in der Wertschöpfungskette aktiv zu sein. Dabei erfolgt keine Beschränkung auf eine philanthropische Verantwortung. Dies umfasst beispielsweise die Regierung auf nationaler ebenso wie kommunaler Ebene, die Öffentlichkeit, die Presse oder auch weitere (gemeinnützige) Organisationen innerhalb einer Gesellschaft.

Mit diesem verantwortungsorientierten Stakeholder-Ansatz wurde eine Systematik geschaffen, welche den Anregungen der Literatur Rechnung trägt. Bei technischen Innovationen werden die Bedeutung von Staat, Wirtschaft und auch Gewerkschaften angeführt. Ein hervorstechender Einfluss kommt zudem Bürgerinitiativen zu (Gillwald 2000: 26; Rammer 1992; Zapf 1989; Neuloh 1977). Die Bedeutung von Wissenschaft als Innovationsmotor wird durch Gillwald als betrachtenswert eingestuft (Gillwald 2000: 26). Diese Anspruchsgruppen finden sich im Modell auf der Makroebene wieder.

Howaldt et al. verweisen auf einen neueren Schwerpunkt in der sozialwissenschaftlichen Forschung, der sich mit Netzwerken und Innovationssystemen auseinandersetzt, z. B. *open innovation* und *open source*. Dies trägt der Vielzahl und der Heterogenität der Akteure, Organisationen und Institutionen im Innovationsprozess Rechnung (Howaldt et al. 2008: 64). Van de Ven (1988: 15) hebt den Netzwerk-Effekt des Entstehens und Diffundierens von Innovationen als ein kollektives Unterfangen hervor. Diesem Ansatz soll das entwickelte Modell Rechnung tragen. Einzelne Elemente des Modells können zu Netzwerken zusammengefasst werden.

4.3 Implikationen für eine verantwortungsvolle Diffusion sozialer Innovationen

Zur Förderung systemischer und nachfragegesteuerter Innovationen arbeitet Gillwald zwei Grundsätze heraus. Hierbei wird zunächst die Notwendigkeit eines annähernden Kräftegleichgewichts angeführt. Dies soll ein umfassendes Ausschöpfen von Innovationspotenzialen sichern. Über ein *Empowerment* kann eine gezielte Stärkung von tendenziell schwachen Akteuren verfolgt werden. Als zweiter Grundsatz wird der Ersatz von Weisungen durch eine gemeinsame Ideenentwicklung angeführt, was wiederum einem *open-innovation*-Ansatz entspricht (Gillwald 2000: 27).

Soziale Kooperationen entstehen unter Einflussnahme mehrerer Akteure. Die Akteure können Innovationen fördern, indem sie Anstöße geben, Kooperationen eingehen oder sich durch Duldung auszeichnen (Gillwald 2000: 25f.). Darüber hinaus kann ein weiteres Segment jener Personen bestehen, die die soziale Innovation ablehnen und einer Kooperation entgegenstehen. Eine positive, innovationsfördernde Wirkung entfalten die Kooperierenden und Fördernden der Innovation, wohingegen die Duldenden und Verweigernden eine neutrale bis negative Wirkung entfalten.

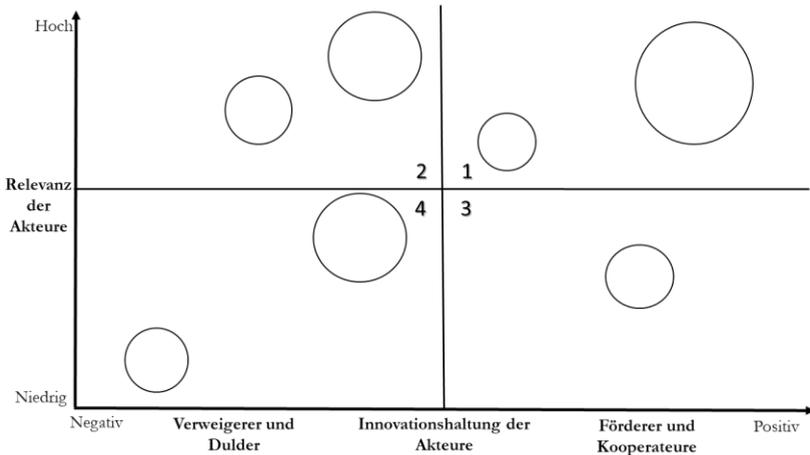
Innovationen diffundieren, wenn ein Innovationsnetzwerk eine ausreichende Menge an innovationsfördernden Akteuren mit ausreichend starker Verantwortung vereint. Als systematische Vorgehensweise zur gezielten Förderung gesellschaftlich erwünschter Entwicklungen kann folgender Prozess durchlaufen werden:

1. Identifikation relevanter Akteure
2. Bewertung der Akteure im Hinblick auf ihre Haltung zur Innovation
3. Bilden einer Innovationsdiffusions-Matrix
4. Ableiten von Diffusionsstrategien aus der Matrix

Hierbei gilt es zunächst, die relevanten Entscheidenden und Meinungsbildenden im Kontext einer spezifischen sozialen Innovation zu identifizieren und deren Einflusskraft dabei zu bewerten (in der Grafik in Abb. 3 über die Größe der Kreise dargestellt). In einem nächsten Schritt wird die Kooperationshaltung der Akteure auf einer Achse von positiv bis

negativ bewertet. Hierbei kann es möglich sein, dass Anspruchsgruppen in weitere Segmente unterteilt werden – so kann es z.B. in der Anspruchsgruppe „Politiker“ jene mit positiver und jene mit negativer Haltung geben. Eine differenzierte Betrachtung ist hier erfolgskritisch. Diese Bewertung kann grafisch in Form einer Diffusionsmatrix dargestellt werden (siehe Abb. 3).

Abbildung 3: Innovationsdiffusions-Matrix



Quelle: Eigene Darstellung

Aus dieser Matrix können entsprechend der vier Felder grundlegende generische Diffusions-Strategien abgeleitet werden. Die vier Felder entstehen durch eine Einteilung in eine hohe bzw. niedrige Relevanz für das Etablieren der jeweiligen sozialen Innovation sowie einer positiven bzw. negativen Innovationshaltung dieser Akteure. Auf die zusätzliche Berücksichtigung einer neutralen Haltung wurde aus pragmatischen Gründen an dieser Stelle verzichtet. Folgende generische Strategien können umgesetzt werden:

Strategie Feld 1: Aktives Einbinden der Anspruchsgruppen

Jene Anspruchsgruppen in Feld 1, die sich durch eine hohe Bedeutung für die Diffusion der sozialen Innovation und eine positive Haltung zur sozialen Innovation auszeichnen, werden als erste in das Kooperationsnetzwerk integriert bzw. bilden das Netzwerk. Sie zählen gemäß dem

Lebenszyklus-Ansatz zu den Innovatoren bzw. zu den *Early Adoptern* (Wentz 2008: 155f.). Ihr Engagement kann verstärkt werden, indem an die Verantwortung der jeweiligen Anspruchsgruppen appelliert wird. Ansatzpunkte dazu können aus der in Abschnitt 3.1 beschriebenen Verantwortungspyramide und der ökonomischen, rechtlichen, ethischen und philanthropischen Verantwortung der Anspruchsgruppen gegenüber der Gesellschaft, insbesondere durch die Diffusion der spezifischen sozialen Innovation, abgeleitet werden.

Strategie Feld 2: Innovationshaltung verstärken

Hier finden sich Dulder und Verweigerer mit hoher Bedeutung für eine Innovationsdiffusion, die sich durch eine negative Haltung auszeichnen. Diese Strategie zielt auf eine Stärkung der Dulder, um sie mit zeitlicher Verzögerung in das Innovationsnetzwerk zu integrieren. Diese Aktivitäten müssen auch für die Verweigernden gestartet werden, wenngleich hier die Entwicklungsarbeit langfristiger anzusehen ist. In diesem Feld stehen entsprechend des Lebenszyklusgedankens jene, die erst später zu Anwendenden bzw. Nutzenden werden, also die erst in der Reife- oder gar in der Phase des Niedergangs überzeugt werden können. Eine frühzeitige Überzeugung stärkt die Diffusion. Auch hier können Ansatzpunkte über Appelle an die Ebenen der Verantwortung gezogen werden.

Strategie Feld 3: Entwicklung beobachten

Jene Akteure, die nur eine geringe Bedeutung für eine soziale Innovation haben, stehen nicht im Fokus. Dennoch muss deren Entwicklung, insbesondere deren Beziehung zu möglichen Meinungsbildenden und Verstärker*innen beobachtet werden. Sobald Veränderungen erkennbar sind, die eine veränderte Bedeutung oder Innovationshaltung in Richtung des Feldes 1 zeigen, sollten die Akteure angesprochen werden.

Strategie Feld 4: Vernachlässigen

Akteure mit fehlender Bedeutung und fehlendem Interesse an einer sozialen Innovation können vernachlässigt werden. Ein Fokus der Aktivitäten kann auf die Felder eins bis drei gelegt werden.

Auf diese Weise können die Anspruchsgruppen systematisch und zielorientiert angesprochen werden. Die Innovationshaltung kann verstärkt und durch Integration in ein Innovationsnetzwerk zielgerichtet erfolgs-

trächtig gestaltet werden. Zur Stärkung können die Verantwortungsebenen herangezogen werden. So kann zunächst an eine intrinsische Motivation appelliert werden, Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu tragen. Auch eine nutzenorientierte Motivation zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung kann herangezogen werden. Dies soll an einem Beispiel verdeutlicht werden: Ein Wirtschaftsunternehmen kann eine nachhaltige Produktion unter Einbindung von Bio-Energie und Rohstoffen aus Recycling einsetzen und daraus Vorteile ziehen: Ökonomischer Nutzen kann aufgrund günstiger Beschaffungskosten realisiert werden. Die ressourcen- und damit umweltschonenden Aktivitäten zeigen eine Wahrnehmung ethischer und philanthropischer Verantwortung, die wiederum das Image des Unternehmens aufwertet und dadurch eine positive Wirkung auf die Kundenbindung und die Mitarbeiterbindung entfaltet. Auch dies kann sich letztlich in einen unternehmerischen Mehrwert niederschlagen.

5. Fazit und Ausblick

Die Bedeutung sozialer Innovationen ausgelöst durch Veränderungen der Gesellschaft und ihrer Rahmenbedingungen wurde aufgezeigt. Möchte man das Inkrafttreten sozialer Innovationen und deren nachhaltige erfolgsträchtige Existenz fördern, so müssen gesellschaftlich relevante Ziele identifiziert werden. In einem nächsten Schritt gilt es, die Interessenlagen der beteiligten Anspruchsgruppen und deren Machtgefüge zu analysieren. Im positiven Fall stimmen die Interessen aus den Verantwortungsebenen überein und dienen damit gesellschaftlichen Interessen direkt. Dann lassen sie sich über ein Verantwortungsmangement systematisch einsetzen.

Bei Diskrepanzen gilt es, Anreize zu schaffen, um die Diffusion der sozialen Innovationen an anderer Stelle voranzutreiben. Diese Anreize können von unterschiedlichen *Stakeholdern* gesetzt werden. Neben einer Innovationsförderung der öffentlichen Hand kommt durchaus auch den Nachfragenden als Wirtschaftskraft eine Bedeutung zu. Auch Unternehmen, die über eine Vorreiterrolle gesellschaftliche Verantwortung zeigen und gleichzeitig Wettbewerbsvorteile daraus erzielen, können Anreize für ihre Wettbewerber*innen erschließen.

Dies zeigt den Zusammenhang zwischen der Diffusion sozialer Innovationen und der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch eine Vielzahl von Anspruchsgruppen. Die Komplexität dieser Zusammenhänge muss im Einzelfall der spezifischen Innovation gestaltet werden. Die vorliegende Methodik kann die Diffusion sozialer Innovationen durch die allgemeine Anwendbarkeit und gleichermaßen durch ihre systematische und damit komplexitätsreduzierende Vorgehensweise erfolgreich fördern.

Literatur

- Accenture (2014): Accenture Technology Vision 2014. Sechs Trends der Digitalisierung führen Konzerne zum Markterfolg. Abrufbar unter: <https://www.accenture.com/de-de/company-news-release-six-trends-digitalization-lead-companies-market-success>. (Letzter Aufruf: 02.08.18).
- Ahlert, Dieter/ Evanschitzky, Heiner (2003): Dienstleistungsnetzwerke. Springer: Berlin.
- Becker, Lutz/ Ray, Amit (2017): Ehrbarer Kaufmann oder verantwortungsvoller Unternehmer? Mythen, Spannungen und Interessenkonflikte im Umgang mit Verantwortung im Marketing. In: Stehr, Christopher/ Struve, Franziska (Hrsg.): CSR und Marketing. Springer: Berlin. S. 41-57.
- Bicchieri, Cristina (2006): The grammar of society: the nature and dynamics of social norms. Cambridge University Press: New York.
- BITKOM (2014): Industrie 4.0 – Volkswirtschaftliches Potenzial für Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2015): Grünbuch Arbeiten 4.0.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Hrsg.) (2015): Industrie 4.0. Volks- und betriebswirtschaftliche Faktoren für den Standort Deutschland. Eine Studie im Rahmen der Begleitforschung zum Technologieprogramm AUTONOMIK für Industrie 4.0. Berlin.
- Carroll, Archie B. (1999): Corporate Social Responsibility. Evolution of a Definitional Construct. In: BUSINESS & SOCIETY. Bd. 38. Nr. 3. S. 268-295.
- Carroll, Archie B. (1991): The Pyramid of Corporate Social Responsibility: Toward the Moral Management of Organizational Stakeholders. In: Business Horizons. 34 (Juli-August). S. 39-48.
- Civai, Claudia/ Ma, Ili (2017): The Enhancement of Social Norm Compliance: Prospects and Caveats. In: Journal of Cognitive Enhancement. Bd. 1. S. 26–30.
- Cyert, Richard M. / March, James G. (1963): A Behavioral Theory of the Firm, Prentice Hall: Englewood Cliffs.

- Ebrecht, Jörg (2002): Die Kreativität der Praxis. Überlegungen zum Wandel der Habitusformationen. In: Ebrecht, Jörg / Hillebrandt, Frank (Hrsg.): Bourdieu's Theorie der Praxis. Erklärungskraft – Anwendungen- Perspektiven. Westdeutscher Verlag: Opladen. S. 225-241.
- Ellwein, Thomas (1985): Innovation in West Germany's Public Sector. In: Merrit, Richard L. / Merrit, Anna J. (Hrsg.): Innovation in the Public Sector. Sage: Beverly Hills. S. 111-142.
- Friedman, Milton (1970): The Social Responsibility of Business is to increase its profit. In: New York Times Magazine. 13.9.1970.
- Gebhardt, Jonas / Grimm, Axel / Neugebauer, Laura Maria (2015): Developments 4.0. Prospects on future requirements and impacts on work and vocational training. In: Journal of Technical Education. Bd. 3. H. 2. S. 117–133.
- Gershuny, Jonathan (1981): Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft. Produktion und Verbrauch von Dienstleistungen. Campus: Frankfurt/New York.
- Gillwald, Katrin (2000): Konzepte sozialer Innovation. WZB discussion paper No. P 00-519. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Berlin.
- Heckhausen, Heinz (1989): Motivation und Handlung. Springer: Berlin.
- Hillmann, Karl-Heinz, (2001): Zur Wertewandelforschung: Einführung, Übersicht und Ausblick. In: Oesterdiekhoff, Georg W. / Jegelka, Norbert (Hrsg.): Werte und Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Resultate und Perspektiven der Sozialwissenschaften. Springer: Wiesbaden. S. 15–39.
- Hilß, Stefanie (2006): Warum übernehmen Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung. Ein soziologischer Erklärungsversuch. Campus: Frankfurt/New York.
- Howaldt, Jürgen / Schwarz, Michael (2010): Soziale Innovation – Konzepte, Forschungsfelder und –perspektiven. In: Howaldt, Jürgen / Jacobsen, Heike (Hrsg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. VS Verlag: Wiesbaden. S. 87-108.
- Howaldt, Jürgen/ Kopp, Ralf/ Schwarz, Michael (2008): Innovationen (forschend) gestalten – zur neuen Rolle der Sozialwissenschaften. In: WSI Mitteilungen. H. 2. S. 63-69.
- Howells, Jeremy (2011): Services and Innovation: New Theoretical Directions. In: Gallouj, Faiz / Djellal, Faridah (Hrsg.): The Handbook of Innovation and Services: A Multi-disciplinary Perspective. Edward Elgar: Cheltenham. S. 68-83.
- Hungenberg, Harald (2014): Strategisches Management in Unternehmen. Ziele – Prozesse – Verfahren. 8. Aufl. Springer Gabler: Wiesbaden.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernisierung und Postmodernisierung: Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Campus: Frankfurt.

- Inglehart, Ronald (1977): *The silent Revolution: Changing Values and political systems among western publics*. Princeton Legacy Library: Princeton/New Jersey.
- Jacobsen Heike / Jostmeier, Milena (2010): Dienstleistungsinnovation als soziale Innovation: neue Optionen für produktive Aktivität der NutzerInnen. In: Howaldt, Jürgen / Jacobsen, Heike (Hrsg.): *Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma*. VS Verlag: Wiesbaden. S. 219-235.
- Janisch, Monika (1993): *Das strategische Anspruchsgruppenmanagement. Vom Shareholder Value zum Stakeholder Value*. Haupt: Bern.
- Jasperneite, Jürgen (2012): Alter Wein in neuen Schläuchen? Was hinter Begriffen wie Industrie 4.0 steckt. In: *Computer & Automation*. H. 12. S. 24–28.
- Klages, Helmut/ Gensicke, Thomas (2006): Wertesynthese – funktional oder dysfunktional? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Jg. 58. H. 2. S. 332–351.
- Kreipl, Claudia (2004): *Efficient Consumer Response und die Bereitschaft zur Kooperation*. Springer: Wiesbaden.
- Kreipl, Claudia/ Greco, Kasia (2019): Weiblicher Führungskräftenachwuchs für eine Arbeitswelt 4.0 – Eine empirische Erhebung über Werte, Eigenschaften und Erwartungen angehender Akademikerinnen, In: Preißing, Dagmar (Hrsg.): *Frauen in der Arbeitswelt 4.0. Chancen und Risiken für die Erwerbstätigkeit*. De Gruyter: Berlin. S. 151-187.
- Merrit, Richard L./ Merrit, Anna J. (1985): *Innovation in the Public Sector*. Sage: Beverly Hills.
- Müller, Verena / Schienstock, Gerd (1978): *Der Innovationsprozess in westeuropäischen Ländern. Sozialwissenschaftliche Innovationstheorien*. Duncker & Humblodt: Berlin.
- Münchener Kreis (2013): *Arbeit in der digitalen Welt. Zusammenfassung der Ergebnisse der AG1 Projektgruppe anlässlich des IT-Gipfels-Prozesses 2013*. [http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/ arbeit-in-der-digitalen-welt.pdf](http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/arbeit-in-der-digitalen-welt.pdf), (Letzter Abruf: 01.08.2018).
- Nerdinger, Friedemann W./ Spieß, Erika (1992): Kommunikative Validierung und Datenfeedback in der Werteforschung – Ergebnisse aus quantitativen und qualitativen Langzeitbefragungen. In: Klages, Helmut / Hippler, Hans-Jürgen / Herbert, Willi (Hrsg.): *Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungsstradition*. Campus: Frankfurt/New York. S. 653-671.
- Neuloh, Otto (1977): *Soziale Innovation und sozialer Konflikt*. Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1978): *Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft*. Edition Interfrom: Zürich.
- Rammert, Werner (1992): Wer oder was steuert den technischen Fortschritt? Technischer Wandel zwischen Steuerung und Sozialisation. In: *Soziale Welt*. 43 Jg. H. 1. S. 7-25.

- Rückert-John, Jana (2013): Die Nachhaltigkeit der Debatte um soziale Innovationen – Innovationsschub für den nachhaltigen Wandel. In: Rückert-John, Jana (Hrsg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Springer: Wiesbaden. S. 289-307.
- Rump, Jutta / Eilers, Silke (2017): Arbeit 4.0 – Leben und Arbeiten unter neuen Vorzeichen. In: Rump, Jutta / Eilers, Silke (Hrsg.): Auf dem Weg zur Arbeit 4.0. Innovationen in HR. Springer: Berlin. S. 3–84.
- Schein, Edgar (1985): Organizational Culture and Leadership: A Dynamic View, San Francisco.
- Scheuer, Angelika (2016): Materialistische und postmaterialistische Werte. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2016/226961/materialistische-und-postmaterialistische-werte>. (Letzter Abruf: 01.08.18).
- Schneidewind, Uwe/ Müller, Martin / Hübscher, Marc (2002): Institutionelle Dimensionen einer Nachhaltigen Informationsgesellschaft. In: Balzer, Ingrid/ Wächter, Monika (Hrsg.): Sozial-ökologische Forschung. Ergebnisse der Sondierungsprojekte aus dem BMBF-Förderschwerpunkt. oekom: München, S. 239-259.
- Schuldt, Christian / Ehret, Jana (2015): Youth Economy. Die Jugendstudie des Zukunftsinstituts. zukunftsInstitut: Kelkheim.
- Schwarz, Michael/ Howaldt, Jürgen (2013): Soziale Innovationen im Fokus nachhaltiger Entwicklung. Herausforderung und Chance für die soziologische Praxis. In: Rückert-John, Jana (Hrsg.): Soziale Innovation und Nachhaltigkeit. Springer: Wiesbaden. S. 53-70.
- Schwarz, Michael/ Birke, Martin/ Beerheide, Emanuel (2010): Die Bedeutung sozialer Innovation für eine nachhaltige Entwicklung. In: Howaldt, Jürgen/ Jacobsen, Heike (Hrsg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu einem post-industriellen Innovationsparadigma. VS Verlag: Wiesbaden. S. 165-180.
- Statistisches Bundesamt (2018): Bevölkerungsentwicklung. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html>. (Letzter Abruf: 01.08.18).
- Van de Ven, Andrew H. (1988): Approaches to innovation and organizing. In: Tushman, Michael L. / Moore, William L. (Hrsg.): Readings in the Management of Innovations. Ballenger: Cambridge.
- Voß, Gerd Günter (1990): Wertewandel: Eine Modernisierung der protestantischen Ethik? In: Zeitschrift für Politik. H. 3/90. S. 263–275.
- Weber, Max (1919): Politik als Beruf. <https://www.textlog.de/2276.html>, abgerufen am 24.8.2018.
- Wentz, Rolf-Christian (2008): Die Innovationsmaschine: Wie die weltbesten Unternehmen Innovationen managen. Springer: Wiesbaden.

Wolter, Marc Ingo/ Mönning, Anke/ Hummel, Markus/ Schneemann, Christian/ Weber, Enzo/ Zika, Gerd /Helmrich, Helmrich/ Maier, Tobias / Neuber-Pohl, Caroline (2015): Industrie 4.0 und die Folgen für Arbeitsmarkt und Wirtschaft: Szenario-Rechnungen im Rahmen der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. IAB-Forschungsbericht No. 8/2015.

Zapf, Wolfgang (1994): Über soziale Innovationen. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Modernisierung, Wohlstandsentwicklung und Transformation: soziologische Aufsätze 1987 bis 1994. Edition Sigma: Berlin. S. 23-40.

Zapf, Wolfgang (1989): Über soziale Innovationen. Soziale Welt. 40. Jg. H. 1-2. S. 170-183.

Vom Altwerden in ländlichen Räumen: Strukturelle Rahmenbedingungen und individuelle Ressourcen der Alltagsbewältigung

Annett Steinführer

1. Einleitung

Seit vielen Jahren befassen sich die sozialwissenschaftliche Raumforschung und die *rural gerontology* mit Fragen des Altwerdens in ländlichen Kontexten. Eine wesentliche, diesen Forschungen zugrundeliegende – ob implizite oder explizite – Hypothese lautet, dass in ländlichen Räumen zu den sozialen, ökonomischen und gesundheitlichen Veränderungen, die mit dem individuellen Altern im „dritten“ und „vierten“ Lebensalter (Laslett 1995) regelmäßig einhergehen, besondere Bedingungen hinzukommen, die diesen Prozess und seine Bewältigung beeinflussen. In der jüngeren Vergangenheit standen dabei – vor allem mit Blick auf die Entwicklung wirtschaftlich strukturschwacher und von langjähriger Abwanderung charakterisierter ländlicher Räume – benachteiligende Kontextfaktoren im Vordergrund (z.B. Sternberg 2010; Steinführer et al. 2012; Fischer 2016). Gleichzeitig haben diese Forschungen dazu beigetragen, sich hartnäckig haltende Mythen über das Älter- und Altwerden in ländlichen Räumen, etwa zur sozialen Homogenität der älteren Generationen oder zur besonders hohen Dichte nachbarschaftlicher bzw. dörflicher Netzwerke, mindestens kritisch zu hinterfragen.

Der folgende Beitrag möchte die Frage der sozialräumlichen Bedingtheit des Altwerdens in ländlichen Räumen ebenso wie Ressourcen der Alltagsbewältigung genauer beleuchten. Nach einigen raum- und lebenslaufsoziologischen Vorüberlegungen zum Altern mit einem Schwerpunkt auf den Konzepten der Gelegenheitsstrukturen und der Statuspassage werden zunächst wesentliche Rahmenbedingungen auf der Mesoebene länd-

licher Regionen diskutiert, bevor der Akzent auf die Mikroebene des individuellen Handelns und die dafür notwendigen Ressourcen gelegt wird. Empirisch greift der Beitrag sowohl auf qualitative als auch quantitative Daten zurück, die im Kontext unterschiedlicher Forschungsprojekte seit 2011 entstanden sind. Diese werden in den entsprechenden Kapiteln kurz erläutert. Im Fazit werden die Befunde auf der Mesoebene des Raumtyps und der individuellen Ebene des Handelns vor dem Hintergrund der Alterung als gesamtgesellschaftlichem Prozess reflektiert.

2. Raum- und lebenslaufsoziologische Vorüberlegungen

Chris Phillipson und Thomas Scharf haben 2005 zwei Herausforderungen der Forschung zur Alterung in ländlichen Räumen hervorgehoben: zum einen die Auseinandersetzung mit Ländlichkeit („coping with ‚rurality‘“), zum anderen den Stadt-Land-Vergleich („coping with urban-rural difference“), die jeweils vor dem Hintergrund unterschiedlicher kultureller Verständnisse von Ländlichkeit zu reflektieren seien (Phillipson/Scharf 2005: 68f.). In Deutschland und Österreich liegt der Schwerpunkt der Forschungen auf dem ersten Aspekt, genauer gesagt der Frage, wie die im Vergleich zu stärker verdichteten Siedlungsstrukturen anderen Bedingungen des ländlichen Lebens – insbesondere die geringere Dichte an sozialen, medizinischen und Nahversorgungseinrichtungen sowie die weitgehende Abwesenheit eines eng getakteten Nahverkehrs und damit die Angewiesenheit auf individuelle Automobilität – das Alltagsleben im Alter beeinflussen und welche Bewältigungsstrategien und -ressourcen zur Verfügung stehen und genutzt werden (z.B. Scheppe 2000; Fischer 2009 und 2016; Sternberg 2010; Steinführer et al. 2012: 123-142; Baumgartner et al. 2014). Zugleich schwingt der zweite von Phillipson und Scharf (2005) hervorgehobene Punkt, der Vergleich zu (groß)städtischen Kontexten, mindestens implizit fast immer mit. Dennoch fällt auf, dass es nur wenige systematisch-komparative Arbeiten mit Bezug auf unterschiedliche Siedlungsstrukturen gibt, vor allem solche, die dezidiert die Pole – etwa ein Dorf im Vergleich zu einer Millionenstadt – in den Blick nehmen (zu den methodologischen Herausforderungen solcher Untersuchungen vgl. z.B. Wahl 2005).

In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, dass die genannten strukturellen Kontextbedingungen in ländlichen Räumen – insbesondere die vergleichsweise geringe Dichte an Versorgungseinrichtungen und die Autoabhängigkeit – einen wesentlichen Einfluss auf die Alltagsbewältigung im Alter ausüben. Bei aller Vielfalt dessen, was Ländlichkeit in Deutschland ausmacht (Küpper 2016: bes. 39), steht die Annahme benachteiligender Rahmenbedingungen für die Alltagsbewältigung im Alter – vor allem im hohen Alter, wenn dieses mit gesundheitlichen Einschränkungen einhergeht – im Vordergrund. Dafür lässt sich analytisch auf das Konzept der Gelegenheitsstrukturen, das vor allem in der Stadtsoziologie verbreitet ist und in der Landsoziologie gelegentlich Anwendung findet (z.B. Cotter 2002, Bernard 2018), zurückgreifen. Im weiten Sinne handelt es sich dabei um sämtliche institutionalisierten Möglichkeiten der Teilhabe an Gesellschaft. J. Martin Shaw (1979), der im Kontext der ländlichen Sozialforschung als einer der ersten mit dem Konzept der *opportunities* arbeitete, fasste darunter vor allem Einrichtungen aus den Sektoren Wirtschaft, Bildung, Gesundheit, Erholung und Kultur als aus seiner Sicht zentrale Bereiche gesellschaftlicher Teilhabe (nicht nur) in ländlichen Räumen (ebd.: 182f.). Sein Forschungsinteresse richtete sich nicht auf Alterung, sondern auf Prozesse und Situationen sozialer Benachteiligung in ländlichen Räumen (*rural deprivation*), für die er im Ergebnis regionaler Fallstudien in England neben der sozioökonomischen Benachteiligung auf Haushaltsebene (*household deprivation*) zusätzlich die Dimensionen *opportunity* und *mobility deprivation* definierte (ebd.: 183f.). Für das Forschungsfeld des Älter- und Altwerdens in ländlichen Räumen erscheinen diese drei Dimensionen gleichermaßen relevant, stellen ausreichende sozioökonomische Ressourcen sowie die Verfügbarkeit bzw. Erreichbarkeit grundlegender Versorgungseinrichtungen und von Begegnungsorten doch die Grundvoraussetzung für eine anhaltende Teilhabe an Gesellschaft dar. Unter den Deprivationsdimensionen kommt in ländlichen Räumen der Mobilität eine besondere Rolle zu – ist sie aufgrund fehlender Möglichkeiten, finanzieller Ressourcen oder Beeinträchtigungen, die ein Selbstfahren verhindern, eingeschränkt, so ist gesellschaftliche Teilhabe in besonderem Maße gefährdet.

Neben ökonomischen Ressourcen sind aber auch soziale Beziehungs- und Unterstützungsnetzwerke von großer Bedeutung, eröffnen bzw. beschränken diese doch – je nach Größe, Qualität und interner Dichte –

Handlungsmöglichkeiten zur Alltagsbewältigung (Klärner/ Knabe 2016; Baumgartner et al. 2014: 92-94, 114-116). Bei einer ausgedünnten Gelegenheitsstruktur und/oder beim Fehlen eines eigenen Autos, so ließe sich beispielsweise argumentieren, könnten sowohl ein schwacher, aber regelmäßig aktivierbarer Kontakt in der Nachbarschaft als auch eine starke Bindung zu den in der Nähe lebenden Kindern entsprechende Benachteiligungen durch die strukturellen Rahmenbedingungen abfedern – oder aber, im Falle der Abwesenheit solcher Kontakte und bei Einkommensarmut, weiter verstärken.

Ein Beitrag zum Altwerden in ländlichen Räumen sollte auch den verwendeten Alters- bzw. Altersbegriffs reflektieren. In einem Teil der im Verlauf dieses Beitrags präsentierten empirischen Ergebnisse wird die Altersgrenze von 65 Jahren verwendet, um beispielsweise Vergleiche mit jüngeren Altersgruppen vorzunehmen. Dies ist nicht unüblich, vor dem Hintergrund der seit langem beobachteten „Destandardisierung“ des Lebenslaufs aber durchaus kritisch zu hinterfragen (Kohli 1985: 24), wenngleich die Altersgrenze von 65 Jahren weiterhin durchaus eine relevante Größe für den Übergang in das Rentenalter darstellt.¹ Bereits 1978 haben Jürgen Friedrichs und Klaus Kamp überzeugend dargelegt, dass Alter in der Soziologie in erster Linie als Hilfsvariable für soziale Tatsachen dient (Friedrichs/ Kamp 1978: 186). Als solche fließt es auch in Konzepte wie Kohorte oder Generation ein, welche die strukturellen Rahmungen individueller Lebensläufe in den Blick nehmen. Letzteres – und nicht der Jahrgang per se – ist der sozialwissenschaftlich relevante und interessierende Sachverhalt. In der Lebenslaufsoziologie wird in diesem Zusammenhang von Statusübergängen und Statuspassagen gesprochen, um den institutionellen, mithin: nicht-individuellen, Charakter einschneidender biographischer Veränderungen zu bezeichnen. Huinink (1995: 155) versteht unter Statusübergang „ein zentrales Lebensereignis,

1 Im Jahr 2017, als die im weiteren Verlauf des Beitrags präsentierten Befragungsdaten (die Ende 2016 erhoben worden waren) analysiert wurden, lag der reguläre Rentenbeginn für den Geburtsjahrgang 1952 noch immer bei 65 Jahren: Für eine/n beispielsweise am 27. Januar 1952 geborene/n, nicht schwerbehinderte/n oder im Bergbau tätige/n Versicherte/n begann die Regelaltersgrenze mit dem 1. Februar bzw. 1. August 2017 (mit bzw. ohne Vertrauensschutz) (ermittelt nach Deutsche Rentenversicherung: https://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Navigation/5_Services/02_online_dienste/03_online_rechner_nutzen/rentenbeginn_hoehenrechner/Rentenbeginn_rechner_node.html; Zugriff: 13.6.2017, erneut verifiziert am 15.12.2018).

das zu einer signifikanten Veränderung der sozialen Position und der Lebensorganisation“ einer Person führt. Statusübergänge in mehreren Lebensbereichen werden als Statuspassagen bezeichnet und zur Beschreibung der nachfolgenden Lebensphase verwendet (ebd.: 156; auch Konietzka 2010: 40). Im Kontext dieses Beitrags interessieren in erster Linie die strukturellen Rahmenbedingungen und individuellen Ressourcen in der Rentenphase, die mit Entberuflichung und in diesem Zuge meist einer Verkleinerung der sozialen Netzwerke, geringeren ökonomischen Ressourcen und mit zunehmendem Alter meist gesundheitlichen Einschränkungen einhergeht. Die Altersgrenze von 65 Jahren ist als Hilfskonstrukt für diese Veränderungen zu verstehen.

3. Strukturelle Rahmenbedingungen ländlichen Alterns

So, wie die Sozialgerontologie die soziale Vielfalt des Alterns und Altwerdens betont (z.B. Phillipson/ Scharf 2005: 70), werden Landsoziologie und -geographie nicht müde darzustellen, dass die Kontextbedingungen in ländlichen Räumen höchst unterschiedlich sind. Aus einer Problemperspektive interessieren insbesondere ländliche Peripherien mit durch Abwanderung ausgedünnten sozialen Netzwerken und einem oft nur noch minimalen Dienstleistungs- und Infrastrukturangebot im Nahbereich – also das Alltagsumfeld, das für Ältere und insbesondere für Hochbetagte den wichtigsten Aktionsraum bildet (Peter 2009: 67-86).

Als Gelegenheitsstruktur für gesellschaftliche Teilhabe kommt dabei, wie auch die zwischen 2012 und 2015 tätige Sachverständigenkommission für den Siebten Altenbericht betont hat (BMFSFJ 2016), der lokalen Daseinsvorsorge im Sinne infrastruktureller Angebote und sozialer Leistungen für ein Leben in Selbstbestimmung und Teilhabe eine besondere Bedeutung zu. Aus empirischer Perspektive ist zunächst festzuhalten, dass bundesweite Erreichbarkeitsanalysen sowie standardisierte Befragungen keine Belege für ein flächendeckendes Fehlen nahräumlicher Grundversorgungseinrichtungen in ländlichen Räumen erbringen. Gleichwohl sind die Unterschiede bemerkenswert. Am Beispiel der medizinischen Versorgung untersuchte Stefan Neumeier (2017) unter ande-

rem arzt spezifische Erreichbarkeiten.² Sind Haus- und Zahnärzt*innen diesen Analysen zufolge in ländlichen Räumen zu 56 bzw. 55 Prozent fußläufig erreichbar, liegt der gleiche Wert in nicht-ländlichen Räumen bei 85 bzw. 82 Prozent. Bei Kinderärzt*innen beträgt der Anteil in fußläufiger Entfernung in ländlichen Räumen gerade einmal 17, bei Augenärzt*innen 14 und bei Hals-Nasen-Ohren-Ärzt*innen 11 Prozent (die entsprechenden Werte für nicht-ländliche Räume liegen im Deutschlandmittel bei 43, 34 bzw. 31 Prozent; ebd.: 33, 38, 52f., 61, 84f.).³

Was diese statistischen Erreichbarkeiten im Alltag für unterschiedliche soziale und Altersgruppen bedeuten, lässt sich nur auf Befragungsbasis ermitteln. 2016 wurde im Auftrag des Johann Heinrich von Thünen-Instituts eine auf ländliche Räume bezogene bundesweite standardisierte CATI-Befragung (n=1.717) durchgeführt, die auch Fragen der Daseinsvorsorge thematisierte.⁴

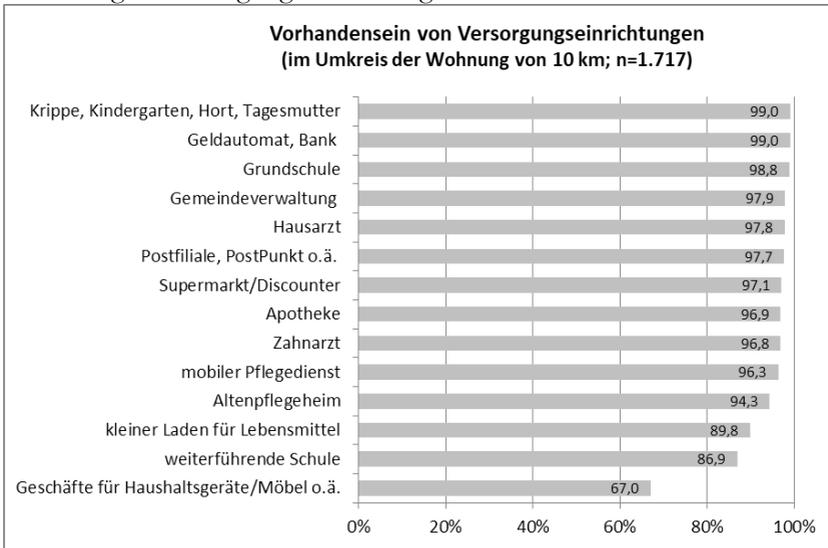
Abbildung 1 verdeutlicht die angesichts der medialen und auch der wissenschaftlichen Debatte erstaunlich hohe Verfügbarkeit der meisten der den Befragten vorgegebenen Einrichtungen und Dienstleistungen im Wohnumfeld. Die geringsten Werte weisen dabei kleine Läden für Lebensmittel (für 90 Prozent der Befragten verfügbar), weiterführende Schulen (87 Prozent) sowie spezialisierte Einkaufsgelegenheiten für den sporadischen Bedarf (67 Prozent) auf. Alle anderen abgefragten Einrichtungen sind hingegen für fast alle Befragten im Umfeld von zehn Kilometern verfügbar (Zustimmungswerte jeweils über 94 Prozent). Betrachtet man nur die Gruppe der Befragten im Alter ab 65 Jahren, bezieht sich der einzige berichtete Unterschied auf kleine Lebensmittelläden, für die nur 83 Prozent dieser Altersgruppe eine Verfügbarkeit im 10-Kilometer-Radius angaben.

2 Die Erreichbarkeit bezieht er auf die Arztpraxis, die dem Zellenmittelpunkt eines über ganz Deutschland gelegten Rasters von 250 mal 250 Metern jeweils am nächsten liegt.

3 Kartographische Ergebnisse dieser Analysen von Stefan Neumeier (ebenso wie die Daten selbst) beispielsweise für Haus-, Fach- und Zahnärzt*innen sowie für Apotheken und Lebensmittelgeschäfte lassen sich auf Kreis- und Gemeindeebene auch der Online-Plattform Landatlas entnehmen: www.landatlas.de (Zugriff: 15.12.2018).

4 Ländliche Räume wurden nach Küpper (2016) abgegrenzt. Zusätzlich erfolgte eine Beschränkung der Befragung auf die Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Abbildung 1: Versorgungseinrichtungen im ländlichen Wohnumfeld



Quelle: Thünen-Befragung in ländlichen Räumen 2016 (gewichtete Werte)

Den Antworten auf die gestellte Frage ist freilich nicht zu entnehmen, was das Fehlen von Versorgungsinfrastruktur für die Bewältigung des Alltags in ländlichen Räumen lebensweltlich *bedeutet*. Deshalb bezog sich eine der Folgefragen darauf, ob fehlende Einrichtungen und Dienstleistungen mit Alltagserschwernissen einhergehen würden. 180 Befragte (10 Prozent) bejahten dies für mindestens eine der vorgegebenen Einrichtungen. Am häufigsten war dies für spezialisierte Versorgungseinrichtungen (z.B. beim Kauf von Möbeln) der Fall (absolut: 99 Nennungen). Mit großem Abstand dahinter folgten kleine Läden für den täglichen Bedarf (37 Nennungen). Diese Ergebnisse sind angesichts der öffentlichen Debatte, die sehr stark auf die medizinische Versorgung fokussiert, durchaus erstaunlich. Bezogen auf ältere Befragte (65+) ist festzuhalten, dass auch diese nur in Ausnahmefällen von Alltagserschwernissen berichteten. Bezogen auf die Altersgruppen findet sich der höchste Anteil (Nennung mindestens einer Einrichtung, durch deren Fehlen der Alltag „erschwert“ oder „sehr erschwert“ sei) unter den Befragten zwischen 25 und 49 Jahren (14 Prozent) im Vergleich zu 10 bzw. 11 Prozent bei den 65- bis 74-Jährigen bzw. den Befragten im Alter ab 75 Jahren.

Methodenkritisch ist für die Befragungsergebnisse anzumerken, dass hier kein Vergleich mit Groß- und größeren Mittelstädten möglich ist, weshalb die Ergebnisse schwer einzuordnen sind. Zugleich weist die Befragungsbeteiligung einen gewissen Mittelschichtbias auf, was trotz der vorgenommenen Gewichtung nicht vollständig auszugleichen ist. Zumindest aber machen die Ergebnisse deutlich, dass eine pauschale Behauptung fehlender Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen nicht zutreffend ist – und selbst wenn Einrichtungen im Nahbereich fehlen, geht dies nicht prinzipiell mit Alltagsproblemen einher.

Der für die Verfügbarkeit von Versorgungseinrichtungen und Dienstleistungen gewählte Radius von zehn Kilometern war in der Befragung als lebensweltliche Annäherung an den geforderten (auto)mobilen Alltag in ländlichen Räumen gedacht. Doch geht dieser Radius mit Raumüberwindungskosten einher, weshalb nachfolgend die Frage auch nach den Ressourcen der Alltagsbewältigung zu beantworten ist.

4. Ressourcen und Strategien der Alltagsbewältigung

Um die finanziellen und Mobilitätsressourcen sowie sozialen Netzwerke von Älteren (ab 65 Jahren) näher zu beleuchten, können diese zum einen auf Basis der eben bereits verwendeten Befragung von 2016 (n=1.717) mit denen jüngerer Altersgruppen (18 bis 64 Jahre) verglichen werden. Dabei fallen folgende Gemeinsamkeiten und Unterschiede ins Auge:

- In der subjektiven Bewertung des Haushaltseinkommens („Wie kommt Ihr Haushalt mit den monatlichen Einkünften zurecht?“) gibt es keine Unterschiede – beide Gruppen tendieren zur Bewertung „relativ gut“ (arithmetisches Mittel 4,7 bei den Älteren bzw. 4,6 bei den Jüngeren auf einer Skala von 1 bis 6). Die absoluten Haushaltseinkommen unterscheiden sich ebenso wie die Haushaltsgößen. Vergleicht man deshalb nur die Monateinkommen der Einpersonenhaushalte, liegt der Median für die Altersgruppen ab 65 Jahren bei 1.100 bis unter 1.300 Euro, für die Jüngeren bei 1.300 bis unter 1.500 Euro.

- Die wochentägliche Autoverfügbarkeit unterscheidet sich kaum (85 vs. 89 Prozent). Dabei fahren von den Befragten ab 65 Jahren 71 Prozent selbst, und bei den 18- bis 64-Jährigen sind es 84 Prozent.
- Die Älteren leben zu 29 Prozent in Ein-Personen-Haushalten, die Jüngeren zu 10 Prozent. Das regionale Netzwerk (Personen, die innerhalb einer Stunde erreichbar sind) beträgt im Median zwei Personen bei den 65-Jährigen und Älteren bzw. fünf Personen bei den Befragten unter 64 Jahren (alle Werte gewichtet).

Zum anderen soll nochmals auf die Frage zurückgekommen werden, ob im Alter mit dem Fehlen einer Einrichtung im Umkreis von zehn Kilometern Alltagserschwernisse einhergehen. Die 434 Befragten ab 65 Jahren werden danach aufgeteilt, ob sie keinerlei oder mindestens in Bezug auf eine Versorgungseinrichtung (Abb. 1) Alltagserschwernisse benennen. Die Gruppenverteilung ist ausgesprochen ungleich: Weniger als 10 Prozent der Befragten geben solche Erschwernisse an (41 Befragte). Damit entsprechen die Werte für die Generationen ab 65 Jahren der Größenordnung in der Gesamtstichprobe. Obwohl angesichts solch kleiner Teilstichproben auch eine relativ große Bevölkerungsbefragung in ihrer Aussagekraft an Grenzen stößt, werden die beiden Gruppen in Tabelle 1 hinsichtlich ihrer Ressourcen verglichen.

Die Ergebnisse weisen für die sozialen Netzwerke und die Autoverfügbarkeit in die erwartete Richtung: Ältere Personen, deren Alltag nach eigenem Bekunden in gewissem Maße durch das Fehlen einer oder mehrerer Einrichtungen erschwert ist, haben im Durchschnitt weniger soziale und Mobilitätsressourcen. Die subjektive Bewertung der Hauhaltseinkünfte fällt hingegen nahezu gleich aus.⁵ Der Faktor, in dem sich die beiden Gruppen am stärksten unterscheiden, ist neben dem Geschlecht jedoch die persönliche Gesundheit – und damit ein Aspekt, der unabhängig von den strukturellen Rahmenbedingungen ländlichen Alltags ist. Gesundheitliche Probleme erschweren somit die Alltagsbewältigung in besonderem Maße – wahrscheinlich auch, weil sie mit einer stärkeren Angewiesenheit auf medizinische und gegebenenfalls weitere Einrichtungen einhergeht.

5 Ein Vergleich der tatsächlichen Einkommen war nicht möglich, da die Gruppe der Befragten mit Alltagserschwernissen aufgrund fehlender Werte bei diesem Indikator zu klein geworden wäre.

Tabelle 1: Ressourcen der Befragten ab 65 Jahren mit und ohne Alltagserschwerisse im Vergleich (n=434)

	Alltag nicht erschwert (n=393)	Alltag erschwert (n=41)
Soziale Unterstützung		
- Zahl potenzieller Unterstützungspersonen in maximal 1 Stunde Entfernung (Median/arithmetisches Mittel)	2 / 3,6	2 / 2,8
- Alleinlebende	28%	42%
- Alteingesessene (nicht zugezogen)	43%	38%
Automobilität		
- montags bis freitags nicht/nur gelegentlich verfügbar	14%	25%
Gesundheit		
- gesundheitliche Probleme in letzten 6 Monaten	42%	59%
Finanzielle Ressourcen		
- Zurechtkommen mit Haushaltseinkommen (1=gut, 6=schlecht) (Median/arithmetisches Mittel)	5 / 4,8	5 / 4,6
Soziodemographische Aspekte		
- Frauen	48%	68%
- Alter (arithmetisches Mittel)	74,1 Jahre	75,4 Jahre
Sozialräumlicher Kontext		
- Befragte in ländlichen Räumen mit weniger guter sozioökonomischer Lage	57%	62%
- subjektive Ländlichkeit (1=ländlich, 7=städtisch) (Median / arithmetisches Mittel)	2 / 2,5	1 / 2,0

Quelle: Thünen-Befragung in ländlichen Räumen 2016 (gewichtete Werte)

Die letzte Zeile in Tabelle 1 mag überraschen: Wieso wurde der Pol „städtisch“ in der subjektiven Bewertung des ländlichen Charakters des Wohnumfelds⁶ verwendet? Hierfür ist auf die Eingangsbemerkungen zu den Gelegenheitsstrukturen zu verweisen, und es sind faktische Entwicklungen in ländlichen Räumen, insbesondere in wirtschaftlich strukturschwachen und von starkem Bevölkerungsrückgang gekennzeichneten

6 Die Frageformulierung lautete: „Wie würden Sie Ihre Gegend, etwa im Umkreis von fünf Kilometern von Ihrer (Haupt-)Wohnung beschreiben? Ist sie eher ländlich geprägt oder eher städtisch? Sagen Sie es mir anhand einer Skala von 1 bis 7. 1 bedeutet: ‚ländlich‘ und 7 ‚städtisch‘. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstimmen.“

Regionen, zu berücksichtigen. Diese Räume waren in den vergangenen Jahren von einer starken Konzentration und Zentralisierung der Daseinsvorsorge betroffen. Aus Alterungssicht sind dabei insbesondere Nahversorgungseinrichtungen, medizinische und pflegerische Infrastruktur sowie Möglichkeiten des altersgerechten Wohnens zu erwähnen. Diese infrastrukturelle Zentralisierung im Bereich der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge, welche die Anbieter*innen häufig mit wirtschaftlichen Erwägungen begründen, wird durch Gebietsreformen (also einer administrativen Zentralisierung) vielerorts weiter befördert. Im Ergebnis bedeutet dies, dass sich zahlreiche Einrichtungen der Alltagsversorgung zunehmend in den Kernstädten kleinerer ländlicher Zentren konzentrieren. Auf Fallstudienbasis finden sich in der Literatur eine Vielzahl von Hinweisen darauf, dass diese Prozesse in wachsendem Maße – und mutmaßlich sozial selektiv – von Älteren unterschiedlicher Kohorten nachvollzogen werden, indem sie in die Kernstädte bzw. Hauptorte ländlicher Flächengemeinden umziehen (z.B. Kremer-Preiß et al. 2013; Dehne/ Neubauer 2014; Steinführer/ Kohring 2019, im Erscheinen).

Intraregionale (oder sogar: innergemeindliche) Umzüge sowie Wegzüge sind jedoch nur eine Bewältigungsstrategie im Falle der Ausdünnung lokal verfügbarer Vorsorgeeinrichtungen. In einer 2010 bis 2012 durchgeführten, explorativen Studie im Harz wurden die Veränderungen der Daseinsvorsorge und die darauf bezogenen Maßnahmen und Strategien von Entscheidungsträger*innen (Anpassung) sowie der Umgang Älterer mit diesen Prozessen (Bewältigung) untersucht. „Ältere“ waren hier durch ihre Selbstzuordnung (Besuch des örtlichen Seniorenkreises) definiert. Auf der Basis der Ergebnisse (Steinführer et al. 2012: 123-143) lassen sich drei weitere Strategien der Alltagsbewältigung bei Ausdünnung von Versorgungseinrichtungen im Wohnumfeld unterscheiden: der Erhalt der eigenen (Auto)Mobilität, der Rückgriff auf soziale Netzwerke sowie die Bedürfnisanpassung, also der Nutzungsverzicht (Tab. 2). Die von Albert O. Hirschman 1970 entwickelte Typologie von *exit*, *voice* und *loyalty* stand hier Pate und erweist weiterhin ihren heuristischen Wert (Hirschman 1974; aus raumsoziologischer Perspektive vgl. Franz 1989).

Tabelle 2: Bewältigungsstrategien Älterer bei Ausdünnung alltagsbezogener Daseinsvorsorge

Strategie 1: Erhalt eigener Mobilität	Strategie 2: Rückgriff auf soziale Netz- werke	Strategie 3: Bedürfnis- anpassung	Strategie 4: Wegzug
<ul style="list-style-type: none"> – basiert auf eigener oder Automobilität des Partners/der Partnerin – (v.a. Frauen) Abhängigkeit – ÖPNV selten genutzt <p>→ <i>Aufrechterhaltung des Aktionsraums</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> – (1) Familie, Bekannte, Nachbarn – (2) professionelle Dienste und kommunale Angebote <p>→ <i>Aufrechterhaltung des Aktionsraums</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> – vollständiger Nutzungsverzicht – Verzicht auf Leistung zugunsten anderer (Einschränkung) <p>→ <i>Verkleinerung des Aktionsraums</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> – Rückgewinnung relativer Handlungsautonomie – Vorwegnahme weiterer Verschlechterung von Erreichbarkeiten/Mobilität <p>→ <i>Neuausrichtung des Aktionsraums</i></p>

Quelle: eigene Darstellung (auf der Basis von Steinführer et al. 2012: 138-141)

Die vierte Strategie Wegzug fand in der explorativen Studie im Harz zwar Erwähnung, in der Empirie aber keine Berücksichtigung. Nachfolgestudien in acht Kleinstädten in Alterungsregionen (Steinführer 2018) sowie in 19 niedersächsischen Mittelzentren (Steinführer/ Kohring 2019, im Erscheinen), ebenfalls mit einem explorativen Design, legten ihren Fokus auf diese Strategie und fanden dafür, wie bereits erwähnt, zahlreiche Hinweise. Hier gibt es jedoch weiteren Forschungsbedarf, insbesondere, um das Verhältnis von erzwungenen und freiwilligen Umzügen zu untersuchen und die Folgen für die Raumentwicklung abzuschätzen. Denn längst nicht alle Umzüge im Alter erfolgen unfreiwillig. Vielmehr scheinen sich die Muster residenzieller Mobilität bzw. der Sesshaftigkeit generell zu verändern. So heißt es im Siebten Altenbericht der Bundesregierung, es gäbe „Anzeichen dafür, dass nachfolgende Generationen einem Umzug im höheren Lebensalter aufgeschlossener gegenüber stehen als die Kohorte der aktuell alten Menschen“ (BMFSFJ 2016: 228). Diese Prozesse können die weitere Entwicklung ländlicher (wie städtischer) Räume in Zukunft auf heute noch unbekannte Weise beeinflussen

und sind deshalb genauer zu beleuchten. Noch aber verstellt das anhaltend verbreitete Narrativ des Zu-Hause-Alt-Werden-Wollens häufig den Blick von Politik und Wissenschaft auf solche sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie ihre räumlichen Folgen.

5. Fazit

Das Zusammenspiel von strukturellen Rahmenbedingungen und individuellem Handeln gehört zu den Kernfragen der Sozialwissenschaften. Wie Alltagsbewältigung und Altwerden – hier mit Fokus auf der Statuspassage Rentenalter – in ländlichen Räumen, insbesondere bei ausgedünnten infrastrukturellen Gelegenheitsstrukturen, erfolgen und welche Rolle ökonomischen Ressourcen, der Automobilität und sozialen Unterstützungsnetzwerken dabei zukommt, konnte in diesem Beitrag nur andiskutiert werden. Zu vielfältig sind sowohl die individuellen Bedingungen des Altwerdens als auch dessen jeweilige strukturelle Kontexte. Die Diskussion um den demographischen Wandel in ländlichen Räumen konzentriert sich vor allem auf Regionen mit einer langen Abwanderungsgeschichte und ökonomischen Strukturproblemen. Deren Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Altern unterscheiden sich in hohem Maße von großstadtnahen oder wirtschaftsstarken Regionen. Durch die zeitgleiche Veränderung der wohnortnahen sozialen und medizinischen Daseinsvorsorge sowie der Nahversorgung – insbesondere ihre zunehmende Konzentration an zentralen Orten – wird Teilhabe an (Auto-)Mobilität neben Gesundheit zur wichtigsten Bedingung erfolgreichen Alterns. Diese kann zudem durch raumstrukturelle Rahmenbedingungen erleichtert oder erschwert werden. Festzuhalten ist, dass Altwerden in ländlichen Räumen nicht mit einer strukturellen Benachteiligung gleichzusetzen ist (so auch Fachinger/ Künemund 2015: 10). Dennoch sind hier bestimmte Rahmenbedingungen – vor allem die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Gelegenheitsstrukturen gesellschaftlicher Teilhabe – in besonderem Maße zu berücksichtigen. Zugleich gilt für alle ländlichen Räume, dass mit der neuen absoluten und relativen Zahl an Älteren und insbesondere an Hochbetagten die individuelle und institutionelle Bewältigung lokaler Alterung nicht auf etabliertes Erfahrungswissen zurückgreifen kann.

Mit Wahl (2015) ist abschließend auf anhaltende Forschungsdefizite zu verweisen. Dazu zählen genauere Untersuchungen der Ressourcen und Strategien eines gelingenden Altwerdens in ländlichen Räumen sowie systematische Vergleiche der Bewältigungsstrategien in unterschiedlichen Raumtypen und Siedlungsstrukturen. Auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Raumsoziologie bzw. ländlicher Geographie und einer raum-sensiblen Gerontologie ist wünschenswert, um anhaltend verbreitete Mythen über das Altern und Altwerden in ländlichen Räumen kritisch zu hinterfragen und mit differenzierten empirischen Befunden anzureichern.

Literatur

- Baumgartner, Katrin / Wanka, Anna / Kolland, Franz (2013): Altern im ländlichen Raum: Entwicklungsmöglichkeiten und Teilhabepotentiale. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bernard, Josef (2018): Rural quality of life – poverty, satisfaction and opportunity deprivation in different types of rural territories. In: *European Countryside* 10(2). S. 191-209.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften. Berlin (Drucksache des Deutschen Bundestags; 18/10210).
- Cotter, David A. (2002): Poor people in poor places: Local opportunity structures and household poverty. In: *Rural Sociology* 67(4). S. 534-555.
- Dehne, Peter / Neubauer, Anja (2014): Ländliches Wohnen im Alter, aber wie? Facetten sorgender Gemeinschaften in Mecklenburg-Vorpommern und anderswo. In: *Informationsdienst Altersfragen* 41(6). S. 3-12.
- Fachinger, Uwe / Künemund, Harald (2015): Einleitung. In: dies. (Hrsg.): *Gerontologie und ländlicher Raum. Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten*. Veichtaer Beiträge zur Gerontologie. Wiesbaden: Springer VS. S. 9-14.
- Fischer, Tatjana (2009): Aging in rural areas in Austria – On the interrelations of spatial aspects and the quality of life of today's older generation. In: *European Countryside* 1(3). S. 153-163.
- Fischer, Tatjana (2016): Zur Zukunft des Altseins auf dem Land. In: *Informationen zur Raumentwicklung* H. 2. S. 237-248.

- Franz, Peter (1989): Stadtteilentwicklung von unten. Zur Dynamik und Beeinflussbarkeit ungeplanter Veränderungsprozesse auf Stadtteilebene. Basel u. a.: Birkhäuser (Stadtforschung aktuell; 21).
- Friedrichs, Jürgen / Kamp, Klaus (1978): Methodologische Probleme des Konzeptes „Lebenszyklus“. In: Kohli, Martin (Hrsg.): Soziologie des Lebenslaufs. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand (Soziologische Texte N.F.; 108). S. 173-190.
- Hirschman, Albert O. (1974): Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten. Tübingen: Mohr.
- Huinink, Johannes (1995): Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt/M.: Campus.
- Klärner, Andreas / Knabe, André (2016): Soziale Netzwerke als Ressource für den Umgang mit den Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit. In: WSI-Mitteilungen 69(5). S. 353-364.
- Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. Historische Befunde und theoretische Argumente. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37(1). S. 1-29.
- Konietzka, Dirk (2010): Zeiten des Übergangs. Sozialer Wandel des Übergangs in das Erwachsenenalter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kremer-Preiß, U. / Mehnert, T. / Stolarz, H. (2013): Bedarfslagen Älterer und Bedingungen für ein selbstständiges Leben im Alter in Mecklenburg-Vorpommern. Telexpertise B: Bewertung der aktuellen Strukturen und Rahmenbedingungen vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen. Köln: Kuratorium Deutsche Altenhilfe.
- Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Working Paper; 68).
- Laslett, Peter (1995): Das Dritte Alter. Historische Soziologie des Alterns. Weinheim, München: Juventa.
- Neumeier, Stefan (2017): Regionale Erreichbarkeit von ausgewählten Fachärzten, Apotheken, ambulanten Pflegediensten und weiteren ausgewählten Medizindienstleistungen in Deutschland – Abschätzung auf Basis des Thünen-Erreichbarkeitsmodells. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen Working Paper; 77).
- Peter, Andreas (2009): Stadtquartiere auf Zeit. Lebensqualität im Alter in schrumpfenden Städten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (VS Research Quartiersforschung).
- Phillipson, Chris / Scharf, Thomas (2005): Rural and urban perspectives on growing old: developing a new research agenda. In: European Journal of Ageing 2(2). S. 67-75.
- Scheppe, Cornelia (2000): Biographie und Alter(n) auf dem Land – Lebenssituationen und Lebensentwürfe. Opladen.

- Shaw, Martin (1979): Rural deprivation and social planning: an overview. In: ders. (Hrsg.): Rural deprivation and planning. Norwich: Geobooks. S. 175-207.
- Steinführer, Annett (2018): Vom Wachsen im Schrumpfen. Alterung und siedlungsstruktureller Wandel von Kleinstädten. In: Schmied, Doris; Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Große Dörfer – Kleine Städte. RURAL 9. Göttingen: Cuvillier. S. 7-29.
- Steinführer, Annett / Kohring, Jarrit (2019, im Erscheinen): Reurbanisierung durch selektive Wanderungen Älterer? Entwicklungen in kleineren niedersächsischen Mittelzentren und ihre siedlungsstrukturellen Folgen. In: Scholich, Dietmar (Hrsg.): Reurbanisierung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Ein Blick auf nordwestdeutsche Städte und Regionen. Hannover: Akademie für Raumordnung und Landesplanung (Arbeitsberichte der ARL), ca. 17 S.
- Steinführer, Annett / Küpper, Patrick / Tautz, Alexandra (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Landbauforschung Sonderheft 367. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Sternberg, Mechthild (2010): Alter(n) in ländlichen Räumen und demographischer Wandel. Eine Analyse in vier deutschen Gemeinden. Hamburg: Kovač (Schriftenreihe Studien zur Demographie und Bevölkerungsentwicklung; 3).
- Wahl, Hans-Werner (2005): Ageing research along the urban–rural distinction: old questions and new potential. In: European Journal of Ageing 2(2). S. 131-136.
- Wahl, Hans-Werner (2015): Einführung: Beobachtungen und Überlegungen zur sozialgerontologischen Forschung in ländlichen Räumen. In: Fachinger, Uwe / Künemund, Harald (Hrsg.): Gerontologie und ländlicher Raum. Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten. Veichtaer Beiträge zur Gerontologie. Wiesbaden: Springer VS. S. 17-24.

Kollektivsingular: Teilhabe und Teil der Geschichte

Jens A. Forkel

Der Ausgangspunkt für eine Analyse des Gesundheitsgeschehens in Nordostdeutschland liegt in einer disparaten sozialen und wirtschaftlichen Lage einiger ländlich-peripherer Gemeinden im regionalen und überregionalen Vergleich (Kühn/ Weck 2013; Neu 2009; Barlösius/ Neu 2008; Beetz 2008; Keim 2006). Es konnte gezeigt werden, dass mit einem erhöhten sozioökonomischen Risiko negative Effekte für die Lebensqualität, Morbidität und Mortalität auch regional nachvollziehbar sind (Richter/Hurrelmann 2009; Mackenbach 2006; Mielck 2000). Und auch wenn die gesundheitlichen Unterschiede zwischen Ost und West sich weiter angleichen (RKI 2014), sind weiterhin Unterschiede in der regionalen Verteilung zu konstatieren, die nicht nur entlang vertikaler sozialer Gliederungen der Gesellschaft, sondern auch zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen wirtschaftlich prosperierenden Regionen und Regionen mit geringeren regionalen Wertschöpfungen verlaufen und einer differenzierten regionalen Analyse bedürfen (Kroll 2017). Als Befund dieser Peripherisierungseffekte steht damit die Territorialisierung sozialer und gesundheitlicher Ungleichheiten im Focus der sozialwissenschaftlichen Beobachtung und fordert zu mikrospatialen Analysen heraus.

Die Disparität der Lebenslagen in peripheren ländlichen Räumen ist trotz oder wegen der umfassenden Modernisierungseffekte in der ländlichen Lebensweise nach dem zweiten Weltkrieg und den Deindustrialisierungen und Privatisierungen der Nachwendezeit im wiedervereinigten Deutschland von gesellschaftlichen Diskursen um eine Verschiebung der Modalitäten des Zivilverständnisses geprägt. In diesen Diskursen steht der Primat des Wettbewerbs und die Fiktion des Marktes einem sich ständig wandelnden Verständnis des Gemeinwohls und der Wohlstandsverteilung gegenüber. Freiheitswerte und Marktwerte werden gegeneinander verhandelt und bilden die Grundlage politischen Handelns (Ro-

senbrock 2007). Die Entwicklung und Perspektiven dieser spannungsreichen und oft von Polemik gekennzeichneten Diskurse werden gegenwärtig auf einem veränderten Niveau diskutiert, das dadurch gekennzeichnet ist, neue volkswirtschaftliche Spielräume kommunal verfügbar zu machen (vgl. z.B. Abgehängte Regionen? Probleme und Gegenstrategien. Ergebnisse des Transferworkshops 2018 der Expertenplattform Demographischer Wandel in Halle, Sachsen-Anhalt).

Fragestellungen nach *Innovationen* in diesem gesellschaftlichen Umfeld werden zumeist pragmatisch als kleinräumige und zielgruppengenaue Angebote zur Förderung der gesundheitlichen Selbstwirksamkeit und Gesundheitsbildung in Risikolagen angelegt (GKV 2017: 38f.). Dahinter steht jedoch, genauer betrachtet, das sozialpolitische Eingeständnis, dass Machtdispositionen im sozialen Raum die Auflösung der pfadabhängigen Lösungsansätze bürokratischen Handelns für eine gesundheitliche Chancengleichheit bis in die prekären Soziallagen behindern (vgl. Knieps 2016: 33). Die zugrundeliegende Ressourcenorientierung des *Zielgruppenmodells* rückte dementsprechend die individuellen Resilienzfaktoren im Lebensumfeld in den Mittelpunkt. Im Kontext einer territorialen Ausprägung von sozialen Ungleichheiten werden jedoch neue Ressourcenorientierungen anzunehmen sein, die eine Steigerung der Lebensqualität im Sinne einer soziokulturellen Aufwertung im *setting* über eine (Wieder-)Aktivierung nicht-ökonomischer Anerkennungsleistungen möglich macht. Erst damit werden kommunikative Abkopplungen aufgehoben werden können (Beetz 2008), die gesellschaftliche Teilhabe auch jenseits zentralisierter Verwaltungseinheiten erstarken lässt.

1. Soziokulturelles Empowerment in ländlichen Räumen

Mit dem Forschungsprojekt *Lebensqualität und Erinnerung traditionell, historischen Erbes in dörflichen Gemeinschaften* (LETHE) wurde an der Hochschule Neubrandenburg von 2013-2017 eine qualitative Methodik zur Erfassung soziokultureller Faktoren und Aktivierung der sozialen Unterstützung in ländlich peripheren Gemeinden entwickelt (Forkel et al. 2017). Anhand der entwickelten mikrospatialen Typisierung (MiSp) konnte eine Auswahl von je drei Orten in den drei Typisierungsebenen *arrivierter*, *kompensierender* und *deprivierter* Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern

ner*innen im *Landkreis Mecklenburgische Seenplatte* erarbeitet werden (Fischer/ Forkel 2015). In dieser stratifizierte Flächenstichprobe wurden in den Jahren 2014–2015 biographische Interviews mit Einwohner*innen älter als 60 Jahre (n=49), Gemeindeversammlungen und Geschichtswerkstätten (n=9) durchgeführt. Die Auswertungen erfolgten mittels dichter Beschreibung des soziokulturellen Zusammenhanges auf Fall-ebene und mittels Sequenzanalysen nach der dokumentarischen Methode, die darum bemüht ist, „einen Zugang zum konjunktiven Wissen als dem atheoretischen, je milieuspezifischen Orientierungswissen zu erschließen“ (Bohnsack 2006, 281). Darüber hinaus wurden aus der Videoanalyse der neun Geschichtswerkstätten wichtige Erkenntnisse zum Netzwerkzusammenhalt und zu Aktivierungsstrukturen in den Gemeinden gewonnen, die Grundlage für die Entwicklung des Modells LETHE zum soziokulturellen Empowerment (Forkel 2017: Kap. X) sind.

Im Rahmen des Programms *Soziale Innovationen für Lebensqualität im Alter* des *Bundesministeriums für Forschung und Bildung* ist verankert, dass soziale Innovationen nicht nur theoretisch erarbeitet, sondern auch in das Untersuchungsfeld eingebracht und getestet werden sollten. Das ist für die Soziologie als Beobachtungswissenschaft nicht unkritisch. Die forschungspraktische Lösung des Projektes LETHE war es daher, neben die sozialwissenschaftliche Beobachtung eine Geschichtsarbeit zu stellen, die als Bindeglied einer defizitär erlebten Solidarität nicht nur eine Abklärung der lokalen Entwicklung des Kohärenzverlustes in den Gemeinden nach der Wende nachvollziehen kann, sondern die auch die identitätsstiftende Kraft auf der kollektiven Ebene zu testen und zu analysieren vermochte. Das war insbesondere für die gewählte Zielgruppe älterer Einwohner*innen unter der gegenwärtigen Leitdifferenz der Demographisierung zentral (vgl. Barlösius/ Schiek 2007). „Gerade für das Alter wird eine relative Unabhängigkeit zwischen Krankheit und Versorgungsbedarf konstatiert. Obwohl sich im Alter nahezu bei jedem Menschen pathologische Veränderungen feststellen lassen, so beeinträchtigen diese häufig weder das Wohlbefinden noch die Funktionsfähigkeit“ (Kümpers 2008:10). Daher wurde zunächst mit den Methoden der ethnographischen Feldforschung ein ergebnisoffener Zugang zum Untersuchungsfeld gesucht, der eine feldsensible und distanzierte Herangehensweise gleichermaßen erlaubte – und eine praktische Zusammenarbeit mit den interessierten Einwohner*innen zur Sozialgeschichte der Region ermög-

lichte. Ziel der theoriegeleiteten Analyse war es hingegen, die Lebenslagen und Altersbedingungen in kleineren und kleinsten Dörfern in Bezug auf ihre räumliche Verfasstheit dahingehend zu untersuchen, inwieweit Faktoren für eine Bindung und damit für einen Verbleib am Wohnort im Alter über die Defizite der Versorgung und der Infrastruktur *hinaus* zu finden sind (vgl. Forkel/ Grimm 2014).

2. Theorie der Praxis

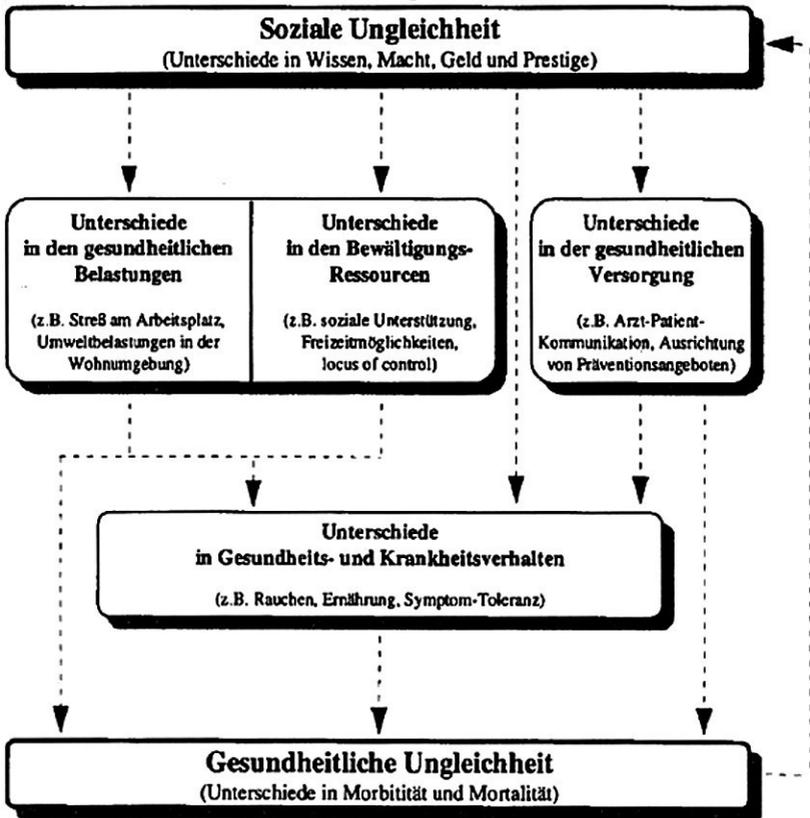
Ausgangspunkt musste dementsprechend eine Theorie der Praxis sein, die Struktur und Handlung, Hilfe und Hilflosigkeit, Engagement und Distanzierung (Elias) gleichermaßen zu erfassen im Stande ist. Ziel war es, die Beziehung der Befragten in den Feldern des eigenen Handelns anschaulich zu machen und im Lebenslauf zu rekontextualisieren. Anders als auf der Ebene der Intervention in den Geschichtswerkstätten zum *kollektiven* Gedächtnis und der Rekapitulation der örtlichen Sozialgeschichte der Ausstellung im Regionalmuseum Neubrandenburg im Jahre 2015 (Forkel et al. 2016), wurde im individuellen Zugang die habituelle Prägung des Einzelnen in der Gemeinde in den Mittelpunkt gerückt. Wissen, Erfahrungen und der Zusammenhalt in der Familie, zu den Nachbarn und zur Gemeinde wurde biographisch hinterfragt – ohne die Defizitperspektive der peripheren Lage direkt oder initiativ in den Erhebungsprozess einbringen zu müssen. Mit einem so verstandenen relationalen Herangehen lag es nahe, sich an den theoretischen Entwürfen Pierre Bourdieus zu orientieren, mit dessen Theorie des Habitus eine (sozial-)räumliche Analyse von Handlung *und* Struktur gut durchführbar erschien.

„Mit dem Habitus-Begriff verfolgt Bourdieu eine ähnliche Absicht: Er verlegt das 'Wirken' sozialer Strukturen in die handelnden Subjekte. Er wendet sich damit sowohl gegen ein mechanistisches Verständnis sozialen Handelns, das annimmt, das Handeln sei ein mechanischer Effekt externer Zwänge ("effet mécanique de la contrainte de causes externes") als auch gegen den Finalismus von Theorien rationalen Handelns (insbesondere von rational choice-Theorien) und deren auf die Dimension des diskursiven Bewusstseins fixiertes Akteursmodell.“ (Meuser 2013: 226)

Damit kann man von einer Ressourcenorientierung ausgehen, die die Voraussetzungen von Benachteiligungen und Stärken als sozialen Prozess komplex erfasst und von Vorstellungen einer ökonomistischen

Kapitalausstattung absehen kann. „Kapital meint dabei im Anschluss an den Kapitalbegriff bei Marx und Bourdieu kein Ding und keine Ressource, auch keine universelle Gestalt der Produktionsmittel oder des Eigentums, sondern in letzter Instanz eine Summe historisch spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich in verdinglichter, fetischisierter Form darstellen [...].“ (Heim 2013: 10).

Abbildung 1: Zusammenhänge zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit.



Quelle: Elkeles/ Mielck 1997: 32

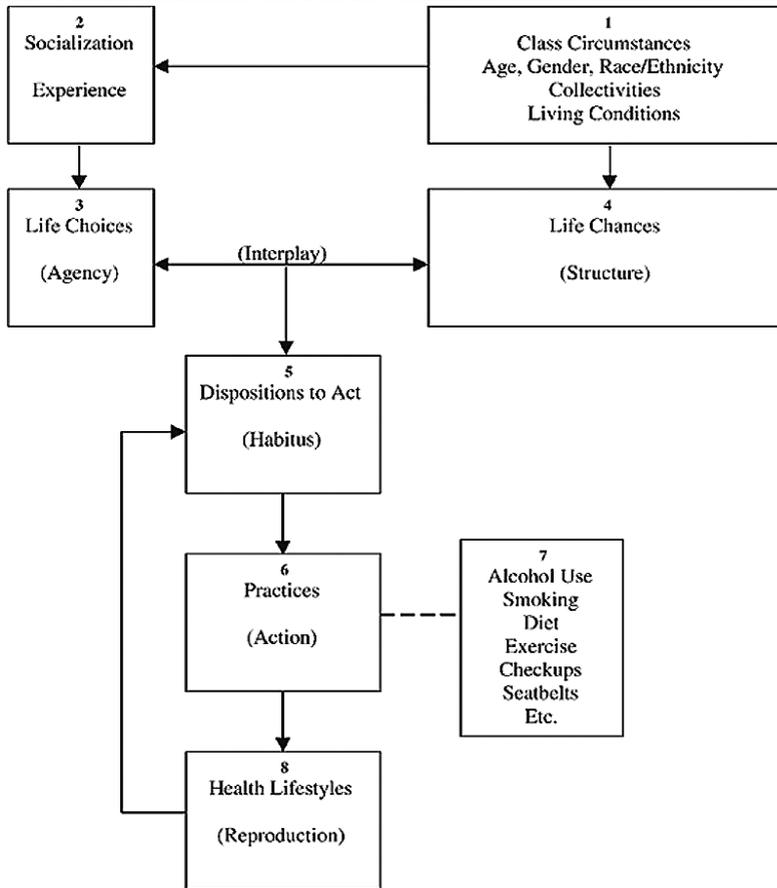
Nähert man sich also aus einer so gewählten Perspektive an die Zusammenhänge von sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit als Ausdruck

diskriminierender Altersbedingungen an, wird schnell deutlich, dass hierzu vor allem deren territoriale Verteilungen mit in die Analyse aufgenommen werden sollte.

So liegt in Bezug auf gesundheitliche Ungleichheiten im Kontext der sozialen Differenzierung ein Modell von Elkeles/ Mielck aus dem Jahre 1997 vor, welches das funktionale Problem gesundheitlicher Ungleichheit auf der Grundlage sozioökonomischer Unterschiede untersucht (Abb. 1). Zentral ist dabei die Beachtung der klassischen Dimensionen Wissen, Geld, Macht und Prestige, die den sozioökonomischen Status und damit die soziale Position bestimmen und umgekehrt. Die Hinwendung zu den Ressourcen wird dabei jedoch nicht nur auf die differente Stressbewältigung von Belastungserfahrungen bezogen, sondern um Handlungskompetenzen und Kontrollmöglichkeiten erweitert. Das ist insofern von Interesse, als neben den Unterschieden in der Versorgung und in den Belastungen des Wohn- und Arbeitsumfeldes auch die sozio-kulturelle Kompetenz des Einzelnen auf den Begriff des Gesundheitsverhaltens bezogen wird.

Hier wird deutlich, dass mit einer Hinwendung zu den Ressourcen die Handlungsebene näher in den Blick zu nehmen ist. Wenn aber vertikale Ungleichheiten entgegen der Statusinkonsistenzen durch Pluralisierung und Diversifizierung moderner Lebenslagen bis heute erstaunlich stabil sind, stellt sich die Frage, wie diese Bedingungen des Handelns charakterisiert werden können. Gesundheit ist dabei ein Prozess, der Wahrnehmungen und Einstellungen des Handelns an kulturelle, ökonomische und soziale Voraussetzungen knüpft, die sich als Lebensstil und hier als Gesundheitslebensstil zum Ausdruck bringen (Hradil 1995; Abel 1999). Wie diese Handlungsoptionen gerade in prekären Lebenslagen konditioniert sind, welche Limitierungen des Zugangs zu institutionellen, kulturellen und partizipatorischen Unterstützungen in Statusgruppen und Milieus reproduziert werden, ist dabei von Interesse. Daran knüpft Cockerham (2005) mit einer soziologischen Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit an.

Abbildung 2: Health Lifestyle Paradigm

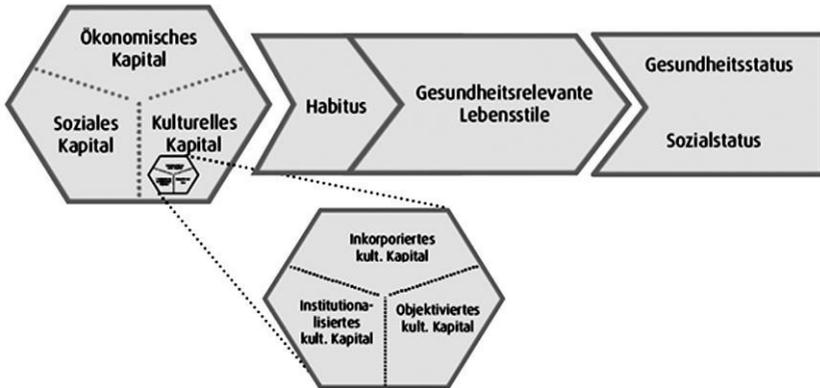


Quelle: Cockerham 2005: 57

In einer Differenzierung von Handlungstypen nach Max Weber greift er Pierre Bourdieus Konzept des Habitus auf. Webers Handlungstheorie stellte einen ersten Versuch dar, sowohl für das Auffinden sozialwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten in der Soziologie als auch für das verstehende Erklären von Einzelphänomenen in der Geschichte brauchbare Idealtypen zu konstruieren (Etzrodt 2006: 260) und grenzt Verhalten gegenüber dem jeweiligen Grad der Rationalität des Handelns ab. Die Unterscheidung zwischen Verhalten und Handlung wird hier mit dem

subjektiv gemeinten Sinn verknüpft, den ein Handelnder mit seinem Tun verbindet. Der Begriff des subjektiv gemeinten Sinns umfasst dabei Werte, Zwecke oder Gefühle, die der jeweilige Akteur mit seinem Handeln bewusst oder unbewusst verbindet. Verhalten dagegen wird als nicht sinnbestimmtes Tun abgegrenzt, das Reaktionen, Duldungen etc. umfasst. Wie in Abb. 2 zu erkennen, dient dieser Zugang unter dem postulierten Lebensstil-Paradigma (Cockerham 2005: 55f.) der Unterscheidung von Struktur (*Life Chances*) und Handlung (*Life Choices*). In diesem Sinne wird für die weitere Analyse der sozialen Strukturierung des Handelns das Habituskonzept aufgegriffen, um mit dem Bourdieuschen Begriff der Klasse die relative Statik der vertikalen Ungleichheit zu unterstreichen. So interessant und wichtig diese Hinwendung zu einer Soziologie der Praxis ist, verbleibt für den Zugang zu Dorfgemeinschaften jedoch die Schwierigkeit, mit sozialen und räumlichen Dimensionen gleichermaßen umgehen zu müssen, wollen wir die soziokulturellen Umweltbedingungen der Untersuchungsgemeinden erfassen. Thomas Abel (2006) erweiterte die Schwerpunktsetzung der Kapitalsortentheorie des Habitus, indem er die für den französischen Strukturalismus zentrale Funktion des kulturellen Kapitals in der Reproduktion von Klassen und Milieus hervorhebt (Abb. 3).

Abbildung 3: Kapitalinteraktion und gesundheitsrelevante Lebensstile



Quelle: Abel 2009: 203

Die Anwendung des Bourdieuschen Konzeptes des kulturellen Kapitals zur Erklärung der Reproduktion sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit zeige demnach (Abel 2006: 197): a) dass kulturelle Ressourcen eine

zentrale Bestimmungsgröße für die soziale Ausdifferenzierung von gesundheitsrelevanten Lebensstilen sind, b) dass kulturell geprägte Gesundheitsressourcen Bestandteile des kulturellen Kapitals sind und c) dass das kulturelle Kapital neben dem ökonomischen und dem sozialen Kapital eine dritte und genuine Form des gesundheitsrelevanten Kapitals darstellt.

Damit wird eine differenzierte Herangehensweise an die Ausprägungen von Lebensstilen im Ressourcenbegriff gesucht, welche die Dominanz der sozialen und ökonomischen Strukturbedingungen sozialer Positionierung um die wichtige Frage nach der Reproduktion dieser Ordnungen anhand des kulturellen Kapitals erweitert. Entscheidend ist nach Abel dabei die Unterscheidung dieser Kapitalform in die Unterklassifizierungen, die Bourdieus Distinktionstheorie im Wesentlichen tragen (vgl. Bourdieu 1982).

- *Inkorporiertes Kulturkapital*: Inkorporiertes bzw. verinnerlichtes Kulturkapital bezeichnet den dauerhaften kognitiv, emotional und körperlich verankerten Besitz einer Person an Wissen und sozialen, kulturellen und technischen Fertigkeiten. Inkorporiertes Kulturkapital wird gebildet über den Habitus, d.h. in einem System von spezifischen Verhaltens- und Orientierungsmustern oder Geschmacksvorlieben.
- *Objektiviertes Kulturkapital*: Kulturkapital existiert auch in verdinglichter Form (z.B. Bilder, Bücher, Wörterbücher, Instrumente, Maschinen, Sportartikel und anderem mehr).
- *Institutionalisiertes Kulturkapital*: Berufsabschlüsse und Berufsdiplo-me, Bildungstitel und akademische Qualifikationen bescheinigen in offizieller Form ihren Besitzer*innen, dass sie über wertgeschätzte, kulturelle Ressourcen verfügen.

3. Habitus-Feld-Konzepte

Für einen qualitativen Zugang ist an dieser Herangehensweise interessant, dass zunächst von einer stratifizierenden Klassifikation der Unterschiede abgesehen werden kann. Die habitusvermittelten und habitusvermittelnden Positionierungen im sozialen Raum finden in der jeweiligen Lebensstilausprägung ihren Ausdruck und erfassen damit die Re-

produktion sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit – Fahrstuhleffekte (Beck 1986) und Deprivationen (Bourdieu 1993) eingeschlossen. Die prinzipielle Veränderbarkeit der sozialen Position erfasst darüber hinaus auch die Mobilität im Sozialstatus (Hradil 2005), die nicht nur Gegenstand der Sozialstrukturanalyse moderner Gesellschaften ist, sondern auch Grundlage einer aktivierenden sozialwissenschaftlichen Beobachtung sein sollte. Hierzu bedarf es jedoch weitergehender Schritte, die von einer kumulativ gedachten Verstärkung der repräsentationalen Begriffsausweitung auf die Konstruktion eines Gesundheitskapitals absieht und den Strukturbegriff des sozialen Feldes theoretisch sicher an die Theorie des Habitus anschließt. Ein Vorschlag zum Verständnis der Perpetuierung gesundheitlicher Ungleichheitslagen in gesellschaftlichen Strukturierungen wurde in Anlehnung an den *capability approach* Sens gemacht: „In this sense we propose that primary emphasis should be given to the promotion of the different forms of capital, rather than focus on personal factors, in order to facilitate structural change that improves the range of options for health promoting agency” (Abel/ Frohlich 2012: 243).

Zentral steht jedoch zunächst die Verschränkung der konstruktiv gedachten sozialen Felder und das Verständnis der Machtdispositionen in den Distinktionen des Lebensstils im Mittelpunkt. Denn die Wahl der Bourdieuschen Theorie für eine solche Herangehensweise begründet sich nicht nur in der Analysefähigkeit sozialer Milieus, sondern in der Grundannahme einer ressourcenorientierten Ermöglichung und Reproduktion der sozialen Ordnung. Bourdieu hat hierzu eine Formel aufgestellt, die diese Zusammenhänge – zugegebenermaßen lakonisch – zusammenführt: [(Habitus) (Kapital)] + Feld = Praxis (Bourdieu 1987: 175). Der Strukturbegriff wird also von den Dimensionen Raum, Feld und Habitus bestimmt, wobei eine definitorische Unterscheidung von Raum und sozialen Feldern nicht konsequent geführt wird, um die Relationalität der Konzepte zu schützen. „In diesem Kontext dient das Feldkonzept auch dem Versuch, die besondere Form der Verschränkung von Sach- und Sozialdimension, oder genauer von funktionalem und sozialen Differenzierungsformen in modernen kapitalistischen Gesellschaften, zu erfassen“ (Heim 2013: 106).

Während die jeweiligen sozialen Felder als den kapitalabhängigen Milieuausprägungen unterworfen definiert werden, erscheint der Raumbegriff

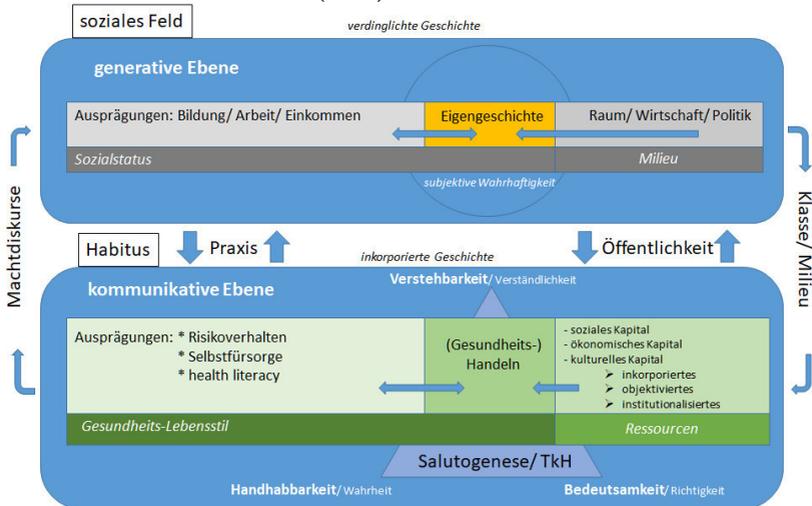
häufig in der Beschreibung des strukturellen Rahmens der großen Machtdispositionen um Bildung, Geld und Macht. Es bliebe also in einem solchen „raumcontainerhaft gedachten Zugriff unerklärbar“, warum Milieus neben den Sozialdynamiken auch räumliche Dimensionen haben könnten (Dörfler 2013: 36). Erst in einer stringenten Durchführung des sozialkonstruktiven Modells der Praxeologie wäre eine Möglichkeit gegeben, „einen Sozialraum aus seinen konflikthaften und heterogenen Lagen heraus zu erklären“ (ebd.: 49). Denn im gewählten theoretischen Kontext geht es um *einen* Aspekt dieser räumlichen Verhältnisse, der an die Semantiken des Raumes geknüpft ist: die sozialen Dimensionen des *lokalen* Geschichtsbewusstseins und die Integrationsfähigkeit von Geschichtsreflexionen. Der Ausgangspunkt lag hierbei vor allem in der Ausarbeitung der Begrifflichkeiten der relationalen Praxeologie mit den internalisierten und kommunikativen Dimensionen von *Geschichte* im Kontext der Habitus-Feld-Theorie, in der eine kommunikative und eine generative Ebene unterschieden werden kann. Generell heißt es bei Bourdieu, „gesellschaftliche Welt ist akkumulierte Geschichte“ (Bourdieu 1983: 183). Diese Geschichte bringt sich material auf einer generativen Ebene der sozialen Felder zum Ausdruck, in der Kapital „als akkumulierte Arbeit, entweder in Form von Materie oder in verinnerlichter, *inkorporierter* Form“ (ebd.) verstanden wird. Damit kann Geschichte auf der Struktur- und Handlungsebene im Spannungsfeld von Habitus und Feldausprägungen für das Problem einer territorialen Ungleichheit operationalisiert werden.

4. Habituerungen und Salutogenese im Gemeindefsetting

Veranschaulicht man diese Akkumulation inkorporierter oder materialisierter Arbeit in den kommunikativen Prozessen, wird die Komplexität der Zusammenhänge deutlich (Abb. 4). Während die als Aushandlungsprozess (oder Kampf um die konstitutiven Differenzen) verstandene Strukturierung der Gesellschaft Praxis als einen Ausdruck der kapitalabhängigen Handlungsfähigkeit versteht, ordnet sich die physische Ausprägung dieser Machtverhältnisse nicht unmittelbar auf den Ebenen ein. Anschaulich kommt mit der Orientierung auf die gesundheitliche Ungleichheit in modernen Gesellschaften die relationistische Sichtweise zum Tragen, denn der Pathogenese und deren naturwissenschaftlicher

Verhaltung in der Medizin steht die *Inkorporierung* der sozialen Ungleichheitslage als Gesundheitshandeln entgegen. Das als prekäre Balance von Verstehbarkeit, Handhabbarkeit und Sinnhaftigkeit der gesellschaftlichen Anforderungen an den eigenen Körper verstandene Konzept 'Gesundheit' (vgl. Bengel et al. 1998) reiht sich dann als Konnotation in die alltäglichen Kommunikationen ein und korrespondiert mit dem Gesundheitsbegriff des Salutogenese-Konzepts (Antonovsky 1997). Diese kommunikationstheoretisch verstandene Balance dreier idealtypischer Bedingungen kohärenten Gesundheitshandelns wird hier deutlich. Im abgebildeten Schema wird die Überschneidung mit anderen Kommunikationstheorien sozialen Handelns anhand der kommunikativen Geltungsansprüche der Theorie kommunikativen Handelns (Habermas) im salutogenetischen Dreieck (Antonovsky) dargestellt.

Abbildung 4: Übersicht Habitus-Feldverhältnisse zum Gesundheitshandeln nach der Handlungstheorie P. Bourdieus und dem Konzept der ‚Salutogenese‘ im Vergleich mit den Geltungsansprüchen der ‚Theorie kommunikativen Handelns‘ (TkH)



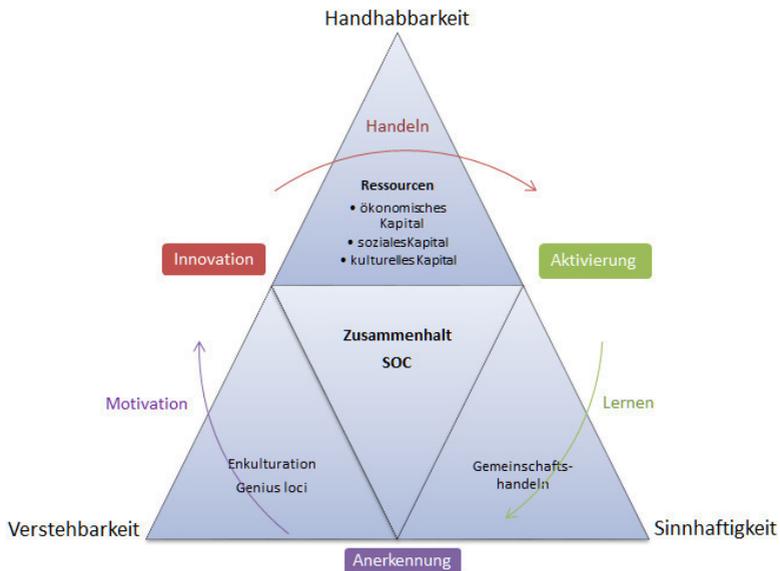
Quelle: eigene Darstellung

Diese Definition von Gesundheit und Krankheit wird damit als Teil der gesellschaftlichen Kommunikation verdeutlicht. Die Selbstregulation des menschlichen Organismus ist dann eben nicht mehr als störungsanfällig

in dessen Homöostase gekennzeichnet, sondern durch eine permanente Überwindung der Heterostase charakterisiert (Franzkowiak/ Hurrelmann 2018 178ff.). Damit werden in der Kontinuität dieses Prozesses *Gesundheit* neben den biologischen und physischen auch die sozialen Stressoren in das Verständnis aufgenommen, die sich auch an einer praexologischen Analyse von Sozialräumen zu messen haben. Im Verständnis der Salutogenese steht der *sense of coherence* an dieser Stelle.

„Das SOC (Kohärenzgefühl) ist eine globale Orientierung, die aus-drückt, in welchem Ausmaß man ein durchdringendes, andauerndes und dennoch dynamisches Gefühl des Vertrauens hat, daß: 1. die Stimuli, die sich im Verlauf des Lebens aus der inneren und äußeren Umgebung ergeben, strukturiert, vorhersehbar und erklärbar sind; 2. einem die Ressourcen zur Verfügung stehen, um den Anforderungen, die diese Stimuli stellen, zu begegnen; 3. diese Anforderungen Herausforderungen sind, die Anstrengung und Engagement lohnen.“ (Antonovsky 1997: 36)

Abbildung 5: Modell LETHE zur kommunikativen Ressourcenorientierung in der Gesundheitsförderung im 'salutogenetischen Dreieck'



Quelle: eigene Darstellung

Für anschließende Untersuchungen eröffnen sich mit einer so kommunikativ gedeuteten Handlungstheorie weitere Möglichkeiten, die Res-

sources des Kommunikationsprozesses '*Gesundheitshandeln*' gezielter zu untersuchen. Hierzu können Fragestellungen entwickelt werden, welche die Ausprägungen und Konstellationen der Geltungsbedingungen von einem Kohärenzgefühl zur Soziabilität der Gesundheit überleiten können.

Damit kann noch deutlicher gemacht werden, dass Gesundheitshandeln auch und gerade in ländlichen Gemeinschaften genauer und detailreicher anhand der kulturell und sozial verfügbaren (Gesundheits)-Lebensstile zu ermitteln ist. Damit könnte im Konnex mit der räumlichen und soziokulturellen Analyse von einer ressourcen- zu einer kommunikationsorientierten Forschungsperspektive übergegangen werden, welche die Subjektivität eines gewählten Gesundheitslebensstils im Zusammenhang mit kollektiven Mustern erklärbar macht. Bei einer solchen Annäherung an eine territoriale Ungleichheitslage ist es jedoch weiterhin eindeutig, dass es für die Ungleichbehandlung in der Versorgung durch die Zentralisierung der Institutionen der Daseinsvorsorge und den daraus resultierenden Belastungen der Menschen in ländlich-peripheren Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern keine andere Alternative als deren dezentrale Wiederanbindung gibt (Neu 2009). Mit einer empirischen Erkundung der Gliederung des biographischen Wissens in Bezug zum eigenen Wohnumfeld sollten Aufschlüsse über die Potentiale des Gemeinschafts- und Nachbarschaftshandelns erzielt werden. Denn gerade die für die kleinsten und dörflichen Gemeinden angenommene Milieuhomogenität ist für die Frage nach Ansätzen der Verhältnis-Prävention und programmatischen Verbesserung der Lebensqualität die horizontale Sozialraumgliederung im Zuge der Regressionsthese ländlich-peripherer Regionen von Interesse.

5. Ergebnisse

Es konnte gezeigt werden, dass trotz der ungerichteten Fragestellung in den Gemeindetreffen zur Vergangenheit des Dorfes nichtintendierte und durch die Dorfbewohner*innen selbst initiierte Aktivierungen erfolgten. Prüfungen zu den Aktivierungen im von uns untersuchten Gemeindegemeinschaften der älteren und alten Einwohner*innen beziehen sich daher auf eine als latent zu konstatierende Selbstwirksamkeit. In diesem Umfeld einer durch den Rückzug der Institutionen der Daseinsvorsorge geprägten Region mit einem vergleichsweise schwachen zivilgesellschaftlichen Engagement obliegt der privaten Initiative die größte Bedeutung. Daher war es durchaus überraschend, dass mit der soziokulturellen Aktivierung über Geschichtswerkstätten tatsächlich Netzwerkverbindungen so angeregt wurden, dass definitive Verbindlichkeiten und sogar konkrete Aktionen im Ergebnis der Veranstaltungen der gemeinschaftlichen Sorge (wieder-)belebt wurden (Forkel et al. 2017: Kap. VIII). Mit den verabredeten Verbindlichkeiten, bei denen weitere Aushandlungen zu einer Aktion führen sollten, wurden konkrete und unmittelbare Umsetzungen in den Geschichtswerkstätten beschlossen. Das bestätigte den Ansatz, dass durch einen ressortübergreifenden Impuls die Erreichbarkeiten in der Gemeinde verbessert werden können. Denn in den Gemeinden wurde nicht nur die Idee zur lokalen Geschichtsdokumentation und Aufarbeitung in Chroniken aufgenommen (zwei Gemeinden), sondern auch Stärkungen des sozialen Netzwerkes durch Wiedereinrichtung oder Gründung von regelmäßigen gemeinschaftlichen Treffen zur Unterstützung bei Problemen im Alltag (zwei Gemeinden) initiativ vereinbart. In zwei Gemeinden wurde der Ausbau vorhandener Räumlichkeiten für die Zwecke der Dorfgemeinschaft beschlossen, die den Mangel an Treffpunkten und zentralen Orten in den Dörfern beheben sollten. Der Vorteil dieser Neu- oder Wiedergründungen liegt darin, dass nun auch bislang Nichtaktive in diese Verbindungen eingeschlossen sind. Denn oftmals sind es generationen- und geschlechterspezifische Barrieren, die eine Verhaftung im vertrauten Netzwerk bewirken und Menschen mit zunehmendem Hilfe- bzw. Kontaktbedarf verharren lassen.

Mit dem Modell LETHE liegt damit der Entwurf eines Interventionsmodells vor, das sozialräumlich für kleinere und kleinste Gemeinschaften eingesetzt werden kann, die eine Abgrenzungskommunikation nach

außen unterhalten. Es zielt auf die Aktivierung des sozialen Netzwerkes über eine kollektive Erinnerungsarbeit, die Objektivationen in den Sozialraum einbringt. Mit der Implementierung des Modelles sind kumulative Effekte verbunden, die auch nach Abschluss der Interventionsphase Öffnungsprozesse in Gang halten, an die Maßnahmen der kommunalen Arbeit und Programme der Gesundheitsförderung und Prävention anschließen können.

Literatur

- Abel, Thomas/ Walter, Esther/ Niemann, Steffen/ Weitkunat, Rolf (1999): „The Berne-Munich Lifestyle Panel.“ *Sozial- und Präventivmedizin* 44: 91, 106.
- Abel, Thonas/ Abraham, Andrea/ Sommerhalder, Kathrin (2006): Kulturelles Kapital, kollektive Lebensstile und die soziale Reproduktion gesundheitlicher Ungleichheit. In: Richter, Matthias, Hurrelmann, Klaus (2006): *Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Konzepte*. Wiesbaden, 185-198.
- Abel, Thomas/ Frohlich, Katherine L. (2012): Capitals and capabilities. Linking structure and agency to reduce health inequalities. In: *Social Science & Medicine*, 74(2), S. 236-44.
- Antonovsky, Aaron (1997): *Salutogenese*. Forum für Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, Bd. 36. Tübingen.
- Barlösius, Eva/ Schiek, Daniel (Hg.) (2007): *Demographisierung des Gesellschaftlichen: Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Beetz, Stephan (2008): Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit. In: Barlösius E., Neu C. (Hg.): *Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Materialien Nr. 21 der IAG "Landinnovationen"*. Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 7-16.
- Bengel, Jürgen/ Strittmatter, Regine/ Willmann, Hildegard (1998): Was erhält Menschen gesund? Antonovskys Modell der Salutogenese - Diskussionsstand und Stellenwert. Schriftenreihe der BZgA: *Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung*, Band 6. Köln: BZgA.
- Bohnsack, Ralf/ Nentwig-Gesemann, Iris/ Nohl, Arnd-Michael (Hg., 2001): *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis – Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Opladen.
- Bourdieu, P. (1987). *Die feinen Unterschiede – Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.), »Soziale Ungleichheiten« (Soziale Welt Sonderband 2), Göttingen: Schwartz, S. 183-198.
- Carpiano, Richard M. (2008): Actual or Potential Neighborhood Resources for Health: What Can Bourdieu Offer for Understanding Mechanisms Linking Social Capital to Health? In: Kawachi, Ichiro: Social Capital and Health. New York: Springer, p. 83-93.
- Cockerham, William C. (2005): Health Lifestyle Theory and the Convergence of Agency and Structure. *Journal of Health and Social Behavior*, 46(1), 51–67.
- Dangschat, Jens/ Hamedinger, Alexander (Hg.) (2007): *Lebensstile, Lebenslagen und Siedlungsstrukturen*. Braunschweig: VSB Verlagsservice Braunschweig GmbH.
- Dörfler, Thomas; Rothfuß, Eberhard (2013): 'Milieu und Raum – Zur relationalen Konzeptionalisierung eines sozio-räumlichen Zusammenhangs. In: Rothfuß, Eberhard; Dörfler, Thomas (Hg.): *Raumbezogene qualitative Sozialforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33-60.
- Elkeles, Thomas/ Mielck, Andreas (1997): Entwicklung eines Modells zur Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit. In: *Das Gesundheitswesen*, Jg. 59, H. 3, S. 137-143.
- Etzrodt, Christian (2006): Handeln, soziales Handeln und Handlungstypen bei Weber und Esser unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen methodologischen Ausrichtung. In: Greshoff, Rainer; Schimank, Uwe (Hrsg.): *Integrative Sozialtheorie? Esser - Luhmann – Weber*. Wiesbaden: Springer VS, S. 259-288.
- Fischer, Stefan/ Forkel, Jens A. (2014): Stichprobenziehung und Validierung der Typisierung der Untersuchungsgemeinden für das Projekt "Lebensqualität und Erinnerung in dörflichen Gemeinschaften (LETHE)". Hochschule Neubrandenburg.
- Forkel, Jens A./ Grimm, Maureen (2014): Die Emotionalisierung durch Landschaft oder das Glück in der Natur. Lebenserfahrungen älterer Dorfbewohner in Mecklenburg-Vorpommern. In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 37, S. 251-266.
- Forkel, Jens A./ Grimm, Maureen; Elkeles, Thomas (2016): Gut und Boden. Erinnern und Vergessen in dörflichen Gemeinschaften. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung. Schriftenreihe E, 5. Neubrandenburg: Hochschule Neubrandenburg.
- Forkel, Jens A./ Grimm, Maureen/ Elkeles, Thomas (2017): *Lebensqualität und Erinnerung in dörflichen Gemeinschaften (LETHE)*. Schriftenreihe G, Band 30, FB GPM. Hochschule Neubrandenburg.

- Franzkowiak, Peter/ Hurrelmann, Klaus (2018): Gesundheit. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention.
- GKV (2017): Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten nach § 20a SGB V. In: Leitfaden Prävention Handlungsfelder und Kriterien des GKV-Spitzenverbandes zur Umsetzung der §§ 20, 20a und 20b SGB V vom 21. Juni 2000 in der Fassung vom 27. November 2017.
- Tino Heim (2013): Metamorphosen des Kapitals. Kapitalistische Vergesellschaftung und Perspektiven einer kritischen Sozialwissenschaft nach Marx, Foucault und Bourdieu. Bielefeld: transcript.
- Hartung, Susanne (2013): Sozialkapital und gesundheitliche Ungleichheit. Analyse des elterlichen Sozialkapitals in der schulischen Gesundheitsförderung. Bielefeld: transcript.
- Hradil, S. (2005): Soziale Ungleichheit in Deutschland. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keim, Klaus-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, S. 3-7.
- Knieps, Franz (2016): Gesundheitspolitik zwischen Wettbewerb, Selbstverwaltung und staatlicher Steuerung – Versuch einer Bilanz der Gesundheitsreformen seit 1989. In: Wille, Eberhard (Hg.): Entwicklung und Wandel in der Gesundheitspolitik: 20. Bad Orber Gespräche über kontroverse Themen im Gesundheitswesen, Allokation im marktwirtschaftlichen System, No. 72. Frankfurt a. M.: Peter Lang International Academic Publishers, S. 25-36.
- Kroll, Lars Eric; Maria Schumann; Jens Hoebel; Thomas Lampert (2017): Regionale Unterschiede in der Gesundheit – Entwicklung eines sozioökonomischen Deprivationsindex für Deutschland. In: Journal of Health Monitoring, 2017 2(2), Robert Koch-Institut, Berlin.
- Kühn, M.; Weck, S. (2013): Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien. In: Bernt, M.; Liebmann, H. (Hg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Wiesbaden: Springer VS.
- Kümpers, Susanne (2008): Alter und gesundheitliche Ungleichheit. Ausgangspunkte für sozialraumbezogene Primärprävention. WZB discussion papers, SP I 2008-301. Berlin: WZB.
- Mackenbach, J.P. (2006) Health Inequalities: Europe in Profile. Rotterdam: Erasmus MC.
- Meuser, Michael (2013): Repräsentation sozialer Strukturen im Wissen. Dokumentarische Methode und Habitusrekonstruktion. In: Bohnsack, Ralf et al. (Hg.): Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis - Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 233-241.

- Mielck, Andreas (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Bern: Huber.
- Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 56(37). Berlin. S. 8-15.
- Neu, Claudia (Hg.) (2009): Daseinsvorsorge: Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Putnam, Robert D. (2000): Bowling alone: the collapse and revival of American community. New York/ London/ Toronto/ Sydney: Simon and Schuster.
- Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (Hg.) (2009a): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- RKI (2014): 25 Jahre nach dem Fall der Mauer: Regionale Unterschiede in der Gesundheit. GBE kompakt, 3/2014, 5. Jahrgang.
- Rosenbrock, Rolf; Hartung, Susanne (Hrsg.) (2012): Handbuch Partizipation und Gesundheit. Bern: Huber.
- Rosenbrock, Rolf (2007): Worauf wir nicht verzichten sollten. Gesundheitssystem und Solidarität. In: Dr. med. Mabuse, Nr. 165, Januar/ Februar 2007, S. 29-32.

„Es braucht ein ganzes Dorf...“ Selbstorganisation und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen

Monika Alisch, Martina Ritter

1. Einleitung

Zugegeben, Lebensqualität im Alter und die Sorge um die Versorgung älterer Menschen standen nicht im Mittelpunkt des nigerianischen Sprichworts, dessen Anfang wir hier im Titel unseres Beitrages verwenden. Eigentlich geht es darum, die Bedeutung der gemeinsamen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern in dem Bild des Dorfes zu fassen und zu zeigen, dass die Sorge um das Aufwachsen von Kindern nicht allein von der Familie zu leisten ist (Schleiermacher 2016). Diese Erfahrung aus dem dörflichen Gemeinwesen über das gemeinsame Sorgen und die geteilte Verantwortung für Angehörige der Gemeinschaft wollen wir zum Ausgangspunkt nehmen bei der Frage nach der Lebenssituation von älteren Menschen.

Die Idee von Mitverantwortung steht im bundesdeutschen politischen wie gesellschaftlichen Diskurs um die Bewältigung der Herausforderung der alternden Gesellschaft deutlich im Zentrum. In dieser Lesart einer Engagementpolitik werden dem freiwilligen sozialen Engagement Gestaltungsmöglichkeiten nicht nur zugestanden, sondern grundsätzlich eingefordert und das Engagement als „gesellschaftliche Produktivitätsressource“ (Neumann 2016) eingeplant. Überdeckt wird damit die demokratietheoretische Dimension von Mitverantwortung zivilgesellschaftlicher Akteure, deren tatsächliche Leistungsbereitschaft und -fähigkeit noch zu wenig herausgearbeitet wurde (Klein et al. 2010: 53).

Insbesondere das freiwillige Engagement in ländlichen Räumen wurde in Programmen wie „Aktiv im Alter“ (BMFSFJ 2008) oder „Engagement gestaltet ländliche Räume“ (ZZE 2010) politisch hervorgehoben. Zwar wurde auch in diesen konkreten Projektzusammenhängen das Potenzial des lokalen Engagements bei den Aufgaben der Daseinsvorsorge herausgearbeitet, jedoch wurde in der wissenschaftlichen Reflexion ebenso darauf verwiesen, dass entsprechende Rahmenbedingungen erforderlich sind (u.a. Klie/ Marzluff 2012).

Das Praxisforschungsprojekt BUSLAR „Bürgerhilfevereine und Sozialgenossenschaften als Partner der öffentlichen Daseinsvorsorge und Pflege. Modellentwicklung zur ergänzenden Hilfeleistung für ältere Menschen in ländlichen Räumen“ (BUSLAR)¹ untersuchte deshalb am Beispiel von drei ländlichen Bürgerhilfevereinen in zwei sehr unterschiedlich strukturierten ländlichen Regionen in Osthessen und Oberbayern die Möglichkeiten und Grenzen solchen Engagements. Im Fokus standen die Bedingungen des freiwilligen Engagements mit und für Ältere sowie die Projektentwicklung und Kooperation mit Trägern der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen.

Unser Beitrag fasst die wesentlichen Erkenntnisse des BUSLAR-Projektes zusammen. Dabei verstehen wir die Aktivitäten ländlicher Bürgerhilfevereine als Ausdruck sozialer Teilhabe der Engagierten in solchen selbstorganisierten Hilfevereinen wie auch als Möglichkeit, soziale Teilhabe für ältere Menschen in ländlichen Gemeinwesen zu ermöglichen und zu erhalten².

Nach einer kurzen Beschreibung der Projektziele und der transdisziplinären Vorgehensweise im Forschungsprozess (Abschnitt 2), werden die

1 BUSLAR ist ein Verbundprojekt der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen (koordinierend) und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften und wurde gefördert vom BMBF in der Förderlinie SILQUA-FH, 2014-2017, FK 03FH004SB4, 03FH004SA4.

2 Ausführlich dokumentiert sind die Ergebnisse und Erkenntnisse des BUSLAR-Projektes in dem Band „Irgendwann brauch' ich dann auch Hilfe ...!“ – Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 17; M. Alisch, M. Ritter, A. Boos-Krüger, Ch. Schönberger, R. Glaser, Y. Rubin, B. Solf-Leipold (2018), Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

„Critical Incidents“ diskutiert im Dreiecks-Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Hilfen (in Bürgerhilfevereinen), den älteren Menschen in den ländlichen Gemeinden (Adressat*innen der Bürgerhilfevereine) sowie den öffentlichen und privaten Trägern der Daseinsvorsorge (insb. der kommunalen Politik). Mit dem Begriff der Critical Incidents werden kritische Momente oder Situationen in den Interaktionen der Beteiligten nicht nur gesammelt, sondern daraufhin untersucht, inwieweit sich Muster erkennen lassen, die zur Lösung von Problemen beitragen können oder aus einer lerntheoretischen Perspektive die Entwicklung von Kompetenzen fördern können. Darüber hinaus war es möglich, auch latente Spannungen und Konflikte in den Interaktionen zu erfassen, „die sich eher atmosphärisch zeigen“ (May/ Alisch 2013: 118), „aber weitreichende Folgen für die Optionen einer nachhaltigen Entwicklung der selbstorganisierten Unterstützungsleistungen der Bürgerhilfevereine haben“ (Alisch et al. 2018: 77).

Solche *Critical Incidents* werden in Abschnitt 3 dargestellt im Hilfeverhältnis selbst, zwischen freiwillig Engagierten und den älteren Menschen als Anbieter*innen und Nutzende von Hilfeangeboten sowie im Verhältnis von Selbstorganisation und (kommunaler) Politik. Anschließend wird gezeigt, welche unterschiedlichen Formen selbstorganisierter, zivilgesellschaftlicher Hilfen in ländlichen Räumen aus dem BUSLAR-Projekt heraus rekonstruiert werden konnten (Abschnitt 4) und welche Herausforderungen sich im Hinblick auf die Anforderungen geteilter Verantwortung (Klie/ Marzluff 2012) sowie der Nachhaltigkeit solchen Engagements zeigen und wie sich diese in unterschiedlichen Entwicklungspfaden oder -modellen fassen lassen.

2. Ziele und Methoden

Als transdisziplinäres Praxisforschungsprojekt wurde das BUSLAR-Projekt so angelegt, dass die Grenzen zwischen Wissenschaft(en) und „anderen gesellschaftlichen Bereichen“ (Wiesmann et al. 2008) wie dem zivilgesellschaftlichen Engagement in ländlichen Bürgerhilfevereinen wechselseitig überschritten werden. Raumbezogene „lebenspraktische Problemsituationen, auf die eine solche Forschung stößt“ und „[...] die zumindest

von einigen Betroffenenengruppen auch in verallgemeinerter Form als Problem artikuliert werden“, sollten in die Auseinandersetzung wissenschaftlicher bzw. theoretischer Diskurse überführt werden (und umgekehrt) (vgl. Alich/ May 2008: 19). In einer Weiterentwicklung von Handlungs- oder Aktionsforschung ging es darum, die gemeinsame Forschung so anzulegen, dass den forschungsbeteiligten Engagierten aus drei unterschiedlichen Bürgerhilfevereinen durch eine bewusster Teilhabe am gesellschaftlichen Entwicklungsprozess auch ein verstärkter Einfluss auf die (eigenen) sozialräumlichen Lebensbedingungen (ebd.) eröffnet wird.

Um die Möglichkeiten, Strukturen und Grenzen selbstorganisierter Unterstützungsformen in ländlichen Bürgerhilfevereinen zu untersuchen, haben wir in den ländlichen Regionen Osthessens und Oberbayerns mit insgesamt acht Praxispartner*innen zusammengearbeitet. Neben den drei Bürgerhilfevereinen „Miteinander-Füreinander Großenlüder e.V.“, „Füreinander da sein“ in Tann/Rhön und der „Bürgergesellschaft Gaimersheim“, haben auch die jeweiligen Gemeinden Großenlüder, Tann/Rhön und der Markt Gaimersheim sowie die beiden Landkreise Fulda und Eichstätt im Forschungsprozess mitgewirkt. Unsere umfassende Forschungsfrage haben wir in drei Zielperspektiven konkretisiert:

Um die sozialräumlichen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen die Bürgerhilfevereine sich gegründet und Strukturen der Hilfe organisiert haben, einschätzen zu können, wurde eine Dokumentenanalyse durchgeführt: Kommunale, regionale und landesweite Konzepte und Programme, die sich mit der alternden Gesellschaft, der Zukunft der ländlichen Räume, dem Engagement und seinen Organisationsformen (Vereine, Senioren- und Sozialgenossenschaften) befassen, wurden entsprechend ausgewertet. Ebenfalls in dieser *Governanceperspektive* war es Ziel des Projektes, die Vernetzung der Hilfen der Bürgerhilfevereine mit anderen lokalen und regionalen Akteuren nicht nur zu untersuchen, sondern auch handlungsforschend zu unterstützen.

Eine weitere Zielperspektive bezog sich auf die Interessen und *Bedürfnisse* auf beiden Seiten der Unterstützungsarrangements von Engagierten und älteren Menschen als Adressat*innen der selbstorganisierten Hilfen. Mit dem Ziel, das Erfahrungswissen der freiwillig Engagierten hervorzubringen und uns selbst einen vergleichbaren Wissensstand über die Funktionsweise der Hilfevereine und die Logiken der Gemeinden und Region zu

verschaffen, haben wir an allen drei Standorten problemzentrierte Interviews mit den Vereinsaktiven durchgeführt. Die Bedürfnisse der älteren Menschen, die entweder schon Angebote der Bürgerhilfevereine nutzen oder mögliche Adressat*innen solcher Hilfen sind, wurden mit etablierten Partizipationsverfahren wie insb. den Zukunftswerkstätten (Jungk/ Müllert 1989) herausgearbeitet, die wir im Projekt als Erhebungsmethoden eingesetzt haben und nach den Standards qualitativer Sozialforschung ausgewertet haben. Die jeweiligen Ergebnisse eines ersten Auswertungsschrittes wurden an die Forschungsbeteiligten rückgekoppelt und so für eine Reflexion eigener sozialer Praxen erschlossen (ausführlich Alisch et al. 2018a: 65ff.).

Zudem hatte das BUSLAR Projekt auch das Ziel, die Engagierten in den Vereinen dabei zu unterstützen, ihre *Organisationsstrukturen* zu reflektieren, weiter zu entwickeln und so nachhaltig zu stabilisieren. Dazu haben wir einen Beratungsprozess durch professionelle Organisationsberater initiiert und handlungsforschend begleitet (ebd. 115ff.).

3. Critical Incidents im Verhältnis ...

Die Ergebnisse der Interviews mit den Engagierten der Bürgerhilfevereine, die partizipativen Bedürfnisanalysen und die Erkenntnisse aus den lokalen Vernetzungs- und Rückkopplungsrunden verdeutlichen, dass an der Herstellung nachhaltig stabiler Unterstützungsleistungen im Alltag für ältere Menschen ein Beziehungsgeflecht von Akteuren beteiligt ist, deren Verhältnis zueinander im Rahmen des BUSLAR Projektverlaufes erst aufzudecken war. Die Rede von Mitverantwortung und Wohlfahrtsmix ist darauf gerichtet, die Potenziale der Zivilgesellschaft und des freiwilligen Engagements in eine „Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern“ (Deutscher Bundestag 2002: 44) einzubinden und damit eine „neue bürgerschaftliche Verantwortungsteilung“ (ebd.) zu konzipieren. Formen der Selbstorganisation zur Erbringung gesellschaftlicher Leistungen zur Versorgung insb. älterer Menschen, wie wir sie in den Bürgerhilfevereinen organisiert gefunden haben, stehen mit ihrem Leistungsvermögen in bisher undefinierter Weise neben professionellen, am Markt agierenden, oder öffentlichen Hilfedienstleistern einerseits

und familial organisierten Hilfearrangements andererseits. Dass eben dieses Leistungsvermögen zunächst genau herauszuarbeiten ist, hatten Klein et al. bereits 2010 in ihrem Band zu einer zu etablierenden Engagementpolitik formuliert. In diesem Abschnitt hier werden nun aus der Erfahrung unserer Projektarbeit die Möglichkeiten und Grenzen dieses Leistungsvermögens am Beispiel ländlicher Bürgerhilfevereine aufgezeigt, indem die kritischen Momente im Verhältnis zwischen den ganz maßgeblich an einer nachhaltigen Organisation solcher selbstorganisierten Unterstützungsleistungen beteiligten Akteure aufgezeigt werden.

Anders als in den Diskursen zum Wohlfahrtsmix und zu einem neuen Subsidiaritätsprinzip, wie es im Siebten Altenbericht (BMFSFJ 2016) gefordert und begründet wird, sind die älteren Menschen als Adressat*innen der Leistungen der Bürgerhilfevereine ganz wesentliche Akteure in der Herstellung gelingender Hilfeleistungen. Die *Critical Incidents* im Hilfeverhältnis werden deshalb zum einen in Bezug auf die Bedingungen des Hilfeannehmens und der daran Beteiligten in den Blick genommen (Abschnitt 3.1) und zum anderen im Verhältnis von freiwillig als Helfende engagierten und den älteren Adressat*innen dieser Hilfen diskutiert (Abschnitt 3.2). Die kritischen Momente im Verhältnis zwischen Selbstorganisation und der kommunalen Politik und Verwaltung werden in Abschnitt 3.3 erörtert.

3.1 Critical Incidents im Hilfeverhältnis

In den Zukunftcafés mit älteren Menschen, die methodisch aus dem Partizipationsverfahren der Zukunftswerkstätten (Jungk/ Müllert 1989) entwickelt wurden, konnten zunächst fünf Bedürfnisdimensionen herausgearbeitet werden: Ähnlich wie in anderen Untersuchungen zu ländlichen Räumen, wurde das Bedürfnis nach einfacheren *Zugängen zu Versorgungsinfrastrukturen* klar von den älteren Beteiligten benannt. Das Bedürfnis danach, *informiert zu sein*, haben die Teilnehmenden an den Zukunftcafés und -werkstätten zum einen darauf bezogen, über die Aktivitäten und Ereignisse in der Gemeinde mehr zu erfahren, zum anderen jedoch auch darauf, mehr über die Bürgerhilfevereine und ihre Angebote zu erfahren. Dieses Bedürfnis wurde nicht nur von älteren Menschen geäußert, die sich zukünftig vorstellen können, die Hilfen der Vereine in Anspruch zu neh-

men, sondern auch von Mitgliedern des Vereins, die sich mit den Möglichkeiten und Bedingungen, unter denen Hilfe ermöglicht wird, bisher nicht auseinandergesetzt haben. Darüber hinaus konnte ein Bedürfnis nach *Gelegenheiten zu sozialen Kontakten* rekonstruiert werden. Hier geht es um eher beiläufige Kontakte, die nicht nur dem sozialen Austausch dienen und durch entsprechende Angebote sich zu treffen, ermöglicht werden, sondern sie dienen auch „der individuellen Organisation von Hilfeleistungen zur Bewältigung des Alltags, etwa durch Nachbarinnen und Nachbarn oder Bekannte“ (Alisch et al. 2018a: 90). Davon abgrenzen lässt sich das Bedürfnis nach *regelmäßigen, verlässlichen sozialen Kontakten*. Angesprochen ist die Gelegenheit, „im Alltag soziale Beziehungen zu pflegen, in denen die emotionale Nähe und die Zuwendung erlebt werden können, die man gemeinhin mit Freundschaft oder Familie verbindet“ (ebd.). *Gehört zu werden und erzählen zu dürfen* beschreibt ein Bedürfnis danach, auch im Alter als konkrete Person wahrgenommen zu werden und auf diese Weise teilzuhaben.

Insbesondere diese drei auf soziale Teilhabe gerichteten Bedürfniskategorien spiegeln sich in den Erwartungen daran, in welcher Weise und von wem Hilfe im Alltag geleistet wird. Deutlich wird, dass Hilfe in erster Linie von der eigenen Familie zu leisten ist. Die Erwartung, dass insb. die eigenen Kinder als Helfende im Alltag zur Verfügung stehen, wird in den Erzählungen sehr deutlich. Gerade als privat oder intim empfundene Hilfen sollen in der Familie verbleiben. Für alltägliche, sporadische Hilfeanfragen (z.B. der Einkauf) werden ausgesuchte Bekannte oder Nachbarn angefragt. Angefragt werden solche Nachbarn, bei denen eine Bewertung des Hilfebedarfs nicht erwartet wird. Erfahrungen mit sozialer Kontrolle und Vermutungen darüber, dass die eigenen Kinder wohl hier ihre Pflichten vernachlässigen, leiten die Anfragen um Hilfe in der Nachbarschaft. In dieser „Hierarchie der Helfenden“ kommen „Fremde“ wie die Engagierten der Bürgerhilfvereine erst an letzter Stelle. Zeitlich dringende Hilfen, für die weder die Nachbarn noch die eigene Familie verfügbar erscheinen, werden dann auch dort erbeten. Diese Position in der Hierarchie der Helfenden, sollte den freiwillig Helfenden in den Bürgerhilfvereinen bewusst sein. Dies bezieht sich vor allem darauf, die angebotenen Hilfeleistungen

so zu organisieren, dass diese Hierarchie durchlässiger wird. Anknüpfungspunkte lassen sich in der Analyse der *Critical Incidents* im Verhältnis der Engagierten zu den älteren Menschen, die Hilfe anfragen, aufzeigen.

3.2 Critical Incidents im Verhältnis von freiwillig Engagierten und älteren Menschen

Aus den Interviews mit den Engagierten der Bürgerhilfevereine und aus den Bedürfnisanalysen konnten letztlich Interessen und Bedürfnisse auf beiden Seiten des Hilfearrangements herausgearbeitet werden. Den Bedürfnissen der älteren Menschen als Hilfenachfragende oder Adressat*innen der Bürgerhilfevereine (s.o.) stehen Interessen und Bedürfnisse der Helfenden bzw. aktiven Vereinsmitglieder gegenüber. Für diese Engagierten verbindet sich die Mitarbeit im Bürgerhilfeverein damit, einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen – in der Freizeit oder nach der Erwerbsphase. Während sich das entscheidende Gründungsmotiv für die Bürgerhilfevereine aus persönlichen Erfahrungen mit der schwierigen Versorgung älterer Familienangehöriger entwickelte, zeigt die Analyse der Interessen an den selbstorganisierten Unterstützungsleistungen noch weitergehende Bedürfnisse: Es geht den Engagierten auch darum, das Dorfleben zu erhalten – sie nehmen eine Ausdünnung von Infrastrukturen und ein sich veränderndes Gemeinwesen wahr – und wollen mit ihrem Engagement der Gesellschaft etwas zurückgeben, in der sie sich selbst privilegiert sehen (ausführlich Alisch et al. 2018a: 80ff.). Sie haben ein starkes Interesse daran, in ihrer freiwilligen und – neben der Organisation des eigenen Alltags und der eigenen Familie – zusätzlichen Vereinsarbeit selbst darüber zu bestimmen, wann sie als Helfende bereitstehen, für welche Aufgaben im Verein sie sich engagieren wollen, welche Hilfen sie leisten und auch für wen sie dies tun wollen.

Um diese Interessen zu verwirklichen und dem bekannten oder vermuteten Bedarf an Hilfen im Alltag nachzukommen, haben sich die Bürgerhilfevereine klare Regeln gegeben:

- Anfragen nach Hilfeleistungen werden nur über das Vereinsbüro organisiert (Sprechzeiten, Anrufbeantworter).

- Es soll keine personenbezogene Regelmäßigkeit von Hilfen entstehen. Persönliche Beziehungen zwischen Helfenden und Hilfesuchenden sollen so in Grenzen gehalten werden (kein Ersatz für familiäre Beziehungen).
- Zur Bereitstellung immer wieder angefragter Leistungen werden Verabredungen mit der engagierten Person als Tandem zugelassen, die erbrachten Leistungen protokolliert, abgerechnet und gemeldet.

Gleichzeitig konnten im BUSLAR Projekt auch Regeln des Hilfeannehmens rekonstruiert werden, die sich in der Hierarchie der Helfenden schon andeuten und sich aus den auf soziale Teilhabe gerichteten Bedürfnissen der älteren Adressat*innen ergeben:

- Schon vor einer konkreten Hilfeleistung sollte eine soziale Beziehung (wie in der Familie und unter Nachbarn) bestehen.
- Regelmäßige Hilfen (Einkäufe, Arztfahrten) durch den immer gleichen Helfenden befördern den Aufbau persönlicher, vertrauensvoller Beziehungen, in denen Hilfe angenommen werden kann.

Damit steht die Helfehierarchie aus der Sicht der Nutzenden in Widerspruch zu den Vereinsregeln der Helfenden: Deren Vorgaben und Regeln, die auch Schutz vor hohen, von ihnen nicht zu befriedigenden Ansprüchen darstellen, dominieren die Form und die Erbringung der Hilfeleistungen (ausführlich Alisch et al. 2018a; b).

3.3 Critical Incidents im Verhältnis von Selbstorganisation und Politik

Im Rahmen des Handlungsforschungsprojektes wurden projektinterne Arbeitstagungen mit allen Projektpartner*innen – den Bürgerhilfevereinen, den kommunalen Vertretern aus den Landkreisen und den Gemeinden – regional und überregional durchgeführt. Ziel war, die verschiedenen Interessen und Anforderungen hervorzubringen, zu thematisieren und miteinander zu konfrontieren. Es sollten Aushandlungsprozesse initiiert und dabei forschend begleitet werden. Zur Vorbereitung waren Expert*innengespräche mit zentralen Akteuren der Kommunen (Bürger-

meister*innen, Landkreisvertreterin auf verschiedenen Ebenen und Amtsleitungspersonen) durchgeführt worden. Auf den Arbeitstreffen wurden nach den Bedingungen von Zeit- und Belastungsspielräumen modifizierte Formate des *Open Space* und des *World Cafés* eingesetzt. Hier und in den Interviews mit Aktiven und den Vorstandssitzungsprotokollen haben sich verschiedene *Critical Incidents* gezeigt, die den jeweiligen Handlungsbedingungen der verschiedenen Akteure geschuldet sind.

So ist erstens die im Zusammenhang mit der Gründung der Vereine oder im Verlauf der Arbeit von der politischen Ebene angebotene und geleistete *Projektunterstützung* im Rahmen von temporären Förderlinien für die Vereine durchaus ambivalent. Einerseits erleben und bauen sie auf das Versprechen, durch Finanzierung ihre Ausstattung zu verbessern und die Angebote zu stärken oder zu erweitern. Für die Kommunen stehen hier Perspektiven im Vordergrund, die Bürgerhilfevereine als stabile Partner in der Daseinsvorsorge zu entwickeln und ihre Aktivitäten plan- und steuerbar als zuverlässige und dauerhafte Angebote bereit zu halten. Diese Förderungen verbinden sich jedoch mit Forderungen wie z.B. Abrechnungsmodalitäten, Steigerung der Mitgliederzahlen und Gewährleistung von Angeboten. Für die Vereine bedeutet die Projektförderung dann, dass sie in ein Korsett von Management und Legitimation eingespannt werden, dass ihren eigentlichen Vorstellungen nach ehrenamtlichem Engagement nach ihren Bedürfnissen und Horizonten von Zeit und Intensität – wie oben gezeigt – konträr gegenübersteht.

Damit zusammen hängen auch zweitens Diskussionen über die Frage nach *Konkurrenzen* mit Anbieter*innen von Dienstleistungen auf dem Markt. Hier wird aus der Sicht der politischen Ebene das Risiko verhandelt, mit Marktteilnehmer*innen Konflikte zu erzeugen, indem Vereine mit ähnlichen Angeboten durch Unterstützung bevorzugt würden. Zwar bemühen sich die Bürgerhilfevereine im Bewusstsein dieses Risikos darum, nicht in Konkurrenz zu treten, indem sie manche Dienstleistungen versuchen zu beschränken oder nicht regelmäßig anzubieten, doch kollidiert die politische Perspektive mit den Notwendigkeiten der zivilgesellschaftlichen Vereine nach Unterstützung z.B. durch die Bereitstellung von gut erreichbaren Räumen, Unterhaltskosten oder Kosten für Fahrzeuge etc., da sie selbst keine Einnahmen generieren können und wollen.

Von besonderer Bedeutung ist drittens die Frage nach der *geringen Reichweite* der selbstorganisierten Hilfeleistungen, die auf der politischen Ebene thematisiert wird. Fragen nach dem quantitativen Erfolg der Angebote im Verhältnis der Anzahl von sogenannten Bedürftigen in der Kommune, die erreicht werden müssten, mögen in der politischen Kalkulation eine starke Rolle spielen. Die Bedingungen der Engagierten lassen jedoch gar nicht zu, dass sie Zahlen erheben, miteinbeziehen oder kalkulieren können. Ihre Vorstellungen von der Reichweite des Angebotes basieren auf Erfahrungen im sozialen Nahraum – eigene Familie, Nachbarschaft, Freundes- und Bekanntenkreis, Dorf und Gemeinschaftsleben – und auf Einschätzungen, die sich aus Erlebnissen, Erzählungen und Überlegungen speisen. Sie erkennen ihre Reichweite erst im Prozess der Nachfrage und der Umsetzung ihrer Angebote jenseits von nachvollziehbaren Kalkulationen. Die von den Vereinen jährlich ca. 150 bis 200 geleisteten Dienstleistungen für ca. 20 Nachfragende und die ca. 60 Veranstaltungen im sozialen Bereich erscheinen aus der Sicht der Politik minimal. Diese Leistungen in ihrer Reichweite einzuschätzen verlangt allerdings, dass die politische Ebene erkennt, welche Rolle die Bürgerhilfevereine für das Gemeinwesen spielen: sie stehen nämlich nicht nur für die kleine haushaltsnahe Dienstleistung, sondern vor allem für die Möglichkeit von Partizipation am Gemeinwesen, für die Möglichkeit zum sozialen Kontakt und für die Chance auf ein aktives Dorfleben für ältere, gebrechliche und so exkludierte Menschen. Die Bürgerhilfevereine haben das Soziale im Kern, das jedoch nur immer wieder in Form von Kontakt- und Partizipationsmöglichkeiten bereitgestellt werden kann, wenn der Eigensinn des Engagements ausreichend geschützt wird. Durch die Arbeitstagen, die partizipativen Formate, die wir in den Arbeitstagen angeboten haben sowie durch unsere Rückmeldungen an die Bürgerhilfevereine, konnten die Engagierten *diskursive Räume* (Ritter/ Buchner-Fuhs 2017) für sich erschließen. Solche diskursiven Räume ermöglichen Reflexionen über gemeinsame Interessen und Bedürfnisse einerseits und die Bearbeitung von Krisen und Konflikten in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Interessensgruppen andererseits. Auftrag an die Politik könnte sein, die Vereine dadurch zu stärken, dass man ihnen diese diskursiven Räume immer wieder bereitstellt, in denen dann kritisch und konstruktiv an der Kooperation mit kommunalen Akteuren gearbeitet werden kann.

4. Möglichkeiten nachhaltiger Entwicklung selbstorganisierter Unterstützungsleistungen

Ausgangspunkt für die Beschreibung von idealtypischen Entwicklungsmöglichkeiten für solche selbstorganisierten Unterstützungsleistungen wie sie von den Bürgerhilfevereinen bereitgestellt werden, ist eine Differenzierung der Ist-Situation entlang der Strukturmomente der Hilfetätigkeit: „Charity“ oder die „gute Tat“ symbolisieren die Idee, bewusst ehrenamtlich und ohne Gegenleistung zu helfen. Helfende sind Vereinsmitglieder, ältere Menschen werden im Bild „bedürftiger Hilfeempfänger*innen“ adressiert. Das Strukturmoment der „Solidarität“ zeichnet sich aus durch Mitgliedschaft und das Prinzip der Gegenseitigkeit im zeitlichen Versatz: Wer heute hilft, kann später Hilfe aus dem Verein erwarten. Entsprechend zahlen Mitglieder etwas weniger für eine Hilfeleistung als andere – in beiden Fällen ist das Entgelt gering. Ein weiteres Strukturmoment zeigt sich in der Bezeichnung von Hilfe als zu erbringende Leistung, die durch Preise für Arbeitsstunden abgerechnet werden kann. Ein viertes Strukturmoment haben wir unter dem Begriff der „Marktkonkurrenz“ zu fassen versucht. Hier werden die Ziele und die Struktur im Hilfeverein durch Vorgaben definiert. Eine Förderung der Aktivitäten durch Programme des Landes, des Landkreises, von Stiftungen u. ä. wird z.B. an eine steigende Mitgliederzahl oder die Anzahl der erreichten älteren Menschen gebunden (ausführlich Alisch et al. 2018a).

Anhand dieser Strukturmomente konnten drei idealtypische Entwicklungsmodelle skizziert werden. Sie bilden keine zeitliche Abfolge der Umsetzung, vielmehr kann jede der Entwicklungsmöglichkeiten als nächster Schritt von den Bürgerhilfevereinen umgesetzt werden – sofern es ihren Interessen entspricht.

4.1 Neuorganisation der inneren Strukturen

In allen an unserer Forschung beteiligten Bürgerhilfevereine konnte in dem mehrjährigen Prozess der forschenden Begleitung festgestellt werden, dass zwar grundsätzlich viel Energie in die Strukturen der Hilfeangebote investiert wurde: Entsprechende Satzungen wurden formuliert, Vorstände gewählt, die Regularien des Vereinswesens befolgt etc. Die Analyse

der *Critical Incidents* konnte allerdings sehr deutlich zeigen, dass dennoch vorhandene Probleme der Mitgliederwerbung, der Ansprache der Adressat*innen, der Entwicklung von Angeboten sowie dem Umgang mit dem gleichzeitigen Anspruch, konkrete Hilfe zu leisten und sichtbare soziale Angebote zu gestalten, durchaus von den Beteiligten erkannt werden. Eine systematische und die eigenen Kräfte schonende Bearbeitung dieser Problemlagen, ist in den Bürgerhilfevereinen jedoch nicht verankert und führt dazu, dass Probleme immer wieder beschrieben und in Vorstandssitzungen thematisiert werden.

Unter dem Stichwort Neuorganisation der inneren Strukturen sind deshalb solche Aufgaben im Verein zusammengefasst, die eine systematische Bearbeitung der erkannten Herausforderungen ermöglichen können:

Auf der operativen Ebene der Organisation von Hilfeleistungen und der Gestaltung sozialer Angebote, gilt es, Regularien untereinander auszuhandeln, diese beiden Tätigkeitsbereiche aufeinander zu beziehen. Ein entsprechendes Entwicklungsmodell erkennt die sozialen Angebote der Bürgerhilfevereine als notwendige Voraussetzung für die Gestaltung persönlicher und vertrauensvoller Beziehungen zwischen Adressat*innen und Helfenden, die aus Sicht der adressierten älteren Menschen das Annehmen alltäglicher Hilfen erst ermöglicht. Die aus den Erzählungen der Engagierten erkennbaren Hierarchisierungen von ihnen wichtigen konkreten Alltagshilfen gegenüber den als nebensächlich wahrgenommen sozialen Veranstaltungen werden in diesem Entwicklungsmodell vorrangig bearbeitet (ausführlich Rubin 2018).

Aus der forschenden Begleitung des Beratungsprozesses zur Organisationsentwicklung konnte das *Mitgliedermanagement* als weiteres Element einer Neuorganisation der inneren Strukturen identifiziert werden. Es geht darum, das Profil und Image des Bürgerhilfevereins gegenüber den aktiven und (noch) passiven Mitgliedern zu pflegen und durch eine Informationspolitik und Möglichkeiten der Teilhabe aller Mitglieder an Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen (z.B. über neue Angebote) den Druck auf die kleine Gruppe der Vorstände zu verteilen. Dazu gehört auch eine klar geregelte Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung (feste oder projektbezogene Arbeitsgruppen, elektronischer Vereinskalendar).

Zu diesem Entwicklungsmodell gehört es auch, den Umgang mit partizipativen Methoden als Aufgabe im Verein zu verankern, um die Adressat*innen und ihre Bedürfnisse kontinuierlich besser zu erreichen und auch interne Prozesse partizipativ zu gestalten. So ist beispielsweise die Projektentwicklung tendenziell ausschließlich in der Hand der Vorstände und die Frustration über die scheinbare Passivität der Mitglieder immer wieder groß. Es zeigte sich allerdings noch im Projektzeitraum, dass die von uns begleiteten Bürgerhilfevereine mit der Realisierung dieses Modells z.B. durch Systematisierungen in der Außendarstellung, der Mitgliederpflege oder der Leitbildentwicklung wie auch mit methodisch angeleiteten Teilhabeformaten von Mitgliedern an der Projektentwicklung bereits beginnen.

4.2 Teilprofessionalisierung und marktformig organisierte Arbeitsverhältnisse etablieren

Ein zweites Modell der Entwicklung fokussiert die Aufgabe der Bürgerhilfevereine als Dienstleistende und als institutionelle Akteure in einem lokalen oder regionalen Netzwerk von Anbieter*innen sorgender Tätigkeiten für ältere Menschen. Im Kern des Modells steht daher das Moment unternehmerischer Tätigkeit, indem über ein geringfügig entlohntes Beschäftigungsverhältnis (450-Euro-Job) Entlastungen in der Organisation des Vereinsbüros ermöglicht werden und die Koordinierung von Hilfeinsätzen erleichtert wird. Es entsteht ein Hybrid aus ehrenamtlichen Tätigkeiten mit professionalisierter Koordination. Dieses Modell kann eine Vorstufe zu solchen semi-professionellen Koordinierungsorganisationen sein, wie sie z.B. mit dem österreichischen Dorfservice Konzept umgesetzt werden. Dieser versteht sich als gemeindeübergreifende professionell begleitete Nachbarschaftshilfe, die insb. in die Anleitung und Unterstützung Ehrenamtlicher investiert.

In dem Entwicklungsmodell, wie wir es aus dem Praxisforschungsprojekt BUSLAR heraus skizzieren konnten, werden durch das Einwerben von Fördergeldern zeitlich befristet Projekte durch dafür eingestellte Personen umgesetzt oder hauptamtlich Mitarbeitende für die Aufgaben der Vereinsorganisation eingestellt. Dieses Modell ist gekoppelt an ein Mitgliedschaftsprinzip. Die Mitgliedsbeiträge werden für solche zusätzlich erschlossenen Ressourcen eingesetzt. Die Teilprofessionalisierung bezieht sich

somit in erster Linie auf Aufgaben der Organisationsentwicklung, des Managements und des Einwerbens von Fördermitteln. Darüber hinaus können diesem Entwicklungsmodell auch solche Formen von Teilprofessionalisierung zugeordnet werden, die sich auf Sorgetätigkeiten beziehen, z.B. die Ausbildung als Demenzbegleiter*innen oder Pflegeassistent*innen u. ä.. Diesem Entwicklungsmodell und seinen Varianten zu folgen, bedeutet eine Auseinandersetzung mit Fragen von Marktkonkurrenz und von Vernetzung. Diese modellhaft beschriebenen Konsequenzen der Teilprofessionalisierung gehören bisher bei keinem der mit uns forschenden Vereine zum nächsten Entwicklungsschritt.

4.3 *Die Gründung einer Sozialgenossenschaft*

Im Praxisforschungsprojekt wurde das Ziel, die Bürgerhilfevereine darin zu unterstützen, nachhaltige Trägerstrukturen für ihre Ziele zu schaffen, mit einem Beratungsprozess durch Agenturen unterstützt, die insb. zur Gründung von sozialen Unternehmen und Sozialgenossenschaften beraten. Das hieraus zu rekonstruierende Modell der Sozialgenossenschaft ist durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb gekennzeichnet, in dem die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange gefördert werden. Eine Genossenschaft arbeitet nach dem Prinzip der demokratischen Mitwirkung, wobei die strategische Steuerung und Kontrolle der Genossenschaft bei den Mitgliedern bleibt – unabhängig von der Höhe der Geschäftsanteile (entsprechend dem Grundsatz: eine Person = eine Stimme).

Die Gründung einer solchen Genossenschaft ist mit Fragen der Haftung verbunden, die in einer Genossenschaft klarer geregelt sind als in einem Verein. Regelmäßige Dienstleistungen können so besser gewährleistet werden. Eine entsprechende Entwicklung eines Bürgerhilfevereins hin zu einer Sozialgenossenschaft bedeutet allerdings höhere laufende Kosten, sowie eine professionelle Abrechnung aller Leistungen.

Während für einen der an BUSLAR beteiligten Bürgerhilfevereine in der Gründungsphase darüber nachgedacht wurde, sich als Genossenschaft zu

entwickeln, war diese Perspektive für die beiden anderen Vereine in unserer handlungsforschenden Begleitung keine Entwicklungsoption. In der sehr klaren Begründung der Ehrenamtlichen, sich nicht als Genossenschaft neu zu gründen, wird auch das Spannungsverhältnis zwischen *Vertrauen* und *Verträgen* als Grundlagen gemeinsamen Engagements deutlich. Die Bedeutung von Verpflichtungen und Regelungen durch Verträge im Genossenschaftsbetrieb relativiert sich gegenüber dem Vertrauen darin, dass die Ehrenamtlichen sich selbst verpflichten, weiter dabei zu bleiben und auch ohne vertragliche Bindung nicht täglich ihre Mitgliedschaft und ihr Engagement für den Bürgerhilfeverein in Frage zu stellen.

5. Bedingungsfaktoren der Nachhaltigkeit selbstorganisierter Unterstützungsleistungen für ältere Menschen

Der Anspruch auf Nachhaltigkeit solcher selbstorganisierten Unterstützungsformen, wie wir sie in den ländlichen Bürgerhilfevereinen vorgefunden haben, impliziert schon die Erkenntnis, dass solche zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bei aller Fragilität eine wesentliche Bedeutung für die ländlichen Gemeinwesen haben, in denen wir geforscht haben. Im Sinne eines erweiterten Daseinsvorsorgebegriffs organisieren diese freiwillig Engagierten soziales Leben, Dorföffentlichkeit und Lebensqualität – im Übrigen ist dies auch die Intention des Politik- und Erziehungswissenschaftlers Heinz Bartjes gewesen, als er im Jahr 2008 seinen Vortragstitel „Es braucht ein ganzes Dorf, um alt zu werden“ erklärte und auf „die große Bedeutung des Gemeinwesens, des Umfeldes, auf soziale Netze“ (Bartjes 2008: 1) in diesem Kontext verwies.

Deutlich wurde auch, dass die längst übernommene Mitverantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens und sozialer Teilhabe älterer Mitbürger*innen in der Gemeinde eher zur Bürde wird, wenn dem Drängen zur Positionierung in diesem Feld durch die Politik nicht diskursive Räume (Ritter/ Buchner-Fuhs 2017) eröffnet werden, in denen die Engagierten ihre Grenzen und Möglichkeiten immer wieder reflektieren und klären können.

Unsere Schlussfolgerungen aus diesem transdisziplinären Praxisforschungsprojekt beziehen sich deshalb auf alle vorher erläuterten Critical Incidents, die in den Akteursbeziehungen rekonstruiert werden konnten. Diese fassen wir in fünf Bedingungsfaktoren zusammen (Alisch et al. 2018a: 136ff.):

Erstens: Die Ergebnisse des Verbundprojektes BUSLAR haben deutlich gezeigt, dass die weitere Entwicklung solcher Bürgerhilfvereine maßgeblich und unersetzbar von den Interessen, Bedürfnissen und Belastbarkeiten der engagierten Personen in den Bürgerhilfvereinen abhängt. Das Engagement dieser meist selbst schon älteren Menschen richtet sich nach den eigenen biographischen Freiräumen „die durch Geld, Zeit und Freude eröffnet werden“ (Alisch et al. 2018b). Die sorgenden Tätigkeiten, die die Engagierten als Helfende gegenüber Älteren in der Gemeinde aber auch als aktive Organisator*innen in der Planung und Umsetzung von sozialen Begegnungsveranstaltungen erbringen, sind für sie zusätzliche Aktivitäten in ihrem Alltag, die mit Veränderungen im Privaten oder Unzufriedenheiten mit Vereinsentscheidungen aufgegeben werden. Deshalb ist die Erkenntnis aus unserer Forschung, dass die Engagierten selbst entscheiden möchten, wann, wie häufig, für welche Aufgabe und für wen sie sich im Bürgerhilfverein einsetzen – dies ist ein ganz entscheidendes Moment für die Nachhaltigkeit solcher selbstorganisierten Hilfen für ältere Menschen. Insofern sind ihre Interessen nicht von außen zu steuern.

Entsprechend hat sich im Projektverlauf deutlich gezeigt, dass genau diese Form des Engagements im Ehrenamt der Umsetzung eigener Interessen entspricht. Andere Formen der Mitverantwortung bei der Bewältigung der Herausforderungen ländlicher Kommunen, die mit einer Teilprofessionalisierung verbunden wären im Zusammenhang mit Aufgaben der Sorge oder gar Pflege oder die weitere Kompetenzen im Management erfordern würden, weil z.B. eine Genossenschaftsgründung politisch gewünscht ist, können nicht von außen und auch nicht verknüpft mit finanziellen Anreizen erzwungen werden. Solche Versuche führen eher zum Rückzug und zur deutlichen Hinwendung zum Kernbedürfnis nach selbstbestimmter ehrenamtlicher Tätigkeit.

Zweitens: In welcher Art und Weise – mit welchen Schwerpunkten in Hilfediensten oder sozialen Veranstaltungen – und in welcher Geschwindigkeit sich die Hilfestrukturen entwickeln, hängt keineswegs allein von den Führungsstilen der Aktiven ab. Vielmehr sind es die (berufs-)biografischen Erfahrungen, Kenntnissen und Ressourcen der Gründer*innen, die die Ziele und Arbeitsweisen im Verein prägen. Im Wesentlichen konnten zwei unterschiedliche Führungstypen rekonstruiert werden, die eine Vergleichbarkeit der Entwicklung von Bürgerhilfevereinen beeinflusst.

a) Führung auf der Basis von Professionalität und Erfahrungswissen aus dem Beruf: das Handeln in Organisationen über Hierarchien, Zuständigkeitsregelungen und andere Modi der Entscheidungsfindung sind Teil des Habitus und werden auf die Vereinsarbeit übertragen. Das Leitmotiv des Handelns im Bürgerhilfeverein ist das *Verwalten* der materiellen (Fördergelder, Mitgliedsbeiträge) und immateriellen Ressourcen (Mitglieder, Helfer*innen). b) Ein zweiter Führungstypus bringt eher Erfahrungen aus anderen Lebensbereichen mit, die Kompetenzen zum Aufbau von Beziehungen und dem Herstellen von Bindungen hervorgebracht haben: „Konflikte zu erkennen und auszubalancieren, Beziehungen zu gestalten und zu erhalten und dem Subjekt das Gefühl zu vermitteln, als Person relevant und wertvoll zu sein“ (Alisch et al. 2018b) charakterisieren diese Führungsqualität. Das Leitmotiv dieses Führungshandelns beschreiben wir mit dem Begriff des *Caring*.

Ein weiterer wesentlicher Faktor, ob solche selbstorganisierten Unterstützungsarrangements auf Dauer funktionieren, sind *drittens* die Strukturen ziel- und themengerichteter regionaler institutioneller Netzwerke, die höchst lokalspezifisch und damit schwierig berechenbar sind. Solche zivilgesellschaftlichen Aktivitäten mit den Angeboten und Dienstleistungen anderer Akteure abzustimmen ist eine Empfehlung, die an jedem Ort auf je unterschiedlich komplexe Vernetzungsstrukturen stößt. Vernetzungen als konstituierendes Element einer politischen Strategie z.B. zum demografischen Wandel, zur Entwicklung ländlicher Räume, zur Lebensqualität im Alter, zur Gesundheit oder zum freiwilligen Engagement, sind längst selbstverständlich. Insofern kommt es eher schon darauf an, nicht ein weiteres Vernetzungsknäul zu erzeugen, sondern Bürgerhilfevereine als neuen kollektiven Akteur in die bestehenden diskutierenden, steuernden und handelnden Netzwerke einzubeziehen. Damit wird allerdings schnell deutlich, dass ein Zusammenschluss von Ehrenamtlichen diese zusätzliche

Aufgabe im Verein nicht bewältigen kann. Hier sind die Kommunen gefordert, ein „professionelles ‚Scharnier‘ zu etablieren, das für die Bürgerhilfvereine die konkrete Vernetzungsarbeit mit anderen lokalen und regionalen Akteuren leistet und organisiert, Kontakte entlang der Vereinsinteressen knüpft und hält und projekt- wie themenbezogen die Engagierten der Hilfvereine dabei unterstützt, die jeweils geeigneten Partner zu finden“ (Alisch et al. 2018a: 139).

Wer als geeignete Partner*in für welche Aufgabe oder welches spezifische Projekt in Frage kommt, folgt den lokalen Eigenlogiken der ländlichen Kommunen. Daraus ergibt sich *viertens* die ökonomische Struktur der ländlichen Räume als Bedingungsfaktor der Nachhaltigkeit selbstorganisierter Unterstützungsstrukturen für ältere Menschen. Die unterschiedlichen sozialräumlichen und sozio-ökonomischen Ausgangssituationen der Arbeit von Bürgerhilfvereinen sind mitentscheidend dafür, wie eine Kommune die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten von Bürgerhilfvereinen stärken will und kann. Wenig Einfluss hat die sozialräumliche und ökonomische Struktur auf die innere Struktur, die Vernetzungsarbeit, Mitgliedergewinnung oder die konkreten Hilfen der Bürgerhilfvereine.

Die politischen Konstellationen und Personen in den Kommunen sind *fünftens* ein wesentlicher Bedingungsfaktor und eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Struktur der ländlichen Räume. „Sie erweisen sich als hoch relevant für die Form, Richtung und Geschwindigkeit, mit der sich solche zivilgesellschaftlich organisierten Unterstützungsleistungen für ältere Menschen entwickeln werden“ (Alisch et al. 2018a: 140). Es ist ein Unterschied, ob in einer ländlichen Kommune Altern oder Lebensqualität im Alter als Zukunftsthema verhandelt wird, weil Zuzüge erwerbsfähiger Bevölkerungsgruppen nicht zu erwarten sind und entsprechend die Entwicklungsentscheidungen daran ausgerichtet werden oder ob die Folgen des demographischen Wandels mit einer Zuzugs- und Wirtschaftsförderungspolitik beantwortet werden können und die Gestaltung des Gemeinwesens aus der Perspektive der Älteren nicht im Zentrum steht.

Literatur

- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Boos-Krüger, Annegret/ Schönberger, Christine/ Glaser, Roger/ Rubin, Yvonne/ Solf-Leipold, Barbara (2018): „Irgendwann brauch' ich dann auch Hilfe ...!“ – Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 17. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich Verlag.
- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Glaser, Roger/ Rubin, Yvonne (2018): Engagement im Bürgerhilfeverein als Balanceakt zwischen sinnvoller Freizeitgestaltung, sozialer Teilhabe und Selbstprofessionalisierung. In: Scherger, S. / Vogel, C. (Hrsg.): Arbeit im Alter. Zur Bedeutung bezahlter und unbezahlter Tätigkeiten in der Lebensphase Ruhestand. Altern und Gesellschaft. Bd. 1. Wiesbaden: Springer VS. S. 245-267.
- Bartjes, Heinz (2008): „Es braucht ein ganzes Dorf, um alt zu werden“. Ehrenamt und Bürgergesellschaft. Beitrag auf der Tagung: Leben im Heim, Bad Boll, 31.3. bis 2.4.2008. Abrufbar unter: <http://www.ev-akademie-boll.de/fileadmin/res/otg/410308-Bartjes.pdf>. [Letzter Zugriff: 10.6.2018].
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung zum Bericht der Sachverständigenkommission. Abrufbar unter: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/aeltere-menschen/aktiv-im-alter/berichte-zur-lage-der-aelteren-generation-altenberichte/berichte-zur-lage-der-aelteren-generation-altenberichte-/77138>. [letzter Zugriff: 18.12.2018].
- Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>. [letzter Zugriff: 18.12.2018].
- Klein, Ansgar/ Olk, Thomas/ Hartnuß, Birger (2010): Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: dies. (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 24-59.
- Klie Thomas/ Marzluff, Silke (2012): Engagement gestaltet ländliche Räume. Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements zur kommunalen Daseinsvorsorge. In: Zeitschrift für Gerontologische Geriatrie (2012) 45. S. 748-755.

- Ritter, Martina/ Buchner-Fuhs, Jutta (2017): Diskursive Zwischenräume, Fotografie und Photovoice – Werkstattmethoden in der partizipativen Sozialplanung mit Heranwachsenden. In: Alisch, Monika / May, Michael (Hrsg.): Methoden der partizipativen Sozialraumforschung, Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 123-148.
- Schleiermacher, Uta (2016): Es braucht ein ganzes Dorf. Taz am Wochenende, 17. Dezember 2016. Abrufbar unter: <http://www.taz.de/!5363677/>. [Letzter Zugriff: 10.1.2019].
- Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (2010): Engagement gestaltet ländliche Räume. Tagungsdokumentation. Freiburg. Abrufbar unter: <https://www.zze-freiburg.de/assets/pdf/100225-Tagungsdokumentation-Textfassung-Engagement-gestaltet-laendliche-Raeume.pdf>. [Letzter Zugriff: 15.1.2019].

Bürgerhilfen im lokalen Versorgungsmix – Kooperations- und Koproduktionsmöglichkeiten in unterschiedlichen Assoziationsformen

Barbara Solf-Leipold

Kommunale Daseinsvorsorge und Pflegeversorgung stehen aufgrund des demografischen und des sozialen Wandels vor großen Herausforderungen. In (sozial)politischen Debatten wird neben den kommunalen Akteuren dem freiwilligen sozialen Engagement eine gesellschaftlich wichtige Bedeutung zugesprochen. Formen selbstorganisierter, solidarischer Unterstützung – nachfolgend als Bürgerhilfeassoziationen¹ bezeichnet – für ältere und hilfebedürftige Menschen gelten „als innovative Formen der Vergesellschaftung örtlicher Sorgearbeit“ (BMFSFJ 2017: 232), die geeignet erscheinen, fehlende familiäre und professionelle Sorgeressourcen sowie die offensichtliche Überforderung des Sozialstaates zu kompensieren (vgl. ebd.: 271).

In Anbetracht der Strukturdefizite schrumpfender ländlicher Räume wird solchen Bürgerassoziationen eine mit hohen Erwartungen einhergehende Rolle als *Koproduzent*innen* in der Erstellung öffentlicher Dienstleistungen zugesprochen. Mit den von ihnen vorgehaltenen Alltagshilfen sollen sie einen solidarischen Beitrag zur Etablierung einer *neuen lokalen Verantwortungsgemeinschaft* sowie neuen gemeinsamen Wirkungsstrukturen leisten (vgl. Mensch 2012: 4). Solche lokalen Verantwortungsgemeinschaften entsprechen in ihrer theoretischen Anlage dem „Wohlfahrtsmix-Konzept“, wie Evers und Olk es Mitte der 1990er Jahre beschrieben haben (1996; Roß 2012; 2015). Im Diskurs gelten sie als alternativlos und unverzichtbar für eine zukunftsfähige Gestaltung lokaler Versorgungsstrukturen. Es geht

1 „Bürgerhilfeassoziationen“ dient als Sammelbegriff für die vielfältigen Erscheinungsformen in der Praxis, wie Bürgerhilfevereine, Seniorengenossenschaften oder Bürgergesellschaften.

„um neue, innovative Formen und Figurationen in der Verteilung von Sorgeaufgaben vor Ort zwischen professionellen Diensten, beruflich Tätigen, Familien und Freiwilligen mit einem Gemeinschafts- und Kulturbefugnis“ (BMFSFJ 2017: 496; 2016: 181-205), wie sie als „caring communities“ (Klie 2012; 2015) bzw. „sorgende Gemeinschaften“ verhandelt werden (Klie 2015; Kruse 2015). Strategisch und systematisch als *verlässliche* Partner*innen in das bestehende Versorgungsnetzwerk aus öffentlicher Daseinsvorsorge und Pflege eingebunden, würden Bürgerhilfeassoziationen zu einer wichtigen Säule im kommunalen Hilfe-Mix. In engem Zusammenhang damit stehen die grundlegenden politisch-öffentlichen Diskurse um eine als notwendig erachtete *neue subsidiäre² Verantwortungsteilung* zwischen Staat und Bürgergesellschaft (vgl. Heinze et al. 2015: 133).

Diese idealisierte Lösungsidee geht mit einer Vielzahl von Erwartungen an die Bürgerhilfeassoziationen einher. Implizit wird ihnen abverlangt, als Koproduzent*innen in der Versorgungskette, verlässliche, planbare und qualitativ normierbare Leistungen der Alltagsunterstützung (Quantitäts- und Qualitätsanforderung) vorzuhalten. Bürgerhilfeassoziationen in ihren vielfältigen Erscheinungsformen werden teils direkt, teils indirekt mit diesen Ansprüchen konfrontiert, z.B. im Wortlaut von Förderprogrammen³, mit denen ihre Gründung und Etablierung forciert werden soll. Bisher ist jedoch nicht ausreichend klar, ob und wie sich die konkrete Praxis der Assoziationen mit diesen externen Erwartungen zur Deckung bringen lässt. Im Praxisforschungsprojektes *BUSLAR*⁴ wurden daher Bürgerhil-

2 „Hans Zacher sieht Subsidiarität auch heute als zentrales Gestaltungsprinzip des freiheitlichen und solidarischen Sozialstaates. Für ihn verbürgt Subsidiarität, dass das Soziale Beachtung findet – in den Familien, in Nachbarschaften oder anderen kleinen Einheiten gesellschaftlicher Selbstorganisation, ggf. mit staatlicher Unterstützung. [...] Dabei ist Subsidiarität Ordnungsprinzip und Resultat zugleich. Subsidiarität setzt voraus, dass eine übergreifende Gesamtaufgabe auf eine Vielfalt von Akteuren und Trägern verteilt ist, die sich ergänzen, um zur Erfüllung der Gesamtaufgabe das ihnen Gemäße beizutragen.“ (Klie 2015: 63)

3 Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration hat 2013 einen Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Senioren-genossenschaften“ herausgebracht und zudem ein Förderprogramm aufgelegt.

4 BUSLAR - Bürgerhilfevereine und Sozialgenossenschaften als Partner der öffentlichen Daseinsvorsorge und Pflege. Modellentwicklungen zur ergänzenden Hilfeleistung für

feassoziationen in unterschiedlichen ländlichen Regionen (struktur- schwach, stabil, prosperierend) untersucht, deren Zwecksetzung die – in aller Regel *vorpflegerische*⁵ - Alltagsunterstützung älterer Menschen darstellt.

Der vorliegende Beitrag nimmt den Aspekt der *Partnerschaft* in lokalen Ver- antwortungsgemeinschaften in den Blick. Dabei ist die wahrnehmbare Be- deutungsaufwertung des freiwilligen Engagements – nicht nur im Feld der Altenhilfe – Ausgangspunkt der Argumentation. Es wird der Frage nach- gegangen, wie die Appelle zur partnerschaftlichen Koproduktion öffentli- cher Daseinsvorsorgeleistungen aus Sicht der adressierten selbstorgani- sierten Bürgerhilfeszusammenschlüsse verstanden werden. Aufgezeigt wer- den Möglichkeiten und Grenzen einer Partnerschaft auf Augenhöhe im lokalen Versorgungsgefüge aller Akteure, die sich die (Alltags-)Unterstüt- zung hilfebedürftiger älterer Menschen zur Aufgabe gemacht haben. Im Vordergrund stehen die strukturellen Bedingungen, die sich insbesondere aus den vielfältigen *Erscheinungs-* bzw. Organisationsformen solcher Hil- feassoziationen ergeben. In engem Zusammenhang damit stehen die *Ei- gensinnigkeiten* des freiwilligen Engagement und die sich daraus ergebenden Optionen und Beschränkungen für eine verlässliche Partnerschaft.⁶

1. Bürgerhilfeassoziationen als Koproduzenten im lokalen Versorgungsmix

Dem Staat, insbesondere den Kommunen obliegt im Rahmen der öffentli- chen Daseinsvorsorge die Verantwortung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Hierzu gehört auch die Gewährleistung einer adäqua- ten Infrastruktur im Bereich der Altenhilfe und Pflege. In Anbetracht des

ältere Menschen in ländlichen Räumen. Zum Projekt und den Ergebnissen siehe aus- führlich den Beitrag von Alisch und Ritter in diesem Band sowie Alisch et al. (2018a).

- 5 Mit vorpflegerischem Bereich wird hier der Unterstützungsbedarf im Alltag vor Ein- treten einer Pflegebedürftigkeit im Sinne des Pflegeversicherungsrechts nach SGB XI umschrieben.
- 6 Weitere Einflussgrößen für eine gelinge Partnerschaft wie beispielsweise sozialstruk- turelle und sozialräumliche Gegebenheiten spielen zudem eine wichtige Rolle, können jedoch in diesem Rahmen nicht weiter ausgeführt werden.

demografischen und sozialen Wandels und dessen Folgen orientieren sich Politik und Raumplanung nicht länger an einem Maximalgebot, sondern eher an einer Mindestausstattung an Gütern und Dienstleistungen (vgl. Kersten et al. 2015: 3). In der Folge ist erkennbar, dass in strukturschwächeren, ausgedünnten ländlichen Räumen häufig nur mehr punktuelle Angebote vorgehalten werden (können). Neu (2014: 117) diagnostiziert, dass eine flächendeckende und bezahlbare Daseinsvorsorge v.a. in schrumpfenden Gemeinden nicht mehr selbstverständlich ist. Bereits seit Längerem werden deshalb eine *neue subsidiäre Verantwortungsteilung* und die Etablierung sog. *lokaler Verantwortungsgemeinschaften* gefordert, u.a. im aktuellen Altenbericht sowie dem Engagementbericht der Bundesregierung (BMFSJF 2016; 2017). Der Diskussion liegt die Annahme zugrunde, dass sich die Herausforderungen nur im gemeinschaftlichen, wohlfahrtspluralistischen (Evers/Olk 1996) Zusammenwirken verschiedener Akteure aus allen Sektoren – Markt, Staat, Assoziationen und primäre Netze – bewältigen lassen. Die kooperative und koproduktive Versorgungsgestaltung gilt als unabdingbare Voraussetzung für eine positive Zukunftsgestaltung. Dass es sich hierbei nicht nur um eine theoretische Forderung handelt, zeigt sich in der sozialpolitischen Realität. Die sozialstaatlichen Reformen seit den 1990er Jahren haben dazu geführt, dass der Staat in vielen Fällen nicht (mehr) selbst als Leistungserbringer auftritt. Vielmehr werden Daseinsvorsorgeleistungen inzwischen durch viele verschiedene Akteure, private wie frei-gemeinnützige, zivilgesellschaftliche oder auch hybride Organisationen (vgl. Evers 2015)⁷ erbracht (vgl. ARL 2016: 8).

Auffallend an der gegenwärtigen Diskussion ist die Bedeutungsaufwertung, die das freiwillige soziale Engagement hierbei erfährt. Die Einbindung freiwilligen Engagements zur Versorgung älterer Menschen wird intensiv propagiert. Infolge dieser Entwicklung wird beständig betont, dass die Menschen, „zunehmend auf sich selbst oder wechselseitige, solidarisch organisierte Hilfen untereinander angewiesen“ (Alisch et al. 2018a: 19) sind. Daher wird die Bevölkerung, insbesondere die Gruppe der sog. „jungen Alten“ (van Dyk/Lessenich 2009) regelmäßig zur Wahrnehmung ihrer

7 „Sehr oft geht es um ‚hybride‘ Organisationsformen, bei denen innerhalb eines Organisationsgefüges verschränkt wird, was sich sonst immer nach Sektoren getrennt findet“ (Evers 2015: 25).

Rolle als „aktive Bürger*innen“ aufgerufen (vgl. ebd.) – u.a. durch ein Engagement in Bürgerhilfeassoziationen.

Ziel und Zweck der Gründung solcher Bürgerhilfeassoziationen ist der Aufbau eines Hilfesystems für ältere Menschen auf freiwilliger Basis im Sinne einer organisierten Bürger- bzw. Nachbarschaftshilfe. Mithilfe dieser Unterstützungsstrukturen soll ein Beitrag geleistet werden zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort. Zudem soll durch diese Form der Alltagsunterstützung ein längerer Verbleib in der eigenen Wohnumgebung möglich werden. Die Förderung der Selbständigkeit, Selbstbestimmung und der sozialen Teilhabe im Alter gelten ebenfalls als Ziele, welche durch die Hilfsangebote sowie durch sozial-kulturelle Gemeinschaftsaktivitäten realisiert werden sollen (vgl. Solf-Leipold et al. 2018: 103).

Die Besonderheit der von den Assoziationen organisierten Hilfeleistungen liegt darin, dass sie überwiegend „im persönlichen Nahraum“ (Gabel 2015: 179-183) der Adressat*innen und zudem vor allem im vorpflegerischen Bereich erbracht werden. Zum Standardrepertoire der Alltagshilfen zählen u.a. Begleit- und Fahrdienste, Haushalts- und Computerhilfen, Entlastung pflegender Angehöriger, Gartenhilfen, Winterdienste, handwerkliche Kleinhilfen, Hilfen nach Krankenhausaufenthalten oder bei vorübergehenden Erkrankungen. Auch Gemeinschaftsaktivitäten und vielfältige Begegnungsmöglichkeiten zur Förderung des sozialen und kulturellen Miteinanders werden regelmäßig organisiert (vgl. Rosenkranz/Beyer 2015: 15). Dabei werden die Angebote in sehr unterschiedlichen Institutionalisierungs- und Organisationsgraden und -formen bereitgestellt (vgl. Grothe-Bortlik/Eisenstecken 2015). Das Spektrum reicht von losen, nicht institutionalisierten Initiativen wie Helferkreisen über Formen, die an Kirchengemeinden, politische Gemeinden oder Wohlfahrtsverbände (caritative Gruppen) angegliedert sind, bis hin zu eingetragenen gemeinnützigen Vereinen (Bürgerhilfe-/Nachbarschaftshilfevereine, Seniorengenossenschaften) und Sozialgenossenschaften (vgl. Solf-Leipold 2018: 103).

Die Aktivitäten der Bürgerhilfeassoziationen lassen sich im *weiten* Verständnis als Daseinsvorsorgeleistung verstehen.⁸ Sofern es sich bei der erbrachten Hilfe nicht um eine Alltagsunterstützung nach §45a SGB XI, d. h. um eine Pflegeversicherungsleistung handelt, können die Hilfen dem Feld der Altenhilfe zugerechnet werden, die nach Art. 28 Abs. 2 GG sowie § 71 SGB XII eine Aufgabe der *kommunalen* Daseinsvorsorge darstellt. Auch die Förderung von Leistungen im Bereich des gesellschaftlichen Engagements ist hier als eigenständiger Aufgabenbereich der Kommunen festgeschrieben. Sie haben hier sowohl die Pflicht als auch das Recht „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortlichkeit zu klären“ (Landeshauptstadt München 2012: 3). Dabei verfügen sie über erheblichen Ermessensspielraum, „in welchem Umfang sie Unterstützungsmöglichkeiten errichten und welche Schwerpunktsetzungen sie dabei vornehmen“ (ebd.). Hierdurch erklärt sich die im kommunalen Vergleich heterogene Infrastruktur- und Förderlandschaft. So setzt man z. B. in Bayern seit 2013 auf die Förderung von sog. *Senioren-genossenschaften* – organisiert als Anschubfinanzierung – um verbindliche, aber auf Basis freiwilligen Engagements und möglichst auf Gegenseitigkeit erbrachte Angebote zur Unterstützung älterer Menschen im Alltag zu realisieren (vgl. BayStMAS 2013).

Während jedoch für den rechtlich nicht näher definierten Gegenstand der Altenhilfe in § 71 SGB XII zumindest die Zuständigkeit der Kommune eindeutig definiert ist, gestaltet sich die Situation im Pflegebereich deutlich komplexer. Zwar sind hier die Leistungen im Sozialgesetzbuch XI verbindlich geregelt; auch gibt es gesetzlich verbriefte Leistungs- und Kostenträgerstrukturen, dennoch fehlt es an einer klar geregelten Ausgestaltung der gemeinsamen Verantwortung im Wohlfahrtsmix (vgl. ebd.). Der Bedeutsamkeit der kommunalen Ebene wird erst in den jüngsten Reformen des Pflegeversicherungsrechts wieder vermehrt Beachtung geschenkt (vgl. ausführlich hierzu in Rubin 2018; Alisch et al. 2018a). Dabei gilt sie im Fachdiskurs bereits seit Langem als der entscheidende Akteur in der Gestaltung des Wandels vor Ort. Ihr kommt laut Expertenkommission des Siebten Altenberichts (BMFSFJ 2016: 46) eine Schlüsselrolle zu. Ihr

8 Zur Unterscheidung eines engen, mittleren und weiten Verständnisses des Daseinsvorsorgebegriffes vgl. Alisch et al. 2018a: 18ff. sowie BMFSFJ 2016 und 2017.

obliegen die zentralen Aufgaben des Managements und der Koordination lokaler Verantwortungsgemeinschaften sowie der Entwicklung eines adäquaten Case- und Care-Managements (BMFSFJ 2017: 332). Sie ist für die Initiierung neuer subsidiärer, wohlfahrtspluralistischer Versorgungsnetzwerke verantwortlich, in denen professionelle und nicht-professionelle Akteure aus verschiedenen Sektoren zusammenwirken. Gleichzeitig muss sie günstige Rahmenbedingungen für ein koproduktives Miteinander schaffen. Im Vordergrund steht das Ziel der partnerschaftlichen Gestaltung (vgl. Evers 2011) der lokalen Versorgung im Sinne eines passgenauen lokalen Versorgungsmix.

2. Partnerschaft auf Augenhöhe als Voraussetzung für einen gelingenden Versorgungsmix

Am Versorgungsmix sind Staat, Markt, Assoziationen sowie die primären sozialen Netze beteiligt. Sie unterscheiden sich deutlich in ihren jeweiligen Institutionen, Funktionslogiken und Zentralwerten (vgl. Roß 2015). Während im staatlichen Sektor die Zentralwerte Gleichheit und Sicherheit im Modus der Hierarchie verfolgt werden, orientiert sich der Markt an den Werten Freiheit und Gewinnmaximierung und operiert im Modus des Wettbewerbs. Im Sektor der Assoziationen – häufig auch als Dritter bzw. als zivilgesellschaftlicher Sektor bezeichnet – dominiert der Modus der Verhandlung. Die Werte Solidarität und Aktivität stehen dabei im Zentrum. Der informelle bzw. familiäre Sektor der primären Netze wiederum ist geprägt durch Reziprozität und Verpflichtung (vgl. ebd.). Im BUSLAR-Projekt, dessen Erkenntnisse hier zugrunde liegen, ließen sich alle Akteursgruppen identifizieren.

Formaljuristisch hat der Staat die Pflicht zur Gewährleistung einer adäquaten Versorgungs(infra)struktur. Gleichzeitig ist es insbesondere für Kommunen in strukturschwächeren ländlichen Räumen schwierig, dieser Verpflichtung gerecht zu werden. Hier greift das Konzept des Wohlfahrtspluralismus (vgl. Evers/Olk 1996; Roß 2012, 2015) und des damit verbundenen Ansatzes einer neuen subsidiären Verantwortungsteilung,

wonach Akteure der verschiedenen Sektoren sich gegenseitig ergänzen, kooperieren und die notwendigen Güter und Dienstleistung in koproduktiver Form hervorbringen (sollen). Akteure, die in diesem Feld in einem – staatlich forcierten – ökonomischen Wettbewerb, d.h. in Konkurrenz zueinanderstehen, sind zugleich angehalten, miteinander zu kooperieren. Bemerkenswert ist, dass von staatlicher Seite sowohl ein Mehr an Wettbewerb, d.h. an Konkurrenz zwischen den sozialen Dienstleistern gefordert und gefördert wird. Gleichzeitig appelliert der Staat intensiv an die Kooperation und Koproduktion der Akteure. Insbesondere mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen in der Versorgung der alternden Gesellschaft, dominieren neben der Anrufung der Bürger*innen, sich freiwillig sozial zu engagieren, die Aufforderungen zur Koproduktion und zur aktiven Einbindung selbstorganisierter Unterstützungsstrukturen in die Versorgungsnetzwerke. Aufrufe für eine Stärkung des Wettbewerbs sind in diesem Diskurs so gut wie nicht wahrnehmbar.

Die Herausforderungen für die Beteiligten liegen darin, über die bisherigen etablierten Verantwortlichkeiten bzw. Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie über gewohnte Verantwortungsbeziehungen hinauszuwirken (vgl. Mensch 2012). Dieses *Spannungsverhältnis* – die Gleichzeitigkeit von Kooperation und Konkurrenz – beschreibt Schönig (2015) als *Kooperknurrenz*, die eines adäquaten *Kooperknurrenzmanagements* bedarf, um der Gefahr entgegen zu wirken, dass die spezifische Funktionslogik eines Sektors die anderen dominiert oder kolonialisiert (vgl. Roß 2015). Aus diesem Grund ist es für die Realisierung tragfähiger lokaler Verantwortungsgemeinschaften nicht nur von besonderer Bedeutung, sondern eine grundlegende Voraussetzung, eine *Balance* im Sinne eines partnerschaftlichen, vertrauens- und verständnisvollen Verhältnisses zwischen den beteiligten Akteuren herzustellen. Dies wiederum setzt die grundsätzliche Bereitschaft und Fähigkeit der beteiligten Akteure zu Offenheit und Fairness (vgl. Schönig 2015: 263) voraus. Dies ist angesichts der unterschiedlichen Handlungslogiken, Verfahrensarten, aber auch der jeweiligen Sprachgebräuche, Zeitvorstellungen und Ressourcenausstattungen in den verschiedenen Sektoren eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe (vgl. Mensch 2012).

Unter Partnerschaft lässt sich demnach ein Konzept der Kooperation verstehen, welches über die bloße unverbindliche Co-Existenz deutlich hinausgeht (vgl. ausführlich: Solf-Leipold et al. 2018). Es handelt sich um ein Netzwerk komplexer Kooperationsbeziehungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und Pflege, in das auch die Akteure der Bürgerhilfeassoziationen sowie des primären Sektors gleichberechtigt und gleichwertig eingebunden sind. Aus diesem gut koordinierten und differenzierten Hilfenetzwerk können im Idealfall Synergieeffekte entstehen, wodurch ein gemeinsamer Beitrag geleistet werden kann, um bestehende bzw. zukünftige Versorgungslücken zu schließen.

Bei alledem ist jedoch besonders zu beachten, dass es sich bei den untersuchten Bürgerhilfeassoziationen – im Gegensatz zu den Pflichtaufgaben des Staates im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge und Pflege auf den verschiedenen föderalen Ebenen – um *freiwillige* Zusammenschlüsse von Bürger*innen handelt, die das Ziel der solidarischen, selbstorganisierten Unterstützung im Alltag für ältere, hilfebedürftige Menschen verfolgen. Hier geht es nicht um die Erfüllung einer Gewährleistungspflicht, sondern um die gemeinsame Idee des „Helfenwollens“. Die *Eigenlogik* und *Eigensinnigkeit* des freiwilligen Engagements kommt hier deutlich zum Ausdruck (vgl. Schönberger/Solf-Leipold 2018; Alisch et al. 2018b). Es gilt daher, grundlegend unterschiedliche Kulturen miteinander in Einklang zu bringen und eine Überformung bzw. Indienstnahme insbesondere des bürgerchaftlichen Engagements, das von der *Freiwilligkeit der Selbstorganisation* getragen wird, zu vermeiden.

3. Partnerschaftsoptionen in Abhängigkeit von Assoziationsformen und Eigensinnigkeiten freiwilligen Engagements

Zur Beantwortung der Frage, ob der politisch idealisierte Lösungsansatz einer gleichwertigen Einbindung von Bürgerhilfeassoziationen in lokale Verantwortungsgemeinschaften zur koproduktiven Gestaltung der Ver-

sorgung älterer, hilfebedürftiger Menschen in der Praxis verwirklicht werden kann, bedarf es der systematischen Analyse von Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Partnerschaft. Dabei ist es – nicht nur aus einer partizipativen Grundhaltung heraus – bedeutungsvoll, die *Perspektive der Bürgerhilfeassoziationen* selbst in den Vordergrund zu rücken. Dies umso mehr, als der Anspruch an die Koproduzent*innen-Rolle im Versorgungssystem sowohl *Verlässlichkeit* erfordert, als auch die Anforderungen nach *Quantität* und *Qualität* der Unterstützungsleistungen mit sich bringt. Demnach haben Bürgerhilfeassoziationen, die verlässliche Partner*innen sein sollen, planbare, dauerhafte und bedarfsgerechte Leistungen in ausreichendem Umfang vorzuhalten, die zudem den geltenden Qualitätsanforderungen der Daseinsvorsorge entsprechen müssen. Bereits hier wird deutlich, dass diese Anforderungen für eine Partnerschaft der Eigenlogik und dem Eigensinn des freiwilligen Engagements entgegenlaufen können und hier Grenzen des Engagements erkennbar werden. Rübke (2013: 28) hat als Indiz für die Grenzen des Bürgerschaftlichen Engagements das Zusammenkommen von vier Dingen ausgemacht:

„A. Wenn eine Aufgabe ein bestimmtes Maß an Kontinuität voraussetzt; B. wenn diese Aufgabe eine bestimmte Schwelle an Intensität überschreitet; C. eine unbedingte Verlässlichkeit im Sinne notwendiger Daseinsvorsorge gewährleistet; D. wenn rechtliche Vorgaben zu komplex werden (Tarifrecht, Förderrichtlinien, u. ä.), dann scheinen sich hauptamtliche Dienste notwendig zu entwickeln und ehrenamtliche Vorläuferstrukturen abzulösen.“

In der Folge bedeutet dies für Bürgerhilfeassoziationen, dass sie sich im Hinblick auf eine Partnerschaft auf Augenhöhe verschiedenen *Spannungen* zwischen *internen* und *externen* Anforderungen und Erwartungen gegenübersehen (vgl. Schönberger/Solf-Leipold 2018). Nur durch eine bewusste Auseinandersetzung mit diesen Spannungsverhältnissen, d. h. mit den eigenen Zielvorstellungen, Bedürfnissen und dem eigenen Selbstverständnis können sie eine adäquate Entscheidung treffen, inwiefern sie gewillt und in der Lage sind, sich in eine solche Partnerschaft zu begeben und welche strukturellen und personellen Voraussetzungen dafür zu schaffen sind.

Aus den Recherchen für das BUSLAR-Projekt wurde die enorme Vielfalt bestehender Bürgerhilfezusammenschlüsse sichtbar. Diese Vielfalt *der Erscheinungs- bzw. Organisationsformen* sind für die Möglichkeiten und Grenzen

von Bürgerhilfeassoziationen hinsichtlich ihrer Rolle, als Partner*innen der kommunalen Daseinsvorsorge zu agieren hoch relevant. Der Versuch, die unterschiedlichen Formen anhand struktureller Merkmale⁹ zu systematisieren, brachte insgesamt sechs, nach inhaltlicher Ziel- und Aufgabensetzung gestufte Variationen hervor, die hier als idealtypische¹⁰ Formen von Bürgerhilfeassoziationen beschrieben werden (vgl. ausführlich: Solf-Leipold et al. 2018).

Die Möglichkeiten und Grenzen hinsichtlich der koproduktiven Gestaltung von Leistungen und Infrastruktur differieren je nach Variante z. T. erheblich. Während sich immerhin vier Varianten, die bezogen auf ihr Leistungsangebot umschrieben werden können als „*Gemeinschaft und Gesellschaft*“, „*semi-formelle Alltagshilfen*“ im Sinne von Nachbarschaftsgefälligkeiten, „*vereinsmäßige Vermittlung von Alltagshilfen*“ (dominante Erscheinungsform) sowie „*genossenschaftlich organisierte Vermittlung von Dienstleistungen zur Alltagsunterstützung*“ insbesondere durch ein sehr hohes Maß an Freiwilligkeit auszeichnen, kann in ihnen eine Versorgungssicherheit in dem Maße, wie es für die Daseinsvorsorge obligatorisch wäre, nicht gewährleistet werden. Vielmehr kommt hier der *Eigensinn* des freiwilligen Engagements besonders deutlich zum Ausdruck. Das Tätigwerden, d. h. die Erbringung von Unterstützungsleistungen wird dominiert durch die individuellen Möglichkeiten und Grenzen der einzelnen Engagierten.

„Wer sich in einem Erzählcafé engagiert oder für die dörflichen Feste gemeinsame Vorbereitungen trifft, Nachbarn zum Arzt fährt oder Einkäufe erledigt, möchte dies im eigenen Rhythmus, in der selbst gefundenen Form und ohne verpflichtende Einschränkung tun. Vor allem die älteren Engagierten sind in aller Regel zusätzlich in ihren eigenen Familien und auch anderweitig noch aktiv. Sie reagieren auf extern gestellte Anforderungen tendenziell mit Reaktanz“ (ebd.: 116).

9 Strukturelle Merkmale für die Analyse waren u. a.: Zweck und Zielsetzung, Angebote, Entlohnung, Organisationsgrad, Kostenträgerstrukturen, Qualifikationsanforderungen an die Leistungserbringer bei abrechenbaren Leistungen wie z. B. niederschwellige Betreuungs-, Entlastungs- und Beratungsleistungen gem. SGB XI sowie Geltung des Arbeitsrechts, wenn Assoziationen hauptamtlich Mitarbeitende beschäftigen.

10 In der Realität lassen sich die Freiwilligenorganisationen i. d. R. nicht trennscharf nur einer Variante zuordnen; es gibt vielmehr fließende Übergänge.

Bei diesen Erscheinungsformen kann daher weder ein individueller (Rechts-)Anspruch auf Hilfe seitens der Hilfenachfragenden geltend gemacht werden noch besteht eine Verpflichtung zur Hilfe seitens der Engagierten. Demgegenüber weisen die übrigen beiden Formen – die als „*leistungs- und daseinsrechtlich anerkannte Angebote zur Alltagsunterstützung*“ im Sinne von Geschäftsfeldern sowie als „*hybride Organisationsformen*“ beschrieben werden können – v.a. durch die Anbindung an eine Kostenträgerstruktur – ein gewisses Maß an Versorgungssicherheit auf. In diesen komplexeren Assoziationsformen besteht ein weitgehend professionalisierter Geschäftsbetrieb. Zudem sind hier fachliches, speziell pflegerischen und Management-Know-how (Qualifizierung, Anleitung, Qualitätskontrolle) verlangt.

Die wichtigsten Kriterien zur Abgrenzung der Varianten stellen die beiden Dimensionen *Freiwilligkeit* und *Verbindlichkeit* dar. Es lässt sich argumentieren, dass die erstgenannten vier Varianten den *klassisch ehrenamtlichen Bereich* repräsentieren, in dem Freiwilligkeit und Eigensinnigkeit des Engagements im Vordergrund stehen und die Tätigkeit dominieren. Hier überwiegt der ergänzende Charakter der Leistungen. In den beiden letztgenannten Varianten finden sich hingegen – regelmäßig unter dem Label des freiwilligen Engagements gefasst – *neue Formen des Tätigseins*, da es sich hier in der Regel um abrechenbare Leistungen handelt. Diese Tätigkeiten werden zumeist im Rahmen der Übungsleiterpauschale entschädigt. Hier setzen auch die Debatten um Monetisierung und Mindestlohn im Ehrenamt an. Bei den Hilfen in diesen Varianten handelt es sich regelmäßig – v.a. bei der Erbringung „leistungs- und daseinsrechtlich anerkannter Angebote zur Alltagsunterstützung“ – um die Übernahme von öffentlichen Aufgaben im Rahmen von Dienstleistungsvereinbarungen.

Mit Blick auf die Frage, welche der Ausprägungen am ehesten geeignet ist, den Ansprüchen nach Verlässlichkeit, Verfügbarkeit und Qualität gerecht zu werden, wird deutlich, dass es vor allem die komplexeren Assoziationen sind, die diesen am ehesten entsprechen können. Verallgemeinernd formuliert: je höher der Organisationsgrad der Assoziation und je stärker eine Ausrichtung an Geschäftsmodellen erfolgt, desto eher sind sie in der Lage, den Anforderungen an eine verlässliche Partnerschaft gerecht zu werden – sowohl in technisch-organisatorischer wie auch in ideeller Hinsicht, d.

h. in ihrem Selbstverständnis, auch Partner*in sein zu wollen (vgl. Solf-Leipold et al. 2018).

4. Voraussetzungen für gelingende lokale Verantwortungsgemeinschaften

Die obigen Ausführungen lassen erwarten, dass die in politischen Diskursen häufig formulierte pauschale Aufforderung zur koproduktiven Leistungsgestaltung in lokalen Verantwortungsgemeinschaften auf Seiten der Bürgerhilfeassoziationen an strukturelle und funktionslogische Grenzen stoßen. Trotz der Tatsache, dass insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen ein erheblicher Bedarf an zeitgemäßen Lösungen für die Frage der Versorgung älterer Menschen besteht, und eine starke partnerschaftliche Einbindung freiwilligen sozialen Engagements wie es in Bürgerhilfeassoziationen geleistet wird, als geeigneter Lösungsansatz betrachtet wird, müssen für die gelingende Realisierung dieses Versorgungsansatzes doch erhebliche und komplexe Voraussetzungen erfüllt sein. Neben den *assoziationsinternen* Voraussetzungen wie der Klärung des eigenen Selbstverständnisses und dem bewussten Umgang mit den Spannungslinien, die sich aus dem eigenen Anspruch des Helfenwollens und der Realität des Helfenkönnens, den individuellen Bedürfnissen der Helfenden und der Hilfesuchenden sowie den Notwendig- und häufig auch Gleichzeitigkeiten der Innen- und Außenentwicklung der Assoziationen ergeben, bedarf es insbesondere der Schaffung *assoziationsexterner* Voraussetzungen.

Damit Konzepte lokaler Verantwortungsgemeinschaften zukünftig nicht nur als Projektionsflächen für idealisierte Lösungsansätze fungieren, sondern Praxisrelevanz erhalten, ist es unumgänglich, für eine angemessene Kompetenzen-, Ressourcen- und Personalausstattung der Kommunen zu sorgen. Darüber hinaus braucht es ein professionelles Vernetzungsmanagement auf kommunaler bzw. regionaler Ebene sowie nachhaltige Finanzierungsmodelle, die über eine zeitlich befristete Projektfinanzierung hinausreichen und die Etablierung kontinuierlicher Koordinations-, Kommunikations- und Kooperationsstrukturen ermöglichen. Zudem braucht

es Raum und Zeit für Austausch und Begegnung. Das gilt sowohl im Hinblick auf die haupt- und ehrenamtlichen Akteure aus den unterschiedlichen Sektoren, um auf diese Weise Vertrauen aufzubauen und gegenseitiges Verständnis hinsichtlich der verschiedenen Kulturen zu entwickeln. Besonders wichtig sind aber auch Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches der Engagierten untereinander.

Hauptaufgabe von Politik – auf allen politischen Ebenen – ist es, adäquate Beteiligungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu schaffen (s. ausführlich Alisch et al. 2018a). Aber auch Sozialversicherungsträger und Wohlfahrtsverbände sowie (sozialwirtschaftliche) Unternehmen müssen gute Bedingungen für Engagement und eine entsprechende Engagementkultur schaffen. Dabei darf das freiwillige Engagement von keinem der Akteure vereinnahmt, instrumentalisiert oder überfordert werden. Wie gezeigt wurde, ist dieses nur sehr begrenzt in der Lage, Versorgungslücken im Sinne daseinsvorsorge- und leistungsrechtlicher Anforderungen zu schließen.

Kooperation und Koproduktion setzen eine bewusste *Haltung* aller Beteiligten voraus und bedürfen der permanenten Arbeit daran. Diese Haltung kann nicht als selbstverständlich gegeben vorausgesetzt werden. Hierfür braucht es Zeit, Raum, Ressourcen sowie verlässliche professionelle Strukturen. Das können Bürgerhilfeassoziationen nicht von sich aus leisten, hier stoßen sie regelmäßig an personelle, zeitliche, mitunter auch fachliche Grenzen. Zur partnerschaftlichen Einbindung von Bürgerhilfeassoziationen in lokale Verantwortungsgemeinschaften bedarf es vielmehr eine angemessenen, d.h. den Bedarfen und Bedürfnissen der freiwilligen Organisationen entsprechende Beratung, Betreuung und Anleitung im Rahmen einer professionellen Koordination. Diese Form der Koordination meint eine wechselseitige Abstimmung (sozialmedizinischer) Pflege- und Sorgenotwendigkeiten wie auch von Angeboten zur sozialen Teilhabe sowie zur Alltagsunterstützung für ältere Menschen. Sie stellt ein zukünftig stark an Bedeutung gewinnendes neues Handlungsfeld der öffentlichen Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene dar (vgl. Solf-Leipold et al. 2018: 119).

Bei aller Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen einer verlässlichen Partnerschaft in lokalen Verantwortungsgemeinschaften sei abschließend

darauf hingewiesen, dass die auf Freiwilligkeit beruhenden, selbstorganisierten solidarischen Unterstützungsformen *unabhängig* von der jeweiligen Ausprägung grundsätzlich einen spezifischen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität älterer, hilfebedürftiger Menschen leisten und Möglichkeiten der sozialen Teilhabe eröffnen (vgl. Schönberger/Solf-Leipold 2018). Das darin geleistete Engagement wiederum stellt ebenfalls einen gesellschaftlich relevanten Wert an sich dar, der sowohl das Funktionieren des Gemeinwesens und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts befördert als auch subjektiven Sinn und Nutzen stiftet, Teilhabe ermöglicht und das Gefühl von Zugehörigkeit fördert (vgl. ebd.).

Literatur

- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Boos-Krüger, Annegret/ Schönberger, Christine/ Glaser, Roger/ Rubin, Yvonne/ Solf-Leipold, Barbara (2018a): „Irgendwann brauch´ ich dann auch Hilfe...!“ - – Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 17. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich Verlag.
- Alisch, Monika/Ritter, Martina/Glaser, Roger/ Rubin, Yvonne (2018b): Engagement im Bürgerhilfeverein als Balanceakt zwischen sinnvoller Freizeitgestaltung, sozialer Teilhabe und Selbstprofessionalisierung. In: Scherger, S./ Vogel, C. (Hrsg.): Arbeit im Alter. Zur Bedeutung bezahlter und unbezahlter Tätigkeiten in der Lebensphase Ruhestand. Altern und Gesellschaft. Bd. 1. Wiesbaden: Springer VS. S. 245-267.
- ARL [Akademie für Raumforschung und Landesplanung] (2016): Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse neu denken - Perspektive und Handlungsfelder. Positionspapier aus der ARL 108. Abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/-urn:nbn:de:0156-01086>. (Zugriff: 27.11.2017).
- BayStMAS [Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration] (Hrsg.) (2013): Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Senioren-genossenschaften“. Neue Formen verbindlicher Unterstützung im Alter. München.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hrsg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Schwerpunktthema: „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“. Berlin.

- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (Hrsg.) (2016): Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung. Berlin.
- Evers, Adalbert (2015): Das Konzept des Wohlfahrtsmix, oder: Bürgerschaftliches Engagement als Koproduktion. In Klein, A./ Sprengel R./ Neuling, J. (Hrsg.): Engagement und Welfare Mix - Trends und Herausforderungen. Jahrbuch Engagementpolitik 2015. Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag, S. 21-27.
- Evers, Adalbert (2011): Wohlfahrtsmix und soziale Dienste. In: ders./ Heinze, R. G./ Olk, T. (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 265-283.
- Evers, Adalbert/ Olk, Thomas (1996): Wohlfahrtspluralismus. Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs. In dies. (Hrsg.): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-60.
- Gabel, Hermann (2015): Den Wandel gestalten – Generationenmanagement im ländlichen Sozialraum. In: Beyer, T./ Görtler, E./ Rosenkranz, D. (Hrsg.): Senioren-genossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 177-185.
- Grothe-Bortlik, Klaus/Eisenstecken, Erich (2015): Beiträge von Selbsthilfegruppen und selbstorganisierten Initiativen in der Seniorenhilfe - Chancen und Grenzen. In: Beyer, T./ Görtler, E./ Rosenkranz, D. (Hrsg.): Senioren-genossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 155-162.
- Heinze, Rolf G./ Klie, Thomas/ Kruse, Andreas (2015): Subsidiarität revisited. In: Sozialer Fortschritt, Jg. 64, H. 6/2015, S. 131-138.
- Kersten, Jens/ Neu, Claudia/ Vogel, Berthold (2015): Regionale Daseinsvorsorge. Begriffe, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. In: WISO Diskurs, Januar 2015. Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11182.pdf> (Zugriff: 21.12.2018).
- Klie, Thomas (2015): Caring Community, In: Beyer, T./ Görtler, E./ Rosenkranz, D. (Hrsg.): Senioren-genossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 57-70.
- Kruse, Andreas (2013): Alternde Gesellschaft – eine Bedrohung? Ein Gegenentwurf von Andreas Kruse. Soziale Arbeit kontrovers, Bd. 2. Berlin: Eigenverlag des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- Kruse, Andreas (2015): Zusammenfassende Darstellung der Generali Hochaltrigenstudie. In: Geiger G./ Gurk E., Juch M./ Kohn, B./ Eng, A./ Klinzing, K. (Hrsg.), Menschenrechte und Alter - Ein sozialpolitischer und gesellschaftlicher Diskurs (S. 77-92). Berlin: Budrich.

- Landeshauptstadt München (Hrsg.) (2012): Seniorenpolitisches Konzept des Sozialreferates 2011. Situation und Perspektive der Altenhilfe in München III: Beschluss des Sozialausschusses vom 12.01.2012. Verfügbar unter: http://www.muenchen.info/soz/altenhilfe/2012-01-12_seniorenpolitisches-konzept.pdf (Zugriff: 14.12.2018).
- Mensch, Kirsten (2012): Neue Verantwortungen – Die Koproduktion von Gemeinwohl. Artikel vom 22.12.2012. Hg. v. Schader Stiftung. Verfügbar unter: <https://www.schader-stiftung.de/themen/gemeinwohl-und-verantwortung/fokus/oeffentliche-daseinsvorsorge/artikel/neue-verantwortungen-die-koproduktion-von-gemeinwohl/> (Zugriff: 04.12.2018).
- Neu, Claudia (2014): Ländliche Räume und Daseinsvorsorge – Bürgerschaftliches Engagement und Selbstaktivierung. In: Dünkel, F./Herbst, M./ Schlegel, T. (Hrsg.): Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 117-124.
- Röbke, Thomas (2013): Bürgerschaftliches Engagement und sozialstaatliche Daseinsvorsorge Bemerkungen zu einer verwickelten Beziehung. Nürnberger Arbeitspapiere zu sozialer Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und „Good Governance“, hg. v. Referat für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg, Nr. 17, Juni 2013. Verfügbar unter: www.soziales.nuernberg.de (Zugriff: 14.12.2018).
- Rosenkranz, Doris/ Beyer, Thomas (2015): Wie wollen wir leben im Alter? Notwendigkeit und Chancen selbstorganisierter Solidarität in einer sich wandelnden Gesellschaft. In: dies./ Görtler, E. (Hrsg.): Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim: Beltz Juventa, S. 12-19.
- Roß, Paul-Stefan (2012): Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden: Nomos.
- Roß, Paul-Stefan (2015): „Governance“ – „Welfaremix“ – „Hybridisierung“. Das theoretische Rahmenkonzept. PPT vom 04.02.2015, Duale Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart. Verfügbar unter: https://www.treffpunkt-freiburg.de/sites/default/files/Freiburg_15-01-31a.pdf (Zugriff: 4.12.2018).
- Rubin, Yvonne (2018): Freiwilliges Engagement in ‚sorgenden Gemeinschaften‘. Eine geschlechterkritische Analyse ehrenamtlicher Care-Arbeit für ältere Menschen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 19. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich Verlag.
- Schönberger, Christine/ Solf-Leipold, Barbara (2018): Selbstorganisierte Bürgerhilfvereine in ländlichen Räumen – Teilhabechancen Älterer in der Balanceierung interner und externer Erwartungen. In: Hilse-Carstensen, T./ Meusel, S./ Zimmermann, G. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement und soziale Inklusion. Perspektiven zweier gesellschaftlicher Phänomene in Wissenschaft und Praxis. Wiesbaden: Springer VS, S. 155-168.

- Schönig, Werner (2015): Koopkurrenz in der Sozialwirtschaft. Zur sozialpolitischen Nutzung von Kooperation und Konkurrenz. Weinheim: Beltz Juventa.
- Solf-Leipold, Barbara/ Boos-Krüger, Annegret/ Henger, Erika/ Schönberger, Christine (2018): Bürgerhilfvereine, Sozialgenossenschaften „und Co“ in ländlichen Räumen als Partner der öffentlichen Daseinsvorsorge und Pflege. Eine kritische Diskussion potenzieller Modelle. In: Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen (ZfgG), Jg. 68, Heft 2, S. 101-121.
- van Dyk, Silke / Lessenich, Stephan (Hrsg.) (2009): Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur. Frankfurt a.M.: Campus.

Benachteiligte ältere Menschen erreichen: Diskussion von Zugängen und Methoden

Yvonne Rubin, Roger Glaser

1. Einleitung

Soziale Benachteiligung erschwert Zugänge sowohl zu sozialen Leistungen, z.B. zu pflegerischer Versorgung, als auch zu Engagement (vgl. Alisch/Kümpers 2015: 4f.). Beteiligungsstrukturen sind in der Regel durch einen sog. Mittelebias gekennzeichnet, ältere Menschen mit geringeren Einkommen und eher niedrigen formalen Bildungsabschlüssen werden durch „unterschwellig destruktive und dissoziale Mechanismen“ (Aner/Köster 2016: 479) von partizipativen Prozessen ausgeschlossen. Ungeachtet dessen, dass „[d]ie Rede von der ‚Partizipation‘ älterer Menschen [...] seit Jahren Konjunktur“ (ebd.: 465) hat, ist für partizipative Forschung mit älteren Menschen sowohl international als auch in Deutschland „ein gewisser Nachholbedarf zu konstatieren“ (Kümpers/Kühnemund/Nemelka 2017: 65).

Ein partizipativer Forschungsansatz liegt dem Projekt ‚Bürgerhilfevereine und Sozialgenossenschaften als Partner der Daseinsvorsorge – Modellentwicklung zur ergänzenden Hilfeleistung für ältere Menschen im ländlichen Raum (BUSLAR)¹ zugrunde: Ein Ziel dieses Projektes war es, partizipativ und orientiert an Bedürfnissen älterer Menschen, die Leistungsangebote der selbstorganisierten Bürgerhilfevereine weiterzuentwickeln (vgl. Alisch et al. 2017a: 175f; Alisch et al. 2018). Hierfür wurden zunächst die Bedürfnisse der älteren Menschen – sowohl der

1 Das Forschungsprojekt BUSLAR wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in der Förderlinie SILQUA-FH im Zeitraum 2014 bis 2017 gefördert und ist ein Verbundprojekt der Hochschule Fulda (M. Alisch, M. Ritter, R. Glaser, Y. Rubin) und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München (A. Boos-Krüger, C. Schönberger, B. Solf-Leipold). Vgl. ausführlicher zu den Zielen und den Ergebnissen des Forschungsprojektes BUSLAR Alisch/ Ritter in diesem Band.

Engagierten als auch der Inanspruchnehmenden – rekonstruiert, um daran anschließend eine Grundlage zu schaffen, auf der diese Unterstützungsleistungen nachhaltig weiterentwickelt werden konnten (vgl. Alisch et al. 2017a: 177). Im Zuge dessen stellte sich zunächst die Frage, wie wir die älteren Menschen, deren Bedürfnisse wir rekonstruieren wollten, erreichen können.²

Was ‚Erreichbarkeit‘ bedeuten kann, konkretisieren Amman und Gross in ihrem Forschungsbericht zu dem Projekt ‚Best Practice Gesundheitsförderung im Alter‘. Sie differenzieren zwischen drei Arten von Erreichbarkeit: Für sie bedeutet es zunächst, dass ein Zugang zur Zielgruppe gefunden werden muss. Zudem verstehen sie unter Erreichbarkeit, dass die beteiligte Zielgruppe die für sie entwickelten Angebote und Interventionen auch in Anspruch nimmt und drittens verstehen sie unter Erreichbarkeit, dass die Inanspruchnahme dieser Angebote eine Veränderung im Hinblick auf ein konkretes Verhalten der Zielgruppe erwirkt (vgl. Ammann/Gross 2011: 1f.). Auch für das Vorgehen im Forschungsprojekt BUSLAR war es zunächst notwendig, einen Zugang zu denjenigen zu bekommen, deren Bedürfnisse es zu rekonstruieren galt. Darüber hinaus sollten die an unserer Forschung Beteiligten – und hier unterscheidet sich dann unser Vorgehen von dem Vorgehen des Projektes von Amman/ Gross – nicht die für sie entwickelten Angebote und Interventionen in Anspruch nehmen, sondern unser Anspruch war es, gemeinsam mit den Beteiligten Angebote zu entwickeln, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Und der hieraus resultierende Lernprozess, den Amman und Gross in ihrem dritten Schritt verorten, war in unserem Forschungsprozess ein beidseitiger, da wir – als beteiligte Wissenschaftler*innen – den Forschungsprozess weder neutral noch objektiv begleitet haben (und begleiten konnten). In der von uns gewählten Form der Praxisforschung – mit der wir soziale Wirklichkeit nicht nur verstehen wollten, sondern sie darüber hinaus auch verändern wollten – waren wir selbst auch immer handelnde Akteure im Veränderungsprozess (vgl. Alisch et al. 2017b: 85).

2 In diesem Beitrag werden ausschließlich die Zugänge zu denjenigen diskutiert, die bereits die Leistungen der Bürgerhilfe in Anspruch nahmen, bzw. die diese Leistungen noch nicht in Anspruch nahmen. Zu den Interessen und Bedürfnissen der Engagierten vgl. ebenfalls Alisch/ Ritter in diesem Band.

Um unseren Forschungsansatz deutlich zu machen – und dann abschließend Zugänge und Methoden zu benachteiligten Personen diskutieren zu können – stellen wir im Folgenden zweiten Abschnitt dieses Beitrages zunächst unseren Fokus auf soziale Benachteiligung dar und diskutieren unser Verständnis von Partizipation. Im dritten Teil dieses Beitrages gehen wir dann konkret auf die von uns gewählten Zugänge ein und verdeutlichen zudem, wie es methodisch gelingen konnte herauszufinden, was für Angebote in Bezug auf die Bedürfnisse der an der Forschung Beteiligten (weiter)entwickelt werden sollten und wie sich kollektive Lernprozesse gestalteten. Abschließend stellen wir im vierten Teil dieses Beitrages unsere Erkenntnisse zur Diskussion.

2. Soziale Benachteiligung und Partizipation

2.1 Soziale Ungleichheiten und deren Verwobenheiten

Soziale Ungleichheit konkretisiert sich zum einen als vertikale Ungleichheit und zum anderen als horizontale Ungleichheit. Vertikale Merkmale Sozialer Ungleichheit umfassen das Einkommen, den Bildungs- und den beruflichen Status. Horizontale Merkmale Sozialer Ungleichheit umfassen das Geschlecht, die Ethnizität, eine Behinderung, und die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu (vgl. Walgenbach 2017: 29). Wenn soziale Benachteiligung in Bezug auf Partizipationschancen diskutiert werden soll, dann ist es notwendig zu unterscheiden, was für eine Art sozialer Benachteiligung Partizipationschancen erschwert: So sind bspw. ältere verwitwete Frauen mit Wohneigentum und einer ausreichenden sog. Witwenrente wahrscheinlich nicht aufgrund ihres Einkommens bzw. Vermögens benachteiligt, d.h. Merkmale einer sozioökonomischen Ungleichheit treffen auf sie eher nicht zu. Aufgrund ihres Geschlechts als Frauen sind sie allerdings von den Wirkungen anderer Ungleichheitsmechanismen betroffen: So steht die Ungleichheitskategorie Geschlecht für eine weitgehende Zuordnung von sorgenden Tätigkeiten an Frauen: Sie sind auch heute noch hauptsächlich für die Übernahme reproduktiver Tätigkeiten verantwortlich und verbringen mehr Zeit mit der Haushaltsführung und der Betreuung der Familie als Männer (vgl. Statistisches Bundesamt 2015: 11). Geschlechtsspezifische soziale Ungleichheiten konkretisieren sich im Alter: Ältere Frauen sind häufiger

nicht nur materiell, sondern auch sozial schlechter gestellt als Männer, welche in ihrem Lebensverlauf ausreichend existenzsichernd erwerbstätig waren. Gertrud M. Backes problematisiert soziale und psychische Gefährdungen durch geringe soziale Teilhabe und führt aus, dass Frauen im Alter „dann zufriedener, gesünder und ausgeglichener leben, wenn sie außerhäusige Kontakte und Beschäftigungsbereiche hatten und haben [...]“ (Backes 2010: 455). Zudem steigt das Risiko sozialer Isolation, wenn gleichzeitig die finanziellen Ressourcen gering sind (vgl. Kümper/Alisch 2018: 59).

Soziale Benachteiligungen beschränken sich allerdings nicht nur auf solche Strukturkategorien. Die Verwobenheiten sozialer Benachteiligungen werden mit dem Konzept der Intersektionalität abzubilden versucht. Diese Form der Ungleichheitsanalyse fokussiert auf die Überschneidungen (oder Kreuzungen = intersections) unterschiedlicher Merkmale sozialer Ungleichheit. Strukturelle Herrschaftssysteme werden anhand der vier Strukturkategorien Klasse, Geschlecht, Rasse und Körper analysiert und zusätzlich dazu werden kulturelle Symbole und Prozesse der Identitätsbildung berücksichtigt (vgl. Winker/Degele 2010: 18). Symbolische Repräsentationen umfassen Normen, Werte und Stereotype. Die Strukturkategorien werden durch solche symbolische Repräsentationen gestützt und gleichzeitig hervorgebracht (vgl. ebd.: 54). Mithilfe von Prozessen der Identitätsbildung wird zwischen dem Selbst und dem Anderen z.B. aufgrund des Geschlechtes unterschieden. Prozesse zur Identitätskonstruktion scheinen insbesondere deshalb an Bedeutung zu gewinnen, da „unter derzeitigen neoliberalen Vorzeichen fixe Zuordnungen an Stabilität verlieren und unterschiedlichste Brüche und Widersprüche zu beobachten sind“ (ebd.: 59). Durch die Konstruktion von Identitäten werden gleichzeitig hegemoniale symbolische Repräsentationen reproduziert und materialistische Strukturen hierarchisiert (vgl. ebd.: 62).

Wie durch symbolische Repräsentationen und Prozesse zur Identitätsbildung Partizipationschancen verwehrt werden, lässt sich beispielhaft an den Ergebnissen des Forschungsprojektes BUSLAR aufzeigen. Bevor die entsprechenden Erkenntnisse diskutiert werden, wird zunächst das hier zugrundeliegende Verständnis von Partizipation beschrieben.

2.2 Partizipation

Da Partizipation vieles bedeuten kann, wird mitunter auf Stufenmodelle zurückgegriffen, um zu verdeutlichen, wovon die Rede ist. Die meisten dieser Modelle beruhen auf der ‚Ladder of Participation‘ von Sherry P. Arnstein. Arnstein unterscheidet zwischen ‚Nonparticipation‘ was für sie gleichbedeutend ist mit Manipulation oder Therapie, ‚Degrees of tokenism‘, welche schwächere Partizipationsformen wie bspw. Information beinhalten und Partizipationsformen, die Entscheidungsmacht übertragen und schließlich Formen der Selbstverwaltung sind (vgl. Arnstein 1969: 217ff.). Diese und daraus weiterentwickelte Stufenleitermodelle sind umstritten. Sie bleiben insofern unterkomplex, als sie nicht abbilden können, inwiefern die jeweiligen Stufen aus der Perspektive der Beteiligten dargestellt werden würden. Zudem geht weder aus diesem noch aus neueren Modellen – wie bspw. der Partizipationspyramide von Rieger und Straßburg – hervor, inwiefern vorhandene Machtverhältnisse die Entscheidungs- und Handlungsmacht der involvierten Akteure beeinflussen (vgl. Moser 2016: 130). Solche Machtverhältnisse konkretisieren sich nicht nur innerhalb der Beteiligungssituation, sie konkretisieren sich auch schon davor und zwar wenn zu entscheiden ist, wer zu welchem Thema wie beteiligt werden soll:

Sozial benachteiligte Personen sind nicht nur in Bezug auf Engagement und Partizipation signifikant unterrepräsentiert, sie sind auch diejenigen, deren Anliegen als ‚schwache Interessen‘ beschrieben werden können (vgl. Alisch/Hofmann 2015: 157). Schwache Interessen sind dadurch gekennzeichnet, dass sie oft gar nicht artikuliert werden, „nur schwach repräsentiert sind und über wenig Machtressourcen verfügen“ (Clement et al. 2010: 13). Als schwache Interessen können Aspekte aus jenen Lebenswirklichkeiten verstanden werden, die in der Privatsphäre verortet sind und die sich im Gegensatz zu dem, was gesellschaftlich als öffentliche Belange verstanden wird, in einer Minderbewertung ausdrücken (z.B. in der Minderbewertung des gesamten Bereiches der Reproduktionsarbeit im Vergleich zum Produktionssektor). Um Themen, die der privaten Sphäre zugeordnet werden – und die als solche eben nicht Gegenstand eines gesellschaftlichen Diskurses sind – partizipativ bearbeiten zu können, bedarf es der Übertragung einer Definitionsmacht über die zu behandelnden Probleme an die zu beteiligenden Subjekte (vgl. Herrmann 1995: 144ff.). Zudem braucht es Verfahren, die es den Beteiligten er-

möglichen, die für sie relevanten Themen diskutieren zu können: Wenn Bedürfnisse älterer, sozial benachteiligter Personen rekonstruiert werden sollen, dann ist ein Bestandteil einer solchen Analyse auch immer die „*Ent-Deckung und Sichtbarmachung verdeckter und entwerteter Momente weiblicher Lebensrealität*“ (ebd.: 171 Hervorhebung im Original). Eine Übertragung der Definitionsmacht über die zu diskutierenden und behandelnden Themen und Problemlagen kann allerdings nur dann gelingen, wenn die zu Beteiligten selbst diese Themen ihrer (potenziell) entwerteten und privatisierten Lebensrealitäten kommunizieren. Um diese Themen aus ihrer ‚Verdeckung‘ hervorzuheben, ist es notwendig, eine möglichst offene Fragestellung zu entwickeln. Die Beteiligten haben so den Freiraum, ohne Vorgabe darüber zu sprechen, was sie bewegt, d.h. über *ihre* Themen zu sprechen. Dies gilt für Partizipationsprozesse generell und für Prozesse partizipativ angelegter Forschung im Besonderen.

Im folgenden Abschnitt stellen wir zunächst die Zugänge dar, die im Praxisforschungsprojekt BUSLAR gewählt wurden, um auch sozial und ökonomisch benachteiligte ältere Menschen erreichen und ihre Perspektive auf Lebensqualität im Alter sowie ihre Bedürfnisse und Interessen ermitteln zu können. Anschließend wird gezeigt, welche Methoden es braucht, um jene Themen zu bearbeiten, die – als *sozial benachteiligte Themen* – in der Regel keinen Zugang zur Öffentlichkeit bekommen.

3. ‚Sozial Benachteiligte‘ erreichen: Zugänge und methodische Herangehensweisen

Ein wesentliches Ziel im Forschungsprojekt BUSLAR war es, die Bedürfnisse älterer Menschen – sowohl derjenigen, die bereits Leistungen der Bürgerhilfevereine in Anspruch nahmen, als auch derjenigen, die dies (noch) nicht tun – hervorzubringen. Eine entsprechend partizipativ angelegte Bedürfnisanalyse sollte Gelegenheiten eröffnen, Probleme und Interessen im Alltag auszusprechen. Hierdurch sollte den freiwillig Engagierten der Bürgerhilfevereine ermöglicht werden, ihre Hilfeleistungen stärker auf die Bedürfnisse ihrer Adressat*innen auszurichten (vgl. Alish et al. 2017b: 84).

Im Folgenden werden die Bedürfnisanalyse, die von uns gewählten Zugänge zu den älteren Menschen und die angewandten Methoden der Umsetzung beschrieben. Gezeigt wird, inwiefern es gelungen ist, sozial benachteiligte ältere Menschen zu erreichen und welche Grenzen wir erlebt haben.

3.1 Zugänge zu ‚benachteiligten‘ älteren Menschen: „wo sind hier unsere Alten, wo hocken sie [...]?“³

Um Zugang zu älteren Menschen in den an der Forschung beteiligten ländlichen Gemeinden zu erhalten, haben wir uns an bestehenden Gruppen Älterer orientiert, die sich bereits über gemeinsame Interessen am Ort gefunden hatten: Die Besucherinnen des wöchentlich stattfindenden ‚Waffelcafés‘ im Gemeindehaus, die Manager*innen des sog. ‚Friedhofsbusses‘ und die Mitglieder der Wandergruppe des Röhnklubs werden hier kurzvorge stellt als Teilnehmende der Bedürfnisanalyse und als möglicherweise in der oben skizzierten Weise benachteiligte ältere Menschen.

Die Bürgerhilfevereine organisieren neben konkreten Hilfeleistungen im Alltag auch regelmäßige Angebote, bei denen gemeinsam Kaffee getrunken, gespielt und/oder erzählt wird. Je nach Bürgerhilfeverein heißen diese Veranstaltungen ‚Waffelcafé‘, ‚Dienstagssenioren‘ oder ‚Erzählcafé‘⁴ und werden wöchentlich oder alle zwei Wochen nachmittags vorbereitet. Teilnehmen kann grundsätzlich jede/r – Alter, Geschlecht, finanzielle oder gesundheitliche Einschränkungen bzw. Möglichkeiten werden nicht besonders adressiert. Die Eingeladenen dieser Veranstaltungen werden also weder als ‚arm‘ oder ‚krank‘ noch als sonstig ‚hilfsbedürftig‘ adressiert. Im Fokus dieser Veranstaltungen steht nicht, dass ‚geholfen‘ wird, sondern bspw. „einen schönen Nachmittag miteinander zu verbringen“ (Frau Junger, Zeile: 10). Im Mittelpunkt steht also, gemeinsam Zeit zu verbringen und dennoch scheint den Teilnehmenden bewusst zu sein: „da kann ich auch vielleicht mit meinen Problemen mal hin“ (Frau Junger, Zeile: 37-38).

3 Frau Dingerdissen, Zeile 196.

4 Die hier verwendeten Daten beziehen sich auf Aussagen, die im Rahmen von Interviews mit den Engagierten des Waffelcafés und im Rahmen der Bedürfnisanalyse von Teilnehmenden des Waffelcafés getroffen wurden.

Das Angebot des Waffelcafés ist unter anderem aus der Erfahrung gegründet worden, dass die Hilfeangebote des Vereins nicht in dem Umfang nachgefragt wurden, wie es die Engagierten erwarteten. Aus der Erfahrung, „dass die alten Leute gar nicht so in Strömen kommen“ (Frau Hofmann, Zeile 147-148), sondern, dass „man [...] auch schon ein bisschen draufzugehen“ (ebd.) muss, wurde das Angebot des Waffelcafés in das Programm des Bürgerhilfevereins aufgenommen. Das Angebot folgt der Annahme, dass die Inanspruchnahme von Hilfe dann leichter fällt, wenn die potentiell Inanspruchnehmenden bereits Kontakt zu dem Verein haben, *bevor* sie Hilfe benötigen (vgl. ebd., Zeile 138-141). Der Bürgerhilfeverein informiert auf seiner Homepage über das Waffelcafé. Zudem wird regelmäßig in der kostenlosen Informationsbrochure der Gemeinde auf die Veranstaltung hingewiesen. Zusätzlich zu diesen Informationen sprechen die Engagierten gezielt Personen an, um sie zum Waffelcafé einzuladen. Dies sind jedoch nicht zufällig nur Personen, die den Engagierten bereits bekannt sind: „Man muss sie kennen. Ich meine, die, die wir da angesprochen haben, die kannte man [...]“ (vgl. ebd., Zeile: 160-161). Am Waffelcafé nehmen ausschließlich ältere Frauen teil, „der größte Teil ist Ende 70, 80 und darüber.“ (Frau Stendal, Zeile 13). Die meisten der Teilnehmenden sind nicht mehr ausreichend mobil, um den Veranstaltungsort selbstständig aufzusuchen und werden von dem Fahrdienst des Bürgerhilfevereins abgeholt (vgl. Frau Hofmann, Zeile: 107-108).

Eine weitere schon existierende Gruppe älterer Menschen, die an der Bedürfnisanalyse teilgenommen hat, war die Gruppe derjenigen, die regelmäßig mit dem sog. ‚Friedhofsbus‘ zu dem Friedhof der Gemeinde fährt. Der Friedhof liegt etwas außerhalb des Kernorts und ist bei Mobilitätseinschränkung somit weder aus dem Kernort, noch aus den umliegenden Dörfern fußläufig erreichbar. Ursprünglich wurden die Fahrten von der Gemeinde angeboten und durchgeführt, als die Gemeinde diesen Service einstellen wollte, hat sich der im Ort ansässige Bürgerhilfeverein bereit erklärt, die Fahrten zum Friedhof einmal wöchentlich zu übernehmen. Hierfür wird ihnen der Bus der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Diese Fahrten werden – wie das Angebot des Waffelcafés – ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen. Sie sind ebenfalls zwischen siebzig und achtzig Jahre alt. Sowohl die Frauen, die das Waffelcafé besuchen als auch die Frauen, die sich zum Friedhof fahren lassen, leben allein in einer Wohnung oder einem Haus, die meisten von ihnen sind verwitwet.

Die dritte Gruppe, die sich an unseren Bedürfnisanalysen beteiligt hat, waren die Mitglieder der Wandergruppe des sog. Rhönklubs. Die überwiegend älteren Mitglieder kommen regelmäßig zu Wanderungen oder geselligen Nachmittagen zusammen. Der Kontakt zu dieser Gruppe kam über einen Vereinsvorsitzenden zustande, der gleichzeitig auch im lokalen Bürgerhilfeverein Mitglied ist. An der mit dieser Gruppe durchgeführten Bedürfnisanalyse nahmen sowohl Frauen als auch Männer teil, die Altersspanne lag zwischen 65 und 95 Jahren.

3.2 Methoden: „muss binhören, was ist so deren Bedürfnis“⁵

Davon ausgehend, dass Bedürfnisse nicht in Form eines Interviews ‚abgefragt‘ werden und nicht direkt geäußert werden können, beginnt eine Analyse von Bedürfnissen damit, diese überhaupt hervorzubringen (vgl. May 2008: 51). Diese „Hervorbringungsarbeit“ (ebd.) ist mit verschiedenen Herausforderungen verbunden: Zum einen ist die Aushandlung von Bedürfnissen in der Regel nicht Bestandteil eines dialogischen Prozesses, sondern Bedürfnisse werden als vorgegeben betrachtet und somit jeglicher Diskussion entzogen. Die Interpretation von Bedürfnissen als dem *eigentlichen* Gegenstand politischer Auseinandersetzungen wird so verstellt (vgl. Fraser 1994: 223). Eine Aushandlung von Bedürfnissen kann nur dann gelingen – und das ist die zweite Herausforderung in Bezug auf die Hervorbringungsarbeit – wenn alle Bedürfnisse auch als relevante Bedürfnisse verstanden werden. Durch die oben skizzierte Trennung von gesellschaftlichen Sphären in eine öffentliche und eine private wird festgeschrieben, welche Bedürfnisse einer gesellschaftlichen Bearbeitung bedürfen. Die Trennung der privaten und der öffentlichen Sphäre wirkte sich auch auf unseren Forschungsprozess aus: So unterschieden die an der Forschung Beteiligten sehr genau, welche ihrer Bedürfnisse für unser Forschungsprojekt von Interesse sind, bzw. sein könnten und welche Bedürfnisse dagegen als ‚private‘ Bedürfnisse zu gelten haben. Vermeintlich private Bedürfnisse wurden in den Bedürfnisanalysen von anderen Teilnehmenden mitunter bewertet als ‚hier nicht hingehend‘.

Eine weitere Herausforderung bei der Hervorbringung von Bedürfnissen bezieht sich auf das Vermögen, eigene Bedürfnisse überhaupt kommunizieren zu können, so dass aus „dem bloßen Mangel ein Anspruch wird“

5 Frau Hofmann, Zeile: 340.

(Negt/Kluge 1992: 32). Für die Artikulation von Bedürfnissen bedarf es individueller und kollektiver Ausdrucksvermögen und diese sind sowohl geschlechts-, als auch schichtspezifisch unterschiedlich ausgeprägt (vgl. Herrmann 1995: 180). Mit Hilfe des Begriffes des Ausdrucksvermögens lässt sich verdeutlichen, dass es nicht ausreicht, Bedürfnisse zu haben, sondern diese auch zu einem Anspruch formuliert werden müssen (vgl. Negt/Kluge 1992: 32). Dazu wiederum braucht es nicht nur ein ausreichendes Ausdrucksvermögen, sondern einen „Artikulationsraum“ (Herrmann 1995: 172), in dem sich die Beteiligten darüber verständigen können, welche Bedürfnisse sie haben. D.h. die Beteiligten müssen die Möglichkeit haben, sich ihrer Bedürfnisse zu vergewissern und es braucht Verfahren, durch die „eine Sichtbarmachung der verdeckten Aspekte in der jeweiligen Lebensrealität der Beteiligten(gruppen) [...] erfolgen kann“ (ebd.: 181).

Methodisch konkretisierten sich diese Ansprüche in den von uns konzipierten ‚Zukunftscafés‘. Diese Methode folgt den drei Phasen einer Zukunftswerkstatt (vgl. Jungk/Müllert 1989), die mit ihrem ursprünglichen Anliegen, demokratische Prozesse hervorzubringen, in die sich alle einbringen können, einen Artikulationsraum eröffnet. Das abgewandelte Zukunftscafé wird der Alltagsorganisation und den -erfahrungen der älteren Beteiligten entsprechend in einem deutlich kürzeren Zeitraum umgesetzt und handhabt die einzelnen Phasen (Kritikphase, Utopiephase und die Verwirklichungsphase) flexibler: Da diese inhaltliche Trennung offensichtlich nicht der Kommunikationsform der Beteiligten entsprach, kam es zu spontanen lebensgeschichtlichen Narrationen, die nicht unterbrochen oder verhindert werden sollten. Aus diesen Narrationen ließen sich methodologisch Bedürfnisse rekonstruieren, allerdings gelang es zunächst nicht, den Erzählenden diese Bedürfnisse auch als solche bewusst zu machen. Die zeitliche Verkürzung der Zukunftscafés auf anderthalb bis zwei Stunden – im Gegensatz zu der ursprünglichen Konzeption, die idealerweise Werkstätten mit einer Dauer von mehreren Tagen vorsieht (vgl. ebd.: 80) – war der teilweise eingeschränkten körperlichen Belastbarkeit der zumeist hochaltrigen Teilnehmenden geschuldet (vgl. Alisch et al. 2017b: 89).

Das Zukunftscafé mit den Teilnehmenden des Waffelcafés wurde zum Termin des regelmäßig stattfindenden Waffelcafés durchgeführt. Hierdurch

konnte eine Gelegenheit geschaffen werden, die es den Teilnehmenden ermöglichte, „innerhalb ihrer Alltagsrealitäten [...] Probleme und Bedürfnisse zu artikulieren“ (ebd.: 84). Das Waffelcafé findet alle zwei Wochen statt und folgt einem relativ strukturierten Ablauf: Nachdem die Teilnehmenden angekommen sind, wird zunächst entweder gespielt, gesungen oder erzählt, daran anschließend werden Waffeln gegessen und nach ca. zwei Stunden wird die Veranstaltung beendet. Die Veranstaltung, innerhalb der wir unsere Forschungswerkstatt durchführten, unterschied sich insofern, dass wir als wissenschaftlich Mitarbeitende an dem Waffelcafé teilnahmen und eine Diskussion über die Herausforderungen des Älterwerdens in dieser ländlichen Gemeinde initiierten. Daran anschließend wurde das Gespräch nur wenig gesteuert. Die Beteiligten hatten die Gelegenheit, das anzusprechen, was sie bewegte. Die Gespräche wurden mit mehreren Aufnahmegegeräten aufgezeichnet. Dieses Vorgehen war dem Umstand geschuldet, dass es bei Gesprächen mit mehreren Beteiligten mitunter zur Eröffnung „*diskursive[r] Nebenräume*“ kommt (Ritter/Buchner-Fuhs 2017: 133 Hervorhebung im Original). Dabei handelt es sich nach Ritter und Buchner-Fuhs um Nebengespräche, die es auch jenen Beteiligten ermöglichen ihre Perspektive einzubringen, die sich in einer größeren Runde dies nicht (zu)trauen, oder aber deren Thematisierungen keinen Anklang in der Gruppe finden. Für den Fall, dass es nicht gelingen sollte, diese Äußerungen „aus dem Nebengespräch [...] in den diskursiven Hauptraum zu transportieren“ (ebd.: S. 134), wurden auch sie aufgezeichnet, damit diese Perspektiven nicht verloren gingen. Ähnlich gingen wir im Zukunftscfé mit denjenigen vor, die regelmäßig mit dem Bus zum Friedhof fahren: Hier haben wir das Zukunftscfé im Anschluss an einen Besuch auf dem Friedhof durchgeführt. Auch wenn diese Situation für die Gruppe keine alltägliche darstellte, war es doch insofern eine vertraute, als sich die Gruppe bereits kannte und auch der Ort – der Vereinsraum des Bürgerhilfevereins – für sie kein unbekannter war.

Die Bedürfnisanalyse mit den Teilnehmenden des Rhönklubs war eingebettet in den Ausklang einer Wanderung der Gruppe bei Kaffee und Kuchen. An drei Thementischen wurde jeweils eine Phase einer Zukunftswerkstatt abgebildet und mit einer Eingangsfrage durch eine Moderator*in ein Gesprächsstimulus gesetzt. Den Teilnehmenden standen – ähnlich wie in der Methode des World-Cafés – auf den Tischen ausge-

legte Wallpaper und Stifte zur Verfügung, um für sie wichtige Gesprächsinhalte oder Ergebnisse festzuhalten. Die Gruppen rotierten mehrmals an den Tischen, so dass alle Teilnehmenden die Gelegenheit hatten, sich zu jeder Phase zu äußern.

4. „Wer ist arm dran, wer ist nicht arm dran?“ Diskussion und Fazit

Wenn die eingangs ausgeführten Perspektiven zu sozialer Benachteiligung zugrunde gelegt werden, dann handelt es sich bei den Teilnehmenden der Bedürfnisanalysen – wenn auch nicht ausschließlich – um Personen, die sozial benachteiligt sind: Es handelt sich zunächst – und dieser Aspekt ist am offensichtlichsten – um ältere, hauptsächlich hochalt-rige Personen, die bereits gesundheitlich eingeschränkt sind. Zudem handelt es sich vorwiegend um Frauen, denen in ihren Lebensverläufen reproduktive Tätigkeiten zugewiesen wurden und die hierdurch im Alter materiell und auch sozial als benachteiligt gelten. Darüber hinaus sind sie insofern sozial benachteiligt, als ihre Lebensentwürfe klassischerweise denen entsprechen, die von Herrmann als „*verdeckte* und *entwertete* Momente weiblicher Lebensrealität“ (Herrmann 1995: 171 Hervorhebung im Original) problematisiert werden. Sie sind auf die private Sphäre verwiesen, wodurch Themen, die in ihrem Leben zentrale Themen darstellen, keine Öffentlichkeit erlangen und so keinen Eingang in gesellschaftliche Diskurse finden. Diesen Formen von sozialer Benachteiligung konnte mit den im Forschungsprojekt BUSLAR gewählten Zugängen und Methoden begegnet werden: Durch die gewählten Methoden und deren Anpassung an die Kommunikationsgewohnheiten der Beteiligten konnte ein Raum geschaffen werden, in dem sich die Beteiligten ihrer Bedürfnisse vergewissern konnten. Hierdurch wurde es möglich, vermeintlich individuelle und private Problemlagen als kollektive Problemlagen zu identifizieren, was im weiteren Prozess in einer Transformation dieser Problemlagen in sozialpolitische bzw. gesellschaftliche Problemlagen münden könnte. Zudem konnten sozial benachteiligte Personen erreicht werden, indem die Zukunftscafés thematisch auf Lebensqualität im Alter gerichtet und offen für alle waren, die sich hierfür grundsätzlich interessieren: So konnten bei dem Zukunftscafé mit den Wandernden des

6 Frau Miko, Zeile: 567.

Röhnkclubs ältere Menschen erreicht werden, ohne dass sie sich als sozial benachteiligt, arm oder hilfebedürftig ‚identifizieren‘ mussten.

Die von uns entwickelten Methoden erwiesen sich als geeignet, um sozial benachteiligte Personen und ihre Bedürfnisse zu erreichen und um privatisierten und verdeckten Themen eine Öffentlichkeit zu verschaffen. Allerdings konnten keineswegs alle Formen sozialer Benachteiligung abgebildet werden: Wenn soziale Benachteiligung aus intersektionaler Perspektive betrachtet wird, müssen zusätzlich zu strukturellen Merkmalen sozialer Ungleichheit auch symbolische Repräsentationen und Prozesse zur Identitätsbildung berücksichtigt werden. Hieran ließen sich Momente des Ausschlusses erkennen und es ist davon auszugehen, dass Ältere, deren Lebenssituation von Einsamkeit geprägt ist, die eben nicht an den schon bestehenden Aktivitäten in den ländlichen Gemeinden teilhaben, auch von uns nicht erreicht wurden.

Dass an den Zukunftscafés mit den Gästen des Waffelcafés und den Nutzerinnen des Friedhofbusses ausschließlich Frauen teilnahmen, bedeutet nicht, dass Männer – qua Geschlecht – kein Bedürfnis nach entsprechender Gemeinschaft hätten. Es kommt durchaus vor – mitunter ungeplant und eher zufällig – dass ein Mann ins Waffelcafé kommt:

„Also Männer... einmal lief einer hier draußen hin und her und wir haben ihn gefragt, ob er nicht reinkommen wollte. Das hat ihm gut gefallen. [...] Er hatte einen Spaß, hat mit Waffeln gegessen [...]“ (Frau Stendal, Zeile: 120-124)

Und obwohl die teilnehmenden Männer berichten, dass ihnen die Veranstaltung gefallen habe, „spürt man einfach“, so Frau Junger, eine der Engagierten, die das Waffelcafé anbieten, „irgendwo ist eine Hemmschwelle da, dass sie sagen, komme ich nicht mehr“ (Frau Junger, Zeile: 145-147). Sie nimmt an, dass sich ein Mann allein unter Frauen nicht wohlfühlt und, dass sie deshalb jeweils nur einmal kommen (vgl. ebd., Zeile: 126). Männer können dann an solchen von den Frauen schon angeeigneten sozialen Räumen teilhaben, wenn sie entweder ‚etwas zu tun haben‘, also z.B. einen Beitrag leisten (z.B. Akkordeon spielen) oder wenn mit ihnen noch weitere Männer teilnehmen (vgl. Rubin 2018: 207ff.).

Aus intersektionaler Perspektive lassen sich hier symbolische Repräsentationen analysieren: Die Kategorie Geschlecht hat insofern eine besondere Bedeutung für die Gesellschaft, als sie aufgrund ihrer Naturalisierung nicht hinterfragbar ist (vgl. Winker/Degele 2010: 55f.). Bei dieser Kategorie „handelt es sich vermutlich um den härtesten Stabilitätskern des Alltagswissens“ (ebd.: 57). So scheint die Teilnahme von Männern an diesen Veranstaltungen aufgrund ihres Geschlechtes nicht möglich und das unabhängig davon, ob sie thematisch interessiert sind und/oder die Veranstaltungen ihren Bedürfnissen entsprechen. So passt es scheinbar nicht zu den Stereotypen darüber, welche Interessen Frauen und Männern haben, wenn ein Mann regelmäßig und geplant zu einem Kaffeetrinken geht, an dem ansonsten nur Frauen teilnehmen. Er hat hier den Stellenwert eines ‚Exoten‘ (vgl. Frau Wedepohl, Zeile: 176). Diese Kategorisierung erfolgt aufgrund der Unterscheidung des eigenen Selbst von dem Anderen. Dies geschieht in Bezug auf das Geschlecht und in diesem Fall auf der Grundlage von Naturalisierungen. Wäre es im Rahmen des Forschungsprozesses gelungen, solche Lernprozesse zu initiieren, die es den an der Forschung Beteiligten – und hier insbesondere den Engagierten in den Bürgerhilfevereinen – ermöglicht hätten, die Kategorie Geschlecht als soziale Konstruktion zu verstehen, dann wäre es vielleicht auch für Männer möglich geworden, an den Geselligkeitsangeboten der Bürgerhilfevereine teilzunehmen; und das nicht aufgrund ihres Geschlechtes, sondern aufgrund geteilter thematischer Interessen.

Durch symbolische Repräsentationen und Prozesse der Identitätskonstruktion sind Männer von einer Teilnahme an den Angeboten zur Gemeinschaftsbildung (nicht nur des Waffelcafés) nahezu ausgeschlossen. Das bedeutet in Bezug auf unsere Forschungswerkstätten, dass es (mindestens) eine Gruppe von Personen gibt, die als sozial benachteiligte Personen – weil auch sie möglicherweise Interessen und Bedürfnisse haben, die nicht Gegenstand eines gesellschaftlichen Diskurses sind – nicht an den Forschungswerkstätten teilgenommen haben und teilnehmen konnten. Zudem ist im Anschluss an unsere Forschungswerkstätten fraglich, in wie fern es gelingen kann, hochaltrige und gesundheitlich eingeschränkte Personen bei der Artikulation von Bedürfnissen in ein „zielgerichtetes, tätiges ‚Wollen‘ [...] oder in politisch identifizierbare ‚Ansprüche‘“ (May 2008: 52) zu unterstützen und ihnen darüber hinaus eine partizipative Projektentwicklung im Sozialraum zu ermöglichen.

Literatur

- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Rubin, Yvonne/ Glaser, Roger (2017a): Miteinander, Füreinander, für Andere? Selbstorganisierte Unterstützung für Ältere in ländlichen Räumen. In: Alisch, M. et al. (Hrsg.): *Alter(n) und Soziale Nachhaltigkeit. Interdisziplinäre Zugänge zu den Herausforderungen alternder Gesellschaften. Gesellschaft und Nachhaltigkeit*, Band 5. Kassel: Kassel University Press, S. 173–191.
- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Glaser, Roger/ Rubin, Yvonne (2017b): Partizipative Sozialraumforschung und das Verhältnis von Wissenschaft und Praxis in der Forschung mit freiwillig Engagierten. In: Alisch, M./May, M. (Hrsg.): *Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Beiträge zur Sozialraumforschung*, Band 15. Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Budrich Barbara, S. 81–102.
- Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Boos-Krüger/ Annegret/ Schönberger, Christine/ Glaser, Roger/ Rubin, Yvonne/ Solf-Leipold, Barbara (2018): „Irgendwann brauch' ich dann auch Hilfe ...!“. Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen. *Beiträge zur Sozialraumforschung*, Band 17. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Alisch, Monika/Hofmann, Patricia (2015): Dabeisein ist eben nicht alles - Partizipationsrealitäten von Projektverantwortlichen und Projektnutzenden. In: Alisch, M. (Hrsg.): *Sozialraum und Governance. Handeln und Aushandeln in der Sozialraumentwicklung. Beiträge zur Sozialraumforschung*, Band 12. Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 157–177.
- Alisch, Monika/Kümpers, Susanne (2015): Soziale Ungleichheiten in der alternenden Gesellschaft - Ein Überblick relevanter Themen und Befunde. In: *Informationsdienst Altersfragen* 42, 5, S. 3–11.
- Ammann, Eva Soom/Gross, Corina Salis (2011): Alt und schwer erreichbar. „Best Practice Gesundheitsförderung im Alter“ bei benachteiligten Gruppen. München: Akademische Verlagsgemeinschaft München.
- Aner, Kirsten/Köster, Dietmar (2016): Partizipation älterer Menschen – Kritisch gerontologische Anmerkungen. In: Naegele, G./Olbermann, E./Kuhlmann, A. (Hrsg.): *Teilhabe im Alter gestalten. Aktuelle Themen der Sozialen Gerontologie. Dortmunder Beiträge zur Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 465–483.
- Arnstein, Sherry P. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: *Journal of the American Planning Association* 35, 4, S. 216–242.

- Backes, Gertrud M. (2010): Alter(n): Ein kaum entdecktes Arbeitsfeld der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Becker, R./Kortendiek, B. (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. 3., erw. und durchges. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage, Wiesbaden, S. 455–460.
- Clement, Ute et al. (2010): Einleitung: Public Governance und schwache Interessen. In: Clement, U. et al. (Hrsg.): Public Governance und schwache Interessen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–25.
- Fraser, Nancy (1994): Widerspenstige Praktiken. Macht Diskurs Geschlecht. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Herrmann, Franz (1995): »Gelingende Partizipation« als kollektiver Lernprozeß. Annäherungen an ein komplexes Thema. In: Bolay, E./Herrmann, F. (Hrsg.): Jugendhilfeplanung als politischer Prozeß. Beiträge zu einer Theorie sozialer Planung im kommunalen Raum. Neuwied, Kriftel, Berlin: Luchterhand, S. 143–189.
- Jungk, Robert/Müllert, Norbert R. (1989): Zukunftswerkstätten: mit Phantasie gegen Routine und Resignation. 3. Aufl. München: Wilhelm Heyne Verlag.
- Kümpers, Susanne/Alisch, Monika (2018): Ungleichheiten des Alter(n)s in sozialräumlicher Perspektive. In: Bleck, C./van Rießen, A./Knopp, R. (Hrsg.): Alter und Pflege im Sozialraum. Theoretische Erwartungen und empirische Bewertungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 53–68.
- Kümpers, Susanne/Kühnemund, Christina/Nemelka, Miguel (2017): Partizipative Gesundheitsförderung für und mit älteren Menschen in der Kommune - Das Forschungsprojekt „Age4Health - Gesunde Stadtteile für Ältere“. In: Alisch, M. et al. (Hrsg.): Alter(n) und Soziale Nachhaltigkeit. Interdisziplinäre Zugänge zu den Herausforderungen alternder Gesellschaften. Gesellschaft und Nachhaltigkeit, Band 5. Kassel: Kassel University Press, S. 59–79.
- May, Michael (2008): Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum. In: May, M./Alisch, M. (Hrsg.): Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländlichen und urbanen sozialen Räumen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 2. Opladen: Budrich, S. 45–64.
- Moser, Michaela (2016): Loslassen, unterstützen, kollaborieren! Macht und Partizipation in der Sozialen Arbeit aus Unterstützer*innen-Perspektive. In: Erkingler, J./Richter, V./Schmid, T. (Hrsg.): Aufbruch/Ausbruch: Baustellen der Gleichstellung. Sozialpädagogik, Band 28. Wien, Münster: LIT Verlag, S. 129–138.
- Negt, Oskar/Kluge, Alexander (1992): Maßverhältnisse des Politischen. 15 Vorschläge zum Unterscheidungsvermögen. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

- Ritter, Martina/Buchner-Fuhs, Jutta (2017): Diskursive Zukunftsräume, Fotografie und Photovoice- Werkstattmethoden in der partizipativen Sozialplanung mit Heranwachsenden. In: Alisch, M./May, M. (Hrsg.): Methoden der Praxisforschung im Sozialraum. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 15. Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Budrich Barbara, S. 123–147.
- Rubin, Yvonne (2018): Freiwilliges Engagement in ‚sorgenden Gemeinschaften‘. Eine geschlechterkritische Analyse ehrenamtlicher Care-Arbeit für ältere Menschen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 19. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Statistisches Bundesamt (2015): Zeitverwendungserhebung. Aktivitäten in Stunden und Minuten für ausgewählte Personengruppen. Zeitverwendung 2012/2013. Wiesbaden.
- Walgenbach, Katharina (2017): Heterogenität - Intersektionalität - Diversity in der Erziehungswissenschaft. 2., durchges. Aufl. Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina (2010): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. 2., unveränd. Aufl. Bielefeld: Transcript-Verlag.

Kommunale Partizipationsmöglichkeiten benachteiligter älterer Menschen im ländlichen Raum – das Beispiel des Forschungsprojektes „Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere“

Christina Kühnemund, Susanne Kümpers¹

1. Einleitung

Die unmittelbare Wohnumgebung älterer Menschen – sei es das Dorf, oder der Stadtteil bzw. das Wohnquartier – ist ein wichtiger (Sozial-)Raum, insbesondere für ältere Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen und/oder geringen finanziellen Ressourcen. Auf der kommunalen Ebene bzw. vor Ort konkretisieren und spezifizieren sich Veränderungen in den Lebenslagen Älterer; dort werden u. a. demografische und soziale Veränderungen sichtbar und vielfältige Handlungs- und Entwicklungspotenziale (vgl. u. a. Deutscher Bundestag 2016) finden sich. Die bedeutsame Rolle der Kommune „als wichtigste Gewährleistungseinheit der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wohnumfeld“ (ebd.: 20) wird im Siebten Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Titel „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ in unterschiedlichster Weise betont. So trägt unter anderem „[d]er Ort, an dem ein Mensch altert, [...] entscheidend dazu bei, wie er altert“ (Beetz et al. 2009: 9).

Kommunen und lokale Akteure können durch sog. Settingansätze auf sehr vielfältige und unterschiedliche Art mit dazu beitragen, dass Menschen in ihrer Wohnumgebung gesund und mit hoher Lebensqualität älter werden.

1 Wir danken Katja Eggert (Stadt Witzenhausen) und Herbert Holz (ehemalig Seniorenrat Witzenhausen) für die Unterstützung bei der Vorbereitung des Tagungsbeitrags und für das Gegenlesen dieses Artikels.

Prävention und Gesundheitsförderung für ältere Menschen im Stadtteil/Wohnquartier sind komplexe Querschnittsthemen, die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Gesundheitsförderliche Ansätze und Strategien, die die Lebenswelt(en) älterer Menschen und deren Gestaltung durch sie selbst in den Blick nehmen, sind vielerorts noch nicht selbstverständlich, weil Ressourcen auf kommunaler Ebene (bspw. bezogen auf Ausstattung, Kontinuität etc.) begrenzt sind und damit die Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Bei beschränkten Ressourcen fokussieren sich notwendigerweise die kommunalen Aktivitäten auf die Umsetzung der sog. „Pflichtaufgaben“.

Hinzu kommt, dass Maßnahmen der Gesundheitsförderung für ältere Menschen oft nur bestimmte Gruppen (eher Frauen sowie Personen aus der Mittelschicht) erreichen und sich häufig auf die ‚klassischen‘ (Verhaltens-)Bereiche Ernährung und Bewegung beschränken. Programme der Prävention und Gesundheitsförderung erreichen insbesondere Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen nur schlecht. Das damit verbundene sog. „Präventionsdilemma“ besteht darin, dass aber gerade diejenigen Gruppen, die von Präventions- und Gesundheitsförderungsangeboten am meisten profitieren könnten, am schwersten zu erreichen sind (vgl. Hurlmann et al. 2014; Wright 2010 b).

Im internationalen Vergleich² sind im deutschsprachigen Raum Erkenntnisse, wie lebensweltbezogene Gesundheitsförderungsstrategien partizipativ mit älteren Menschen im Wohnquartier/Stadtteil entwickelt werden können, bislang rar (vgl. Arbeitskreis Kritische Gerontologie der DGGG; Aner 2016).

2 So verfolgt bspw. die Initiative „Age-Friendly Cities and Communities“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Ziel, die „Altersfreundlichkeit“ von Städten zu fördern (vgl. u. a. World Health Organisation 2007; Buffel et al. 2018; Greenfield et al. 2015; Scharlach/ Lehning 2013). Partizipation älterer Menschen in diesem Kontext ist laut Warth zum einen auf die Zielsetzung und zum anderen auf den Prozess bezogen: „The participation of older people is both the goal of age-friendly environments and important in the process of creating them. A participatory approach helps to ensure that interventions meet the needs and expectations of citizens, but also to foster ownership.“ (Warth 2016: 40).

Das partizipative Forschungsprojekt „Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere“ untersucht und fördert gemeinsam mit Kooperationspartner*innen sowie professionellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren und Zielgruppen in zwei hessischen Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten für gelingende Beteiligung Älterer – insbesondere auch in schwierigen Lebenslagen – im Stadtteil (Fallstudie Kassel-Bettenhausen) sowie im ländlichen Raum (Fallstudie Witzenhausen) – und damit die Entwicklung von inklusiven und gesundheitsförderlichen Quartieren/ Nachbarschaften (vgl. Kümpers et al. 2017). Das Forschungsprojekt ist ein Teilprojekt des Forschungsverbundes für gesunde Kommunen (PartKommPlus)³, der mit verschiedenen Teilprojekten anhand unterschiedlicher Zielgruppen und Themen partizipative Forschungsmethoden für kommunale Gesundheitsförderung weiter entwickeln will (vgl. Kümpers et al. 2017).

Anhand der Fallstudie des Forschungsprojektes, die im ländlichen Raum (Stadt Witzenhausen im Werra-Meißner-Kreis) angesiedelt ist, wird exemplarisch dargestellt, wie kommunale Partizipationsmöglichkeiten und -prozesse für und mit älteren Menschen – insbesondere derer in schwierigen Lebenslagen – gefördert, begleitet und (mit-)gestaltet werden können. Zuvor werden einige allgemeine Aspekte als Hintergrund ‚schlaglichtartig‘ in den Blick genommen: Alter(n) in ländlichen Räumen bzw. (sozial-)räumliche Perspektiven sowie die Bedeutung von Partizipation und sozialer Teilhabe im Zusammenhang mit sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit im Alter werden im Folgenden kurz angesprochen. Anschließend werden Partizipationsaspekte und methodische Gesichtspunkte der Partizipativen Gesundheitsforschung (PGF) thematisiert.

3 „Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere“ wird als Teilprojekt des Forschungsverbundes für gesunde Kommunen (PartKommPlus) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms „Präventionsforschung“ für eine Laufzeit von insgesamt sechs Jahren gefördert (1. Förderphase: 01.02.2015-31.01.2018, Förderkennzeichen: 01EL1423G; 2. Förderphase: 01.02.2018-31.01.2021, Förderkennzeichen: 01EL1823G). Der Forschungsverbund PartKommPlus untersucht mit dem Ansatz der Partizipativen Gesundheitsforschung, wie integrierte kommunale Strategien der Gesundheitsförderung erfolgreich entwickelt und umgesetzt werden können (vgl. PartKommPlus o. J.; Kümpers et al. 2017).

2. Alter(n) im ländlichen Raum

Mit dem Thema „Alter(n) auf dem Land“ sind oftmals noch viele stereotype Vorstellungen und Bilder verbunden, wie bspw. das des idyllischen (Dorf-)Lebens in grünen und intakten Landschaften. Oder es existieren umgekehrt eher defizitorientierte Wahrnehmungen und Beschreibungen des Alter(n)s in ländlichen Räumen.

Alter(n) und die damit verbundenen Prozesse sind allerdings heterogen und verlaufen regional und lokal unterschiedlich. Die (räumlichen) Lebensbedingungen, Lebensstile und Ansprüche sind vielfältig und differieren. Dabei sind die mit dem Alter(n) korrelierenden Chancen und Risiken regional sehr unterschiedlich verteilt (vgl. bspw. Beetz et al. 2009; Deutscher Bundestag 2016). Mit dem ländlichen Raum ist eine „spezifische Sozialwelt“ (Schweppe 2005: 8) verbunden, die im Vergleich zu städtischen Gebieten „kulturell bedingte Besonderheiten“ (ebd.: 12) aufweist. Zum einen kennzeichnet ländliche Regionen bspw. eine soziale Überschaubarkeit, die zum anderen aber auch eine Kehrseite haben kann, nämlich soziale Kontrolle. Diese kann in Verbindung mit normativen Haltungen bspw. die Annahme von professionellen Hilfen (z. B. in Situationen von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit) erschweren.

Demografischer und sozialer (Struktur-)Wandel verändern auch die Dörfer und die dortigen Gemeinschaften. Beetz (2015) konstatiert, dass „[d]er Begriff Land [...] immer im Zusammenhang mit bestimmten räumlichen Vorstellungen und sozialen Ordnungen [steht]“ und „[d]as Leben auf dem Land [...] vielfältig ist“ (ebd. 2015: 7).

Die verschiedenen Lebenssituationen und -bedingungen älterer Menschen im ländlichen Raum „sind seit Jahrzehnten Gegenstand der sozialgerontologischen Forschung“ (Fachinger/ Künemund 2015: 9). Wahl (2015) weist allerdings bzgl. des Themas des „ländlichen Alterns in der Sozialen Gerontologie“ auf die „bedeutsamen Forschungspotenziale, deren Befunde auch dazu beitragen können, die Situation der älteren Menschen vor Ort zu verbessern“ (ebd.: 21) hin, und dass die „Gerontologie [...] über

sehr weite Strecken eine Gerontologie des urbanen Lebens im Alter [war und ist].“ (ebd.: 17).⁴

Studienergebnisse bezogen auf die subjektive Gesundheit, die Lebenszufriedenheit, soziale Netzwerke, das Ehrenamt und soziale Teilhabe der 65- bis 85-Jährigen in strukturschwachen Kreisregionen fallen schlechter als im Bundesdurchschnitt aus (Simonson et al. 2013; Wiest et al. 2015). Die Perspektive der (benachteiligten, gebrechlichen) alten Menschen auf dem Land ist wenig untersucht (vgl. Heusinger 2012).

Aber nicht allein von der individuellen Lebenssituation einer Person hängt es ab, wie und wie alt Menschen werden, „[...] sondern auch davon, *wo* sie alt wird. Räumliche Gegebenheiten und Infrastrukturen des Umfelds bilden Gelegenheits- (oder Barriere-)Strukturen und beeinflussen die Handlungsspielräume und Verwirklichungschancen von Menschen, die in diesen Räumen leben.“ (Deutscher Bundestag 2016: 106 f.). In peripheren ländlichen Gebieten sind die Kommunen unter anderem mit einer zunehmenden Abwanderung von jungen Menschen sowie der Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung konfrontiert. Insbesondere die lokalen Infrastruktureinrichtungen auszulasten und auch zu erhalten, wird dadurch (zunehmend) schwieriger. Die wohnortnahe Versorgungs- und Infrastruktur u. a. in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Palliativversorgung und Sterbebegleitung sowie für Mobilität, Wohnen, Beratung und Teilhabe ist oftmals unzureichend. Dabei ist diese Versorgungsqualität wie auch das Wohnumfeld für eine selbstständige und selbstbestimmte Lebensführung und Teilhabe im Alter mitentscheidend. Insbesondere leicht zugängliche

4 Fachinger und Künemund stellen hinsichtlich der Stadt-Land-Vergleiche fest, dass die „Erkenntnis- und Befundlage noch nicht überzeugen kann, gerade auch in Anbetracht der inzwischen verfügbaren Daten“ (2015: 9). Trotz vieler Einzeluntersuchungen (bzgl. Übersicht vgl. Scherger et al. 2004) wurde von vielen Autor*innen betont, dass das Thema des Alterns im ländlichen Raum – auch im Vergleich zum urbanen Raum – zu wenig in den Blick genommen werde und es an repräsentativen Daten fehle. Repräsentative Längsschnittanalysen sind inzwischen durch den Deutschen Alterssurvey (DEAS) möglich (vgl. Motel-Klingebiel et al. 2010). Im Siebten Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland widmet sich ein Kapitel der detaillierten Beschreibung der regionalen Disparitäten und der Lebenssituation älterer Menschen in Deutschland auf Ebene der (Land-)Kreise und kreisfreien Städte (vgl. Deutscher Bundestag 2016).

Angebote im Bereich der Mobilität spielen im ländlichen Raum eine zentrale Rolle, wenn in kleinen Orten die notwendige Infrastruktur nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Kommunale (sozial-)räumliche Gestaltungskonzepte für die lokalen Strukturen und Angebote im ländlichen Raum müssen sich folglich auf kleinräumige Gebiete, wie bspw. das Dorf, beziehen.

Im Hinblick auf soziale Ungleichheiten weist Beetz darauf hin, dass:

„[i]nsbesondere für Menschen mit Benachteiligungen [...] sich in peripherisierten Gebieten die Lebenslagen [verschärfen]. Bestimmte Gemeinschaftsgüter wie Bildungs- und Gesundheitsangebote, die nicht, eingeschränkt oder in verminderter Qualität vorhanden sind, betreffen im Wesentlichen alle Bewohner/innen. Doch die Teilhabechancen sind wiederum individuell gebrochen, denn diejenigen, die z.B. weniger (auto-)mobil, stärker auf öffentliche Angebote angewiesen oder schlechter regional und überregional vernetzt sind, sind v.a. auf die Bedingungen angewiesen. Ihre Lebenschancen werden in besonderem Maße durch die lokalen »Ortseffekte« (Bourdieu) bestimmt, räumliche Ungleichheiten können tendenziell weniger ausgeglichen werden. [...] Die Bedeutung von Mobilität für räumlich verstandene Gerechtigkeitsfragen ist nicht zu unterschätzen: Was heißt es, Orte nicht verlassen zu können?“ (Beetz 2015: 12)

Bezogen auf sozialraumorientiertes Arbeiten im ländlichen Raum bemerkt Pantucek, dass:

„[di]e Arbeit in peripheren Regionen [...] einerseits den Rückgriff auf [...] die Gemeinschaft des Dorfes [ermöglicht], andererseits ist sie auch mit der Enge – nicht nur der Organisation, sondern auch der kleinen und überschaubaren Gemeinschaft – konfrontiert. Diese sowohl zu nutzen, als auch tendenziell zu überschreiten, das ist die Kunst sozialraumorientierten Arbeitens im ländlichen Raum.“ (Pantucek 2009: 51)

Dabei stellt auch im ländlichen Raum die Kommune, bzw. das Wohnumfeld (bspw. das Dorf) als Lebenswelt älterer Menschen das Setting dar, an das Gesundheitsförderungs- und Teilhabeangebote anknüpfen können.

3. Soziale und gesundheitliche Ungleichheit im Alter

Zwischen Menschen mit unterschiedlichem sozioökonomischem Status (SES) sind gesundheitliche Unterschiede bis ins hohe Alter mehrfach belegt. Die durchschnittliche Lebenserwartung sinkt mit niedrigerem Einkommen und/oder Bildungsstatus, chronische Erkrankungen treten früher auf (vgl. Lampert, Kroll/ Dunkelberg 2007; Leopold/ Engelhardt 2011). Auch mit Merkmalen „horizontaler Ungleichheit“, wie bspw. Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, resp. Migrationshintergrund sind gesundheitliche Unterschiede verbunden. Diese können einerseits mit langfristigen kumulativen Belastungen im Lebens(ver)lauf, andererseits mit Effekten der Lebenslagen und Lebensstile im Alter erklärt werden (vgl. Dragano/ Siegrist 2009). Allerdings moderieren ebenfalls (sozial-)räumliche Faktoren zwischen Status und Gesundheit und markieren auch unabhängige Gesundheitseffekte in der Gruppe älterer Menschen (Breeze et al. 2005; Yen, Michael/ Perdue 2009).

Die heutigen Älteren sind durchschnittlich gesehen gesünder als die in früheren Kohorten; von den positiven Entwicklungen haben untere Schichten allerdings merklich weniger profitiert. Die – auch gesundheitsbezogenen – Folgen des Lebens(ver)laufs wirken sich mit auf die Lebenssituation im Alter aus. Dennoch kann die gesundheitliche Lage im Alter weiterhin positiv beeinflusst werden, indem bspw. die Lebenssituation und -weisen verändert werden.

4. Partizipation und Partizipative Methoden in der Gesundheitsforschung

»Die Idee der Bürgerbeteiligung ist ein bisschen wie Spinat essen; niemand hat etwas dagegen, weil es im Prinzip gut für einen ist.« (Arnstein 1969: 216)

Partizipation (Spätlateinisch „participatio“) bedeutet der Wortherkunft nach „Teilhaben“, „Teilnehmen“ oder „Beteiligt sein“. Über die Wirkungen der Partizipation ist damit allerdings noch nichts gesagt. Der Begriff der Partizipation ist für Partizipative Forschungsansätze von zentraler Bedeutung und „[...] bezieht sich sowohl auf die Teilhabe von gesellschaftlichen Akteuren an Forschung als auch auf Teilhabe an der Gesellschaft. Ein grundlegendes Anliegen der partizipativen Forschung ist es, durch Teilhabe an Forschung mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen“ (von Unger 2014: 1).

Partizipative Forschung, die in der Tradition der Aktionsforschung steht, ist somit wertebasiert und hat zum Ziel, Veränderungen zu bewirken. Bergold und Thomas (2012, Abs. 1) definieren Partizipative Forschung/Methodik als einen „Forschungsstil“, der sich im Forschungshandeln in Form „[...] einer Vielzahl partizipativer *Forschungsstrategien*“ [Hervorh. i. O.] umsetzt.

Partizipative Gesundheitsforschung (PGF) im Speziellen ist ein Forschungsansatz, der „Partizipation zum Leitprinzip des Forschungsprozesses“ macht (Wright 2013: 122) und umfassende Beteiligung der Menschen, deren Lebensverhältnisse oder Arbeitsweisen erforscht werden, anstrebt. Es wird nicht *an*, sondern *mit* den Menschen in einem gemeinsamen Prozess auf Augenhöhe in einem spezifischen lokalen Kontext geforscht und zusammengearbeitet. Es geht dabei nicht „nur“ um Teilnehmen, sondern um aktive Teilhabe aller Beteiligten⁵ als *Co-Forscher*innen* („Peer Research“) am Forschungsprozess – also um das Mitgestalten und Mitentscheiden, um Erkenntnisse zu gewinnen, die zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituationen beitragen können und sollen.

5 Zu den „Beteiligten“ gehören u. a. Bürger*innen, professionelle und zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort sowie Wissenschaftler*innen.

Die Partizipation soll dabei den gesamten Forschungsprozess umfassen, von der Entwicklung und Formulierung der Forschungsfrage(n)/-ziele, über die Forschungsdesignentwicklung, die Auswahl der Methoden der Datenerhebung und -auswertung, die Wahl der Handlungsstrategien und lokalen Interventionen sowie deren Durchführung bis hin zur Darstellung und Verwertung der Forschungsergebnisse (vgl. u. a. Springett, Wright/Roche 2011; Wright 2013). PGF ist immer ein kollektiver Forschungsprozess und PGF-Projekte sind „Eigentum aller Beteiligten“ (vgl. Wright 2013: 125). Die Gleichzeitigkeit von Erkenntnisgenerierung und Veränderung sowie die umfassende Partizipation aller Beteiligten unterscheidet PGF von anderen Formen sozialwissenschaftlicher Gesundheitsforschung (vgl. Bär 2013). Dabei ist „Partizipation [...] keine Entweder/Oder-Option, sondern ein Entwicklungsprozess, der je nach den Praxisbedingungen im Projekt und den Lebensbedingungen der Zielgruppe unterschiedlich realisierbar ist“ (Wright et al. 2013: 152). Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen Forschern und „Beforschten“ sind – anders als in klassischen qualitativen Forschungsdesigns – in partizipativen Projekten weniger klar definiert und abgegrenzt.

„Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Durchlaufen eines leeren Rituals der Partizipation und dem Verfügen über die Macht, die man braucht, um die Ergebnisse des Prozesses zu beeinflussen“ (Arnstein 1969: 216)

Beteiligung in und an den Forschungsprozessen kann verschiedene Formen annehmen und fluktuieren. Um *unterschiedliche Formen und Stufen der Beteiligung* veranschaulichen zu können, wurden mehrere Konzepte, bzw. *Stufenmodelle der Partizipation* entwickelt, die als Beurteilungsmaßstab dienen können.⁶ Das von Wright et al. in Anlehnung an Sherry Arnstein (1969) und die Arbeiten anderer Wissenschaftler*innen entwickelte Stufenmodell ermöglicht eine nähere Beschreibung partizipativer Prozesse in der Gesundheitsförderung und Prävention auf der Projektebene⁷ (vgl. u. a. Wright 2010 a; Wright et al. 2013; von Unger 2014).

6 Bezüglich eines Überblicks sei auf Cook (2012) und von Unger (2012) verwiesen.

7 Das Stufenmodell reicht von der ersten Stufe („Information“) bis zum höchsten Partizipationsgrad („Selbstverwaltung/ Selbstorganisation“).

Das innerhalb von PGF-Prozessen entstehende Wissen ist „koproduziert, dialogisch und multiperspektivisch“ und „Lernen und Forschen [sind] untrennbar verbunden.“ (Wright 2013: 128) Qua Definition kann PGF „an der Schnittstelle zwischen Praxis und Forschung verortet werden“ (vgl. Wright et al. 2013: 148).

Partizipative (Gesundheits-)Forschung mit älteren Menschen ist im internationalen Bereich etwas verbreiteter als bislang im deutschsprachigen Raum (vgl. bspw. Heusinger/ Kammerer 2011; Kollwe 2015). Buffel (2018 a: 52 f.) weist darauf hin, dass Partizipative Forschungsprojekte, die ältere Menschen mit einbeziehen, im Vergleich zu anderen Nutzer*innengruppen, sich erst langsam entwickeln. Es existieren aber bereits einige Studien und Projekte, die ältere Menschen als Co-Forscher*innen auf unterschiedliche Weise innerhalb des Forschungsprozesses einbezogen haben (bspw. Bindels et al. 2013; Littlechild et al. 2015; Ward/ Gahagan 2012; Buffel 2018 a; Buffel 2018 b) – davon sind einige in gesundheitsbezogenen Themenbereichen angesiedelt. Einige Arbeiten/ Studien zeigen auf, ob und wie Co-Produktionsprozesse innerhalb von Sozialforschungsprozessen realisiert werden können und thematisieren auch die damit verbundenen ethischen und methodologischen Herausforderungen (vgl. Littlechild et al. 2015). Auch ist der Einsatz von Co-Forschung mit Älteren in kommunalen („community-based“) Settings noch begrenzt (Blair/ Minkler 2009; De Donder et al. 2013).

„Partizipationsprozesse finden immer in einem Spannungsverhältnis zwischen vorhandenen Strukturen (objektiv) und der Bereitschaft und den Voraussetzungen älterer Menschen (subjektiv) statt.“ (Aner/ Köster 2016: 469). Aus kritisch gerontologischer Perspektive ist es u. a. das Ziel, ältere Menschen zu stärken und Möglichkeits-/ Spielräume für Partizipation zu erweitern bzw. zu öffnen, „sodass die Älteren selbst Einfluss erlangen auf Fragestellungen, Methoden und Interpretationen von Projekten, bei denen es schließlich um ihr Leben, ihre Möglichkeiten zur Teilhabe geht.“ (Aner/ Köster 2016: 467).

In Bezug auf Partizipationsgerechtigkeit weisen Rübler et al. (2013) auf zweierlei Problematiken in Partizipationsprozessen hin: Den häufig vorhandenen Mittelschichtsbias (der soziale Ungleichheiten innerhalb der

Strukturen reproduzieren oder verstärken kann) und – bezogen auf Zielgruppe(n) älterer Menschen – die häufig nicht inklusiv gestalteten Prozesse für ältere Menschen in benachteiligten Lebenslagen.⁸ Diese Personengruppe sei – wenn sie sich denn in partizipativen Prozessen beteiligt – zudem häufig mit Zurückweisungen, Ablehnung und Abwertung konfrontiert.

5. Forschungsprojekt „Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere“

Mit der Ausgangsfragestellung »Wie können Lebenswelten (Wohnumfeld/ Quartier) gesundheitsförderlich von und mit älteren Menschen gestaltet werden?«, untersucht und fördert das partizipative Forschungsprojekt „Age4Health - Gesunde Stadtteile für Ältere“ in zwei nordhessischen Kommunen kommunale Gestaltungsmöglichkeiten für gelingende Beteiligung älterer Menschen – insbesondere derer in schwierigen Lebenslagen – und damit die Entwicklung von inklusiven und gesundheitsförderlichen Quartieren/Nachbarschaften. Zu den Projektzielen gehören

- die Entwicklung und Untersuchung von kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten für eine gelingende Beteiligung älterer Menschen im Stadtteil und im ländlichen Raum,
 - die Identifikation der Bedarfe vor Ort (Lücken, Veränderungsmöglichkeiten auf Basis der Lebenssituationen, Erfahrungen, Interessen und Unterstützungsbedarfe der älteren Menschen),
 - die Identifikation, Entwicklung und Umsetzung konkreter Ideen – gemeinsam mit älteren Menschen und weiteren Akteuren vor Ort, sowie

8 Personen mit geringem Einkommen und/ oder eher geringem formalen Bildungsabschluss.

- die Entwicklung und Analyse von geeigneten partizipativen Strategien für Veränderungen und gesundheitsförderliche Weiterentwicklung der Lebensbedingungen sowie Identifikation deren fördernden und hemmenden Bedingungen.

Mittels eines partizipativen Forschungs- sowie eines Settingansatzes wurden und werden gemeinsame Handlungs- und Forschungsprozesse auf zwei Ebenen [Ebene der zivilgesellschaftlichen und professionellen Akteure und auf Ebene der Zielgruppe(n)] innerhalb des Projektes in beiden Fallstudien initiiert und umgesetzt. In den konkreten lokalen Prozessen vor Ort sind die Forschungs- und Interventionsschritte teil- und zeitweise miteinander verknüpft, bzw. gehen faktisch auch ineinander auf (vgl. Kümpers et al. 2017). Die partizipativ entwickelten Handlungs- und Forschungsprozesse sollen u. a. im Sinne der Nachhaltigkeit sowie exemplarischer Quartiersentwicklungsprozesse innerhalb der aktuell laufenden zweiten Projektphase verstetigt werden.

Die beiden partizipativen Fallstudien des Forschungsprojektes sind im Stadtteil (Fallstudie Kassel-Bettenhausen) sowie im ländlichen Raum (Fallstudie Witzenhausen im Werra-Meißner-Kreis) angesiedelt. Auf eine umfassende Darstellung des Gesamtprojekt(verlauf)s wird im Folgenden zugunsten der Fokussierung auf den ländlichen Raum, bzw. die Fallstudie Witzenhausen verzichtet.⁹

5.1 Fallstudie Witzenhausen – Partizipativ forschen im ländlichen Raum

Witzenhausen ist eine Kleinstadt im Werra-Meißner-Kreis, umgeben von 16 Stadtteilen (früher teils selbstständige Dörfer) und insgesamt 15.706 Einwohner*innen, wovon 4.879 Einwohner*innen 60 Jahre und älter sind (Stadt Witzenhausen, August 2018). Die Stadt gehört zu den schrumpfenden Gebieten mit stark ansteigendem Durchschnittsalter. Die Bevölkerungsstruktur der älteren Personen kann als eher autochthon mit geringer

⁹ Hinsichtlich weiterer Details zum Projekt sei auf Kümpers et al. 2017 verwiesen. Arbeitspapiere (Stand: Januar 2018) zu den Erkenntnissen und Ergebnissen der ersten Förderphase des Teilprojektes und des Forschungsverbundes PartKommPlus sind online verfügbar unter: <http://partkommplus.de/ergebnisse/ergebnisse-und-empfehlungen/>. Die Ausführungen in diesem Beitrag zur Fallstudie Witzenhausen beziehen sich auf den Projektstand bis August 2018.

Diversität – bspw. im Vergleich zu der Fallstudie in Kassel – beschrieben werden.

Gemeinsam mit der Stadt Witzenhausen (Lokales Bündnis für Familie), dem städtischen Seniorenrat sowie weiteren lokalen professionellen und zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren sowie (älteren) Bürger*innen wird das Forschungsprojekt „Gesunde Stadtteile für Ältere“ seit 2015 gemeinsam umgesetzt.

Zu den zentralen Elementen der partizipativen Forschungs- und Handlungsprozesse in dieser Fallstudie zähl(t)en:

- Runder Tisch „Älter werden in Witzenhausen,
- Mitforschung/ Peer Research: Befragungen unter dem Titel „Älter werden in Witzenhausen – Alltags- und Lebensgeschichten Witzenhäuser Bürger*innen“,
- Community-Mapping-Prozesse, Feldbegehungen, Veranstaltungsteilnahmen, Durchführung einer Fokusgruppe zum Thema „Gesund Älter werden“, Begleitung eines studentischen Masterstudienprojektes „Lebenswelten und Lebenswege älterer Menschen im Werra-Meißner-Kreis“ (Durchführung biografischer Einzelinterviews),
- Projektinitiativen, bspw. themenzentrierte Erzählcafé-Veranstaltungen, Veranstaltung „Fit vor 12:00 Uhr – Bewegt bis ins hohe Alter“, Stadtpaziergänge unter dem Motto „Zeigen Sie uns Ihre Stadt!“ und die Begleitung einer Seniorengruppe in einem Stadtteil,
- Photovoice-Projekt: „Bildergeschichten – Geschichten meines Lebens“.

Einige dieser Bausteine werden im Hinblick auf die Projektschritte im Folgenden detaillierter beschrieben. Bezüglich des Photovoice-Projektes handelt es sich um einen kurzen „Werkstatt-Bericht“, da dieses bislang noch nicht abgeschlossen ist.

5.2 Kommunale Ausgangssituation, Zielgruppe(n) und Zugangsstrategien - »Die Unsichtbaren sichtbar machen«

Steuerungsgruppe und kollaborative Forschungs- und Handlungsprozesse: Als erster Schritt wurde zu Projektbeginn eine Steuerungsgruppe (Besetzung: kommunale Kooperations-/ Praxispartner*innen, Personen aus der städtischen Verwaltung und des Seniorenrates sowie Hochschulteam) etabliert, die in vertrauensvoller Zusammenarbeit kontinuierlich gemeinsam (Forschungs-)Schritte plant, durchführt und/oder Handlungsprozesse anstößt und diese auswertet. Die Steuerungsgruppe stellt damit eine der „Forschungsgemeinschaft(en)“ („community of inquiry“) innerhalb des Projektes dar.¹⁰

Zugänge und Zugangsstrategien: Das direkte Erreichen der Zielgruppe(n) war voraussetzungsvoller als bei Antragstellung erwartet: Netzwerkstrukturen mit den Zielgruppen (Ältere inkl. benachteiligte/ vulnerable Gruppen) existierten in deutlich geringerem Umfang als erwartet. Vor diesem Hintergrund wurden in beiden Fallstudien zusammen mit den Steuerungsgruppen die Forschungsschritte neu definiert: Zunächst wurden gemeinsam Maßnahmen zur Vernetzung und Netzwerkentwicklung durchgeführt. Mit den Praxispartnern*innen konnten mittels Runder Tische professionelle und zivilgesellschaftliche Akteursnetzwerke aufgebaut, bzw. diese im Projektkontext aktiviert, ausgebaut und für die Belange der Zielgruppe(n) sensibilisiert werden.

Die Frage, wie und ob die bislang – aus Sicht des Forschungsteams und der kommunalen Praxispartner*innen – als „unerreichbar“ beschriebenen Personen erreicht werden könn(t)en, wurde innerhalb der – gemeinsam zu entwickelnden – Zugangsstrategien und nächsten Schritte innerhalb des Projektverlaufs kontinuierlich thematisiert.

10 Die Mitglieder der Steuerungsgruppe nehmen u. a. gemeinsam mit dem Hochschulteam regelmäßig an den Veranstaltungen des Forschungsverbundes PartKommPlus sowie bspw. auch an Fachtagungen/ -kongressen teil, was sich als förderlich für die Kooperations- und Kompetenzentwicklung aller Beteiligten, sowie produktiv für den Projektverlauf erwiesen hat.

»Die Unsichtbaren sichtbar machen«, lautete die im Kreis der Witzenhäuser Praxispartner*innen in der Steuerungsgruppe entwickelte Kurzbeschreibung des Forschungsauftrags:

„Die Unsichtbaren sichtbar machen eigentlich für - für unser Forschungsprogramm, dass wir die erst mal kriegen und wissen, an wen gehen ... können wir (...) herangehen? Wo [...] können wir was erfahren? Ja, also so sehe ich es jetzt, ja, also zu dem alten Herrn Schulze plötzlich mal einen Draht finden im Dorf, sich mit dem zusammensetzen und mit ihm drüber sprechen, über seine Sicht, wie er hier ... das ist ja der nächste Schritt dann, wie er hier lebt, was er positiv findet, was er ne- ... was er bemängelt oder einfach nur seinen Lebensumstand kennenlernen, um daraus nachher etwas abzuleiten, was den Verantwortlichen in der Stadt oder den Ehrenamtlichen wie dem Seniorenrat oder die Vereine oder so weiter, als Hilfsmittel dient, da können wir noch nachhaken, da können wir noch was verbessern, da können wir drauf eingehen.“ (Praxispartner*in_Auswertungsgespräch)

Zu Projektbeginn wurden durch gemeinsame Community Mapping-Prozessen und Feldbegehungen *kommunale Bestandsaufnahme(n)* generiert. Das Forschungsteam nahm zudem kontinuierlich an lokalen, themen-/ zielgruppenspezifischen Veranstaltungen teil. Community mapping sowie Netzwerkaufbau und -verstetigung, mittels derer u. a. Zugangswege zu Zielgruppe(n) erprobt und schließlich Zugänge eröffnet werden konnten, wurden zur wichtigen Grundlage für die zentrale Feldphase. Das „lokale Wissen“, also „[...] die bereits vorhandenen Erkenntnisse der [Akteure] vor Ort über die Zielgruppe und deren Lebenswelt [...]“ bildete auch in diesem Projekt einen „[...] Ausgangspunkt für den gemeinsamen, empirisch gestützten Lernprozess.“ (Wright et al. 2013: 150)

An vielen (und auch entscheidenden) Stellen eröffneten zum einen die Mitglieder der Steuerungsgruppe dem Hochschulteam – qua Funktion, aber auch durch ihr fachliches und lokales Wissen und bestehende (vertrauensvolle) Kontakte etc. – als „lokale Türöffner und Vermittler“ Zugänge zum Forschungsfeld. Zum anderen waren Teilnehmende des Runden Tisches wichtige *Schlüsselpersonen* für den Feldzugang und eröffneten weitere Kooperationsmöglichkeiten.

Im Rahmen der Fallstudie wurde aufgrund der lokalen (sozial-)räumlichen Ausgangssituation eine eher *dezentralisierte Strategie* gewählt. Nach Abriss des sanierungsbedürftigen Bürgerhauses verfügt Witzenhausen (Kern-

stadt) über keinen zentralen Veranstaltungsort. Die räumliche „Projektbasis“ für Veranstaltungen bildet(e) daher der barrierefrei zugängliche Ratssaal in der Witzenhäuser Kernstadt sowie – je nach Gegebenheit – andere Räumlichkeiten (auch in den Stadtteilen, wie bspw. der Sitzungsraum des Seniorenrates).

Die Situation zu Projektbeginn und die Fragen, die mit dem Zugang zu den bisher „schwer erreichbaren“, eher „nicht sichtbaren“ Zielgruppen bzw. Personen, die bislang wenig oder nicht an den bestehenden Angeboten teilhaben, zusammenhängen, beschrieb ein*e Praxispartner*in folgendermaßen: „[...] [A]lso ich habe schon was gelernt. Ich habe gelernt, dass es eine große Angebotspalette gibt, dass es viele Menschen gibt, die sich gerne um die sogenannten Unsichtbaren kümmern möchten, aber dass eigentlich keiner so richtig damit zu tun hat.“ (Praxispartner*in_Auswertungsgespräch)

5.3 Gemeinsam Forschen, von- und miteinander lernen und auch gemeinsam verändern: Forschungsschritte

Seit Frühjahr 2015 findet der *Runde Tisch „Älterwerden in Witzzenhausen“* im ca. halbjährlichen Turnus statt. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde dieser Runde Tisch wieder reaktiviert (vgl. Kümpers et al. 2017). Professionelle und zivilgesellschaftliche Akteure aus Witzzenhausen und dem Werra-Meißner-Kreis aus den Bereichen Altenhilfe und Pflege, des Sozial- und Gesundheitswesens sowie auch Vertreter*innen aus Vereinen und Verbänden nehmen daran teil. Die Veranstaltungen des Runden Tisches finden zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten statt.¹¹ Zu Projektbeginn auf Akteursebene gestartet, gibt es seit Januar 2018 zusätzliche Veranstaltungen, zu denen auch die interessierte Öffentlichkeit eingeladen wird.

11 Themenschwerpunkte des Runden Tisches waren bislang bspw. Älter werden in Witzzenhausen, Zusammenarbeit vor Ort, Gesunde Orte für Ältere und Alter(n) gemeinsam gestalten. Zudem konnten die teilnehmenden Akteure sich und ihre Arbeit in diesem Rahmen vorstellen.

Der Runde Tisch ist ein Ort des Kennenlernens der jeweiligen Tätigkeitsbereiche, Plattform des Austauschs, der Information, der Vernetzung und Kooperation für die teilnehmenden Akteure. Er bildet(e) zudem Ausgangspunkt für unterschiedliche, gemeinsam entwickelte Projektkooperationen und -initiativen im Rahmen des Forschungsprojektes und ist somit eine zentrale Vernetzungs- und Multiplikationsplattform. Durch den Runden Tisch konnten u. a. Bedürfnisse und Bedarfe im Hinblick auf ein „gutes und gesundheitsförderliches Altern in der Stadt/Nachbarschaft partizipativ ermittelt werden, die auch Grundlage für weitere (teilhabe- und gesundheitsförderliche) Veränderungsinitiativen bilde(te)n.

Unter anderem ausgehend vom Runden Tisch begannen im Prozessverlauf unterschiedliche *Projektinitiativen*, die gemeinsam mit professionellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie (älteren) Bürger*innen entwickelt und umgesetzt wurden. So wurden in Witzenhausen drei *Stadtspaziergänge* unter dem Motto „*Zeigen Sie uns Ihre Stadt!*“ veranstaltet.¹² Unter dem Titel „*Fit vor 12:00 Uhr – Bewegt bis ins hohe Alter*“¹³ konnte eine jährliche Kooperationsveranstaltung, die unterschiedliche Bewegungsangebote anbietet und vorstellt, ins Leben gerufen werden.

Die innerhalb des Projektes initiierten „*Peer Research*“ bzw. *Mitforschungsprozesse*, also das Generieren von Erkenntnissen durch das gemeinsame Han-

12 Ein Stadtspaziergang wurde in Kooperation mit der Touristik-Information veranstaltet, zwei weitere Stadtspaziergänge in Kooperation mit dem Stadtarchivar Witzenhausens. Für die zweite Projektförderphase sind weitere Stadt-/ Dorfspaziergänge geplant. In Witzenhausen wurden bspw. innerhalb der Stadtspaziergänge auch die historischen Aspekte und Erzählungen des Stadtarchivars zur allgemeinen Stadtentwicklung mit den Erzählungen und Erinnerungen der Älteren kombiniert und im Vergleich früher und heute betrachtet (bspw. das Thema „Treffpunkte“). Durch strukturierte Begehungen des Wohnumfeldes mit älteren Menschen können gemeinsam Gestaltungs- und/oder Verbesserungshinweise für die jeweiligen Orte herausgearbeitet werden (vgl. Knopp 2009).

13 Diese „Bewegungs-Kooperationsveranstaltung“ der Stadt Witzenhausen, des Sportkreises Werra-Meißner e. V. und der Hochschule Fulda fand in den Jahren 2016 und 2017 statt; eine Fortsetzung ist geplant. Die Veranstaltung umfasst gemeinsame Aufwärmübungen auf dem Marktplatz und sowie unterschiedliche Bewegungsangebote (Gedächtnistraining in Bewegung, bewegte Stadtführung, Rollator-Führerschein sowie SeniorenTanz) und klingt mit Imbiss und Gesprächen im Rathaussaal aus.

deln und Reflektieren, stell(t)en sowohl Zielsetzung als auch Element/ Instrument im Community building-Prozess dar. Sie fanden und finden zum einen auf der Ebene der Kooperations-/ Praxispartner*innen statt, indem die Steuerungsgruppe sowohl co-handelnd als auch co-forschend agiert¹⁴. Zum anderen erfolg(t)en Mitforschungsprozesse mit Zielgruppe(n) (bspw. im Rahmen der Befragungen und Fokusgruppengespräche, Stadtspaziergänge, Erzählcafés) und auf Akteursebene (bspw. im Rahmen des Runden Tisches).

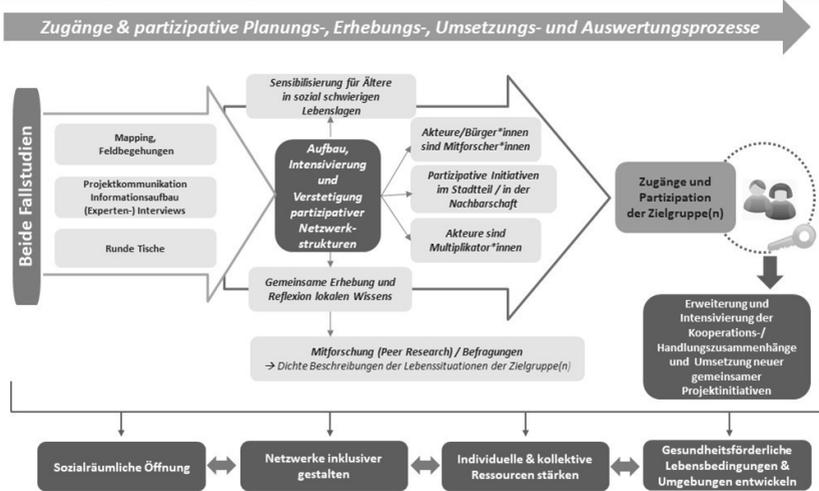
Mit den Befragungen „*Älter werden in Witzenhäusern – Alltags- und Lebensgeschichten Witzenhäuser Bürger*innen*“, die von den Praxispartner*innen/ Peers durchgeführt wurden, wurden weitere Erkenntnisse über die Bedürfnisse und die Lebenssituation älterer Witzenhäuser Bürger*innen gewonnen, insbesondere der älteren Menschen, die bislang wenig in soziale Aktivitäten eingebunden waren. In einem Vorbereitungs-/ Schulungstreffen wurden die Befragungen mit den Mitforschenden vorbereitet und gemeinsam der Leitfaden mit den Interviewfragen entwickelt. Nach Durchführung der Befragungen wurden die geführten Gespräche gemeinsam reflektiert und ausgewertet. In Witzenhäusern fanden insgesamt neun Befragungen unter dem Motto „*Älter werden in Witzenhäusern – Alltags- und Lebensgeschichten Witzenhäuser Bürger*innen*“, statt. Ergebnisse aus diesen Einzelgesprächen und aus einer gemeinsam mit den Kooperationspartner*innen durchgeführten Fokusgruppe wurden für weitere Projektplanungen und -initiativen, bspw. u. a. auch für die Planungen der zweiten Projektphase und des „Photovoice“-Projektes (vgl. Kapitel 5.4), genutzt.

Diese Prozesse sowie deren Resultate wurden u. a. in mehrstündigen moderierten Treffen in der Steuerungsgruppe reflektiert, um Erfolge und Misserfolge sowie deren Bedingungsfaktoren gemeinsam auszuwerten und zu reflektieren. Resümierend kann konstatiert werden, dass das Instrument der Befragungen durch Peers nicht bei allen Gruppen Älterer problemlos einsetzbar ist, da sowohl die technische Seite (Aufnahmegerät), die formale Seite (verpflichtete Einverständniserklärungen) als auch

14 Die Mitglieder der Steuerungsgruppe beteiligen sich aktiv an den Forschungs-, Handlungs- und Auswertungsprozessen innerhalb des Projektes, bspw. u. a. durch Teilnahme an Planung und Durchführung von Mapping-Prozessen, Runden Tisch-Veranstaltungen und Projektinitiativen sowie deren Reflexion und Auswertung.

personale Aspekte (Nähe/ Distanz zu Personen, die befragt werden können; wahrgenommene Intimität der Inhalte) hemmend wirken können.

Abbildung 1: Forschungsschritte



Quelle: eigene Darstellung

Außerdem fanden mehrere *themenzentrierte Erzählcafé-Veranstaltungen sowie Fokusgruppen*¹⁵ statt. Erzählcafés sollen nicht nur weitere Erkenntnisse über Bedürfnisse und die Lebenssituation(en) ermöglichen, sondern auch einen (kollektiven) Rahmen bieten, in dem den Erzählungen und (biografischen) Erfahrungen älterer Menschen u. a. Gehör und auch Wertschätzung gegeben wird:

„Weil das die Generation ist, die stirbt ja jetzt weg. Auch das ist rüber gekommen, (...) ja? Also uns gibt's ja bald nicht mehr. (...) Dann können wir das (...) nicht mehr erzählen. (...) Und (...) das (...) ist über ... sozusagen auf einer ... auf einer Metaebene jetzt jenseits von unserem Forschungsprojekt oder jenseits - jenseits dessen, was wir als Stadt für ein Interesse haben, finde ich das wichtig, diesen Menschen Gehör zu geben. (...)

15 Die Erzählcafé-Veranstaltungen umfassten bspw. Erzählungen und Erinnerungen zum Leben in Witzenhausen früher und heute, zum Thema „Gesund Älterwerden in Witzenhausen“, aber auch biografische Themen wie Familie, Kindheit, Schulzeit, Arbeitswelt und deren Wandel sowie auch Kriegserlebnisse.

Und das auch festzuhalten, (...) weil es dauert wirklich nicht mehr lange, dann sind die alle weg. (...). (Praxispartner*in, Auswertungstermin).

5.4 »Bildergeschichten – Geschichten meines Lebens«/ Photovoice

Photovoice als Forschungsmethode wurde in den 1990er Jahren von Caroline Wang und Mary Ann Burris entwickelt (vgl. Wang/ Burris 1994; 1997). Im Rahmen der „community-orientierten“ Gesundheitsforschung eingesetzt, handelt es sich dabei um ein partizipatives und kreatives Verfahren zur Erhebung von Situationen und Bedürfnissen, „[...] das visuelle Dokumentation in Form von Fotografie und Erzählung in einem reflexiven Gruppenprozess verbindet: Mitglieder einer Gruppe oder Community machen Fotos von ihren Lebenswelten und werten diese gemeinsam aus, um Veränderungsprozesse zu initiieren.“ (von Unger 2014: 69) Die Möglichkeiten der Fotografie werden zur (individuellen) visuellen Dokumentation sowie „zur Stimulierung und Ergänzung von Erzählungen“ genutzt (ebd.: 70). Es können somit neue Blicke auf die Lebenswelt, den Alltag etc. entstehen, aber auch bspw. Bedarfe bestimmt und Veränderungsprozesse angestoßen werden. Die Einsatzbereiche sowie der Nutzen von Photovoice sind vielfältig.¹⁶

Die einzelnen Schritte beim Einsatz des Photovoice-Verfahrens sind: 1.) Vorbereitung und Planung; 2.) Veranstaltung / Schulung (Vorstellen und Besprechen der Projektidee/ „Photovoice-Schulung“); 3.) Feldphase: Fotos erstellen (wechselseitiger Prozess von Feldphase und Diskussion); 4.) (Gruppen-)Diskussion; 5.) Auswertung und Ergebnisse; 6.) Ergebnispräsentation und Nutzung; 7.) Evaluation des Projektes (vgl. u. a. von Unger 2017: 71 f.).

16 Nach Wang/ Burris (1997) werden mit dem Photovoice-Verfahren drei Ziele angestrebt: Menschen sollen in die Lage versetzt werden, die Anliegen und Stärken ihrer Gemeinschaft/Communities mittels Fotografie abzubilden und zu reflektieren, um u. a. Veränderungsprozesse anzustoßen (i. S. von „Empowerment“), aber auch um Einfluss auf Politik(er) zu nehmen, bzw. diese zu erreichen. Durch die Diskussion der Fotos in Gruppen soll zudem ein kritischer Dialog und Erkenntnisse über die relevanten Aspekte generiert werden (vgl. u. a. Wang/ Burris 1994; ebd. 1997; von Unger/ Gangarova 2011; von Unger 2014; Palibroda et al. 2009).

In Bezug auf die Zielgruppe(n) älterer Menschen wurde Photovoice bisher vor allem im angloamerikanischen Raum angewandt (vgl. u. a. Baker/Wang 2006; Novek et al. 2012; Novek 2014; Rush et al. 2012; van Hees et al. 2017). Im deutschsprachigen Raum wurde Photovoice bislang vergleichsweise wenig eingesetzt und eher in der Zusammenarbeit mit anderen Zielgruppen (bspw. Kindern und Jugendlichen) erprobt.¹⁷

In der Witzenhäuser Fallstudie wurde unter dem Titel »*Bildergeschichten – Geschichten meines Lebens*« in der zweiten Projektförderphase ein Photovoice-Projekt initiiert. Die Vorbereitung und Durchführung der Auftaktveranstaltung, zu der öffentlich eingeladen wurde, erfolgte gemeinsam mit den lokalen Praxispartner*innen. Es fand sich eine Gruppe von zwölf interessierten Bürger*innen zusammen (darunter auch Personen, die bislang nicht im Projektkontext teilgenommen haben), die über das Projekt und Aspekte wie Kameranutzung und Datenschutz informiert und geschult wurden. Innerhalb der „Feldphase“ sind bisher acht Bildergeschichten-Projekte entstanden. Diese wurden im Rahmen von zwei Auswertungstreffen bzw. Gruppendiskussionen innerhalb der Gruppe präsentiert. Entstanden sind unter dem Motto „Bildergeschichten – Geschichten meines Lebens“ verschiedene Einzelprojekte: Die Teilnehmenden wählten frei ein für sie relevantes Lebens- und/oder Alltagsthema. Zu diesem wurden teilweise Fotos (neu) erstellt, teils auch bereits vorhandene, „alte“ Fotos, die relevant für die Personen waren und sind, für das Projekt thematisch zusammengestellt. Die Bilder und Erzählungen repräsentieren individuell bedeutsame Ausschnitte aus den jeweiligen Lebensgeschichte(n) und/ oder dem Alltag. Aktuell läuft die weitere Auswertung und die Diskussion,

17 Im Rahmen des Forschungsverbundes für gesunde Kommunen (PartKommPlus) nutzen in der ersten Förderphase mehrere Teilprojekte in der Zusammenarbeit mit anderen Zielgruppe(n) (u. a. Menschen mit Lernschwierigkeiten, Kinder und Jugendliche) methodisch Photovoice. Beispielhaft sei auf die Filme „Wie stellen sich Jugendliche ihren Stadtteil vor?“ (verfügbar unter: <http://partkommplus.de/teilprojekte/keg/wie-stellen-sich-jugendliche-ihren-stadtteil-vor/>) des Teilprojektes „Kommunale Entwicklung von Gesundheitsstrategien – KEG“ (letzter Abruf: 27.08.2018) sowie den Film „Wo ist mein Weg? – Ein Film zur Photovoice-Evaluation des Braunschweiger Projekts Praxisklasse“ des Teilprojektes „Partizipative Evaluation der Präventionskette Braunschweig – PEPBS“ (verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=QuHvk7JJ1Co>) (letzter Abruf: 27.08.2018) verwiesen.

wie die Ergebnisse aufbereitet und in welchem Rahmen sie präsentiert und weiter genutzt werden sollen/könnten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die lokalen Netzwerke („communities“) vor Ort nicht per se für alle älteren Menschen inklusiv waren. Vor diesem Hintergrund war es eine Herausforderung (und ist es weiterhin), insbesondere bereits marginalisierte ältere Menschen im ländlichen Raum zu erreichen und in den gemeinsamen Forschungsprozess mit einzubeziehen. Anders als in idealtypischen Darstellungen partizipativer Forschung, die oft nahelegen, dass solche Zugangs- und Beteiligungsstrategien regelhaft und in kurzer Zeit realisierbar wären, wurde deutlich, dass angesichts einer sozial gemischten Bewohnerschaft sowie den Kontextfaktoren des ländlichen Raums, dies kaum flächendeckend funktioniert. Es braucht(e) auf die Ausgangssituation(en) lokal angepasste und mit den Praxispartner*innen gemeinsam entwickelte Strategien, um spezifische lokale Zugänge (zu Akteuren und Zielgruppe(n)) aufzubauen. Außerdem haben sich bestehende Netzwerke und Akteure vor Ort für die Belange älterer Menschen – insbesondere derer in schwierigen Lebenssituationen – sensibilisiert. So konnten im Verlauf des Projektes durchaus ältere Menschen einbezogen werden, die zuvor kaum öffentliche Angebote nutzten oder in sozialen Netzwerken vertreten waren. Mittels der vorhergehend dargestellten Forschungsschritte konnten also neue Partizipationsmöglichkeiten geschaffen und vorhandene Spielräume genutzt werden. Zudem konnten kommunale Kooperations- und Handlungszusammenhänge intensiviert und erweitert (bspw. mittels des Runden Tisches), und gemeinsame Lernprozesse und Projektinitiativen vor Ort angestoßen und umgesetzt werden. Innerhalb der ländlichen Struktur der Fallstudie wurden so beispielhaft in ersten gemeinsamen Schritten eine inklusivere Gestaltung der lokalen Netzwerke und Strukturen, sowie eine Stärkung von individuellen und kollektiven Ressourcen angestoßen, die es nachhaltig zu verstetigen gilt.

6. Fazit und Perspektiven

Partizipationsmöglichkeiten – auch für Zielgruppen älterer Menschen – auf kommunaler Ebene zu ermöglichen, eröffnet Chancen, kann gewinnbringend für alle Beteiligten, aber auch voraussetzungsvoll sein: Es braucht zum einen gemeinsam abgestimmte, realistische und auch praxisnahe Zielvorstellungen, die für alle Beteiligten tragbar und lokal sinnvoll sind. Partizipativ zu forschen, bedeutet zum anderen mit Offenheit, Flexibilität und Kontinuität auf Projekt- und Prozessverläufe zu reagieren, und diese ggf. anzupassen, da diese nicht immer linear und nicht unbedingt wie – vor Projektbeginn – geplant verlaufen.

Dass und wie sehr partizipative Forschungsansätze auf den lokalen Kontext und dessen Stabilität (inkl. der handelnden Personen) angewiesen sind, zeigen die Erkenntnisse des Forschungsprojektes. Alle Beteiligten nehmen unterschiedliche Rollen, Sichtweisen auf unterschiedlichen Graden der Partizipation im Verlauf ein. Die Beteiligten müssen sich bspw. – aus dem Blickwinkel der Wissenschaftler*innen – für deren Forschungsziele bzw. die Entwicklung gemeinsamer Forschungsziele als aufgeschlossen und anschlussfähig erweisen. Aus Sicht der jeweiligen Praxispartner*innen (und auch der Zielgruppe(n)) gilt aber auch, dass die Forschungsteams sich mit ihren Zielen und Methoden – für bestimmte professionelle oder auch im weitesten Sinne politische Ziele – als sinnvolle, vertrauenswürdige und integre Wissenschaftspartner*innen erweisen müssen.

Im Vergleich zu „klassischen“ Forschungsdesigns und -vorhaben benötigen partizipative (Forschungs-)Prozesse mehr Zeit: Nicht nur die Herstellung von Vertrauen, sondern auch Beziehungs- und Netzwerkaufbau auf lokaler Ebene sowie auf Ebene der Zielgruppe(n), die wiederum eine zentrale Rolle für eine gelingende Zusammenarbeit spielen, sind zeitaufwändig. Zudem können partizipative Prozesse für einige Akteure auch eine Herausforderung darstellen, da sie ungewohnt sind. Im Hinblick auf Ressourcen sind neben (professioneller) Begleitung auch Potenziale und Grenzen von zivilgesellschaftlichem Engagement, der sozialen Netzwerke sowie die lokalen Besonderheiten der (Sozial-)Räume mit zu bedenken.

Die Zielgruppe der älteren Menschen ist heterogen. Es lässt sich aus den Erfahrungen dieser Fallstudie feststellen, dass der Aspekt der Vulnerabilität der Lebenslage(n) sowie des teilweise hohen Alters eine zentrale Rolle spielt und partizipative Forschungsprozesse mit beeinflusst (bspw. Teilhabemöglichkeiten/ -grenzen und -abbrüche aufgrund von Erkrankungen, Hilfe- und/oder Pflegebedürftigkeit etc.).

Bezüglich der Zugänge zu Zielgruppe(n) haben sich die Erwartungen zu Projektbeginn, an bereits bestehende Gruppen („communities“) von benachteiligten älteren Menschen anknüpfen zu können, nicht bestätigt. Die zentrale Erkenntnis ist, dass Zugänge und Zugangswege dennoch möglich, aber voraussetzungsvoll in der Entwicklung sind, wenn es lokal solche Gemeinschaften nicht gibt. Praxispartner*innen und auch Multiplikator*innen schilderten ihre Erfahrungen, dass bereits isolierte ältere Personen nicht einfach für eine Teilnahme am sozialen und/oder kulturellen Angebot zu gewinnen sind. Teilweise spielen Armut und Scham eine Rolle. Hinweise und mögliche (einzel-)biografische Erklärungsansätze bezüglich im Lebens(ver)lauf entstehende „biografische Schließungen“¹⁸ konnten u. a. in den biografischen Interviews im Rahmen des Masterprojektes gefunden werden. Ein*e Praxispartner*in resümierte bzgl. des Aspektes der Partizipation:

„Also auch das ist mir sehr deutlich geworden, dass Menschen, die ... also dass es so wieso ein ganz sensibles Arbeitsfeld ist, weil im Endeffekt diese mangelnde Partizipation in der Herkunftsfamilie startet. Und es dann eine Art, ja, Biografie oder Karriere gibt der Nicht-Teilhabe [...] bei Menschen, die in prekären Lebenssituationen leben.“ (Praxispartner*in, _Auswertungsgespräch)

Manifeste Muster von Nicht-Partizipation können ebenfalls als Ergebnis lebenslanger Exklusionserfahrungen verstanden werden. Dies macht eine erweiterte Teilhabe innerhalb von Gruppenprozessen äußerst voraussetzungsvoll – insbesondere für Personen im fortgeschrittenen Lebensalter, das teilweise auch mit anderen/ weiteren Einschränkungen verbunden

18 Zu verstehen im Sinne von individuell getroffenen Entscheidungen, sich mit Marginalisierung und Isolation abzufinden und mit der Lebenssituation allein zurecht kommen zu wollen als Ergebnis einer Tendenz von „biografischen Schließungen“, die auf dem Erleben und den Erfahrungen von wenig Chancen, Mitbestimmungs- und Teilhabemöglichkeiten im Lebens(ver)lauf basieren.

sein kann. Aus den bisherigen Erkenntnissen ergibt sich daher u. a. die Frage nach möglichen erweiterten Interventionsstrategien, bei denen neben den gruppenbezogenen/ kollektiven Strategien auch individuelle Zugangswege für den Personenkreis der älteren Menschen, der über kollektive Angebote kaum erreicht werden kann, entwickelt und genutzt werden könnten, um diesen Personen (wieder) Teilhabechancen zu ermöglichen. Im Rahmen der zweiten Projektförderphase sollen solche individuellen Strategien/ einzelfallorientierten Zugangsmöglichkeiten gemeinsam entwickelt, angestoßen bzw. erprobt werden.

Der Ansatz der Akteursvernetzung mittels Runder Tische hat sich im Hinblick auf Aspekte der lokalen Vernetzung und Kooperation und als Ausgangspunkt und Grundlage für den Forschungsprozess bewährt und als erfolgreich herausgestellt. Dadurch konnten unter anderem die vorhandenen lokalen Ressourcen sichtbar und auch besser nutzbar gemacht werden. Es wurden Sensibilisierungs-, Informations- und Reflexionsprozesse angeregt, die ebenfalls Ansatzpunkte und Initiativen für neue kooperative und partizipative Aktivitäten bildeten. Darüber hinaus wurden Sensibilisierungsprozesse für ältere Menschen in schwierigen Lebenslagen im ländlichen Raum im gemeinsamen Forschungs- und Lernprozess vor Ort angestoßen.

Mit den genannten Projektschritten konnten partizipativ Bausteine entwickelt und umgesetzt werden, mittels derer die lokalen Netzwerke inklusiver gestaltet, kollektive und individuelle Ressourcen gestärkt, eine sozial-räumliche Öffnung erzielt und die Lebensbedingungen und -umgebungen gesundheitsförderlich (weiter-)entwickelt wurden. Im Sinne der Nachhaltigkeit werden die begonnenen partizipativen Prozesse innerhalb der zweiten Projektförderphase gemeinsam weiterentwickelt und verstetigt.

Literatur

- Aner, Kirsten/ Köster, Dietmar (2016): Partizipation älterer Menschen – Kritisch gerontologische Anmerkungen. In: Naegele, Gerhard/ Olbermann, Elke/ Kuhlmann, Andrea (2016) (Hg.): *Teilhabe im Alter gestalten. Aktuelle Themen der Sozialen Gerontologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Arbeitskreis Kritische Gerontologie der DGGG; Aner, Kirsten (2016): Diskussionspapier Partizipation und partizipative Methoden in der Gerontologie. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 49. S. 143-147.
- Arnstein, Sherry R. (1969): A ladder of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35 (4). S. 216-224.
- Bär, Gesine (2013): Wissenschaftliche Begleitung, formative Evaluation und partizipative Forschung. Methodische Fußangeln für Wissenschafts-Praxis-Partnerschaften. In: *Prävention und Gesundheitsförderung*, 8., 3/2013. S. 155-162.
- Baker, Tamara A./ Wang, Caroline (2006): Photovoice: Use of a Participatory Action Research Method to Explore the Chronic Pain Experience in Older Adults. In: *Qualitative Health Research*, 16 (10). S. 1405-1413.
- Beetz, Stephan (2015): Peripherisierte ländliche Räume – »schrumpfende« soziale Hilfesysteme? In: *Sozialmagazin*, 40 (4). S. 7-13.
- Beetz, Stephan/ Müller, Bernhard/ Beckmann, Klaus J./ Hüttl, Reinhard F. (Hg.) (2009): *Altern in Gemeinde und Region. Altern in Deutschland*, Bd. 5. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft.
- Bindels, Jill/ Baur, Vivianne/Cox, Karen/ Heijing, Serve/ Abma, Tinke (2013): Older people as co-researchers: a collaborative journey. In: *Ageing & Society*, 34. S. 951-973.
- Blair, Thomas/ Minkler, Meredith (2009): Participatory action research with older adults: Key principles in practice. In: *The Gerontologist* 49 (5). S. 651-662.
- Breeze, Elisabeth/ Jones, D./ Wilkinson, P./ Bulpitt, Christopher/ Grundy, Chris/ Latif, A./ Fletcher, Astrid (2005): Area deprivation, social class and quality of life among people aged 75 year and over in Britain. *International Journal of Epidemiology*, 34 (2). S. 276-283.
- Buffel, Tine (2018a): Social research and co-production with older people: Developing age-friendly communities. In: *Journal of Aging Studies*, 44 (1). S. 52-60.
- Buffel, Tine (2018b): Older Coresearchers Exploring Age-Friendly Communities: An „Insider“ Perspective on the Benefits and Challenges of Peer-Research. In: *The Gerontologist*, 58. S. 1-11.
- Buffel, Tine/ Handler, Sophie/ Phillipson, Chris (Hg.) (2018): *Age-friendly communities: A global perspective*. Bristol: Policy Press.

- Cook, Tina (2012): Where participatory approaches meet pragmatism in funded (health) research: The challenge to find meaningful spaces. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum Qualitative Social Research*, 13 (1), Art. 18.
- De Donder, Liesbeth/ De Witte, Nico/ Verté, Dominique/ Drury, Sarah/ Buffel, Tine/ Smetcoren, An-Sofie/ Brosens, Dorien/ Verté, Emily (2013): *Developing Evidence-Based Age-Friendly Policies: A Participatory Research Project*. SAGE research method cases. London: SAGE publications.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2016): *Siebter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung*. Bundestagsdrucksache 18/10210.
- Dragano, Nico/ Siegrist, Johannes (2009): *Die Lebenslaufperspektive gesundheitlicher Ungleichheit: Konzepte und Forschungsergebnisse*. In: Richter, Matthias/ Hurrelmann, Klaus (Hg.): *Gesundheitliche Ungleichheit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 181-194.
- Fachinger, Uwe/ Künemund, Harald (2015): *Gerontologie und ländlicher Raum. Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Greenfield, Emily A./ Oberlink, Mia/ Scharlach, Andrew E./ Neal, Margaret B./ Stafford, Philip B. (2015): *Age-friendly communities initiatives: Conceptual issues and key questions*. In: *The Gerontologist*, 55 (2). S. 191-198.
- Hees, Susan van/ Horstman, Klasien/ Jansen, Maria/ Ruwaard, Dirk (2017): *Photovoicing the neighbourhood: Understanding the situated meaning of intangible places for ageing-in-place*. In: *Health & Place* 48. S. 11-19.
- Heusinger, Josefine/ Kammerer, Kerstin (2011): *Partizipative Methoden in der Gesundheitsforschung für und mit älteren Menschen*. In: *Journal für Psychologie*, 19 (2). Online: www.journal-fuer-psychologie.de/jfp-2-2011-05.html
- Heusinger, Josefine (2012): *"Wenn ick wat nich will, will ick nich!" Milieuspezifische Ressourcen und Restriktionen für einen selbstbestimmten Alltag trotz Pflegebedarf*. In: Kämpers, Susanne/ Heusinger, Josefine (Hg.): *Autonomie trotz Armut und Pflegebedarf? Altern unter Bedingungen von Marginalisierung*. Bern: Hans Huber. S. 77-105.
- Hurrelmann, Klaus/ Klotz, Theodor/ Haisch, Jochen (2014): *Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung*. In: Hurrelmann, Klaus/ Haisch, Jochen/ Klotz, Theodor (Hg.): *Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung*, 4., vollst. überarb. Aufl., Bern: Hans Huber. S. 13-24.
- Knopp, Reinhold (2009): *Sozialraumerkundung mit Älteren*. In: Deinet, Ulrich (Hg.): *Methodenbuch Sozialraum*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 154-164.

- Kollewe, Carolin (2015): »Nothing about us with us?« - Partizipative Forschung und Beteiligungsformen alter Menschen am Beispiel Großbritannien. In: *Journal für Psychologie* 23 (1). S. 193-215.
- Kümpers, Susanne/ Kühnemund, Christina/ Nemeika, Miguel (2017): Partizipative Gesundheitsförderung für und mit älteren Menschen in der Kommune – Das Forschungsprojekt „Age4Health – Gesunde Stadtteile für Ältere“. In: Alish, Monika/ Hagspühl, Stephanie/ Kreipl, Claudia/ Ritter, Martina (Hg.): *Alter(n) und Soziale Nachhaltigkeit. Interdisziplinäre Zugänge zu den Herausforderungen alternder Gesellschaften*, Kassel: kassel university press. S. 59-79.
- Lampert, Thomas/ Kroll, Lars Eric/ Dunkelberg, Annalena (2007): Soziale Ungleichheit der Lebenserwartung in Deutschland. *APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“, 42. S. 11-18.
- Leopold, Liliya/ Engelhardt, Henriette (2011): Bildung und Gesundheitsungleichheit im Alter: Divergenz, Konvergenz oder Kontinuität? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 63. S. 207-236.
- Littlechild, Rosemary/ Tanner, Denise/ Hall, Kelly (2015): Co-Research with older people: Perspectives on impact. In: *Qualitative Social Work*, 14 (1). S. 18-35.
- Motel-Klingebiel, Andreas/ Wurm, Susanne/ Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2010): *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Novek, Sheila/ Morris-Oswald, Toni/ Menec, Verena (2012): Using photovoice with older adults: some methodological strengths and issues. In: *Ageing/ Society*, 32 (3). S. 451-470.
- Novek, Sheila/ Menec, Verena H. (2014): Older adults' perceptions of age-friendly communities in Canada: a photovoice study. In: *Ageing & Society*, 34 (6). S. 1052-1072.
- Palibroda, Beverly/ Krieg, Brigitte/ Murdock, Lisa/ Havelock, Joanne. (2009): *A practical guide to photovoice: sharing pictures, telling stories and changing communities*. Winnipeg, MB: Prairie Women's Health Centre of Excellence.
- Pantucek, Peter (2009): Das Dorf, der soziale Raum und das Lebensfeld. In: Kluschatzka, Ralf Eric/ Wieland, Sigrid (Hg.): *Sozialraumorientierung im ländlichen Kontext*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH. S. 39-52.
- PartKommPlus – Forschungsverbund für gesunde Kommunen (o. J.): *Der Verbund PartKommPlus – Forschungsverbund für gesunde Kommunen*. Verfügbar unter: www.partkommplus.de (zuletzt abgerufen am 07.08.2018).
- Rush, Kathy L./ Murphy, Mary Ann/ Kozak, Jean F. (2012): A photovoice study of older adults' conceptualizations of risk. In: *Journal of Aging Studies* 26 (4). S. 448-458.

- Rüßler, Harald et al. (2013): Soziale Ungleichheit und Partizipation in alternden Stadtgesellschaften. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 4. S. 306-311.
- Scharlach, Andrew E./ Lehning, Amanda J. (2013): Ageing-friendly communities and social inclusion in the United States of America. In: *Ageing and Society*, 33 (1). S. 110-136.
- Scherger, Simone/ Brauer, Kai/ Künemund, Harald (2004): Partizipation und Engagement älterer Menschen – Elemente der Lebensführung im Stadt-Land-Vergleich. In: Backes, Gertrud/ Clemens, Wolfgang/ Künemund, Harald (Hg.): *Lebensformen und Lebensführung im Alter*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 173-192.
- Schewpe, Cornelia (2005): Alter(n) auf dem Land. In: Beetz, Stephan/ Brauer, Kai/ Neu, Claudia (Hg.): *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland*. Wiesbaden, S. 8-16.
- Simonson, Julia/ Hagen, Christine/ Vogel, Claudia/ Motel-Klingebiel, Andreas (2013): Ungleichheit sozialer Teilhabe im Alter. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 46 (5). S. 410-416.
- Unger, Hella von (2012): Partizipative Gesundheitsforschung: Wer partizipiert woran? In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum Qualitative Social Research*, 13 (1), Art. 7.
- Unger, Hella von (2014): *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wahl, Hans-Werner (2015): Einführung: Beobachtungen und Überlegungen zur sozialgerontologischen Forschung in ländlichen Räumen. In: Fachinger, Uwe/ Künemund, Harald (Hg.): *Gerontologie und ländlicher Raum*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 17-24.
- Wang, Caroline/ Burris, Mary Ann (1994): Empowerment through Photo Novella: portraits of Participation. In: *Health Education Quarterly*, 21 (2). S. 171-186.
- Wang, Caroline/ Burris, Mary Ann (1997): Photovoice: Concept, methodology, and use for participatory needs assessment. In: *Health Education/ Behavior*, 24 (3). S. 369-387.
- Ward, Lizzie/ Gahagan, Beatrice (2012): Involving older people in research: Empowering engagement? In: Barnes, Marian/ Cotterell, Phil (Hg.): *Critical Perspectives on User involvement*. Bristol: Policy Press.
- Warth, Lisa (2016): The WHO global network of age-friendly cities and communities: Origins, developments and challenges. In: Moulaert, Thibault/ Garon, Suzanne (Hg.) (2016): *Age-Friendly Cities and Communities in International Comparison*. Cham: Springer International Publishing, S. 37-46.

- Wiest, Maja/ Nowossadeck, Sonja/ Tesch-Römer, Clemens (2015): Regionale Unterschiede in den Lebenssituationen älterer Menschen in Deutschland. Diskussionspapier Nr. 57. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- World Health Organization (2007): Global Age-friendly Cities: A Guide. Genf. Abrufbar unter: http://www.who.int/ageing/publications/Global_age_friendly_cities_Guide_English.pdf (zuletzt abgerufen am 07.08.2018).
- Wright, Michael T. (Hg.) (2010 a): Partizipative Qualitätsentwicklung in der Gesundheitsförderung und Prävention. Handbuch Gesundheitswissenschaften. Bern: Hans Huber.
- Wright, Michael T. (2010 b): Wer ist für wen schwer erreichbar? In: Labonté-Roset, Christine/ Hoefert, Hans-Wolfgang/ Cornel, Heinz (Hg.): Hard to Reach. Schwer erreichbare Klienten in der Sozialen Arbeit. Berlin: Schibri-Verlag. S. 229-236.
- Wright, Michael T. (2013): Was ist Partizipative Gesundheitsforschung? Positionspapier der International Collaboration for Participatory Health Research. In: Prävention und Gesundheitsförderung, 8 (3), 122-131.
- Wright, Michael T/ Block, Martina/ Kilian, Holger/ Lemmen, Karl (2013): Förderung von Qualitätsentwicklung durch Partizipative Gesundheitsforschung. In: Prävention und Gesundheitsförderung 8 (3). S. 147-154.
- Yen, Irene H./ Michael, Yvonne L./Perdue, Leslie (2009): Neighborhood environment in studies of health of older adults: a systematic review. American Journal of Preventive Medicine, 37 (5). S. 455-463.

Engagiert im ländlichen Raum – Akteursperspektiven im Spannungsfeld von Gemeinwohlorientierung und Eigeninteressen

Marlene Jänsch

In diesem Beitrag geht es um lokale Interaktionsprozesse zwischen zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Akteuren im ländlichen Raum. Ausgelöst durch reformpolitische Leitbilder hat sich die zivilgesellschaftliche Perspektive vom ermöglichenden zum aktivierenden Staat und einer damit verbundenen Öffnung staatlicher und institutioneller Strukturen verändert. Ein in der Weise zu gestaltetes Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft erfordert die Entwicklung einer passenden zivilgesellschaftlichen Kultur. So betont das Leitbild der „Bürgerkommune“ im Anschluss an die Idee der „Bürgergesellschaft“¹, dass Bürger*innen nicht nur als „Kund*innen“ Einfluss nehmen, sondern verantwortungsvoll und kompetent mitreden und gestalten können (Klein 2010: 9f.).

Am Beispiel einer ländlichen Kommune wird in diesem Beitrag gezeigt, wie Engagement für ein gutes Leben im Alter in den Kontext bestehender Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse eingebettet ist. Die Interaktionen zwischen den zivilgesellschaftlichen und kommunalen Akteuren werden hier verstanden als Ausdruck lokaler Governance, auf der Entscheidungen lokal verhandelt werden. Diese lokalpolitischen Abläufe wurden in einem Praxisforschungsprojekt mit einer zivilgesellschaftlichen Initiative untersucht, die sich für ein gutes Leben im Alter auf dem Land stark

1 Ich verwende in diesem Beitrag den Begriff *Zivilgesellschaft*, da er im Gegensatz zur *Bürgergesellschaft* eine weniger vom Staat gesteuerte Aktion beschreibt (was erwartet der Staat von seinen Bürger*innen?), sondern einen „von unten“ entwickelten Prozess der Einflussnahme auf Entscheidungen fokussiert (was möchte ich als Aktive*r zum Gemeinwohl beitragen?).

macht. Dabei galt es, zu rekonstruieren, warum die Gründer*innen der Initiative sich engagieren und welche Interessen sie bezüglich dieser Beteiligungsaktion verfolgen. Zudem wurden Akteure aus Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik nach ihren Erwartungen an die Zusammenarbeit gefragt. Um die Erkenntnisse aus dieser Praxisforschung einordnen zu können, wird in Kapitel 1 zunächst ein theoretischer Blick auf die Interaktionsformen in kommunalen zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozessen geworfen, bevor in Kapitel 2 die Rahmung des Praxisforschungsprojektes beschrieben wird, die diesem Beitrag zu Grunde liegt. In Kapitel 3 werden die Erkenntnisse im Hinblick auf eine „interessengeleitete Zivilgesellschaft“ zusammengefasst mit einem abschließenden Blick auf eine strategische Nachhaltigkeitsperspektive.

1. Zivilgesellschaft als institutioneller Akteur

1.1 Die engagierte Zivilgesellschaft

Der Erste Engagementbericht der Bundesregierung beschreibt das bürgerschaftliche Engagement „als freiwillige Mitverantwortung im und für den öffentlichen Raum“, welches „Bürgerpflichten gegenüber dem Gemeinwesen“ reflektiert und anerkennt, „strukturbildend“ ist und „wichtige Impulse für das gesellschaftliche Miteinander“ setzt (Dt. Bundestag 2012: 10). Außerdem drückt sich das bürgerschaftliche Engagement „in kontinuierlichen Leistungen, Innovationen und Problemlösungen“ ohne finanziellen Nutzen aus und kann „sowohl auf neue Formen der Regelfindung als auch auf die Gestaltung des Miteinanders innerhalb der staatlichen Rahmenordnung gerichtet sein“ (ebd.). Laut dem Freiwilligensurvey von 2014 sind mehr als 43 Prozent der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren freiwillig aktiv (vgl. Simonson et al. 2017: 91). Die Engagementquote ist seit der vorherigen Erhebung 2009 deutlich angestiegen (ebd.).

Bereits im Zweiten Engagementbericht wird „nach dem aristotelischen Tugendverständnis“ für „die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger“ plädiert (Dt. Bundestag 2016: 14). Es wird „das Engagement als freiheitlich gewonnene Haltung des einzelnen Menschen“ dargestellt, das als gemeinwohlorientierte „Bürgertugend“ eigene Ideen entfalten

kann (ebd.). Münkler zweifelt an einer realisierbaren, selbst ansatzweise „flüchtigen“ (vgl. Münkler 1993: 13) Bürgertugend. Diese auch als partizipative Tätigkeit beschriebene „Haltung“ wird hier nicht vom „freiwilligen Verzicht“ auf Aneignung am Gemeinwesen getrennt (ebd.: 8). Vielmehr weisen Scheu und Aufrata darauf hin, dass Ehrenamt, Partizipation sowie Soziale Arbeit im Kontext des zivilgesellschaftlichen Engagements aus staatlicher Sicht leicht als kostengünstige Alternative missbraucht werden können (Scheu/Aufrata 2013: 149). Zu bedenken ist außerdem, dass vor allem Angehörige der Mittelschicht positive Engagementerfahrungen machen (Munsch 2012: 5). Nichtsdestotrotz gibt es eine engagierte „Gesellschaft von unten“, die als „Graswurzeln“ oder „soziale Gebilde, die aus dem Humus mitmenschlicher Aktivitäten“ und zu einem „lebendigen Gemeinwesen erwachsen.“ (Grundmann 2018: 15). Dabei werden „Ermächtigungsräume“ für eine „Selbstbestimmung als Ausdruck“ von unten bestimmt, die eigene Wertediskurse auslösen und sich neue Räume für Gemeinschaft einnehmen (Kunze 2018: 193).

1.2 Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik

Angeregt durch verschiedene Ansätze kommunalpolitischer Reformen mit Elementen direkter Partizipation in Entscheidungsprozessen, z.B. „Neueres Steuerungsmodell“, „Bürgerkommune“ oder „Lokale Agenda“ (vgl. Holtkamp 2009: 72f.), konnte ein erweitertes politisches Engagement für zivilgesellschaftliche Gruppen am öffentlichen Leben ermöglicht werden (Heinelt 2004: 30). Die Bandbreite an kommunaler Beteiligungsgestaltung reicht von direktdemokratischer Entscheidungsmitwirkung bis zu einer Hervorbringungsarbeit von tatsächlichen Bedürfnissen. May spricht z.B. im Rahmen partizipativer Projektentwicklung im Sozialraum von „initiierenden“, „nicht verfassten, direkten Formen der Partizipation“ (vgl. May 2008: 48), in denen Bedürfnisse und Engagement geweckt und zugelassen werden sollen. Im Interaktionsmodell *administrative Governance* als Anschlusskonzept zur „kooperativen Verwaltung“ treten kommunale Entscheidungstragende und Verwaltungsmitarbeiter*innen als *Governance-Akteure* auf und werden von zivilgesellschaftlich Engagierten als „innovative Expert*innen“ begleitet (vgl. Walter 2017: 224). Mehrere „*Governance-*

Arenen“ (ebd.) sind vor dem Hintergrund konsensorientierter Aushandlungen direkter zivilgesellschaftlicher Akteurs- und Partizipationsprozesse denkbar (Heinelt 2004: 43).

Schwalb und Walk (2007: 8) hinterfragen die Effektivität eines gemeinsamen Steuerungsprozesses und sehen zivilgesellschaftliche Aktionen hier kritisch. Auch Geißel diskutiert den Qualitätsaspekt, der im Zusammenhang von Professionalität und Ehrenamt geführt wird, indem sie Pro- und Kontra-Argumente im Kontext von Local Governance und Zivilgesellschaft formuliert hat (Geißel 2007: 28). Dabei markiert sie Schwachstellen zivilgesellschaftlicher Prozesse: Werden damit bürgerschaftliche Kompetenzen nicht eher manipuliert? Gibt es eine von der Partizipation abhängig höhere Zufriedenheit? Wird eine soziale Gerechtigkeit wirklich gefördert? Geißel stellt empirisch dar, welche Bandbreite an Interaktionsaspekten in Abhängigkeit von Kontexten, beteiligten Akteuren sowie der Problem- und Prozessstruktur existiert (ebd.: 35). In der Zusammenarbeit von Kommunalpolitik mit Zivilgesellschaft stellt demzufolge die „Entwirrung vorhandener Beteiligtenegoismen“ eine der größten Probleme des „aktivierenden Staates“ dar (vgl. Lindenberg 2000: 32). Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit sind dabei lokale Konzepte mit gemeinsam erarbeiteten Mechanismen und Regeln notwendig.

1.3 Die verhandelnde Zivilgesellschaft

Mit einer *Local-Governance*-Perspektive ist es möglich, ein „Spektrum von Möglichkeiten des koordinierten Handelns“ (Benz et al. 2007: 14) und eine kooperative Umgangsweise unter verschiedenen Akteuren aus Verwaltung, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft zu bestimmen (Schwalb/Walk 2007: 9f.). Governance als Konzept deutet auf eine Aufweichung der Trennung von Staat und Gesellschaft hin, bei der die politische Sphäre in die Gesellschaft ausgedehnt wird. Soziale Akteure haben unter diesem Blickwinkel die Chance, in Verhandlungsprozessen mit der kommunalen Verwaltung gleiche Kommunikations- und Entscheidungsrechte zu besitzen – trotz aller Unterschiede in ihrer zivilgesellschaftlichen oder institutionellen Stellung (Benz 2007: 106). Im direkten Gespräch über ihre Interessen kommunizieren sie idealerweise mit dem Ziel einer verbindlichen Einigung bzw. Regeldefinition, mit der eine stabile und für alle akzeptierte Konfliktlösung gefunden werden kann (ebd.: 107). Eine persönliche

Kommunikation begünstigt die Kooperationsbereitschaft in den Prozessen (ebd.: 111). Die Orientierungen der Verhandlungspartner*innen können dabei durchaus unterschiedlich sein, je nachdem, ob nur eigene oder auch gemeinsame Vorteile im Blickfeld liegen (ebd.: 108).

Ungleiche Machtbeziehungen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Hinblick auf die Umsetzung eigener Ziele wirken sich meistens zu Ungunsten der Engagierten aus (Bettmer 2007: 116). Jenseits machtbezogener Kommunikation ergeben sich notwendige fördernde Kompetenzen, um einen kooperativen „Gemeinsinn“ zu erreichen (ebd.). Die anspruchsvollen Aufgaben der Engagierten bewegen sich in den Konturen einer sozialen Praxis, arbeiten mit Bezug zu eigenen Interessen und der kommunalen Verwaltung zusammen (ebd.: 117). Allerdings haben die gestiegenen gesellschaftlichen Partizipationsansprüche grundsätzlich zu einer insgesamt kooperativeren Form staatlicher Entscheidungsfindung geführt, auch wenn die Hierarchie aus dem Verhältnis Staat und Zivilgesellschaft nicht verdrängt ist (Döhler 2007: 51). Ökonomischer und ergebnisorientierter Druck versus Prozessnutzen und Ignoranz gegenüber der Rolle der zivilgesellschaftlichen Koproduzierenden können die Situation verschärfen (Bettmer 2007: 118), zumal auch altruistische Engagementinteressen nicht mit zu erledigenden Freiwilligenaufgaben übereinstimmen müssen (Zimmer 2007: 97f.). Kommunalpolitische Verwaltung kann in der „Rolle als Governance-Akteur“ (Walter 2017: 20) koordinierend und wertschätzend in der Interaktion mit organisierter Zivilgesellschaft auftreten, indem sie *Vertrauen* als idealtypisches notwendiges Integrationsmuster in sozialen Interaktionen in den Mittelpunkt stellt (Vortkamp 2007: 143ff.). Welche Interessen beteiligter Interaktionspartner*innen auf lokaler Ebene eine Rolle spielen, wird nun anhand eines konkreten Praxisforschungsprojektes gezeigt.

2. Gutes Leben im Alter: Zivilgesellschaft in Aktion

Die Initiative „So gut leben im Alter“ hat sich aus mehreren bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Prozessen in der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim/Rheinland-Pfalz entwickelt. Akteure aus unterschiedlichen bereits existierenden Arbeitsgruppen (z.B. Gruppe 60+, Seniorenarbeit der Kirchengemeinde, kommunalpolitisch Aktive, professionell Mitarbeitende im Pflegestützpunkt) wandten sich Ende 2012 etwa zeitgleich und unabhängig an die Verbandsgemeindeleitung und Stadt Bad Sobernheim mit dem Anliegen, die vorhandenen Infrastrukturen für ältere Menschen zu verbessern. Initiiert wurden damit zwei positiv beschiedene Förderprogramme von Bund und Land zur Durchführung partizipativer Prozesse. Als erste Aktion fand im November 2013 eine Zukunftswerkstatt zum Thema „Gut leben im Alter“² statt. In dieser Veranstaltung bildeten sich Arbeitsgruppen zu den Themen Mobilität, Wohnen, Gesundheit, Information und Nachbarschaftshilfe, die sich eigenständig mit ihrem Themengebiet auseinandersetzten. Eine übergeordnete Gruppe aus den vorangegangenen Initiativen formierte sich zu einer Koordinierungsgruppe aus zivilgesellschaftlich Aktiven und einer Verwaltungsmitarbeiterin. Die Gruppe erarbeitete das Konzept für ein weiteres Programm des BFSFJ mit dem Namen „Anlaufstelle für ältere Menschen“³. Kleinere Projekte konnten so in der Verbandsgemeinde aus 18 Dörfern und einer kleinen Stadt entstehen, z.B. eine Wanderausstellung zu „Wohnen im Alter“, ein Dorfcafé und diverse Spieltreffs. Ihre Stabilität gewann die Aktion vor allem aus der Verlässlichkeit der Koordinierungsgruppe, die weiterführende Verhandlungen mit politischen Entschei-

2 Gefördert durch das Bundesland Rheinland-Pfalz mit der Beteiligunginitiative „Gut leben im Alter“, zu finden unter <https://msagd.rlp.de/de/unsere-themen/aeltere-menschen/gut-leben-im-alter/>.

3 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013: Projekt Zuhause im Alter mit dem Programm „Anlaufstelle für ältere Menschen“, zu finden unter <https://www.serviceportal-zuhause-im-alter.de/programme/programm-anlaufstellen-fuer-aeltere-menschen.html>.

dungstragenden und Verwaltungsmitarbeiter*innen führten. Das vorläufige Ergebnis war eine Vereinsgründung⁴, damit die zivilgesellschaftlich Aktiven mehr Eigenständigkeit in ihrer Koordinierungs-, Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit gewinnen. Der Verein selbst sieht sich als zivilgesellschaftliche Strukturförderung in der Verbandsgemeinde und als Dienstleister für alle Bürger*innen – nicht nur für Mitglieder. Zu diesem Zeitpunkt wurde von mir⁵ eine Praxisforschung initiiert, die zweierlei in den Fokus nahm:

- Die Interessen der Beteiligten an der Aktion. Interesse wird hier verstanden als ein Anteilnehmen, eine Hinwendung, gedankliche Beschäftigung mit einem bestimmten Thema. Dieses Verständnis geht somit über das Motiv des Engagements hinaus.
- Die Einordnung der vorhandenen Interessen in eine nachhaltige Prozessentwicklung: Nachhaltigkeit meint hier die Weiterentwicklung und Beständigkeit der Aktion im Sinne einer Zukunftsperspektive.

Zunächst wurden zwei der Engagierten interviewt, die als Initiator*innen den Prozess von Beginn an begleitet haben. Das leitfadengestützte Interview sah vor, dass die Befragten einleitend und ausführlich über ihre Erfahrungen und Einstellungen zum Thema „Ehrenamt“ und „zivilgesellschaftliches Engagement“ erzählen konnten. In einem zweiten Teil sollten die Interviewten einen jeweils kritischen, utopischen und am Schluss realistischen Blick auf die gemeinsame Initiative werfen. Diese Differenzierung – inspiriert von den Phasen einer Zukunftswerkstatt – ließ eine mäeutische personenbezogene Einzelsichtweise auf den Prozess zu. Sie sollte einerseits eine Reflexion des Engagements bei den Befragten bewirken sowie eine Trennung zwischen wirklichen Interessen und gedanklichen Barrieren in Gang setzen. Die Erkenntnisse nach zwei Interviews warfen weitere Fragen auf und bewogen mich dazu, nach möglichen gegensätzlichen Interessen bei den Aktiven zu suchen. Befragt wurden dann

4 Vereinsgründung „So gut leben im Alter“ Juni 2015, zu finden unter www.so-gut-leben-im-alter.de

5 Gleichzeitig war ich zivilgesellschaftlich Aktive und (zur damaligen Zeit) Mitarbeiterin in der Pflegeberatung, was die Arbeit durch den ständigen Perspektivwechsel zu manchen Zeiten erschwerte, durch die Vernetzung und kurze Kommunikationswege aber auch erleichterte. Eine stetige reflektive Einordnung meiner Rolle war nötig.

sich vermischen. Auch bei den befragten Personen waren nicht immer klare Grenzen zwischen zivilgesellschaftlichem oder hauptamtlichem Engagement sowie politischer Entscheidungsmacht oder professioneller Perspektive zu erkennen. Während der Befragung änderten sich zum Teil die Rollenzuordnungen. So können aktiv Beteiligte sowohl politisch eingebunden sein (z.B. mit einem Ratsmandat) oder einen professionellen Hintergrund mitbringen (z.B. als Pflegekraft). Den Erkenntnisgewinn für eine nachhaltige Entwicklung der Aktion im Blick, beschreibe ich nun die Ergebnisse aus meinem Material.

3.1 Eigensinn und Selbstverwirklichung

Der mittlerweile berentete Herr R. erzählte über seinen jahrelangen täglichen Einsatz für eine demente Frau aus der Nachbarschaft. Seine berufliche Tätigkeit ließ ihm dafür freie Zeit. Er beschrieb die Unternehmungen – meist Spaziergänge – als „erfüllend“:

„...also, dass ich da mit der Tante K. unterwegs war, das war in einer Weise so gestaltet, wie ich mir das, wie ich mich dahin einfinden konnte. Das hat für mich vollkommen gereicht. Das war erstaunlich. Das hat mir vollkommen gereicht.“ (R: 516-520).

Das Erfüllende kam aus einem eigenen Interesse, einer eigenen Gestaltung, einem impliziten Wissen, in welcher „Weise“ dies gut für „Tante K.“ wäre, und einem gleichzeitigen Bedürfnis nach selbstorganisierter Hilfe für andere. Eine solche soziale Beziehung wünscht sich Herr R. erneut und erhofft sich eine „Vermittlung“ durch die Aktion des Vereins. Selbstverwirklichende Interessen, sich helfend in der Nachbarschaft zu engagieren oder eine eigene Versorgungslücke zu schließen, zeigen noch keinen Bezug zur Gemeinwohlorientierung im Engagement. Sie können ebenso aus einem persönlich erlebten Mangel bzw. unter einem formulierten Bedürfnis entstanden sein, z.B. dem Bedürfnis, die ländliche Grundversorgung zu sichern wie bei Frau O.. Sie hat ihr Interesse konkret formuliert und arbeitet selbst aktiv an der Planung mit:

„Also, ein Mobilitätsservice, Hol- und Bringservice, das ist auch, weil ich keinen Führerschein habe bzw. kein Auto hab, deshalb ist das bei mir relativ hoch angesiedelt in der Wichtigkeit.“ (O: 504-506).

Da sie selbst auf diese Angebote angewiesen ist, setzt sie sich stark für die Umsetzung der Fahrdienste ein. In diesem Fall wirkt das Engagement weiter als nur in den privaten oder nachbarschaftlichen Bereich, da hier Strukturen für die ganze Gemeinde erweitert werden. Ein weiteres Interesse im zivilgesellschaftlichen Kontext zeigt sich darin, gemeinschaftliche Begegnungstreffen zu organisieren. Herr L. hat ein Gesangsangebot für ältere Menschen ins Leben gerufen. Dabei kümmert er sich auch verantwortlich um die Menschen, die das Angebot wahrnehmen:

„Wenn ich also feststelle, dass Leute so zwei, dreimal nimmer da waren, dann rufe ich die an, was ist los, hast keine Lust mehr oder ne, ich hatte einen Arzttermin oder so. Ich gucke schon, dass die Leute bei der Stange bleiben“ (L: 386-390).

Er gestaltet sein Angebot nach seinen eigenen Vorstellungen und Ansprüchen. Er ist überzeugt dass die „Leute“ viel Ansprache und persönliche Kontakte brauchen, damit sie den aus seiner Sicht sehr wichtigen sozialen Treffpunkt des Singens besuchen. Mit sehr viel Engagement hat er zu einer kulturellen Bereicherung für viele ältere Menschen in der Stadt beigetragen. Er erwartet dabei mehr Unterstützung und Anerkennung von kommunalpolitischer Seite für seine Arbeit und ist über die Einstellung der Entscheidungstragenden in der Verbandsgemeinde enttäuscht. Wiederholt zeigt er dabei seine Unverständlichkeit gegenüber der Reaktion im „Rathaus“:

„Ich hatte ein langes Gespräch mit dem Herrn A. und mit dem Herr C., hab gesagt, dass ich in X. mit älteren Menschen ... gearbeitet hab und dass ich sowas auch hier gern machen möchte. Und das muss doch möglich sein, dass man mit den Leuten singt und eben was macht mit den Leuten. Und da haben die sich angeguckt und haben gesagt, die brauchen das net und die sind alle noch fit und die nehmen doch teil am Leben in der Gemeinde und...“ (L:320-327).

Die Rahmenbedingungen seines Angebotes haben sich im Laufe der Beteiligungssituation verbessert, da er schließlich einen Raum und weitere Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen hat. Er nutzt seine vorhandenen Möglichkeiten, um das Angebot nach seinen Interessen zu gestalten, seine langjährigen Gruppenleitungs- und Führungskompetenzen einzubringen und erlebt sich dabei selbstverwirklichend. Mit Gründung des Vereins wurden für diese Aktion auch finanzielle Unterstützungen für Veranstaltungen möglich. Herr L. hat es dabei stets abgelehnt, Mitglied zu werden oder sich an der Vereinsarbeit zu beteiligen. Sein Interesse lag einzig in der Umsetzung der gemeinschaftlichen Angebote. Mittlerweile hat

er zusätzlich eine Kreativwerkstatt aufgebaut. Seine Hoffnung auf eine Etablierung gemeinschaftlicher Kreativ- und Begegnungsangebote in Verantwortung der Stadt oder Verbandsgemeinde hat sich leider nicht erfüllt, obwohl gemeinschaftliches und soziales Erleben von den Engagierten als vordergründig benannt werden.

Erfahrungen mit den eigenen Eltern in kleinen Gemeinden führen Aktive zu der Überzeugung, für eine Hilfsituation „früh genug eine eigene Unterstützungskultur“ aufzubauen, wenn nach ihrer Ansicht nicht genügend davon zur Verfügung steht:

„...gucken, dass man frühzeitig sich gegenseitig ein gewisses Hilfesystem aufbaut, ... Nicht nur für mich, sondern auch für andere, weil ich nicht möchte, dass die Dörfer so ausbluten, dass da kein Mensch mehr bleibt, sondern dass es ein lebenswertes, gesellschaftliches soziales Leben im Dorf gibt...“ (O: 388-396).

„... wenn man wirklich so Versorgungsstrukturen hinkriegt, die man im Alter ... nutzen kann, um die entsprechende Hilfe zu haben, Kontakte aufbauen, so, dass man da nicht vereinsamt...“ (Gr: 28-30)

Frau Gr. betont hier in erster Linie die sozialen und gesellschaftlichen Aspekte. Pflege und Versorgung stehen noch gar nicht im Mittelpunkt. Lediglich die medizinische Versorgung wird von Frau Gr. angesprochen.

„... so medizinische Versorgung, dass man nicht irgendwie vor einem Nix dasteht und das Zusammenwirken von Vielen ist, dass Menschen Ideen sammeln, wie man jetzt in einzelnen Gemeinden klarkommen kann.“ (Gr: 31-37).

Ihre für sich selbst gewählten Strategien übertragen die Befragten auf die notwendigen Strukturen im „Dorf“, damit diese nicht so „ausbluten“ oder vor einem „Nix“ stehen lassen. Das Interesse nach Unterstützung und Einsatz für andere bzw. für die Gemeinschaft trifft in den zivilgesellschaftlichen Ideen auf die Vielfalt sehr unterschiedlicher Eigeninteressen: Freiheit zur eigenen Gestaltung des Lebens, das Treffen eigener Entscheidungen, Selbstverwirklichung und -organisation. Sie sind geprägt von einem starken Eigensinn und entstanden aus Freiwilligkeit, ohne politischen Druck oder Bürgertugendpflicht. Es werden konkrete Bedürfnisse für die Bedarfe in den Gemeinden benannt sowie Verantwortung zur Mitgestaltung zugesagt. Parallel zu dieser zivilgesellschaftlichen Handlungslogik ist ein großer Partizipations- und Gestaltungswille für das Gemeinwohl erkennbar – verbunden mit einem Wunsch nach kommunalpolitischer Unterstützung und Begleitung.

3.2 Kommunal- und verwaltungspolitische Interessen

Im Zusammenhang mit dem kommunalpolitischen Akteur wurden im zivilgesellschaftlichen Engagement wie auch im Hauptamt sehr vielschichtige Interessensdimensionen sichtbar. In der Verbandsgemeinde Bad Sobernheim gibt es Gemeinden mit und ohne politische Parteien und Bürgerlisten. Ein ehrenamtlicher Ortsbürgermeister ohne politische Parteien bewertet den kommunalpolitischen Einfluss auf das zivilgesellschaftliche Engagement wie folgt:

„Wenn da Politik mit im Spiel ist, über Parteien und Parteiinteresse, da ging es gar nicht. Das ist das große Glück und die große Chance, die wir haben, weil die Leute alle denken, für den Ort.“ (W: 41-44).

„Politik“ wird zunächst als Hindernis für eine Zusammenarbeit oder dörfliche Weiterentwicklung gesehen. Es wird davon ausgegangen, dass Parteien andere eigene Interessen („Parteiinteresse“) haben. Eine engagierte Dorfbewohnerin bestätigt die Aussage des Bürgermeisters. Fraktionszwang stellt für sie ein großes Hindernis in den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen dar, in denen die Interessen der Engagierten bzw. die für das Gemeinwohl („für den Ort“) erst an zweiter Stelle kommen.

Der Verbandsgemeindebürgermeister als Partner der zivilgesellschaftlichen Aktion „So gut leben im Alter“ und bedeutender Entscheidungsträger unterstützt die Aktion. Neben einer Haushaltsstelle (finanzieller Beitrag) für den strukturellen Aufbau der Altenhilfe, die eine freiwillige Leistung ist, kann die Aktion auf Räume, Personal, das Informationssystem und Vernetzung zurückgreifen. Diese „Anerkennung“ wird von den Beteiligten wahrgenommen. Eine Aktive schätzt das Interesse des Verbandsgemeindebürgermeisters parteiunabhängig ein und wertet dies als positive Entwicklung. Sie bewertet seine Unterstützung für das zivilgesellschaftliche Engagement als Zeichen seiner Überzeugung und seinem Wohlwollen gegenüber den Aktiven. Die Erwartungen der Aktiven an die Politik werden von der Hoffnung getragen, dass diese Unterstützung bleibt und nachhaltig werden könnte. Eine Engagierte stützt ihre Hoffnungen auf den „amtierenden Bürgermeister“ als Person:

„... und von der Verbandsgemeinde erwarte ich, dass die jetzt, da die so lange nix gemacht haben, dass sie jetzt, wo ich den Eindruck habe, dass zumindest der amtierende Bürgermeister Blut geleckt hat oder gemerkt hat, dass das ne wichtige Sache ist und dass man da auch was bewegen kann, dass wir da weiterhin unterstützt werden.“ (O: 401-407).

Eine Zustimmung zur Zusammenarbeit kann auch eine Chance für den Erhalt einer politischen Machtposition sein. Eine mögliche Wiederwahl sowie öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen mit zivilgesellschaftlich orientierten Themen werden begünstigt. Es wird deutlich, dass die Interessen der politischen Entscheidungstragenden zwischen Machterhaltung, gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein und persönlichen Verstrickungen liegen können. Die Aktiven schätzen die wohlwollende Unterstützung und vielleicht sogar Überzeugung durch kommunalpolitische Entscheidungstragende und hoffen auf wenig Interessenkonflikte und die Besinnung auf das Gemeinwohl. Das Interesse der Mandatstragenden für die zivilgesellschaftlichen Bedürfnisse und eine positive Einstellung gegenüber dem Gemeinwohl stellen wichtige Komponenten dar und sind oft biografisch geprägt, sei es durch die eigene Betroffenheit mit Älteren in der Familie oder im Zusammenhang mit eigenem Engagement. Ein Aktiver bewertet seine politische Arbeit als eine für den Ort und dessen Verhältnisse „sinnvolle“ Tätigkeit:

„... als damals der Rat aufgestellt wurde zur Wahl, da hab ich gesagt, ja, mache ich, man kann auch dem Ort wieder was zurückgeben ... Ich kenn ja ... die Verhältnisse dort und wusste, dass das sinnvolle Arbeit sein kann.“ (W: 17-21).

Ähnlich sieht es Frau Ge., die vor ein paar Jahren noch kommunalpolitisch tätig war und danach zur Beteiligungsaktion für ein gutes Leben im Alter wechselte. Sie wollte ein Ehrenamt ausführen, aber nicht mehr im kommunalpolitischen Bereich. Auch sie spricht davon, „was Sinnvolles machen“ zu können. Der Fraktionszwang und damit das Durchsetzen eigener Interessen war für sie entscheidend für den Austritt aus den politischen Gremien. Beide sowohl politisch wie ehrenamtlich engagierte Befragte werten die Befürwortung der Aktion durch eine höhere kommunalpolitische Ebene trotzdem als sehr wichtig und brauchen entsprechend weitere Verbündete. Herr W. als Ortsbürgermeister bewertet dies als „den ersten Schritt“:

„Da bin ich auch sehr froh, dass der das auch ganz genauso sieht. Das ist auch wichtig, dass das Gremium das mitträgt und auch fragt, wie ist der Stand der Dinge. Aber ich merke

auch in den Diskussionen drum herum, ... das ist ein Thema, ... Das ist schon mal wichtig,... Das ist net gemessen an Umsetzung, an Engagement oder so etwas. Das ist der erste Schritt, der Rest kommt erst hinterher“ (W: 118-125).

Frau O. bemängelt fehlende Weitsicht bei den Verantwortlichen in den Räten der Verbandsgemeinde, die zu wenig für die sozialräumlichen Strukturen zu tun. Für sie sind mangelnde finanzielle Möglichkeiten in den Kommunen kein Grund dafür, nichts zu tun.

„Und deshalb habe ich dann irgendwann in der Haushaltsrede gesagt, mir fehlen die Visionen, wie wollen wir gern leben, was habt ihr denn für Vorstellungen, da haben sie alle mit großen Augen dagesessen, ja, so, diese, es ist alles gut so und wir brauchen nichts zu ändern und wir haben ja alles, was wir brauchen, war dann die Reaktion eher und deswegen hab ich gedacht, jetzt muss man was bewegen. Ich finde ja auch diese Haltung, dass man sich so hinsetzt und darauf wartet, dass einem jemand serviert, was man braucht, die geht nach hinten los.“ (O: 353-373).

Mittlerweile ist Frau O. aus dem kommunalpolitischen Gremium ausgestiegen und arbeitet thematisch und praktisch im Verein „So gut leben im Alter“. Sie nutzt ihre Erfahrungen und Beziehungen aus früheren politischen Zeiten für eine gute Verhandlungsarbeit und hat dadurch mehr Einfluss und Macht als weniger Involvierte und Erfahrene.

Herr B. als kommunalpolitischer Entscheidungsträger befürwortet einen zivilgesellschaftlichen Prozess von „unten“, hat gleichzeitig Sorge davor, in seiner Rolle als Bürgermeister aktiv zu werden. Für ihn ist die Vereinsgründung eine geeignete Lösung.

„...deswegen ist die Vereinslösung eine gute. Ein Verein kann sich dort verstärkt einbringen und engagieren, wo es notwendig ist. Siehe N., das Feld, O., das Feld, wo die unterschiedlichen Aufgaben dann auch örtlich bezogen angehen. Deswegen ist mir die Vereinslösung so wichtig und einen Verein zu unterstützen ist ja keine Frage.“ (B: 71-77).

Der Vorstand hat sich eine intensive Zusammenarbeit mit entsprechenden Vereinbarungen erarbeitet. Herr B. als Bürgermeister lehnte auch bei möglicher finanzieller Ressource eine Beteiligung der Verbandsgemeinde an der strukturellen Altenarbeit ab, da dies nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fiel, sondern auf die „unterste kommunale Ebene“ der Gemeinden gehört.

„Ne, das ist nicht mein Aufgabenbereich, das hat mit der Größe und dem Geld nichts zu tun. Es wäre dann einfacher, den Verein finanziell zu unterstützen, das ist klar. Aber von der grundsätzlichen Aufgabenstellung Verbandsgemeinde muss ich es so sehen.“ (B: 174-178).

Obwohl er seine fehlende Zuständigkeit bezüglich der Verantwortung vorschiebt, gibt er eine Zusage an den Verein, diesen zu unterstützen und hebt die Bedeutung der Vereinslösung hervor, da er zum einen eigene politische Interessen verfolgt, und zum anderen auch Strategien entwickelt.

3.3 Professionelle und berufsbezogene Belange

Aufgrund seiner langjährigen ehrenamtlichen Erfahrungen in der Praxis Sozialer Arbeit hat Herr R. seine eigenen Vorstellungen einer menschenwürdigen Begleitung und Beziehungsarbeit (vor allem in der Pflege und Betreuung) entwickelt, die er auch in seiner ehrenamtlichen Arbeit so umsetzen möchte.

„... in der normalen Sozialarbeit sind so bestimmte Formen, wie man das macht und handhabt, und da bist du, da stehst eigentlich nur daneben. Und ich muss sagen, dann gefällt es mir manchmal nicht, die Form.“ (R: 721-726).

Sein Verständnis vom Umgang mit Menschen ist anders, als er es in der institutionellen Praxis erlebt hat. Darum liegt sein Interesse darin, innerhalb des freiwilligen Engagements eine andere „Form“ der Sozialen Arbeit zu realisieren. Auch in Bezug auf Führungskompetenzen haben Herr L. im Singkreis und Frau Ge. ihre eigenen Interessen und Vorstellungen verwirklichen können. Für die gemeinsame Singarbeit mit Herrn L. passte ein hierarchisches Führungsmodell. Frau Ge. entschied sich für eine demokratische Gruppenarbeit und hat bemerkt, dass dieser neue Weg der Zusammenarbeit für ihre und die Interessen des Vereins sehr fruchtbar waren:

„...Als ich in den Ortsvorstand als Vorsitzende gewählt wurde, habe ich das direkt in ein Team umgewandelt, das war ja dann meine Idee und meine Vorstellung, das so zu machen. Das wurde sehr gut angenommen. Da kamen dann auch jüngere Frauen rein.“ (Ge: 52-61).

Als einziger hauptamtlicher Vertreter der Verwaltung wurde der Verbandsgemeindebürgermeister Herr B. befragt, der einerseits die Wichtigkeit der Förderung der Aktion betont, aber auch eine Ablehnung anderer Gemeinden zum Thema befürchtet und sich deshalb nicht aus dem „Fenster lehnen“ möchte. Sein Interesse gilt in diesem Falle seinem beruflichen Leitbild und der Zufriedenstellung der Ortsbürgermeister*innen.

„Also, wenn ich die gesamte Aktion nicht so wichtig fände, hätte ich den Prozess auch nicht so intensiv begleitet, wobei zunächst einmal mein Verständnis nicht so groß war, da ich nicht als VG als Gebietskörperschaft an der Spitze der Bewegung stand. Sie haben das ja mitgekriegt, diese Sachen werden nicht in jeder Ortsgemeinde für notwendig erachtet.“ (B: 56-61).

Herr W. als Ortsbürgermeister ist da anderer Meinung und sieht die Lösung dort verhaftet, wo das Problem sichtbar ist. Da der zivilgesellschaftliche Prozess für das Gebiet der Verbandsgemeinde in Gang gekommen ist, wäre es seiner Meinung nach auch sinnvoll, es von dort aus in die Hand zu nehmen.

„Da muss ich ehrlich dazu sagen, das mit der Aufgabenverteilung, da kenne ich mich nicht so gut aus. Was ist die Aufgabe von wem, ist mir auch egal, das ist, wenn es irgendetwas gibt, was gelöst werden muss, dann sollte man es lösen, egal, ob man jetzt die OG oder VG oder eine private Person ist.“ (W: 286-290).

Herr W. zieht es vor, das Problem zu bearbeiten und nicht zu überlegen, ob er dafür zuständig ist oder nicht. Das Thema Altenhilfe ist als freiwillige Leistung auf der Ebene der oft zahlungsunfähigen Ortsgemeinden angesiedelt. Ehrenamtliche Ortsbürgermeister wünschen sich mehr Unterstützung durch die hauptamtliche Verbandsgemeinde. Diese lehnt aber eine Verantwortung mit Bezug auf die Zuständigkeit ab. Hintergrund ist zudem, dass Themen, die von den Ortsgemeinde an die Verbandsgemeinde übertragen werden, auch finanziell über eine Umlage ausgeglichen werden. Bei ausreichend gesellschaftlichem Druck wie beim Thema „Ärztliche Versorgungsstruktur“ wurde der Verbandsgemeindebürgermeister Herr B. dann doch aktiv. Obwohl sich zu diesem Thema während der Zukunftswerkstatt eine aktive Arbeitsgruppe gebildet hatte, fand der „Runde Tisch“ darüber ohne Bürgerbeteiligung statt. Stattdessen formuliert er hohe Erwartungen an das zivilgesellschaftliche Engagement, z.B. zum Thema Mobilität:

„Ja, ich habe eine Erwartungshaltung. Ich hoffe, dass der Verein so weitermacht, ... auch das Thema Mobilität weiterzuentwickeln. Das ist ja in den Anfängen stecken geblieben...“ (B: 226-229).

Themen wie der Mangel in den Bereichen „Ärztliche Versorgung“ oder „Mobilität“ sieht er mittlerweile als ernste Herausforderungen. Wie wenig Sensibilität er aber gegenüber dem zivilgesellschaftlichen Engagement mitbringt, zeigen seine Interessensentscheidungen, in denen er Beteiligung

entweder ausschließt oder Verantwortung beliebig an zivilgesellschaftliches Engagement abgibt. Welche Auswirkungen der unterschiedlichen Interessenslagen sich für die nachhaltige Situation der Beteiligungsaktion ergeben, wird nun im abschließenden Kapitel zusammengefasst.

4. Schlussfolgerungen: Nachhaltige Zivilgesellschaft

Die Vielfältigkeit der Interessen soll zunächst als Spannungsbogen zwischen Eigeninteressen und Gemeinwohlorientierung zusammengefasst und im zweiten Schritt ein Blick auf eine Perspektive der Nachhaltigkeit entwickelt werden. Deutlich wird, welche Rolle Eigeninteressen für das Gemeinwohl bedeuten und wie gemeinwohlorientierte Ergebnisse auch selbstverwirklichende Eigeninteressen nicht ausschließen. Gleichwohl entwickeln die Beteiligten Strategien zur Durchsetzung dieser Interessen, die für eine nachhaltige Entwicklung von Bedeutung sind.

Tabelle 1: Spannungsfelder der Interessenvielfalt

Interessen	Eigeninteressen	Zwischenbereich	Gemeinwohlorientierung
Eigensinn und Selbstverwirklichung	Selbstverwirklichung/ Eigene Vorstellungen/ Eigenes Hilfesystem	Gemeinschaftliche Angebote/ Erfahrungen	Soziale Veränderungen/ Strukturentwicklung
Kommunal- und verwaltungspolitische Interessen	Erhalt der kommunalpolitischen Position/ Öffentlichkeitswirksamkeit/ Parteieninteresse	Interessen mit Fraktionszwang/ Politik „für den Ort“ (parteiunabhängig)	Kommunalpolitik als Partner/ Förderung der Strukturen von unten
Professionelle und berufsbezogene Belange	Grenzen ziehen im Verantwortungsbe- reich/ Zuständigkeitsklärung	Lösungsorientierung/ Kritik an Praxis Sozialer Arbeit	Verbesserung der sozialen Angebotsstrukturen/ Ressourceneinsatz (z.B. Führungsqualität) der Aktiven

Quelle: eigene Darstellung

4.1 Interessenvielfalt

Die Eigeninteressen der Beteiligten mit ihren eigenen Vorstellungen und den Bedarfen zum Aufbau von Hilfesystemen stellen Ressourcen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik dar, da alle selbstverwirklichenden Interessen eine gemeinwohlorientierte Ausrichtung zeigen. Aus dem eigenen Nutzen ergeben sich durchaus dienliche Ergebnisse für andere, z.B. wenn man für seine bedürftigen Eltern eine Hilfsmöglichkeit entwickelt, die auch für andere praktikierbar ist und für die die bereits aufgebauten Strukturen zur Verfügung stehen. Selbst wenn ein Bürgermeister zur Festigung seiner politischen Position ein zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt, ist dies für das Gemeinwohl nützlich. Münklers Unterscheidung von „Bürgertugend“ und eigener Selbstverwirklichung im zivilgesellschaftlichen Engagement spielt daher keine Rolle. Aus kommunalpolitischer Sicht könnte mit Blick auf die eingesetzten Potentiale der Engagierten die Effektivität und Professionalität im Aufbau sozialer Strukturen hinterfragt werden. Folgen dürften dann allerdings kein Zweifel am Engagement, sondern Strategien zur Unterstützung dessen. Hinterfragt mögen Benachteiligungen von Menschen sein, die gerne ein solches Engagement ausüben möchten, aber dieses Potential nicht haben, es nicht verbalisieren oder wegen ausgelasteter Sorgetätigkeiten (auch ehrenamtliche) keine Zeit oder die nötige Lobby dafür aufbringen können. Hier geht es um eine ausreichende kommunale Engagementwahrnehmung und -begleitung durch Politik und Verwaltung. Deutlich wird, dass die indirekt partizipativen Möglichkeiten der Mitsprache in der Kommunalpolitik eher als Hindernis für zivilgesellschaftliches Engagement gesehen werden, vor allem wenn Parteiinteressen und Fraktionszwänge im Vordergrund stehen. Der das zivilgesellschaftliche Engagement aktivierende Staat wird in diesem Fall durch seine eigene kommunalpolitische Handlungslogik ausgebremst, die wiederum für die Rolle des „Governance-Akteur“ (vgl. Walter 2017: 20) noch keinen Platz gefunden hat.

4.2 Nachhaltigkeit

Es geht also nicht um die staatliche bzw. kommunalpolitische Perspektive auf das Bürgerschaftliche Engagement mit der Bemühung um ein Engagiertenmanagement. Vielmehr ist ein zu entwickelndes Management zur

Mobilisierung der Kommunalpolitik und von der kommunalen Verwaltung nötig, um Engagierten Raum für die Entfaltung ihrer gemeinwohlorientierten Interessen zu geben. Die zivilgesellschaftlich Aktiven könnten über die Benennung gemeinsamer Interessen einer optimalen Engagiertenstruktur und ausreichenden Ressourcen ihre Ziele in einem horizontalen Verhandlungsmodus durchzusetzen. Die Strategie einer Vereinsgründung war im Hinblick auf die zivilgesellschaftliche Stärkung ein erster Schritt. Jetzt bräuchten sie Ressourcen, nach denen bisher nicht gefragt wurde: Übung in Kommunikation und Verhandlungsgeschick, ausreichend entwickeltes Selbstbewusstsein für ihre Interessen und das klassische Engagementprogramm der Freiwilligenarbeit einzutreten, zu dem ein wohlwollendes Vertrauen mit entsprechender Anerkennung von Seiten der kommunalen Politik und Verwaltung gehört. Letztlich wäre es dann strategisch eher möglich, die Gebietskörperschaft Verbandsgemeinde zu entlasten.

Zur Sicherstellung zivilgesellschaftlicher Partizipation empfiehlt der Engagementatlas (2015: 8) die Einrichtung von Engagementregionen statt der Förderung von Einrichtungen und Freiwilligenagenturen⁸. Engagementförderung wäre dann Aufgabe der kommunalen Verwaltungen, die mit Förderinstrumenten ausgestattet werden, um Abstimmungsprozesse zu verbessern. Denkbar wäre ein gemeinsam erarbeitetes Leitbild für Engagement in der Region. Das Ziel wäre eine konsequente Nutzung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Synergien (Engagementatlas 2015, S.8). Die Beteiligten müssen gerüstet werden, um mit ihren jeweiligen letztlich gemeinwohlnutzenden Interessen in eine gemeinsame Verhandlung zu gehen. Erfolgsversprechend für die Praxis wäre eine niedrigschwellige Ansprechstation für Engagierte aus allen zivilgesellschaftlichen Bereichen, die deren Interessen unterstützt. Ob diese dann mit einem Hintergrund der Sozialen Arbeit oder der Verwaltung eingerichtet wird, ist zweitrangig. Wichtig sind verlässliche Personen, die ausreichend Sensibilität gegenüber Hierarchiestrukturen und Partizipationswillen von zivilgesellschaftlichem Engagement mitbringen und sich davon inspirieren und leiten lassen.

8 Vgl. Konzept Freiwilligenmanagement, siehe z.B. Reifenhäuser, Carola/Reifenhäuser, Oliver (Hrsg.) (2013): Praxishandbuch Freiwilligenmanagement. Weinheim/Basel: Juventa.

Literatur

- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (2007): Einleitung. In: Benz, A./Lütz, S./Schimank, U./Simonis, G. (Hrsg.): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 9-26
- Benz, Arthur (2007): Verhandlungen. In: Benz, Arthur / Lütz, Susanne / Schimank, Uwe / Simonis, Georg (Hrsg.): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 106-118.
- Bettmer, Franz (2007): Anerkennung, Macht, Gemeinsinn – Voraussetzungen eines neuen Altersbildes. In: Aner, Franz /Karl, / Rosenmayr, L. (Hrsg.): Die neuen Alten - Retter des Sozialstaats? Wiesbaden: VS-Verlag. S. 111-126.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2012): Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung. Bericht der Sachverständigenkommission und Stellungnahme der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 17/10580). Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2016): Zweiter Engagementbericht. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Zentrale Ergebnisse. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Döhler, Marian (2007): Hierarchie. In: Benz, A./Lütz, S./Schimank, U./Simonis, G. (Hrsg.): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 46-53.
- Geißel, Brigitte (2007): Zur (Un)möglichkeit von Local Governance und Zivilgesellschaft: Konzepte und empirische Befunde. In: Schwalb, L./Walk, H. (Hrsg.): Local Governance und Ehrenamt. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 23-38.
- Grundmann, Matthias (2018): Graswurzeln als gesellschaftlicher Humus? In: Grundmann, M. (Hrsg.): Gesellschaft von unten!? Studien zur Formatierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelninitiativen. Weinheim/Basel: Juventa. S. 14-22.
- Heinelt, Hubert (2004): Governance auf lokaler Ebene. In Benz, A. (Hrsg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 29-44.
- Holtkamp, Lars (2009): Verwaltung und Partizipation: Von der Hierarchie zur partizipativen Governance? In Czerwick, E./Lorig, W.H./ Treutner, E. (Hrsg.): Die öffentliche Verwaltung in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 65-86.
- Klein, Ansgar (2010): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft: Die reformpolitische Diskussion. http://www.mitarbeit.de/loccum_20060.html (Zugriff am 25.05.2016)

- Kunze, Iris (2018): Soziale Innovationen und „Gesellschaftswandel von unten“. Transformative Ansätze und Herausforderungen von Grass-Roots-Initiativen. In: Grundmann, M. (Hrsg.): Gesellschaft von unten!? Studien zur Formierung zivilgesellschaftlicher Graswurzelinitiativen. Weinheim/Basel: Juventa. S. 186-213.
- Lindenberg, Michael (2000): Funktionale Dilletanten, funktionale Professionelle oder Teilhabemacht? Zeitschrift Widersprüche, S. 22-36.
- May, Michael (2008): Partizipative Projektentwicklung im Sozialraum. In: May, M./Alisch, M.: Praxisforschung im Sozialraum. Fallstudien in ländliche und urbanen sozialen Räumen. Opladen&Farmington Hills: Barbara Budrich. S. 45-64.
- Münkler, Herfried (1993): Zivilgesellschaft und Bürgertugend. Berlin: Antrittsvorlesung Humboldt-Universität.
- Munsch, Chantal (2012): Engagement und Ausgrenzung – Theoretische Zugänge zur Klärung eines ambivalenten Verhältnisses. eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 22/2012 vom 23.11.2012.
- Scheu, Bringfriede /Aurata, Otger (2013): Partizipation und Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS.
- Schwalb, Lilian/Walk, Heike (2007): Blackbox Governance – soziales Engagement im Aufwind. In: Schwalb, L./Walk, H. (Hrsg.): Local Governance und Ehrenamt. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 7-22.
- Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: Springer.
- Vortkamp, Wolfgang (2007): Gesellschaftliche Integration und Vertrauensbildung durch Partizipation in Vereinen – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung in Ostdeutschland. In: Schwalb, L./Walk, H. (Hrsg.): Local Governance und Ehrenamt. Wiesbaden: VS-Verlag. S.131-168
- Walter, Andrea (2017): Administrative Governance. Kommunalverwaltung in lokaler Politikgestaltung mit Zivilgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Zimmer, Annette (2007): Vom Ehrenamt zum Bürgerschaftlichen Engagement: Einführung in den Stand der Debatte. In: Schwalb, L./Walk, H. (Hrsg.): Local Governance und Ehrenamt. Wiesbaden: VS-Verlag. S.95-108.

Regional versorgen, genussvoll essen – Transparenz und (digitale) Vernetzung als Chance für den ländlichen Raum?!

Catherina Jansen, Stephanie Hagspiel

1. Einleitung

Eine bedarfsgerechte und wunschgemäße Ernährungsversorgung stellt eine wichtige Ressource von Lebensqualität und Gesundheit dar. Mobilitätseinbußen und krankheitsbedingte Einschränkungen können jedoch dazu beitragen, dass die Fähigkeit, sich selbst angemessen zu versorgen, mit zunehmendem Alter beeinträchtigt ist. Dienstleistungen, wie „Essen auf Rädern“ oder Lebensmittellieferangebote, werden folglich immer wichtiger. In der aktuellen Demografiedebatte finden ernährungsbezogene Fragestellungen jedoch nur am Rande Erwähnung. Auch aus Diskussionen um die Daseinsvorsorge wurde das Thema Ernährung bislang weitgehend ausgeklammert (vgl. Steinführer et al. 2012: 8f.).

Insbesondere in ländlichen strukturschwachen Regionen ist die Ernährungsversorgung älterer mobilitätseingeschränkter Menschen allerdings zunehmend erschwert. Problematisch ist nicht nur, dass sich (Nah-) Versorgungsangebote immer häufiger aus der Fläche zurückziehen, sondern auch die Tatsache, dass das familiäre Unterstützungspotenzial älterer Menschen allmählich erodiert. Kleiner werdende Familien, vermehrte Kinderlosigkeit und die fortschreitende Abwanderung junger Menschen in wirtschaftlich attraktivere Regionen sind hierfür wesentliche Ursachen (vgl. BMUB 2014).

Um den drohenden und teilweise bereits bestehenden Versorgungsdefiziten im ländlichen Raum entgegenzuwirken, wurden in den vergangenen

Jahren eine Vielzahl alternativer Konzepte erprobt: Bürgerläden, Kleinflächenkonzepte, Kooperationsmodelle, mobile Verkaufswagen oder organisierte Einkaufsfahrten – Angebote, die je nach vorhandenen Bedürfnissen, vor allem aber je nach Ressourcen einer Region, mehr oder weniger gut funktionieren können (vgl. Zibell 2015).

Perspektiven der Digitalisierung von Nahversorgungsangeboten rücken erst in jüngster Zeit in den wissenschaftlichen und politischen Fokus. Sie stehen dabei in engem Zusammenhang mit Strategien der Regionalentwicklung (vgl. Arend/ Troeger-Weiß 2015). Denn letztlich geht es um weit mehr als um die Sicherstellung der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Es geht auch darum, regionale Wirtschaftsstrukturen zu stärken, regionale Identität zu ermöglichen, Vielfalt zu fördern und die Attraktivität ländlicher Räume für Bewohner*innen, ebenso wie für Unternehmen, zu bewahren.

Das BMBF-geförderte Forschungsprojekt *CulinaryandHealth@Home*¹ beruht auf der Annahme, dass die digitale Vernetzung und gebündelte Bereitstellung lokaler Versorgungsangebote einerseits dazu beitragen kann, die Versorgungslage mobilitätseingeschränkter Menschen zu verbessern, andererseits aber auch das Wettbewerbspotenzial und die „Überlebensfähigkeit“ lokaler Anbieter*innen der Nahversorgung zu stärken (siehe hierzu auch den Beitrag von Pfindel et al. in diesem Buch).

Ziel des Projekts war vor diesem Hintergrund die Konzeption eines regionalwirtschaftlich verankerten Geschäftsmodells der Ernährungsversorgung – unter besonderer Berücksichtigung älterer Menschen mit Unterstützungsbedarf. Der Projektansatz sah vor, die auf regionaler Ebene vorhandenen Ressourcen und Akteure (zum Beispiel Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe) stärker zu vernetzen und durch eine gemeinsam genutzte Angebotsplattform und Lieferlogistik zu bündeln. Nicht zuletzt sollte mit dem Projektansatz der Tatsache Rechnung getragen werden,

1 „*CulinaryandHealth@Home* – Genuss, Gesundheit, Arbeit und Märkte in der Alterskultur (GGAMA) – Entwicklung eines bedarfs- und genussorientierten Verpflichtungskonzepts für Senioren in Privathaushalten.“ Ein Forschungsprojekt des Zentrums für Catering, Management & Kulinaristik an der Hochschule Fulda (Laufzeit: 2014-2017).

dass regionale Wirtschaftskreisläufe auch unter kulinarischen Gesichtspunkten (wieder) an Bedeutung gewinnen. Vor allem ältere Verbraucher*innen assoziieren regionale Produkte und Speisen mit Heimatgefühl, Vertrauen und Transparenz, aber auch mit Genuss und Qualität (vgl. Warschun et al. 2014, Heinze et al. 2014). Kernelement des Vorhabens war die Entwicklung eines digitalen Einkaufs- und Ernährungsassistenten, welcher lokal existierende Versorgungsangebote transparent darstellt und Senior*innen eine Hilfestellung bei der Auswahl bedürfnisorientierter Speisen und Produkte bietet.

Der folgende Beitrag widmet sich einerseits der Frage, welche Chancen die digitale Vernetzung von Versorgungsangeboten eröffnen kann – sowohl aus der Perspektive der Nutzenden als auch aus der Perspektive der Anbieter*innen. Andererseits reflektiert er, ausgehend von den Erfahrungen des Forschungsprojektes, welche Herausforderungen und Hürden in diesem Zusammenhang zu bewältigen sind.

2. Hintergrund

2.1 Nahversorgung im ländlichen Raum

Wirtschaftliche Prognosen legen nahe, dass sich der Trend zur Schließung kleinerer Betriebe der Nahversorgung in strukturschwachen Regionen weiterhin fortsetzt (vgl. BMVBS 2013). Dabei verzeichnen nicht nur der Lebensmitteleinzelhandel, Bäckerei- und Metzgereibetriebe, sondern auch das ländliche Gastronomiegewerbe rückläufige Entwicklungen. Nachwuchs- und Fachkräftemangel, bürokratische Auflagen, aber auch der Bevölkerungsrückgang gelten hierfür als wesentliche Ursachen (vgl. DEHOGA Hessen 2013).

Die Entwicklungen tragen in mehrfacher Hinsicht zu einem „Wertverlust“ ländlicher Regionen bei. Sie resultieren zum einen in defizitären Versorgungsstrukturen, sind zum anderen aber auch Merkmal nachlassender Lebensqualität (vgl. BMUB 2014). So bedroht etwa das „Gaststättensterben“ nicht nur die kulinarische Vielfalt der Regionen, es nimmt immer mehr

Dörfern auch einen wichtigen Ort der Begegnung und Gemeinschaft und damit eine soziale Funktion (vgl. DEHOGA Hessen 2013).

Abgesehen von stationären Versorgungspunkten, scheint auch die Aufrechterhaltung von mobilen Angebotskonzepten, insbesondere Mahlzeitenlieferdiensten, erschwert. Trotz des – demografisch bedingt – stark wachsenden Nachfragepotenzials stagniert das Geschäft mit „Essen auf Rädern“. Die Auslieferung von Mahlzeiten gilt aus Sicht von Dienstleistenden als wenig lukrativ, denn das Angebot ist logistisch aufwändig und birgt nur geringe Margen. Gerade in ländlichen Regionen erschweren weite Entfernungen zwischen den Kund*innen eine kostendeckende Auslieferung. Konkurrenz gibt es infolgedessen wenig. Dies gerät oftmals zu Lasten von Wertepinzipien wie Genuss und Nachhaltigkeit sowie der Orientierung an individuellen Bedarfen. Aufgrund ihrer geringen Rentabilität müssen die Angebote häufig quersubventioniert werden. Überwiegend werden mobile Mahlzeitendienste deshalb von Trägern der Wohlfahrtspflege bzw. gemeinnützigen Anbieter*innen sichergestellt (vgl. Arens-Azevedo/ Wollmann 2012). Doch auch diese agieren zunehmend unter Kostendruck. Die ausgelieferten Mahlzeiten werden in der Regel nicht selbst produziert, sondern von überregionalen Großanbieter*innen in Form von Tiefkühlmenüs zugekauft und vor Ort nur noch regeneriert. Branchenexpert*innen dokumentieren in diesem Zusammenhang einen Verdrängungswettbewerb, der es vor allem kleineren, regionalen Anbieter*innen erschwert, im Essen-auf-Rädern-Markt Fuß zu fassen (vgl. gv-praxis 2010).

Gemäß einer Untersuchung des Fraunhofer Instituts IIS zählt es aus Sicht ländlicher Gemeinden inzwischen zu den größten Herausforderungen, noch bestehende privatwirtschaftliche Versorgungsangebote aufrechtzuerhalten. Möglichkeiten der Digitalisierung werden in diesem Zusammenhang aber so gut wie gar nicht genutzt (Cäsar/ Wojtech 2017).

Dabei scheinen die sich hieraus ergebenden Potenziale offensichtlich. Die stärkere Vernetzung lokaler Anbieter*innen, die transparente Darstellung und der Onlinevertrieb regional vorhandener Waren könnten dazu beitragen, die Auswahl und Verfügbarkeit von Nahversorgungsangeboten deutlich zu verbessern. Darüber hinaus ließe sich auch die Reichweite und

Sichtbarkeit der einzelnen Händler bzw. Versorgungsbetriebe und damit deren Wettbewerbsfähigkeit steigern (vgl. Williger 2017). Profitieren würden hiervon also nicht nur Kund*innen, die einen Zugewinn an Autonomie und Versorgungssicherheit erfahren würden, sondern gleichermaßen Anbieter*innen, die ihren Bekanntheitsgrad ausweiten, ihr Servicepotenzial verbessern und ihren Absatz steigern könnten. Vor allem kleineren Geschäften und Handwerksbetrieben (z. B. Bäckereien und Metzgereien), die im hart umkämpften Lebensmittelmarkt häufig von Schließung bedroht sind, böte die digitale Vernetzung – über einen Onlinemarktplatz – neue Vermarktungsperspektiven. Nicht zuletzt würde die Beteiligung an einem regionalen Versorgungsverbund den einzelnen Akteuren im Sinne der „sorgenden Gemeinschaft“ die Übernahme von Sozialverantwortung und lokalem Engagement ermöglichen.

Paradoxerweise beschränkt der Lebensmitteleinzelhandel – ebenso wie die Gastronomie – den Onlinevertrieb bislang weitgehend auf urbane Gebiete. Zielgruppen sind vor allem junge, beruflich eingebundene und kaufkräftige Konsument*innen, denen der Onlineeinkauf eine Zeitersparnis verspricht (vgl. Linder/ Rennhak 2012). Ältere Konsument*innen nutzen die Möglichkeit der Onlinebestellung von Lebensmitteln und Mahlzeiten so gut wie nicht (Warschun et al. 2013). Inwieweit sie als Zielgruppe überhaupt aktiv angesprochen werden, ist ungewiss. Ebenso ist fraglich, wie Onlinevermarktungsangebote gestaltet werden müssten, um für ältere, unterstützungsbedürftige Menschen nutzbar und attraktiv zu sein.

2.2 Digitalisierung und Technik für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Digitale Unterstützungsangebote bieten vielversprechende Potenziale, ein selbstbestimmtes, unabhängigeres Leben im Alter zu fördern, gerade bei eingeschränkter Mobilität und Unterstützungsbedarf. Ob Onlineshopping, telemedizinische Dienstleistungen oder (digitale) Assistenzsysteme im Haushalt – technologisch betrachtet ist heute bereits vieles möglich. Durchgesetzt haben sich entsprechende Angebote im Alltag älterer Menschen bislang jedoch nur in geringem Umfang.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. Das Vorurteil einer generellen Technikkaversion der Zielgruppe greift allerdings zu kurz. Tatsächlich zeigt sich

ein Großteil älterer Menschen durchaus aufgeschlossen gegenüber technischen Entwicklungen (vgl. Weiß et al. 2017). Gemäß einer forsa-Studie hält die große Mehrheit der über 60-Jährigen technische Assistenzsysteme, die den Alltag erleichtern und die Selbstständigkeit fördern, für sinnvoll (forsa 2013). Im Bereich der PC- und Internetnutzung lässt sich das Ausmaß digitaler Teilhabe bereits ablesen. Wie eigene Untersuchungen im Rahmen der GEViA-Studie zeigen², nutzt inzwischen rund die Hälfte der über 65-Jährigen das Internet. In den jüngeren Altersgruppen (65 bis 69 Jahre) sind die Senior*innen sogar zu mehr als 80 Prozent online. Hinzu kommt, dass immerhin ein Viertel der bisherigen Nichtnutzenden den Umgang mit Internet und PC gerne erlernen würde.

Doch genau hier liegt die Crux. Denn das Nutzungsverhalten älterer Zielgruppen gegenüber technischen Anwendungen im Allgemeinen und dem Internet im Speziellen unterscheidet sich oft erheblich von dem jüngerer Zielgruppen. Unsicherheit, Hilflosigkeit und die Angst, „etwas kaputt zu machen“ sind kennzeichnend für die Haltung vieler älterer Menschen im Umgang mit (digitaler) Technik. Insgesamt zeigt sich, dass existierende Anwendungen oftmals unzureichend auf die Kompetenzen und Fähigkeiten älterer – nicht digital sozialisierter – Zielgruppen ausgerichtet sind (vgl. Amann-Hechenberger et al. 2015).

Routinen und Logiken der Interaktion mit digitalen Anwendungen bereiten älteren Nutzenden oft erhebliche Schwierigkeiten. Ungewohnte Bedienungsfunktionen, wie das Ausführen eines Doppelklicks, die Kontrolle eines Mauszeigers oder der Umgang mit Touchscreens (z.B. Tippen und Wischen) führen schnell zu Überforderung und Frustration. Englische Fachbegriffe und unbekannte grafische Symbole (Icons) stellen zusätzliche Barrieren dar. Neben Nachteilen, die sich schon aufgrund fehlender Sozialisationserfahrung ergeben, erschweren altersbedingte Einschränkungen die Nutzbarkeit digitaler Anwendungen zusätzlich. Aufgrund eines verminderten Sehvermögens beklagen viele ältere Menschen zum Beispiel die schlechte Lesbarkeit von Webseiten, ebenso den mangelhaften Kontrast. Die Fülle von Informationen kann altersabhängig außerdem vergleichsweise schnell zu einer Reizüberflutung führen (ebd.).

2 zum Forschungsdesign der GEViA-Studie siehe Jansen et al. 2015.

Wenngleich diese Erkenntnisse bislang wenig in der Gestaltung digitaler Angebote, wie Webseiten, berücksichtigt scheinen, sind sie keineswegs neu. So existiert inzwischen eine Reihe von Guidelines und Empfehlungen dahingehend, wie digitale Anwendungen gestaltet werden müssen, um für ältere Nutzende möglichst wenig Barrieren aufzuweisen. Darüber hinaus setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass digitale Angebote für Senior*innen nur dann akzeptiert werden können, wenn die Zielgruppe von Anfang an konsequent in die Entwicklung eingebunden wird (vgl. Weiß et al. 2017). Zentrale Bestandteile eines Softwareentwicklungsprozesses sind beispielsweise Usability-Tests, welche die Nutzbarkeit und potenzielle Interaktions- bzw. Verständnisprobleme schon früh im Entwicklungsprozess transparent machen.

Neben anwendungs- und entwicklungsbezogenen Maßnahmen bleibt die Nutzungsbereitschaft jedoch immer noch eine Frage der individuellen Voraussetzungen. Die subjektive Risikowahrnehmung und das Selbstvertrauen hinsichtlich einer kompetenten Nutzung scheinen sich wesentlich darauf auszuwirken, ob und welche Anwendungsmöglichkeiten des Internets auch tatsächlich genutzt werden (vgl. Pfindel et al. 2017). Gerade beim Thema Onlineeinkauf – so zeigt eine Studie der Stiftung Digitale Chancen – driften die subjektiv empfundene Sinnhaftigkeit und die tatsächliche Inanspruchnahme besonders auseinander. Das heißt, die Möglichkeiten, die eigene Autonomie zu erhöhen und sich weite Wege zu ersparen, werden zwar erkannt – genutzt werden sie jedoch selten (Stiftung Digitale Chancen 2017). Hier besteht also ganz offensichtlich Entwicklungspotenzial.

Festhalten lässt sich, dass der Zugang zum Internet und anderen digitalen Angeboten, ebenso wie deren kompetente Nutzung, inzwischen verbrieft Aspekte gesellschaftlicher Teilhabe darstellen (vgl. Amann-Hechenberger et al. 2015). Senior*innen stellen die zurzeit am stärksten wachsende Nutzendengruppe in diesem Bereich dar (vgl. Hellbusch/Probiesch 2011; Nielsen 2013). Fragen der Akzeptanz und Usability rücken vor diesem Hintergrund zentral in den Fokus des vorliegenden Forschungsvorhabens.

3. Mahlzeiten und mehr – Konzeption eines regionalen Versorgungsverbunds

Kernanliegen des im Projekt konzipierten Geschäftsmodells ist die Entwicklung kleinräumiger Verantwortungsgemeinschaften. Das Verpflegungs- und Versorgungskonzept mit dem Titel „Mahlzeiten & mehr“ stellt einen Bündelungsansatz dar, der lokal vorhandene Anbieter*innen miteinander vernetzt und deren Produkte und Dienstleistungen für potenzielle Kund*innen transparent macht. Die Angebote sind über eine eigens entwickelte Internetplattform transparent dargestellt; Waren können online bestellt und direkt nach Hause geliefert werden.

Durch eine höhere Transparenz und eine bessere Auslastung vorhandener Angebote soll nicht nur Versorgungssicherheit, sondern auch eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit ländlicher Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe ermöglicht werden. Das Vorhaben fokussiert damit insgesamt auf den Erhalt einer verlässlichen (Nah-)Versorgungssituation in ländlichen, strukturschwachen Gebieten.

Die Umsetzung des Pilotvorhabens erfolgte in Kooperation mit zwei ländlich geprägten Gemeinden im osthessischen Landkreis Fulda. Im Rahmen eines „Runden Tisches“, u.a. mit der Bürgermeisterin und dem Bürgermeister der Gemeinden, sowie in zahlreichen Einzelgesprächen konnten sieben Akteure aus den Bereichen des Lebensmittelhandwerks, des Lebensmitteleinzelhandels sowie unterschiedliche Gastronomie- bzw. Hauswirtschaftsbetriebe für die Pilotphase des Versorgungskonzeptes gewonnen werden.

3.1 Der digitale Einkaufs- und Ernährungsassistent (dEEA)

Der dEEA fungiert im weitesten Sinne als regionaler Onlinemarktplatz. Darüber hinausgehend umfasst er jedoch Funktionen und Angebote, die speziell älteren und unterstützungsbedürftigen Menschen Erleichterung in ihrer Alltagsbewältigung und Ernährungsversorgung bieten können. Neben einem „Shopsystem“, welches den Onlineeinkauf von Lebensmitteln,

Getränken und Gütern des täglichen Bedarfs über regionale Händler*innen ermöglicht, können über die Plattform täglich wechselnde Mahlzeiten regionaler Gastronomiebetriebe erworben werden. Darüber hinaus beinhaltet der dEEA ein Informationsportal, das zielgruppengerecht aufbereitete Ernährungs- und Gesundheitsinformationen enthält und bei der Auswahl bedarfsspezifischer Angebote behilflich ist. Nach dem Prinzip eines übersichtlichen Kachelsystems sind weitere Funktionen (etwa lokale Freizeitangebote oder haushaltsnahe Dienstleistungen) integrierbar.

Das Hauptaugenmerk bei der Entwicklung des dEEA³ lag auf der Gestaltung einer zielgruppenadäquaten, nutzungsfreundlichen Bedienoberfläche. Um den digitalen Einkaufs- und Ernährungsassistenten an den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Nutzenden auszurichten, wurden zunächst sogenannte Personas entwickelt. Bei Personas handelt es sich um fiktive, zugleich aber typologische Nutzer*innenprofile, die ausgehend von Sekundär- und Primärdaten zur Zielgruppe erstellt wurden. Jede Persona repräsentiert demnach eine „typische“ Nutzerin bzw. einen „typischen“ Nutzer mit je spezifischen Eigenschaften, Fähigkeiten und Bedürfnissen. Die Personas dienten während des gesamten Entwicklungsprozesses als Arbeitsgrundlage und sollten eine möglichst hohe Zielgruppensensibilität der Anwendung gewährleisten.

Im nächsten Schritt wurden Use Cases formuliert. Das heißt, es wurden unterschiedliche „realistische“ Nutzungsszenarien durchgespielt. Dadurch wurden die möglichen Interaktionen mit dem Assistenten schon während der Entwicklung identifiziert. Ziel war es unter anderem, Abläufe in der Menüführung, die zu Problemen oder einem Abbruch des Interaktionsprozesses führen können, frühzeitig zu erkennen und zu optimieren. Die wesentlichen Use Cases, die durchgespielt wurden, sind die Nutzendenprofilerstellung, das Auslösen einer Bestellung und der Abruf von individuellen Ernährungsinformationen. Im dritten Schritt wurde ein Paper-Prototype zur funktionellen Struktur des geplanten Assistenten entworfen.

3 Die Entwicklung des dEEA erfolgte in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Mensch-Computer-Interaktion am Fachbereich Angewandte Information der Hochschule Fulda.

Parallel zu diesen Entwicklungen erfolgten Recherchen und Expert*innengespräche zur barrierefreien und seniorengerechten Oberflächengestaltung (Schriftgröße, Bildauswahl, Kontrast etc.). Auf Basis eines hierzu entwickelten Anforderungskatalogs erfolgte die zielgruppengerechte Übersetzung ernährungsrelevanter Fachinformationen. Das heißt, die hierfür im Vorfeld erstellten Grundlagentexte wurden für die Verbraucher*innenkommunikation didaktisch aufbereitet.

Im darauffolgenden Schritt wurde der Prototyp des dEEA programmiert. Anhand dieses Prototyps fand im Herbst 2016 ein erster Usability-Test statt, um den dEEA hinsichtlich der Bedienfreundlichkeit zu evaluieren und für den Realbetrieb weiterzuentwickeln. Die Tests wurden im Usability-Labor⁴ der Hochschule Fulda durchgeführt. Sie beruhten auf 15 szenariobasierten Aufgaben zur Nutzung der Funktionen. Während der Sitzungen, die per Video- und Tonaufzeichnung dokumentiert wurden, wurden die Testpersonen zum „Lauten Denken“ aufgefordert. Die Testsitzungen wurden um eine standardisierte Befragung zur Soziodemographie und PC-Nutzung sowie um ein leitfadengestütztes Interview zur subjektiven Bewertung der Effizienz und zur Erfassung von Verbesserungsvorschlägen ergänzt. Nach Auswertung der Usability-Tests wurde die Anwendung insbesondere hinsichtlich Gestaltung bzw. Layout erneut überarbeitet und um ausgewählte Funktionalitäten (zum Beispiel eine Suchfunktion) erweitert. Außerdem wurde die Navigation optimiert.

Für den Test des dEEA im Realbetrieb wurden die Funktionen auf die Bestellung von Lebensmitteln und warmen Speisen beschränkt. Der Schwerpunkt der weiteren Arbeiten lag daher auf der Entwicklung des Lebensmittelwebshops und des Mahlzeitenbestellsystems sowie auf der Befüllung der systemhinterlegten Datenbank.

4 Das UsabilityLab am Kompetenzzentrum für Mensch-Computer-Interaktion fungiert als interdisziplinäres Forschungslabor, speziell zur Durchführung nutzerzentrierter Beobachtungsstudien zu unterschiedlichsten digitalen Anwendungen.

3.2 Mahlzeitenangebot

Grundlage der entwickelten Speisepläne waren die vorhandenen (sowohl regional-typischen als auch internationalen) Rezepturen und Menüangebote der beteiligten Gastronomiebetriebe. Die Speisen für das Angebot wurden in Abstimmung mit den Anbieter*innen ausgewählt, bezüglich der Eignung der Einzelkomponenten für den Speisentransport optimiert und spezifische Ernährungsbedürfnisse und Wünsche der Testkund*innen adaptiert.

3.3 Lebensmittelwebshop

Eine Herausforderung stellte die Entwicklung des Webshops dar, der für den Testpiloten vorläufig auf Lebensmittel und Getränke beschränkt wurde. Da für das temporäre Pilotvorhaben keine digitale Schnittstelle zu vorhandenen Produktdatenbanken programmiert werden konnte bzw. nicht alle Händler über Datenbanken verfügten, wurden sämtliche Abrechnungs- und Produktinformationen (Preise, Einwaagen, Inhaltsstoffe und Nährwerte) manuell in eine projekteigene Datenbank eingepflegt.

Die Sortimentsfestlegung erfolgte auf zwei Wegen. Über eine Absatzanalyse wurden zunächst die meistverkauften Produkte der beteiligten Einzelhandelsunternehmen identifiziert. Zusätzlich stellten die beteiligten Testkund*innen ihre Einkaufsquittungen aus einem zweiwöchigen Zeitraum zur Verfügung. Über deren Auswertung konnte eine bessere Zielgruppenanpassung des Sortiments ermöglicht werden. Besondere Berücksichtigung erhielt der Einbezug regionaler Erzeugnisse. Über die Einbindung von Produktalternativen aus ökologischer Landwirtschaft wurden nach Möglichkeit außerdem verschiedene Preisniveaus realisiert. Insgesamt wurden schließlich 320 Lebensmittel aus elf Produktkategorien in das Sortiment aufgenommen.

4. Umsetzung und Evaluation des Pilotvorhabens

Im März 2017 wurde das Vorhaben im Rahmen eines 14-tägigen Piloten gemeinsam mit 17 Seniorinnen und Senioren und sieben Anbieter*innen der Region getestet. Die Pilotteilnehmenden waren zwischen 49 und 90 Jahre alt. Im Kontrast zur eigentlichen Zielgruppe war die Mehrheit der Teilnehmenden selbstständig lebend und mobil. Damit lag der Fokus vor allem auf der Frage „zukünftiger“ Nutzungspotenziale.

Zu den Anbieter*innen zählten ein Metzgereibetrieb mit dem Angebot eines Mittagstischs, ein Restaurant mit internationalem und eines mit regionalem Speisenangebot, ein Tagungshaus mit eigener Hauswirtschaftsabteilung, ein Lebensmitteleinzelhändler, ein Direktvermarkter und ein Weltladen. Im Zuge der Umsetzung wurde der gesamte Versorgungsprozess – von der Information und Beratung über die Bestellung und Lieferung von Lebensmitteln und Mahlzeiten bis hin zur gebündelten Abrechnung – im Realbetrieb erprobt, dokumentiert und evaluiert. Die Evaluation erfolgte anhand von standardisierten Pilottagebüchern der Kund*innen, teilnehmender Beobachtung und leitfadengestützter Anbieter*innen- und Teilnehmendeninterviews.

Auch wenn bei den meisten Testkund*innen keine akute Notwendigkeit von alltagsunterstützenden Dienstleistungen bestand, wurde das Konzept von Seiten der Teilnehmenden mehrheitlich positiv evaluiert. Insbesondere die Vernetzung und Bereitstellung gastronomischer Angebote wurde als relevante Maßnahme der Alltagsunterstützung bewertet. Gegenüber einem herkömmlichen Essen-auf-Rädern-Dienst erwies sich aus Kund*innensicht vor allem die Regionalität der Angebote, der Einbezug vertrauter Gastronomiebetriebe und die frische Zubereitung der Mahlzeiten als Alleinstellungsmerkmal.

„[...] was mich hier sehr angesprochen hat, ist einfach dass es einmal regionale Produkte sind, ja, und dass man auch hiesige Anbieter unterstützt, das find ich sehr gut ja.“

Der Umgang mit dem dEEA wurde von Seiten der Kund*innen überwiegend als sehr einfach und schlüssig empfunden. Dennoch zeigte sich im

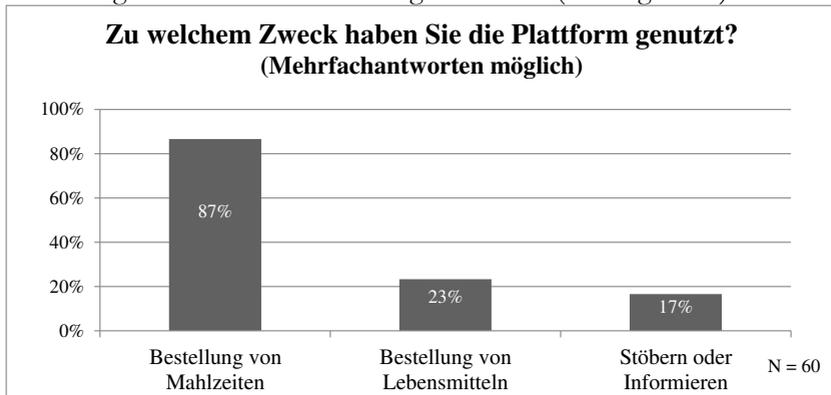
Pilotverlauf, ebenso wie in den abschließenden Interviews, dass die Teilnehmenden zum Teil ausgesprochen unsicher und auch skeptisch im Umgang mit dem Internet sind. Trotz der starken Fokussierung auf die Entwicklung einer nutzungsfreundlichen, leicht bedienbaren Website, kam es in der Pilotphase mehrfach zu Fehlereignissen, die technisch zwar unproblematisch bzw. reversibel waren, bei den Testanwendenden jedoch zu Irritationen und Verunsicherung führten.

„[...] zum Beispiel war dann mal eine Situation: Es hat ganz schnell reagiert, wenn man zweimal draufgeklickt hat und mit einmal waren es zwei oder drei [Produkte im Warenkorb] und ich wusste nicht gleich, wie ich da wieder rauskomme, solche Situationen gab's.“

Die intensive Begleitung und die telefonische Erreichbarkeit der Projektmitarbeitenden während der Pilotphase erwiesen sich vor diesem Hintergrund nicht nur als hilfreich, sondern auch als zwingend erforderlich.

Genutzt wurde der dEEA hauptsächlich zur Mahlzeitenbestellung, vergleichsweise selten wiederum zur Bestellung von Lebensmitteln bzw. zur allgemeinen Informationsbeschaffung (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Motive in der Nutzung des dEEA (Pilottagebuch)



Quelle: eigene Darstellung

Über den Lebensmittelwebshop erfolgten bei den meisten Kund*innen lediglich sporadische Bestellungen, die eher experimentellen Charakter

hatten, jedoch nicht als bedarfsdeckend einzustufen waren. Grund für die relativ geringe Inanspruchnahme des Angebotes war bei den meisten Befragten die deutliche Präferenz des „analogen“ Einkaufs. Das physische Einkaufserlebnis, der soziale Kontakt, die größere Auswahl, die Möglichkeit, Produkte „in die Hand zu nehmen“ und kritisch zu prüfen wurden als Gründe für die fehlende Akzeptanz der Onlinebestellmöglichkeit genannt. Einige Kund*innen äußerten darüber hinaus Misstrauen gegenüber dem Handel und fürchteten, dass dieser bevorzugt solche Produkte online vertreibe, die sich im stationären Handel nicht mehr verkaufen ließen, etwa weil sie nicht mehr frisch oder beschädigt seien.

Kund*innen, welche die Möglichkeit des Onlineeinkaufs als Entlastung wahrgenommen haben, bemängelten die zu geringe Auswahl des Angebotsportfolios, welches sich im Pilotvorhaben auf ausgewählte Produktkategorien beschränkte. Der Wunsch nach einer größeren Auswahl überwiegt hier offenbar gegenüber dem Bedürfnis nach Übersichtlichkeit.

Mit Blick auf die mangelnde Akzeptanz der Lebensmittelbestellung bleibt anzumerken, dass die Testkund*innen zum Zeitpunkt des Piloten mehrheitlich nicht auf Hilfe beim Einkauf angewiesen waren. Perspektivisch hingegen wurde die Möglichkeit, regionale Angebote über einen Lebensmittelwebshop nutzen zu können, durchaus positiv bewertet – insbesondere, um bei möglichem Unterstützungsbedarf unabhängig von den eigenen Kindern oder Nachbarn zu sein. So zeigte sich auch innerhalb des Testsamples, dass der Rückgriff auf familiäre Unterstützungsstrukturen – zumindest in der Bewältigung alltäglicher Verrichtungen – nicht mehr als selbstverständlich angesehen wird, sei es, weil man den eigenen Kindern nicht „zur Last fallen“ will oder, weil sich die eigenen Kinder gar nicht in räumlicher Nähe befinden.

Die Bewertung des Konzeptes aus Sicht der Anbieter*innen war von zwei Motiven geprägt: dem unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen und der Realisierbarkeit im Rahmen der täglichen Arbeitsabläufe. Regionales und lokales Engagement als Motiv zur Beteiligung an einem Versorgungsverbund wurde nur von zwei Anbieter*innen explizit als relevant erachtet.

Die Einschätzung des wirtschaftlichen Nutzens fiel dabei – zumindest aus Sicht der Gastronomiebetriebe – unterschiedlich aus. Einige der Anbieter*innen sahen durch das Konzept durchaus die Möglichkeit geboten, den eigenen Absatz zu steigern. Als problematisch erwies sich jedoch der erhöhte Personalaufwand, der durch die Kommissionierungsprozesse bzw. das Transportsystem und die Geschirrrückführung entstand. Befürwortet wurde ein Versorgungskonzept, das Außer-Haus-Angebote nicht auf die Belieferung von Einzelhaushalten beschränkt, sondern mit der Belieferung von Großhaushalten (z.B. Senioreneinrichtungen, Betrieben oder Kindergärten) verknüpft. So könnten durch weniger Anfahrten nicht nur Transportkosten gesenkt, sondern durch die Lieferung von Mehrportions-Gebinden auch Margen erhöht werden. Das heißt, der Personalaufwand der Einzelportionierungen könnte gesenkt werden.

Aus Sicht der Einzelhandelsbetriebe stellte sich das Fehlen digitaler Schnittstellen zu Produktdatenbanken als größte Hürde dar. So bot die digitale Bestellabwicklung zwar erhebliche Arbeiterleichterung gegenüber bisher eher unsystematisch abgewickelten Bestellprozessen via Telefon; die Pflege der projekteigenen Datenbank war aufgrund ständig wechselnder Preise und Produktinformationen wiederum ausgesprochen arbeitsaufwändig. Hier lagen die Herausforderungen nicht zuletzt in rechtlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Produktkennzeichnung begründet.

5. Resümee

Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass die Digitalisierung neue Perspektiven eröffnet, die Lebensqualität im ländlichen Raum zu steigern. Die digitale Vernetzung von Versorgungsangeboten ist hierbei nur ein Aspekt unter vielen. Im Rahmen des vorgestellten Forschungsprojektes konnte gezeigt werden, dass auch eine augenscheinlich strukturschwache Region über wertvolle Ressourcen verfügt, eine umfassende und qualitativ hochwertige Ernährungsversorgung unterstützungsbedürftiger Senior*innen sicherzustellen. Der Regionalitätsaspekt und der Einbezug „vertrauter“ Anbieter*innen erwies sich dabei – zumindest aus Kund*innensicht – als

spezifischer Wettbewerbsvorteil und als Perspektive, das Image der Dienstleistung „Essen auf Rädern“ aufzuwerten.

Technische Lösungen allein werden jedoch kaum den Ausschlag geben, den Strukturwandel in der Nahversorgung (und der Landgastronomie) abzuwenden. Sie müssen auch genutzt werden können und genutzt werden wollen. Die Nutzungsbereitschaft sowohl von Kund*innen als auch von Anbieter*innen hängt von sehr unterschiedlichen Einflussfaktoren ab. Kund*innenseitig ließ sich feststellen, dass Vorbehalte und Probleme im Umgang mit der digitalen Plattform trotz intensiver Bemühungen einer zielgruppengerechten Entwicklung nicht gänzlich abgebaut werden konnten. Die intensivere Förderung „digitaler Kompetenz und Souveränität“ bleibt damit eine wesentliche Voraussetzung altersunabhängiger gesellschaftlicher Teilhabe – mithin einer selbstbestimmten Lebensführung trotz Unterstützungsbedarfs.

Kompetenzen und Ressourcen bedarf es allerdings nicht nur auf Seiten der Anwendenden. Regionalwirtschaftliche und gleichsam digitale Entwicklungen erfordern auch anbieterseitig Knowhow und Innovationsfähigkeit. Immer mehr setzt sich der Leitsatz durch: „Was sich im Internet nicht finden lässt, existiert auch nicht.“ Das mag für ältere Menschen (noch) nicht zutreffen, für jüngere hingegen umso mehr. Digitalisierung ist auch eine Frage von Professionalisierung, wobei Transparenz gegenüber den Kund*innen nur einen Einzelaspekt darstellt. Gerade im Hinblick auf das betriebswirtschaftliche Management bietet die Digitalisierung erhebliches Potenzial der Kostensenkung und Risikominimierung. Ob IT-gestützte Personal- oder Produktionsplanung, Allergenmanagement, softwaregestützte Warenwirtschaft oder digitale Kassensysteme – Marktstudien legen nahe, dass die Digitalisierung zunehmend zum Wettbewerbsfaktor wird – auch in der Gastronomie (vgl. techconsult 2017).

Welche Auswirkungen der Digitalisierungstrend auf den Lebensmitteleinzelhandel hat, scheint derzeit ungewiss. Neben der bislang (noch) geringen Nachfrage kund*innenseitig bremsen hohe Logistikkosten – vor allem im ländlichen Raum – die Bereitschaft von Anbieter*innen, in den Onlinevertrieb von Lebensmitteln einzusteigen. Expert*innendiskussionen legen jedoch nahe, dass das Absatzpotenzial im Lebensmittelonlinehandel

wächst. Vor allem im ländlichen Raum bestehen Nachfragepotenziale (vgl. Linder/ Rennhak 2012). In Anbetracht der hohen Sortimentsvielfalt und -veränderung, permanenter Preisanpassungen und strenger gesetzlicher Vorgaben zur Produktinformation, ist die Pflege eines Lebensmittelwebsites jedoch eine enorme Herausforderung, die ein kleiner Lebensmittelhändler kaum ohne Unterstützung – etwa durch die übergeordnete Unternehmensgruppe – realisieren kann.

Ungeachtet der technischen Herausforderungen bleibt anzumerken, dass die Gewinnung von lokalen Akteuren sich als eine der größten Herausforderungen des Forschungsprojektes erwies. Die Bereitschaft der Akteure, in einen Kooperationsverbund einzutreten und sich auf neue Entwicklungen einzulassen, war zuweilen ernüchternd gering. Ohne die aktive und offensive Unterstützung der lokal und kommunal verantwortlichen Akteure hätte das Pilotvorhaben nur schwer realisiert werden können.

Zum Abschluss des Projektes ist daher erneut die Frage zu stellen, welche Rolle lokales Engagement und kleinräumige Verantwortungsübernahme für die Versorgung unterstützungsbedürftiger Menschen spielen kann. Die „sorgende Gemeinschaft“ wird bislang stark unter dem Blickwinkel freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements betrachtet. Noch wenig im Blick ist bislang allerdings das Potenzial (regional-)wirtschaftlicher Akteure der Nahversorgung und die Frage, welchen Beitrag diese leisten könnten, um zuverlässige und solidarische Versorgungs- und „Sorge“-Strukturen sicherzustellen.

Literatur

- Amann-Hechenberger, Barbara/ Buchegger, Barbara/ Erharter, Dorothea/ Felmer, Viktoria/ Fitz, Bernadette/ Jungwirth, Bernhard/ Kettinger, Marlene/ Schwarz, Sonja/ Knoll, Bente/ Schwaninger, Teresa/ Xharo, Elka (2015): Tablet & Smartphone: Seniorinnen und Senioren in der mobilen digitalen Welt. Forschungsbericht zum Projekt „mobi.senior.A“. Wien. Im Internet unter: forschungsbereich.mobiseniora.at/forschungsbericht.pdf
- Arend, Heike/ Troeger-Weiß, Gabi (2015): Starke Wirtschaft - Starke Regionen. Gute Aussichten für das Land. Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) e.V. Mainz

- Arens-Azevedo, Ulrike; Wollmann, Christine (2012): Situation, Qualität und Zufriedenheit mit dem Angebot von „Essen auf Rädern“. In: Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (Hrsg.): Ernährungsbericht 2012. Bonn: 189-235
- BMUB - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2014): Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Impulse für die Praxis. Berlin
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Nahversorgung in ländlichen Räumen. BMVBS-Online-Publikation 02/2013
- Cäsar, Estella/ Wojtech, Annemarie (2017): Stadtleben vs. Landidylle – Die Herausforderungen in ländlichen Regionen. In: Fraunhofer Institut IIS. Technische Hochschule Deggendorf (Hrsg.): Atlas der Digitalisierung im ländlichen Raum: 23-42
- DEHOGA Hessen (2013): Demografischer Wandel. Gasthaussterben in Hessen. In: Die Gastgeber (3/14): 12-13
- forsa (2013): Umfrage zu technischen Assistenzsystemen im Alter. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Im Internet unter: https://www.wissenschaftsjahr.de/2013/fileadmin/prelaunch.wissenschaftsjahr-2013/content_de/Das-Wissenschaftsjahr/Technik-Umfrage_FORSA.pdf
- gv-praxis (Hrsg.) (2010): Das Haustürgeschäft. In: GV-Praxis Nr. 7-8 vom 02.08.2010: 32
- Hellbusch, Jan Eric/ Probiesch, Kerstin (2011): Barrierefreiheit verstehen und umsetzen - Webstandards für ein zugängliches und nutzbares Internet. 1. Auflage, dpunkt. Verlag, Heidelberg
- Heinze, Karen/ Xouridas, Stergios/ Gebhardt, Beate/ Becker, Tilman (2014): Verbraucherpräferenzen gegenüber regionalen Produkten: Ein Vergleich von West- und Ostdeutschland. In: Berichte über Landwirtschaft. Band 92. Ausgabe 1
- Jansen, Catherina/ Hagspihl, Stephanie/ Rückert-John, Jana (2015): GEViA-Studie – eine partizipative Entwicklung bedürfnisorientierter Angebote. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft 4: 193-194
- Linder, Miriam/ Rennhak, Carsten (2012): Lebensmittel-Onlinehandel in Deutschland. Reutlinger Diskussionsbeiträge zu Marketing & Management. Hochschule Reutlingen. Im Internet unter: https://www.esb-business-school.de/fileadmin/user_upload/Fakultaet_ESB/Forschung/Publikationen/Diskussionsbeitraege_zu_Marketing_Management/4-2012_WP.pdf
- Nielsen, Jakob (2013): Seniors as web Users. Nielsen Norman Group. Evidence – Based User Experience Research, Training and Consulting. Online verfügbar unter: <https://www.nngroup.com/articles/usability-for-senior-citizens>

- Pfindel, Barbara/ Vollertsen, Alexander/ Rupprecht, Dominik/ Hagspühl, Stephanie (2017): Erfahrungen aus dem Usability-Test einer Plattform zur Speisenbestellung und Ernährungsinformation für ältere Menschen. *Proc. Germ. Nutr. Soc.*, Vol. 23: 92
- Steinführer, Annett/ Küpper, Patrick/ Tautz, Alexandra (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. *Johann-Heinrich von Thünen-Institut* (Hrsg.). Sonderheft 367. Braunschweig
- Stiftung Digitale Chancen/ Telefonica Deutschland (Hrsg.): Digital mobil im Alter. So nutzen Senioren das Internet. Zentrale Befunde einer Studie. Im Internet unter: <https://digital-mobil-im-alter.de/>
- techconsult (2017): Digitalisierungsindex Mittelstand. Der digitale Status Quo im deutschen Gastgewerbe. Eine Studie im Auftrag der Telekom AG. Im Internet unter: <https://www.digitalisierungsindex.de/wp-content/uploads/2017/12/Digitalisierung-Studie-Gastgewerbe-web.pdf>
- Warschun, Mirko/ Krüger, Lennart/ Vogelpohl, Niklas (2013): Online Food-Retailing. Ein Markt im Aufschwung. A.T. Kearny. Im Internet unter: <https://www.atkearney.de/documents/856314/3014702/BIP+Online-Food-Retailing+Ein+Markt+im+Aufschwung.pdf>, zuletzt abgerufen am 10. Juli 2018
- Warschun, Mirko/ Liedtke, Andreas/ Glusac, Sophie/ Günther, Dorothee (2014): Lebensmittel: Regional ist keine Eintagsfliege. Düsseldorf. Im Internet unter: https://www.atkearney.de/documents/856314/5229089/Issue+Paper_Regionale+Lebensmittel.pdf/5ba72c9f-dc4f-4de9-9c01-0f27348940d2, zuletzt abgerufen am 19.10.2018
- Weiß, Christine/ Stubbe, Julian/ Naujoks, Catherine/ Weide, Sebastian (2017): Digitalisierung für mehr Optionen und Teilhabe im Alter. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh
- Williger Bettina (2017): Digitalisierung als Allheilmittel? – Chancen und Herausforderungen für die ländliche Gesellschaft. In: Fraunhofer Institut IIS. Technische Hochschule Deggendorf (Hrsg.): *Atlas der Digitalisierung im ländlichen Raum*: 8-12
- Zibell, Barbara/ Revilla Diez, Jarvier/ Heineking, Ingrid/ Preuß, Petra/ Bloern, Hendrik/ Sohn, Franziska (2015): Zukunft der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Bedarfsgerecht und maßgeschneidert. In: Fachinger, Uwe; Künemund, Harald (Hrsg.): *Gerontologie und ländlicher Raum*, Veichtaer Beiträge zur Gerontologie. Springer. Wiesbaden: 141-165

Vom innovativen Versorgungsprojekt zum erfolgsträchtigen Geschäftsmodell

Barbara Pfindel, Nicolas Pappert, Claudia Kreipl, Stephanie Hagspühl

1. Einleitung und Ziele

Im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekt *CulinaryandHealth@Home – Genuss, Gesundheit, Arbeit und Märkte in der Alterskultur* (GGAMA) wurde ein Verpflegungs- und Versorgungskonzept entwickelt. Die Zielgruppe sind ältere Menschen in Privathaushalten mit Unterstützungsbedarf, die im ländlichen, strukturschwachen Raum leben. Das Konzept ist eine Weiterentwicklung von mobilen Mahlzeitendiensten, wie z.B. Essen auf Rädern (EaR), die Mahlzeiten zu älteren Menschen nach Hause liefern. Kernelemente sind die Integration lokaler Gastronom*innen und Lebensmitteleinzelhändler*innen, die zusätzliche Lieferung von Lebensmitteln, die Bündelung verschiedener Dienste zu einem zentralen Servicedienstleister (SDL) sowie die Verwendung einer onlinebasierten Assistenzsoftware als Bestell- und Informationsplattform. Das Konzept wurde unter dem Namen „Mahlzeiten und mehr“ im Rahmen des Forschungsprojekts mit 18 Testkund*innen und sieben verschiedenen Anbieter*innen in der Region Gersfeld (Rhön) und Ebersburg pilotiert und evaluiert. Daraus gewonnene Ergebnisse und Erfahrungen werden an anderer Stelle¹ dieses Tagungsbands näher beschrieben. Diese bilden die Grundlage der Überlegungen zur Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit des Konzepts.

Der Bedarf an innovativen Versorgungsmodellen besteht auch in anderen ländlichen Regionen. Daher soll im Verlauf des Beitrags aufgezeigt werden, wie die Erkenntnisse des Pilotprojekts und der theoretischen

1 Siehe hierzu den Beitrag von Jansen und Hagspühl mit dem Titel „Regional versorgen, genussvoll essen ... - Transparenz und (digitale) Vernetzung als Chance für den ländlichen Raum“.

Vorüberlegungen verallgemeinert und auf andere ländliche Regionen übertragen werden können.

Der Beitrag verfolgt im Kern diese Ziele:

- Die Bereitstellung von Informationen und Entscheidungsschritten für eine Implementierung des Konzepts,
- die Darstellung einer möglichen Kosten- und Preisstruktur,
- die Erläuterung von Ansätzen für die strategische Planung und Einschätzung der Machbarkeit des Vorhabens.

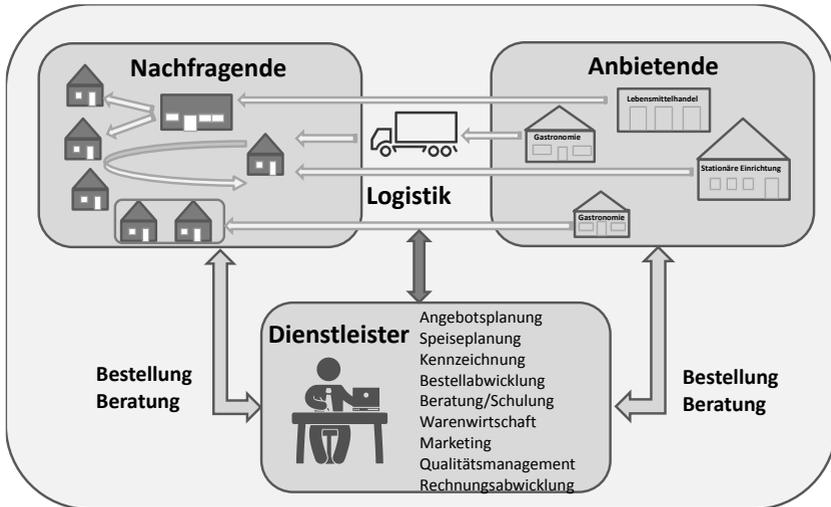
Dafür wird zunächst die Geschäftsidee umrissen. Kernelemente einer erfolgreichen Implementierung werden angeführt. Neben konstitutiven Entscheidungen sollen eine Potenzialanalyse sowie die Ausgestaltung eines Marketing-Mix angesprochen werden. Im Fokus steht dann eine Wirtschaftlichkeitsanalyse, die basierend auf zwei Szenarien durchgeführt wird. Eine Betrachtung von ausgewählten Faktoren einer erfolgreichen Umsetzung rundet den Beitrag ab.

2. Eine Geschäftsidee entsteht

2.1 Das Forschungsprojekt als Grundlage der Geschäftsidee

Das Versorgungskonzept „Mahlzeiten und mehr“ beinhaltet die Belieferung älterer Menschen mit warmen Mahlzeiten und Lebensmitteln, die von lokalen Anbieter*innen von Speisen und Lebensmitteln bereitgestellt werden. Die Zielgruppe sind vorwiegend im Privathaushalt lebende, ältere Menschen mit Unterstützungsbedarf in den Gemeinden Gersfeld (Rhön) und Ebersburg. Als Schnittstelle zwischen Kund*innen und Anbieter*innen fungiert ein zentraler SDL, der die Angebote der lokal ansässigen Gastronom*innen und des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) bündelt und an die Kund*innen ausliefert. Über eine auf die speziellen Bedürfnisse von Senior*innen zugeschnittene Online-Plattform können die Mahlzeiten und Produkte bestellt werden. Abbildung 1 stellt den Konzeptaufbau schematisch dar.

Abbildung 1: Versorgungskonzept Mahlzeiten & mehr



Quelle: Jansen et al. 2017: 99.

Den Hintergrund der Geschäftsidee bildet der vermehrte Bedarf an haushaltsnahen und mahlzeitenbezogenen Dienstleistungen bei zu Hause lebenden, älteren Menschen als Begleiterscheinung demografischer Entwicklungen. Altersbedingte Veränderungen können zu Einschränkungen der Ernährungsversorgung bis hin zu Mangelernährung und deren Folgen führen. Dadurch werden die Lebensqualität und das Wohlbefinden im Alter beeinträchtigt. Für den Markt mobiler Mahlzeitendienste besteht demnach ein großes Potenzial. Allerdings zeigen aktuelle Entwicklungen ein anderes Bild, denn besonders in ländlichen Regionen ist das Angebot mobiler Mahlzeitendienste, wie EaR, gering. Typischerweise wird die Qualität dieser Mahlzeiten bemängelt, was vielerorts zu Imageproblemen führt (Jansen et al. 2017: 84f). Ergebnisse der im Projekt GGAMA durchgeführten GEViA-Studie² zeigen, dass ältere Menschen einen großen Wert auf Gesundheit, Genuss und Regionalität beim Essen legen (Jansen et al. 2017: 87-97).

2 GEViA steht für Gesundheit, Ernährung und Versorgung im Alter. Ausführliche Informationen zur Studie siehe Jansen et al. 2017.

Das Konzept wurde an die in der GEViA-Studie identifizierten Bedürfnisse angepasst. Mit dem Fokus auf Lebensqualität und Wohlbefinden unterscheidet es sich von üblichen mobilen Mahlzeitendiensten dadurch, dass

- mehrere lokale Versorgungsangebote gebündelt werden,
- lokal bekannte Gastronom*innen die hochwertigen Mahlzeiten frisch zubereiten,
- das Speisenangebot bei Vorliegen besonderer diätetischer Bedürfnisse flexibel angepasst werden kann,
- alternativ Komponenten (statt Menüs) wählbar sind und
- zusätzlich Lebensmittel des lokalen LEH geliefert werden können.

2.2 Ausgangspunkt zur Entwicklung eines Geschäftsmodells

Zur Erstellung eines Businessplans wurden die durch die Durchführung gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse der Evaluation des in der Region Gersfeld (Rhön) und Ebersburg verorteten Versorgungspiloten verwendet, aber eine Übertragbarkeit auf andere Regionen bedacht. Diese fließen insbesondere in die Finanzplanung ein. So wurden in einem ersten Schritt Kennzahlen der Lieferung und Tour (z.B. durchschnittliche Lieferzeit, durchschnittliche Anzahl von Mahlzeiten pro Tour) ermittelt und damit die Rahmenbedingungen des Pilotprojektes beschrieben. Diese Schlüsselfaktoren sind entscheidend für die Ausgestaltung des Konzeptes, insbesondere deren Auswirkungen auf die Kosten und Preise.

Dabei werden der Berechnung realistische Zahlen zugrunde gelegt. Eine Heterogenität der ländlichen Regionen kann vermutet werden. Diese Vielfalt kann im vorliegenden Beitrag nicht individuell antizipiert werden. Daher fiel die Entscheidung, zwei Szenarien zu entwickeln und einander gegenüber zu stellen. Diese bilden den Betrieb des SDL ab, in dem sie Extrema im Sinne der Kosten- und Preisstruktur darstellen. Szenario 1 ist explorativ konzipiert und stellt beispielhaft ungünstige Bedingungen bzw. ein Worst Case-Szenario im Sinne der Kosten- und Preisstruktur dar. Szenario 2 ist normativ entwickelt und beschreibt einen Best Case. Dieser soll zeigen, durch welche Maßnahmen und Optimierungen ein Preisniveau erreicht werden kann, das sich auf einem ähnlichen Niveau wie bei EaR bewegt (Institut für Zukunftsstudien und

Technologiebewertung 2008: 23f). Die Berechnungen zur Finanzplanung liegen digital in Form eines Excel-Dokuments vor und können über das Wissenschaftliche Zentrum für Catering, Management und Kulinaristik (ZCMK) der Hochschule Fulda angefragt werden.

Die weiteren Abschnitte des Businessplans sind unabhängig von den Szenarien gestaltet. Sie sollen eine grundsätzliche Hilfestellung zur Implementierung eines Versorgungsmodells liefern. Dabei verleihen sie einen ersten Überblick und dienen als Gedankenstütze³ ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Im Falle konkreter Überlegungen zur Implementierung ist ein eigener Businessplan anzufertigen, der an die jeweiligen individuellen Rahmenbedingungen angepasst ist. Das folgende Kapitel leistet hierfür einen ersten Überblick.

3. Vorgehensweise zur erfolgreichen Implementierung

Bei einer erfolgreichen Implementierung gilt es, eine Reihe von Kernentscheidungen zu treffen. Diese werden im Businessplan niedergeschrieben. Nachfolgend werden hierbei zunächst die langfristig wirksamen und somit konstitutiven Entscheidungen betrachtet. Diese regeln die grundlegende Funktionsfähigkeit einer Organisation. Ihnen schließt sich eine Potenzialanalyse an, mit welcher entscheidende Chancen und Risiken des Versorgungskonzepts in einer Region bewertet werden können. Die Ausgestaltung des Konzepts im Alltag wird in Abschnitt 3.3 fokussiert. Die Summe der Vorüberlegungen fließt in die Wirtschaftlichkeitsanalyse respektive den Finanzplan ein. Dieser zeigt im Einzelfall den Erfolg an und kann als Steuerungsinstrument genutzt werden.

3.1 Konstitutive Entscheidungen

Unternehmensgründungen erfordern eine Reihe an Entscheidungen, die bestimmte Strukturen und damit ihren Handlungsrahmen für einen längeren Zeitraum festlegen (u.a. Junge 2012: 21ff). Die nachfolgenden Abschnitte geben eine Übersicht über eine mögliche Trägerschaft bzw.

3 Vertiefende Informationen siehe bspw. bei Küsell 2006 oder Pott/ Pott 2015.

Rechtsform, thematisieren die Standortwahl, Grundzüge der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den Bereich Unternehmensführung und Personal.

3.1.1 Trägerschaft und Rechtsform

Als Träger*in des SDL eignen sich Wohlfahrtsverbände, privatwirtschaftliche Unternehmen und Kommunen. Bei der Wahl der Trägerschaft sind die damit einhergehenden rechtlichen, steuerlichen und finanziellen Konsequenzen zu beachten (Pott/ Pott 2015: 107). Bspw. bietet ein Wohlfahrtsverband mit gemeinnütziger Ausrichtung bei Erfüllung entsprechender Voraussetzungen die Möglichkeit, die Dienstleistung zu einem vergünstigten Umsatzsteuersatz anzubieten (§ 4 Nr. 18 UStG). Agieren Kommunen als Trägerin, ist die Bezahlung des Personals nach Tarifvertrag zu beachten, was insgesamt höhere Personalkosten verursacht.

Für die Rechtsform des SDL kommen verschiedene Möglichkeiten in Abhängigkeit der Ausrichtung der/ des Träger*in in Frage. Jede Rechtsformentscheidung geht mit spezifischen Leitungs- und Kontrollbefugnissen, einem spezifischen Haftungsumfang der Eigenkapitalgebenden und unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten, Rechnungslegungs- und Publizitätspflichten sowie Steuerbelastungen einher (Junge 2012: 25). Eine gemeinnützige Ausrichtung kann bei Wohlfahrtsverbänden, Bürgerhilfevereinen, Kommunen oder Senioreninitiativen vorliegen. Auch gewinnorientierte Unternehmen können z.B. ein Subunternehmen mit einer gemeinnützigen Ausrichtung gründen. Eine gewinnorientierte Ausrichtung eignet sich für Unternehmen der Privatwirtschaft oder Einzelpersonen, führt aber durch den Gewinnzuschlag zu höheren Preisen. Weitere wichtige Kriterien bei der Entscheidung für eine bestimmte Rechtsform sind u.a. die Höhe des verfügbaren Eigenkapitals, die Haftung und die Anzahl der Gesellschafter*innen. Neben den Kapitalgesellschaften (gemeinnützige) Gesellschaft mit beschränkter Haftung ((g)GmbH) und (gemeinnützige) Unternehmungsgesellschaft ((g)UG) eignen sich die Rechtsformen eingetragener Verein (e.V.) und eingetragene Genossenschaft (e.G.).⁴ Es besteht jeweils die Möglichkeit der Neugründung eines Unternehmens oder Aufnahme eines zusätzlichen

4 Vertiefende Informationen zur Rechtsformwahl siehe bspw. Meyer 2018 oder Weidmann/ Kohlhepp 2011.

Geschäftszweigs. Aus Gründen der Kosteneinsparung durch Nutzung bestehender Ressourcen, wie z.B. Personal, Räume, Fahrzeuge, eignet sich besonders die Angliederung an eine bestehende Organisation. Welche Rechtsform am besten geeignet ist, ist im konkreten Fall in Abhängigkeit sämtlicher Rahmenbedingungen sorgfältig zu erwägen. Tabelle 1 bietet hierfür eine erste Orientierung.

Tabelle 1: Mögliche Rechtsformen in Abhängigkeit von der Ausrichtung der/ des Träger*in

Ausrichtung der/ des Träger*in	gemeinnützig	gewinnorientiert
GmbH		X
gGmbH	X	
UG		X
gUG	X	
e.V.	X	
e.G.	X	

Quelle: Eigene Darstellung, in Anlehnung an Meyer 2018: 147-170; Burhoff 2014: 67-69; Steding 2002: 49-51.

3.1.2 Standort

Standortentscheidungen können sowohl persönlichen Motiven (z.B. der Wohnort des Unternehmensgründenden) als auch einer gewünschten Nähe zu Kund*innen, Lieferant*innen oder anderen Ressourcen folgen (Junge 2012: 21). Als Standort liegt zunächst der Sitz der/ des Träger*in nahe. Hierbei kann bei überregionalen Organisationen (z.B. einer kirchlichen Organisation) eine Zentralisierung aus Effizienzgründen (bspw. über eine Zentralisierung von Verwaltungstätigkeiten) angestrebt werden. Dennoch sollte die Nähe zu den Nutzenden nicht außer Acht gelassen werden. Als innovatives Konzept für zu Hause lebende ältere Menschen gilt es, deren Vertrauen in den Lieferdienst zu gewinnen. Dies wird sicher auch über die eingebundenen lokalen Lieferant*innen erreicht, kann aber auch durch die Standortentscheidung gefördert werden. Durch die Wahl des Standorts im Liefergebiet oder in der näheren Umgebung können zusätzlich Fahrkosten eingespart werden.

Weiterhin sollten die benötigten Ressourcen am Standort verfügbar sein. Bei den Räumlichkeiten des SDL beschränkt sich dies auf einen Büro-

raum für die Verwaltungskraft und einen Raum zur Lagerung der Materialien. Zusätzlich sollte ein Stellplatz für die Lieferfahrzeuge zur Verfügung stehen.

3.1.3 Organisation

Bei der Struktur einer Organisation wird zwischen Aufbauorganisation und Ablauforganisation unterschieden. Im Rahmen der Aufbauorganisation werden Hierarchie, Verantwortung, Weisungs- und Berichtspflichten sowie Kernaufgaben der Mitarbeitenden geregelt. Die Ablauforganisation beschreibt die Unternehmensprozesse, die der Aufgabenerfüllung dienen. Bei Neugründungen wird die Organisation oftmals einfach gehalten und wächst im Laufe der Zeit zu einer komplexeren Form (Küsell 2006: 374).

Die Aufbauorganisation des SDL beinhaltet eine Leitung und zusätzlich Verwaltungs- und Lieferpersonal. Die Leitung übernimmt zunächst alle Kernentscheidungen bei der Ausgestaltung des Konzepts. Des Weiteren gehören zu den Hauptaufgaben – möglicherweise unter Einbindung von externen Expert*innen:

- Einstellung und Schulung von Verwaltungs- und Lieferpersonal,
- Marketing und Akquise von Anbieter*innen (Lieferant*innen von Mahlzeiten) und Kund*innen (meist Senior*innen),
- Erstellung eines Logistik-Konzepts und Aufbau eines Qualitätsmanagements,
- Implementierung des digitalen Einkaufs- und Ernährungsassistenten (inkl. Speiseplanerstellung, Rezepturverwaltung, Nährwertberechnung, Ernährungsinformationen etc.).

Das Verwaltungspersonal übernimmt sämtliche Aufgaben im Bereich der Bestell- und Rechnungsabwicklung, des Qualitätsmanagements, der Schulung und Beratung, der Logistik sowie der Pflege des digitalen Einkaufs- und Ernährungsassistenten. Möglicherweise können ausgewählte Aufgaben der Leitung delegiert werden. Im Einzelnen sind folgende Tätigkeiten in den Arbeitsprozess zu integrieren:

- Akquise von Kund*innen und Anbieter*innen,
- Pflege des digitalen Einkaufs- und Ernährungsassistenten,
- Aufbau und Pflege der Warenwirtschaft,

- Logistik- und Tourenplanung,
- Speiseplanung,
- Schulung und Beratung von Anbieter*innen,
- Beratung und Betreuung von Kund*innen,
- Personalplanung,
- Aufbau, Implementierung und ständige Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements,
- Aufbau, Implementierung und ständige Weiterentwicklung des Marketings,
- Abrechnung,
- Buchhaltung.

Das Lieferpersonal ist für die Abholung und Auslieferung der Mahlzeiten und Lebensmittel sowie die Verteilung der Transportsysteme an die Gastronom*innen zuständig. Das Lieferpersonal übt aus prozessorientierter Sicht folgende Tätigkeiten aus:

- Kommissionierung und Lieferung der Lebensmittel,
- Fahrten zu Anbieter*innen und Kund*innen,
- Lieferung und Verteilung der Speisen und Transportsysteme,
- Dokumentation des Auslieferungsprozesses,
- Reinigung und Wartung der Lieferwagen.

3.1.4 Unternehmensführung und Personal

Die Aufgabe der Unternehmensführung liegt in der Gestaltung und Steuerung des Unternehmens (Thommen/ Achleitner 2012: 915). Hierbei nimmt die Führungskraft Einfluss auf das Verhalten von Menschen (Hungenberg 2014: 21). Im vorliegenden Fall wird eine Person mit betriebswirtschaftlichen und Branchenkenntnissen benötigt, z.B. aus dem Bereich Gemeinschaftsverpflegung oder EaR. Bei Aufnahme eines zusätzlichen Geschäftszweigs durch eine bestehende Organisation kann eine Leitungskraft den Aufgabenbereich des SDL übernehmen.

Der Personalbedarf wird im Hinblick auf Menge und Qualifikation ermittelt. Hierbei wird festgelegt, wie viele Mitarbeitende mit welcher Qualifikation, ab welchem Zeitpunkt, in welchem Zeitraum und an welchem Ort benötigt werden (Thommen/ Achleitner 2012: 731ff). Im vorliegenden Geschäftsmodell werden Verwaltungs- und Lieferpersonal benötigt.

Das Verwaltungspersonal sollte fachliche Kompetenzen im Ernährungsbereich, z.B. durch eine Ausbildung zur/ zum Diätassistent*in oder ein Studium der Oecotrophologie, aufweisen. Die Person sollte über diätetische Kenntnisse verfügen und die notwendigen Kompetenzen und die Bereitschaft mitbringen, die Aufgabengebiete selbstständig zu erledigen und weitere, fachfremde Aufgaben, wie z.B. Buchhaltung, zu übernehmen. Evtl. ist dafür die Teilnahme an Fortbildungen erforderlich.

An das Lieferpersonal bestehen besondere Anforderungen, denn dieses stellt für die Kund*innen einen zentralen Kontakt dar. Neben den Anforderungen, die für die Liefertätigkeit erforderlich sind (z.B. körperliche Belastbarkeit, Führerschein), sind besonders soziale Kompetenzen (z.B. Gesprächigkeit, Freundlichkeit, Empathie) sowie ein gepflegtes Erscheinungsbild wichtig.

Für das gesamte Personal des SDL sind zusätzlich zu den fachlichen Kompetenzen vor allem Einsatzbereitschaft, Motivation und Engagement für die Versorgung von älteren Menschen und ein Bewusstsein der damit verbundenen Verantwortung wichtig. Bedeutende Aspekte der Unternehmenskultur für den SDL wurden im Pilotprojekt identifiziert. Dazu gehören Zuverlässigkeit, Service- und Kund*innen-orientierung, Aufbau wertschätzender Beziehungen zu Anbieter*innen und Kund*innen sowie Transparenz der Gestaltung von Angebot, Kosten und Preisen.

3.2 Potenzialanalyse

Um das Potenzial eines Geschäftsmodells zu bewerten, sollten dessen Chancen und Risiken gegenübergestellt werden. Dazu sind relevante Akteure zu analysieren. Ein etabliertes und umfassendes Instrument hierzu bildet die Branchenstrukturanalyse nach Porter. Hierbei werden der Branchenwettbewerb sowie die potenzielle Konkurrenz und Ersatzprodukte, aber auch Lieferant*innen und Kund*innen betrachtet (Porter 1980: 47ff). Im Folgenden wird ein Fokus auf die Kund*innen, Wettbewerber mit ihren Stärken und Schwächen sowie Lieferant*innen als Marktpartner*innen gelegt. Eine Zusammenfassung arbeitet Chancen und Risiken des Geschäftsmodells heraus.

3.2.1 Kund*innen

Die Analyse des Kund*innenpotenzials in der Zielregion ist ein erfolgskritischer Schritt. Im Rahmen des Pilotprojekts wurden die potenziellen Kund*innen in der Pilotregion analysiert, was als exemplarisch für weitere Regionen gelten kann.

In erster Linie sind die Kund*innen des Dienstleisters Senior*innen, die in Privathaushalten der Region Gersfeld (Rhön)/ Ebersburg leben und Unterstützungsbedarf bei der Zubereitung von Mahlzeiten und der Beschaffung von Lebensmitteln haben. Der Umfang der Zielgruppe ab 65 Jahren beläuft sich gemäß den Angaben der amtlichen Statistik derzeit auf ca. 940 Personen in Ebersburg bzw. 1.140 Personen in Gersfeld (Stand 2016). Für das Jahr 2030 wird eine Zunahme dieser Altersgruppe auf ca. 1.280 Personen in Ebersburg bzw. 1.550 Personen in Gersfeld prognostiziert (Hessisches Statistisches Landesamt 2016).

Der Anteil der Personen mit Unterstützungsbedarf wird laut den Ergebnissen der GEViA-Studie abhängig von der Altersgruppe mit ca. 6 bis 40 Prozent beschrieben, d.h. für 2030 insgesamt 170 bis 1.132 Personen in den betrachteten Orten. Der tatsächliche Anteil wird aufgrund der Limitationen des Forschungsdesigns höher eingeschätzt. Besonders in den höheren Altersgruppen ab 85 Jahren ist von einem Unterstützungsbedarf auszugehen (Jansen et al. 2017: 96f). Außerdem können neben älteren Menschen mit Unterstützungsbedarf Menschen jeglichen Alters, sowohl mit als auch ohne objektivem Unterstützungsbedarf, die Dienstleistung in Anspruch nehmen.

Zusätzlich zu Kund*innen in Privathaushalten können Großabnehmende, wie lokal ansässige Firmen, Kindertagesstätten und Schulen, von denen mehrere in der Region zu finden sind, zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit einbezogen werden. Hintergrund sind die strukturbedingten hohen Auslieferungskosten im ländlichen Raum.

3.2.2 Wettbewerbende und deren Stärken bzw. Schwächen

Aufgrund des innovativen Ansatzes von „Mahlzeiten und mehr“ besteht keine direkte Konkurrenz. Es werden in der Pilotregion Mahlzeiten auch von wenigen lokal ansässigen Gastronom*innen nach Hause geliefert.

Deren Kapazitäten sind jedoch beschränkt und eine Abwanderung bestehender Kund*innen ist nicht zu erwarten. Zwei Pflegedienste liefern warme Mahlzeiten zu ihren Kund*innen. Klassische EaR-Dienste agieren in der Region nicht. Die betrachteten konkurrierenden Angebote zeichnen sich durch die nachfolgend beschriebenen Stärken und Schwächen aus.

Stärken konkurrierender Angebote:

- niedriger Preis der Mahlzeiten (ca. 5-10 Euro/ Mahlzeit),
- hohe Flexibilität bei der Bestellung (z.B. kurzfristige Bestellung am gleichen Tag möglich),
- große Auswahl pro Tag.

Schwächen konkurrierender Angebote:

- keine Beratung und Information zu Ernährung und dem Speiseplan,
- normalerweise keine individuelle Anpassung des Angebots (z.B. Rezepturänderung aufgrund von Unverträglichkeiten),
- geringe Abwechslung und Vielfalt im Speiseplan,
- geringe Serviceorientierung,
- keine Lieferung von Lebensmitteln,
- Verwendung eines Einweg-Transportsystems mit Nachteilen hinsichtlich Warmhaltezeit, Ästhetik sowie Nachhaltigkeit,
- geringe Qualität der Mahlzeiten aufgrund von Wissensdefiziten und fehlenden Schulungen zur Gestaltung der Mahlzeitenlieferung und der Senior*innenverpflegung,
- unkalkulierbares mikrobielles Risiko, da keine Temperaturüberwachung und Warmhaltetests durchgeführt werden,
- keine Verwendung einer Online-Bestellplattform.

3.2.3 Lieferant*innen von Mahlzeiten

Die wichtigsten Marktpartner*innen stellen die Lieferant*innen von Mahlzeiten dar. Hierbei handelt es sich um lokale Unternehmen, die meist gewerbliche Angebote offerieren. Es kann sich um Metzgereien, Gaststätten oder gewerbliche Lieferdienste (Pizza-Taxi), aber auch Großküchen handeln, die Mitarbeitenden in Betrieben, Kinder und Jugendliche, Senior*innen oder Patient*innen in entsprechenden Einrichtungen versorgen. Sie müssen im Hinblick auf den möglichen Lieferum-

fang, die Qualität der angebotenen Leistungen und die Flexibilität (z.B. Reaktion auf Nahrungsmittelunverträglichkeiten) analysiert werden. Im Rahmen des Versorgungspiloten wurden vier Gastronomiebetriebe, ein Betrieb des Lebensmitteleinzelhandels, ein Bauernladen und ein Weltladen einbezogen.

3.2.4 Zusammenfassung der Chancen und Risiken

Zu den Chancen für das Konzept gehört der mit der prognostizierten demografischen Entwicklung einhergehende Bedarf an Versorgungs- und Verpflegungsangeboten für unterstützungsbedürftige, ältere Menschen im strukturschwachen Raum (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: 9). Dieser wird durch die Abwesenheit von Alternativangeboten, die hinsichtlich Leistungsumfang und Qualität vergleichbar sind, verstärkt. Weitere Chancen des Konzepts ergeben sich aus einem Imagegewinn und zusätzlichen Absatzpotenzialen für die Anbieter*innen der Speisen und Lebensmittel sowie aus einer Stärkung des regionalen Zusammenhalts. Nicht zuletzt leistet das Konzept einen Betrag zur Gesundheitsförderung.

Risiken des Geschäftsmodells entstehen durch den hohen Investitionsbedarf sowie einer eingeschränkten Akzeptanz der Kund*innen bedingt durch die Schwierigkeit, mit marktüblichen Abgabepreisen für EaR zu konkurrieren. Die Zahlungsbereitschaft sollte daher empirisch ergründet werden.

3.3 Marketing-Mix zur Ausgestaltung des Leistungsprogramms

Grundsätzlich zählt auch die Wahl des Produktportfolios zu den konstitutiven Entscheidungen (Junge 2012: 21). Das innovative Versorgungsmodell beschreibt das Leistungsangebot im Kern. Einzelheiten müssen allerdings noch ausgestaltet werden. Die Ausgestaltung der absatzpolitischen Maßnahmen erfolgt im Marketing-Mix (Hungenberg 2014: 350). Dies umfasst Entscheidungen zu den angebotenen Produkten und Dienstleistungen, zur Preisgestaltung, zur Ausgestaltung von Kommunikation und insbesondere Werbung sowie zu den Distributionskanälen.

3.3.1 Dienstleistungen und Produkte

Die Produkte, die der SDL ausliefert, werden von den Anbieter*innen und Kooperierenden produziert bzw. bereitgestellt (siehe Lieferant*innen von Mahlzeiten). Die gelieferten Mahlzeiten setzen sich aus verschiedenen Komponenten (z.B. Fleischkomponente mit Soße, Stärke- und Gemüsebeilage sowie Salat) zusammen. Diese können ergänzt werden um Lebensmittel bzw. Produkte des täglichen Bedarfs aus dem Lebensmittelhandwerk (v.a. Metzgereien, Bäckereien), dem lokalen LEH oder auch dem Direktvertrieb von Bauernhöfen.

Das Angebot des SDL zeichnet sich durch die Qualität der Mahlzeiten, die Bekanntheit der Anbieter*innen und das hohe Maß an Serviceorientierung aus. Wesentliche Aspekte, die das Image prägen, sind Serviceorientierung, Genuss, Qualität und Wohlbefinden. Die Vielfalt entsteht durch das Bündeln mehrerer Anbieter*innen. Die Menge an Anbieter*innen hängt dabei von der regionalen Verfügbarkeit ab. Weiterhin wird die Menge an Anbieter*innen die Nachfrage spiegeln: Je mehr Nachfragende, desto größer das Angebot. Ein Break-Even-Point muss hierbei regional und individuell ermittelt werden.

3.3.2 Distribution

Die Distribution der Mahlzeiten gehört zur Kernleistung. Hierbei gilt es, zuverlässige Fahrer*innen zu gewinnen. Zudem müssen der/ dem Fahrer*in Routenpläne bereitgestellt werden. Die Anzahl an Fahrer*innen ist abhängig von der Anzahl bestellter Mahlzeiten sowie den Entfernungen zwischen den Kund*innen. Alternativ können bestehende Fahrdienste, wie z.B. Taxi-Unternehmen, gewonnen werden. Hierbei muss sichergestellt werden, dass die Mahlzeiten sachgemäß transportiert und zuverlässig ausgeliefert werden.

Die Qualität der Waren, insbesondere deren Temperatur, spielt eine bedeutende Rolle bei der Bewertung der Leistungen. Pünktliche Lieferungen entscheiden über die Kund*innenzufriedenheit und die Kund*innenbindung. Weiterhin tragen die Umgangsformen der Fahrer*innen bei der Auslieferung zur Zufriedenheit der Kund*innen bei. Somit kommt dem ausliefernden Personal sowie der Planung der Distribution eine Schlüsselrolle für den Erfolg des Konzepts zu.

3.3.3 Preisgestaltung

Die Preisstrategie hängt von verschiedenen Faktoren ab, welche insbesondere die Kosten beeinflussen. Dies betrifft vor allem die Anzahl der Kund*innen und der gelieferten Speisen und Lebensmittel bzw. den Auslastungsgrad der Tour, die Höhe der Personalkosten sowie die Ausrichtung der/ des Träger*in bzw. die Kalkulation eines Gewinnzuschlags. Ebenso spielen die Teilnahme von Großabnehmenden, das Sponsoring von Unternehmen bzw. sonstige Möglichkeiten der Bezuschussung eine Rolle. Ein wichtiger Faktor ist die Bereitschaft der Kund*innen, höhere Preise als z.B. bei EaR- Anbieter*innen zu bezahlen. Bei optimalen Bedingungen kann ein Preis von unter 10 Euro für die Mahlzeiten angesetzt werden. Bei weniger optimalen Bedingungen sind zur Kostendeckung höhere Preise notwendig. Inwieweit sich welche Preisstrategie eignet und ob anfangs niedrigere Preise zur Gewinnung von Kund*innen angesetzt werden, ist bei Konkretisierung des Konzepts zu erwägen.

3.3.4 Werbung als Kernelement der Kommunikationsstrategie

Um insbesondere neue Konzepte zu etablieren, ist zunächst die Aufmerksamkeit der Kund*innen für die neuen Angebotsformen nötig. Vor Aufnahme der Geschäftstätigkeit sind wegen des innovativen Charakters Maßnahmen zur Kenntnisnahme und zum Wecken von Interesse bei Kund*innen und vorab bei Kooperationspartner*innen zu treffen. Dazu eignen sich z.B. Informationsveranstaltungen. Diese sollten in der Region stattfinden, z.B. im Dorfgemeinschaftshaus oder in einer Einrichtung der Kooperationspartner*innen. Auch eine Telefonakquise kann durchgeführt werden. Als Werbemaßnahmen, die permanent auf bestehende Angebotsformen hinweisen, eignen sich bspw. Anzeigen in der örtlichen Zeitung und Flyer. Im ländlichen Gebiet ist zudem mit Mund-zu-Mund-Propaganda zu rechnen. Als Absatzhilfe können dabei die ortsansässigen Vereine, die Kirchengemeinden, aber auch Ärzt*innen und Apotheken und die beteiligten Anbieter*innen genutzt werden. Aus diesen Ansätzen muss ein abgestimmtes Konzept entwickelt werden.

3.4 Wirtschaftlichkeitsanalyse

Der Abschnitt zur Finanzplanung bildet das Kernstück des Businessplans. Ein Konzept wird sich nur dann etablieren, wenn es sich – möglichst kurzfristig – durch Wirtschaftlichkeit auszeichnet. Dies gilt für gemeinnützige Ansätze mit dem Ziel der Kostendeckung und verstärkt bei Organisationsformen mit Gewinnerzielungsabsicht. Um der Heterogenität in den ländlichen Räumen und der Vielfalt an Ausgestaltungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen, bilden zwei verschiedene Szenarien die Grundlage für die Finanzplanung. Im Einzelnen werden im Rahmen des Finanzplans Personalkosten, sonstige Kosten und Investitionen berücksichtigt. Die Preiskalkulation bildet die Grundlage für eine Umsatz-, eine Gewinn- und Verlustplanung sowie eine Liquiditätsplanung einschließlich der Ermittlung des Kapitalbedarfs. Bis zum Abschnitt Preiskalkulation sind die Werte beider Szenarien dargestellt. Die Abschnitte Umsatz-, Erfolgs- und Liquiditätsplanung bis Kapitalbedarf und wichtige Kennzahlen sind nur für das zweite Szenario ermittelt. Eine ausführliche Beschreibung der zugrunde gelegten Parameter und Erläuterungen zur Berechnung können bei den Autor*innen angefragt werden.

3.4.1 Darstellung der Szenarien

In Szenario 1 wird von einer/ einem kommunalen Träger*in des SDL ausgegangen. Bei einer 7-Tage-Auslieferung und voller Auslastung jeder Tour (durchschnittlich zwei Stunden pro Tag) ist es durch niedrige Absatzzahlen bei den Speisen und Einkäufen und einen hohen Einstandspreis der Gastronom*innen gekennzeichnet. Die Personalkosten sind aufgrund der Bezahlung nach Tarif und eines niedrigen Automatisierungsgrades der Bestell- und Informationsplattform hoch. Die Kosten für den Lieferwagen sind in voller Höhe im Preis einkalkuliert. Daneben werden keine Großabnehmenden einbezogen.

Das Szenario 2 mit einer/ einem gemeinnützigen Träger*in ist dahingehend optimiert, dass bei voller Auslastung jeder Tour durch höhere Absatzzahlen und daraus resultierenden geringeren Stückkosten ein niedriger Verkaufspreis für die Kund*innen erzielt werden kann. Bei einem niedrigen Einstandspreis der Gastronom*innen werden zwei zeitgleiche Touren inkl. der Belieferung von Großabnehmenden angenommen. Die

Personalkosten sind durch die Einstellung einer Person im freiwilligen sozialen Jahr (FSJ), der Bezahlung nach branchenüblichen Gehältern und einem hohen Automatisierungsgrad der Bestell- und Informationsplattform niedriger. Einer der beiden Lieferwagen ist als gesponsert eingeplant.

3.4.2 Kostenstruktur und Investitionen

Einen wesentlichen Posten stellen die Kosten für das Personal dar. In Szenario 1 werden zwei Fahrer*innen eingeplant, die jeweils 12,5 Wochenstunden arbeiten. Zusätzlich werden zwei Verwaltungskräfte mit insgesamt 14 Wochenstunden eingeplant. Bei Bezahlung nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes fallen Personalkosten von monatlich rund 2.500 Euro, inkl. des Arbeitgeberanteils für Sozialversicherungsbeiträge, an. In Szenario 2 werden drei Fahrer*innen, darunter eine*r im FSJ sowie eine Verwaltungskraft eingeplant. Für die Fahrer*innen werden insgesamt 57 Stunden pro Woche und für die Verwaltungskraft elf Stunden pro Woche veranschlagt, so dass monatlich rund 2.000 Euro an Personalkosten entstehen. Ein Unternehmerlohn oder die Vergütung für leitendes Personal wird nicht einkalkuliert, da der SDL in beiden Szenarien Teil einer bestehenden Organisation, wie bspw. eines Wohlfahrtsverbandes, ist.

Neben den Personalkosten sind weitere Kostenpositionen einzuplanen, wie die Materialkosten für Speisen und Einkäufe zum Einstandspreis bzw. Warenwert. Daneben sind Materialnebenkosten für Transportsysteme zu veranschlagen. Zusätzlich fallen Kosten für die allgemeine Verwaltung, die Lieferfahrzeuge, das Marketing und die kalkulatorisch ange setzte Miete an. Die weiteren Kosten für den SDL belaufen sich in Szenario 1 somit auf monatlich rund 6.200 Euro und in Szenario 2 somit auf monatlich 23.200 Euro.

Zusätzlich zu den laufenden Kosten sind auch Investitionen einzubeziehen, ergo die Ausstattung des Unternehmens mit den erforderlichen Vermögensgegenständen (Thommen/ Achleitner 2017: 277). Zu den Investitionen gehören die Betriebs- und Geschäftsausstattung, das spezielle Transportsystem für die Speisen und die Lieferfahrzeuge. Damit entsteht ein Investitionsbedarf in Höhe von 30.000 Euro in Szenario 1 bzw. 40.000 Euro in Szenario 2.

Klassische Start-up-Kosten (Pott/ Pott 2015: 45f), wie bspw. Notar*innenkosten, Werbemaßnahmen im Rahmen der Geschäftseröffnung, Schulung und Einarbeitung von Mitarbeitenden, sind nicht berücksichtigt. Für das Lieferfahrzeug wird, unter Berücksichtigung der Modellannahmen und den sich daraus ergebenden vergleichbaren Kostenstrukturen, von einer Neuanschaffung anstelle von Leasing ausgegangen. Im Realfall sind unbedingt auch die Kosten einer möglichen Finanzierung mit einzukalkulieren, was eine direkte Vergleichbarkeit limitiert. Ein Vorteil von Leasing wäre, dass keine hohe Investitionsauszahlung zum Anschaffungszeitpunkt fällig wird, was sich positiv auf die Liquidität auswirkt (Thommen/ Achleitner 2017: 321).

3.4.3 Preiskalkulation

Im Rahmen der Preiskalkulation sind die einzelnen Kostenpositionen und Investitionsbedarfe auf die Speisen und Einkäufe umzulegen. In Szenario 1 liegt der Nettoverkaufspreis für die Speisen bzw. Einkäufe bei rund 14 Euro bzw. 22 Euro. Bei Szenario 2 sind für die Speisen bzw. Einkäufe rund 6,50 Euro bzw. 18 Euro netto zu entrichten. Ein Gewinnzuschlag wird z.B. zur Bildung von Rücklagen erhoben. Die Höhe der Umsatzsteuer hängt u.a. von der Ausrichtung der/ des Träger*in und der Einstufung der Hilfsbedürftigkeit der Kund*innen ab und kann null, sieben oder 19 Prozent betragen.

Die Aufschläge des SDL auf die Einstandspreise zur Deckung der Kosten bewegen sich, bei Vorliegen ähnlicher Bedingungen wie in den entwickelten Szenarien, in etwa im Bereich von 1,20 - 5,90 Euro pro Mahlzeit und 2,80 - 7,20 Euro pro Einkauf. Zusätzliche Posten bei der Preiskalkulation, wie die Umsatzsteuer, und höhere Kosten durch Zinsen, andere Rahmenbedingungen und Posten, die im Businessplan nicht berücksichtigt wurden, sind möglich. Eine genaue Übersicht der Preiskalkulationen ist in Tabelle 2 wiedergegeben.

Tabelle 2: Preiskalkulation

	Position	Szenario 1		Szenario 2	
		Speisen (Euro)	Einkäufe (Euro)	Speisen (Euro)	Einkäufe (Euro)
	Einstandspreis	8,00	15,00	5,30	15,00
+	Personalkosten (Lieferung, Verwaltung)	3,72	3,95	0,50	1,18
+	Weitere Kosten	1,55	2,24	0,40	0,79
=	Selbstkosten	13,26	21,18	6,20	16,97
+	Gewinnzuschlag 5 %	0,66	1,06	0,31	0,85
=	Nettoverkaufspreis	13,93	22,24	6,51	17,82

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Joos 2014: 209.

3.4.4 Umsatz-, Erfolgs- und Liquiditätsplanung

Auf Basis der getroffenen Annahmen sind die Umsätze für das Geschäftsmodell zu planen (Pöchtrager/ Wagner 2018: 107). Aufgrund der notwendigen Auslastung, der durchschnittlichen Lieferzeit und des kontinuierlichen Unterstützungsbedarfs der Kund*innen wird von einem konstanten Umsatz ohne saisonale Schwankungen ausgegangen. Ebenso wird aus Vereinfachungsgründen kein niedriger Umsatz zu Beginn der Geschäftstätigkeit angesetzt. Der Gesamtumsatz beträgt in Szenario 2 monatlich rund 27.000 Euro. Dies gilt für einen Absatz von etwa 3.500 Mahlzeiten und 230 Einkäufen pro Monat. Basierend auf den veranschlagten Kosten und geplanten Umsätzen lässt sich ceteris paribus ein Betriebsergebnis in Höhe von monatlich rund 1.400 Euro bzw. 17.000 Euro pro Geschäftsjahr realisieren.

Für die Liquiditätsplanung wird aus Vereinfachungsgründen kein zusätzliches Kapital, beispielweise in Form eines Kassenkredits, miteinbezogen. Im Realfall ist für etwaige Darlehen und Kredite neben den Zinszahlungen auch die Tilgung mit einzuplanen. Daneben wird angenommen, dass die Umsatzerlöse direkt im jeweiligen Monat zahlungswirksam sind. Die Investitionsauszahlungen sind bereits im ersten Monat wirksam. Weiterhin ist unklar, von welchen bereits vorhandenen Vermögensgegenständen und verfügbarem Eigenkapital bei der/ dem Träger*in ausgegangen werden kann.

3.4.5 Kapitalbedarf und wichtige Kennzahlen

Das erforderliche Kapital in Szenario 2 beläuft sich in der Gründungsphase, insbesondere aufgrund der anfallenden Investitionen, auf insgesamt rund 65.000 Euro, wobei das Fahrzeug und das Transportsystem den größten Anteil zum Investitionsvolumen beitragen. Weitere Bestandteile sind die Personal-, Material- und sonstigen Kosten für den Geschäftsanlauf. Einen Überblick zur Zusammensetzung des Kapitalbedarfs bietet Tabelle 3.

Tabelle 3: Kapitalbedarf Szenario 2

Position	Betrag (Euro)
Personalkosten	2.000,00
Materialkosten und Wareneinsatz	22.000,00
Sonstige Kosten	1.000,00
Investitionen	40.000,00
Summe	65.000,00

Quelle: Eigene Darstellung

Kennzahlen sind Zahlen, welche einen messbaren Sachverhalt (z.B. die Ertragskraft des Unternehmens) in komprimierter Form wiedergeben. Diese haben eine Informations- und Steuerungsfunktion für das Unternehmen (Wöhe et al. 2013: 199f). Im Rahmen dieses Konzepts wurden, aufgrund der relativ einfachen Verständlichkeit, die Umsatzrendite,⁵ das Rohergebnis⁶ und das EBIT⁷ als relevante Informations- und Steuerungsgrößen ausgewählt. Auf Basis von Szenario 2 lässt sich bspw. eine Umsatzrendite von 5 Prozent realisieren. Ceteris paribus beträgt der Rohgewinn rund 56.000 Euro pro Jahr. Das EBIT (Operatives Ergebnis/ Betriebsergebnis) beläuft sich auf rund 17.000 Euro.

5 Die Umsatzrendite wird durch Dividieren des EBIT durch den Umsatz errechnet und ist ein Maßstab für die Effizienz eines Unternehmens.

6 Das Rohergebnis ist der Saldo aus Umsatzerlösen und dazugehörigem Wareneinsatz.

7 Das EBIT (Earnings Before Interests and Taxes) ist das Ergebnis vor Zinsen und Steuern.

4. Schlüsselfaktoren des Erfolgs

Eine langfristige Existenz wird ermöglicht, wenn je nach Rechtsform Gewinn erwirtschaftet oder zumindest kostendeckend gearbeitet wird. Von hoher Relevanz sind dabei Skaleneffekte: Viele Kund*innen machen das Konzept attraktiv für die Lieferant*innen der Mahlzeiten – und vice versa werden breite Auswahlmöglichkeiten die Kund*innen interessieren. Neben Wahlmöglichkeiten und Qualität wird die Höhe des Abgabepreises von Mahlzeiten die Akzeptanz bei den Kund*innen prägen. Im Hinblick auf die Preisgestaltung ist mit einer niedrigen Kaufkraft und begrenzten Zahlungsbereitschaft der Senior*innen zu rechnen.

Um niedrige Abgabepreise zu erzielen, können bestimmte Rahmenbedingungen als Schlüsselfaktoren betrachtet werden. Hierzu gehören der Einstandspreis der Mahlzeiten, die Anzahl der täglich ausgelieferten Speisen und Lebensmitteleinkäufe, der Anteil der Haushalte mit mindestens zwei Kund*innen, der Auslastungsgrad pro Tour, die durchschnittliche Lieferzeit pro Haushalt sowie die durchschnittliche Entfernung zwischen den Kund*innen bzw. die Größe des Einzugsgebiets. Zusätzlich spielen die Höhe des Gewinnzuschlags und die Umsatzsteuer hinsichtlich der Preiskalkulation eine Rolle. In jedem Fall sollte die Inanspruchnahme von Zuschüssen, wie z.B. Subventionen, Fördergeldern oder Sponsoring, geprüft werden.

Wie häufig bei Dienstleistungsunternehmen stellen auch bei dem SDL die Personalkosten den größten Posten bei der Preiskalkulation dar. Für die Höhe und eine mögliche Tarifbindung spielt u.a. die Trägerschaft eine Rolle. Für die Verwaltungskraft hat u.a. der Automatisierungsgrad des digitalen Einkaufs- und Ernährungsassistenten eine entscheidende Auswirkung auf die Arbeitszeit und somit auf die Kosten. Zur Einsparung von Kosten beim Lieferpersonal gibt es bei einer/ einem nicht-kommunalen Träger*in die Möglichkeit, den Mindestlohn anzusetzen. Dieser kann jedoch eine Hürde in Verbindung mit der Suche von ausreichend qualifiziertem Lieferpersonal mit der notwendigen Einsatzbereitschaft und Motivation darstellen. Eine weitere Möglichkeit der Senkung von Personalkosten ist die Einstellung von Personen im FSJ bzw. ehrenamtlichen Kräften. Hierbei ist allerdings unklar, inwieweit eine verlässliche Versorgung sichergestellt werden kann. Weiterhin bildet eine kurze

Verweildauer bei den Kund*innen eine Möglichkeit zur Senkung der Personalkosten. Diese widerspricht jedoch der Notwendigkeit der Kontaktpflege und den Bedürfnissen der Kund*innen.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Höhe des Abgabepreises sind die Lieferkosten. Diese sind geringer, wenn die Fahrtwege kurz sind bzw. wenn die Kosten pro Tour auf viele Mahlzeiten/ Einkäufe verteilt werden. Hierbei wirkt sich ein großer Kund*innenstamm mit vielen Paarhaushalten sowie die Belieferung von Großabnehmenden positiv auf den Preis aus, wenn ein ausreichend hoher Aufschlag pro Mahlzeit (und nicht pro Anfahrt) erhoben werden kann. Die Bereitschaft von Großabnehmenden zur Zahlung eines solchen Preises muss im Einzelnen geklärt werden.

Bei den Diskussionen mit den am Forschungsprojekt beteiligten Anbieter*innen und Testkund*innen stellte sich die Frage nach einem sozialverträglichen Abgabepreis als kritisch dar. Die Notwendigkeit einer angemessenen Entlohnung der Anbieter*innen steht dabei im Widerspruch zum Wunsch der Kund*innen nach niedrigen Preisen aufgrund einer niedrigen Zahlungsbereitschaft und/ oder Kaufkraft.

5. Diskussion, Fazit und Ausblick

Das im Forschungsprojekt GGAMA entwickelte Verpflegungs- und Versorgungskonzept „Mahlzeiten & mehr“ für ältere Menschen mit Unterstützungsbedarf im ländlichen Raum beinhaltet die Bündelung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Auslieferung von Mahlzeiten und Lebensmitteln. Ein zentraler SDL agiert mittels geteilter Logistik als Schnittstelle zwischen Anbieter*innen und Kund*innen. Die Ausführungen im Businessplan dienen u.a. zur Darstellung der Wirtschaftlichkeit und Machbarkeit des Konzepts und zeigen Ansätze und Beispiele, wie eine Implementierung in der Praxis umgesetzt werden kann.

Das Vorgehen bei der Finanzplanung des Businessplans, mithilfe eines Worst Case- und eines Best Case-Szenarios jeweils eine besonders ungünstige und besonders günstige Kosten- und Preisstruktur darzustellen, lässt keine direkte Übertragung auf den Realfall zu. Jedoch ermöglicht es,

eine konkretere Vorstellung der Rahmenbedingungen mit den damit verbundenen Konsequenzen für die organisatorische und strategische Planung sowie für Kosten und Abgabepreise zu bekommen.

Die Erfahrungen aus dem Forschungsprojekt GGAMA und die Überlegungen im Rahmen des Businessplans zeigen Ansätze, inwieweit das Konzept trotz der erschwerten Bedingungen im ländlichen, strukturschwachen Raum erfolgreich in die Praxis umgesetzt und verstetigt werden kann. Hierfür bedarf es günstiger Rahmenbedingungen, wie z.B. hohe Absatzzahlen und/ oder niedrige Einstandspreise der Anbieter*innen, deren Realisierbarkeit eine Herausforderung ist. Zweifelsfrei bleibt jedoch der wachsende Bedarf an Verpflegungskonzepten für ältere Menschen im ländlichen Raum. Hier mangelt es derzeit an zufriedenstellenden Lösungen. Im Businessplan wurde versucht, sämtlichen limitierenden Faktoren, wie die weiten Fahrtstrecken im ländlichen Raum, die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindesttemperatur und der damit verbundenen kurzen Warmhaltezeit von zwei Stunden sowie der fehlenden staatlichen Bezuschussung entgegenzukommen. Mit Blick auf die erschwerten Bedingungen bei gleichzeitiger Notwendigkeit bleibt fraglich, inwieweit auf Ebene der Forschung dem Bedarf Rechnung getragen werden kann oder ob auf der Ebene der Politik Änderungen notwendig sind.

Hieraus lassen sich im Kern die folgenden Erkenntnisse ziehen:

Eine erfolgsträchtige Umsetzung muss parallel eine Vielzahl von komplexen Aufgabenbereichen miteinander verzahnen. Diese Aufgabenbereiche müssen für jede Region individuell ausgestaltet werden. Daher empfiehlt es sich, ein Expert*innen-Team zur Begleitung von Planung und Implementierung einzubinden.

Bei der Versorgung von Senior*innen mit Unterstützungsbedarf handelt es sich um ein gesellschaftlich wichtiges Thema. Der Erhalt von Lebensqualität älterer Menschen in ihrer gewohnten Umgebung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Bei einer alternativen Heimverpflegung entstehen hohe Kosten für das Sozialsystem. Demzufolge besteht Forschungs- und Diskussionsbedarf, inwieweit die Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen beitragen kann. Ein möglicher Lösungsansatz ist z.B. die Bezuschussung mobiler Mahlzeitendienste für ältere Menschen.

Ebenso besteht Forschungsbedarf hinsichtlich verlängerter Warmhaltezeiten bei Transport- und Warmhaltematerialien für Einzelmenüs sowie technischer Lösungen zur Temperaturüberwachung im geschlossenen Transportsystem.

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2017): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts. Berlin.
- Burhoff, Detlef (2014): Vereinsrecht: Ein Leitfaden für Vereine und ihre Mitglieder. 9. Auflage. Herne: NWB Verlag.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2016): Zahlen und Fakten – Bevölkerung, Gebiet, Haushalte, Familien. Tabellen Bevölkerung. <https://statistik.hessen.de/zahlen-fakten/bevoelkerung-gebiet-haushalte-familien/bevoelkerung/tabellen/#Gemeinden> (Zugriff: 16.11.2016).
- Hungenberg, Harald (2014): Strategisches Management in Unternehmen. Ziele-Prozesse-Verfahren. 8. Auflage. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (2008): Methoden der Zukunfts- und Szenarioanalyse – Überblick, Bewertung und Auswahlkriterien. Werkstattbericht Nr. 103. IZT, Berlin; https://www.izt.de/fileadmin/publikationen/IZT_WB103.pdf (Zugriff: 07.09.2017).
- Jansen, Catherina/ Rückert-John, Jana/ Hagspihl, Stephanie/ Barg, Bérénice (2017): CulinaryandHealth@Home – Genuss, Gesundheit, Arbeit und Märkte in der Alterskultur. In: Alisch, Monika / Hagspihl, Stephanie / Kreipl, Claudia / Ritter, Martina (Hrsg.): Alter(n) und Soziale Nachhaltigkeit. Interdisziplinäre Zugänge zu den Herausforderungen alternder Gesellschaften, Kassel: university press. S. 81-108.
- Joos, Thomas (2014): Controlling, Kostenrechnung und Kostenmanagement. Grundlagen – Anwendungen – Instrumente. 5. Auflage. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Junge, Peter (2012): BWL für Ingenieure. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Küsell, Felix (2006): Praxishandbuch Unternehmensgründung. Unternehmen erfolgreich gründen und managen. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Meyer, Justus (2018): Wirtschaftsrecht: Handels- und Gesellschaftsrecht. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Pöchtrager, Siegfried / Wagner, Walter (2018): Von der Idee zum Businessplan. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Porter, Michael (1980): Competitive Strategy. Techniques for Analyzing Industries and Competitors. New York: The Free Press.

- Pott, Oliver / Pott, André (2015): Entrepreneurship. Unternehmensgründung, Businessplan und Finanzierung, Rechtsformen und gewerblicher Rechtsschutz. 2. Auflage. Berlin Heidelberg: Gabler Verlag.
- Steding, Rolf (2002): Genossenschaftsrecht. Baden-Baden: Nomos.
- Thommen, Jean-Paul / Achleitner, Ann-Kristin (2017): Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. Umfassende Einführung aus managementorientierter Sicht. 8. Auflage. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Weidmann, Christina / Kohlhepp, Ralf (2011): Die gemeinnützige GmbH. Errichtung und Besteuerung einer gGmbH. 2. Auflage. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Wöhe, Günter / Döring, Ulrich / Brösel, Gerrit (2016): Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. 26. Auflage. München: Verlag Franz Vahlen.

Autorinnen und Autoren

Monika Alisch, Dr. phil. habil., Dipl. Soziologin, Professorin für Sozialraumorientierte Soziale Arbeit/Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung, Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda. Sprecherin des CeSSt. 2012 bis 2015 Mitglied der Siebten Altenberichtskommission der Bundesregierung. Projektleitung im 2014 bis 2017 BMBF-geförderten Forschungsprojekt BUSLAR.

Kontaktadresse:

E-Mail: Monika.alisch@sw.hs-fulda.de

Jens A. Forkel, M.A. (Soziologie, Philosophie, Kunstgeschichte) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Teilvorhaben „Generationenübergreifende Integration und Solidarität“ (GENIUS) im Programm Innovative Hochschulen, Hochschule in der Region (HiRegion) an der Hochschule Neubrandenburg. Forschungsschwerpunkte: Gesundheitswissenschaften, Kulturosoziologie, Methoden der qualitativen Sozialforschung.

Kontaktadresse:

E-Mail: forkel@hs-nb.de

Roger Glaser, Dipl. Soz. Päd, M. A. Soziale Arbeit im Schwerpunkt Sozialraumentwicklung und -organisation. Von 2014 bis 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt BUSLAR. Doktorand am Promotionszentrum Soziale Arbeit Hessen zum Thema „Gesellschaftliche Teilhabsicherung älterer Menschen durch freiwilliges Engagement – Ein deutschschwedischer Vergleich ländlicher peripherer Räume“.

Kontaktadresse:

E-Mail: Roger.Glaser@sw.hs-fulda.de

Stephanie Hagspihl, Dr. agr., Dipl. oec. troph., Professorin für Catering und Food Supply am Fachbereich Oecotrophologie, HS Fulda, Leiterin des Wissenschaftlichen Zentrums für Ernährung, Lebensmittel und nachhaltige Versorgungssysteme (ELVe) der Hochschule Fulda.

Kontaktadresse:

E-Mail: stephanie.hagspihl@oe.hs-fulda.de

Catherina Jansen, Dr. oec. troph., M.Sc. Ernährungswissenschaften, ,
Wiss. Mitarbeiterin am Fachbereich Oecotrophologie der HS Fulda,
Projektkoordinatorin im Transferprojekt VeWoLA „Versorgungs-,
Wohn- und Verpflegungskonzepte für ein selbstbestimmtes Leben im
Alter“ (Bund-Länder-Initiative „Innovative Hochschule“)

Kontaktadresse:

E-Mail: catherina.jansen@oe.hs-fulda.de

Marlene Jänsch, Dipl. Soz. Päd., M.A. Soziale Arbeit, Schwerpunkt
Sozialraumentwicklung und -organisation. Wiss. Mitarbeiterin an der HS
Fulda. Quartiersmanagerin im Projekt „Zuhause im Stadtteil“. Vorsit-
zende des Vereins „So gut leben im Alter“.

Kontaktadresse:

E-Mail: marlene.jaensch@sw.hs-fulda.de

Claudia Kreipl, Dr. rer. pol., Dipl.-Kauffrau, Professorin für Unter-
nehmensführung, insbesondere IT-gestützte Entscheidungsfindung, HS
Fulda, Fachbereich Wirtschaft, Leiterin des Wissenschaftlichen Zent-
rums für Ernährung, Lebensmittel und nachhaltige Versorgungssysteme
der HS Fulda.

Kontaktadresse:

E-Mail: Claudia.Kreipl@w.hs-fulda.de

Susanne Kümpers, Dr. PH, Professorin für Qualitative Gesundheits-
forschung, soziale Ungleichheit und Public Health Strategien, HS Fulda,
Fachbereich Pflege und Gesundheit, Leitung des BMBF-Teilfor-
schungsprojektes „Age4Health-Gesunde Stadtteile für Ältere“ Mitglied
der Sachverständigenkommission zur Formulierung des 7. Altenberichts
der Bundesregierung.

Kontaktadresse:

E-Mail: Susanne.Kuempers@pg.hs-fulda.de

Christina Kühnemund, Dipl.-Sozialarbeiterin/-pädagogin, wiss. Mitar-
beiterin im Forschungsprojekt „Age4Health-Gesunde Stadtteile für Älte-
re“, HS Fulda.

Kontaktadresse:

E-Mail: Christina.Kuehnemund@pg.hs-fulda.de

Nicolas Pappert, M.A. Accounting, Finance, Controlling, Wiss. Mitarbeiter am Fachgebiet Rechnungswesen, Controlling und Wirtschaftsprüfung der Technischen Universität Darmstadt.

Kontaktadresse:

E-Mail: pappert@bwl.tu-darmstadt.de

Barbara Pfindel, B.Sc. Oecotrophologie, Projektmitarbeiterin am Wissenschaftlichen Zentrums für Ernährung, Lebensmittel und nachhaltige Versorgungssysteme der Hochschule Fulda.

Kontaktadresse:

E-Mail: Barbara.Pfindel@oe.hs-fulda.de

Martina Ritter, Prof. Dr. phil. habil., Dipl. Soziologin; Professorin und Dekanin am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda. Privatdozentin an der Universität Gießen, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften. Mitglied im Leitungsgremium des CeSSt der Hochschule Fulda. 2014- bis 2017 Projektleitung BUSLAR. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Alltags- und Gendersoziologie, Politische Soziologie und Osteuropa, Forschungen zur Dynamik von Öffentlichkeit und Privatheit.

Kontaktadresse:

E-Mail: martina.ritter@sw.hs-fulda.de

Yvonne Rubin, Dr. phil, B.Sc. Pflege und Gesundheit, M.A. Soziale Arbeit im Schwerpunkt Sozialraumentwicklung und -organisation. Seit 2018 Postdoc am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda, 2014 bis 2017 Wiss. Mitarbeiterin im Forschungsprojekt BUSLAR.

Kontaktadresse:

E-Mail: yvonne.rubin@sw.hs-fulda.de

Annett Steinführer, Dr. phil., M.A. Soziologie, Wissenschaftlerin am Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig. Aktuelle Forschungsprojekte zu sozialer Benachteiligung in ländlichen Peripherien, Wanderungen und Bleibeentscheidungen in ländlichen Räumen sowie sozialen und siedlungsstrukturellen Folgen der Alterung für Dörfer und Kleinstädte.

Kontaktadresse:

E-Mail: annett.steinfuehrer@thuenen.de

Barbara Solf-Leipold, M.A. Soziologie, Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht, Dipl. Soz.päd. (FH); Schwerpunkte: Politik und Soziale Arbeit, politische Soziologie, soziale Ungleichheit, Engagementforschung, Subjektivierungsforschung. Von 2014 bis 2017 wiss. Mitarbeiterin im Forschungsprojekt BUSLAR an der Hochschule München. Seit 2018 Promotionsstipendiatin (LAKOF Bayern), Promotion am Institut für Soziologie der LMU München zum Thema Subjektivierungsweisen sozial engagierter älterer Menschen; Lehrbeauftragte an den Hochschulen Landshut und Rosenheim.

Kontaktadresse:

E-Mail: B.SolfLeipold@campus.lmu.de

Gesellschaft und Nachhaltigkeit

CeSSt - Herausgegeben vom
Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit
der Hochschule Fulda

- Band 1** Barbara Freytag-Leyer, Monika Alisch (Hrsg.): Community Health Information in Europe, Kassel 2011, 212 S., ISBN 978-3-86219-102-4
- Band 2** Klaus Engelberty: New Style Workfare - Zur Nachhaltigkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente und die Folgen für die Betroffenen, Kassel 2012, 132 S., ISBN 978-3-86219-380-6
- Band 3** Monika Alisch (Hrsg.): Älter werden im Quartier: Soziale Nachhaltigkeit durch Selbstorganisation und Teilhabe, Kassel 2014, 227 S., ISBN 978-3-86219-702-6
- Band 4** Stefanie Deinert, Christian Schrader, Bettina Stoll (Hrsg.): Corporate Social Responsibility (CSR). Die Richtlinie 2014/95/EU - Chancen und Herausforderungen, Kassel 2015, 184 S., ISBN 978-3-86219-982-2
- Band 5** Monika Alisch, Stephanie Hagspihl, Claudia Kreipl, Martina Ritter (Hrsg.): Alter(n) und Soziale Nachhaltigkeit. Interdisziplinäre Zugänge zu den Herausforderungen alternder Gesellschaften, Kassel 2017, 265 S., ISBN 978-3-7376-0310-2
- Band 6** Monika Alisch, Stephanie Hagspihl, Claudia Kreipl, Martina Ritter (Hrsg.): Soziale Innovationen: Alter(n) in ländlichen Räumen. Perspektiven von Selbstorganisation, Teilhabe und Versorgung, Kassel 2019, 244 S., ISBN 978-3-7376-0718-6

Der Zusammenhang zwischen Selbstorganisation, Teilhabe und Versorgung mit den Folgen des Älterwerdens in ländlichen Räumen ist eine wichtige Herausforderung sozialer Nachhaltigkeit. Der Sammelband nimmt daher Soziale Innovationen zum Erhalt und zur Steigerung von Lebensqualität in den Blick. Anlass ist der erfolgreiche Abschluss von zwei Praxisforschungsprojekten zu „Bürgerhilfevereinen und Senioren-genossenschaften als Partner der Daseinsvorsorge – Modellentwicklung zur ergänzenden Hilfeleistung für ältere Menschen in ländlichen Räumen (BUSLAR)“ und „Culinaryand Health@Home – Genuss, Gesundheit, Arbeit und Märkte in der Alterskultur (GGAMA)“.

Entstanden ist dieser sechste Band der Schriftenreihe „Gesellschaft und Nachhaltigkeit“ des Forschungszentrums „Centre of Research for Society and Sustainability (CeSSt)“ der Hochschule Fulda als Dokumentation der Fachtagung „Soziale Innovationen: Alter(n) im ländlichen Raum“, die im November 2017 in einer Kooperation der beiden wissenschaftlichen Zentren CeSSt und ZCMK (Zentrum für Catering, Management und Kulinaristik) der Hochschule Fulda durchgeführt wurde. Neben den wesentlichen Ergebnissen der beiden Projekte wurden weitere aktuelle Forschungsprojekte zu sozialen Innovationen für Lebensqualität im Alter zur Diskussion gestellt.



ISBN 978-3-7376-0718-6



9 783737 607186 >